Q-Serie

Nr. 1 | Berlin 2008

Politische Einstellungen in privilegierten und benachteiligten Großstadtquartieren in Deutschland

Katrin Luise Läger

Katrin Luise Läger
Politische Einstellungen in privilegierten und benachteiligten Großstadtquartieren
in Deutschland

erschieden in der Reihe Q-Serie der Humboldt-Universität zu Berlin

Katrin Luise Läger

Politische Einstellungen in privilegierten und benachteiligten Großstadtquartieren in Deutschland

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Danksagung

Mein allerherzlichster Dank gilt meinen Doktorvätern Prof. Dr. Hartmut Häußermann und Prof. Dr. Martin Kronauer, meinem Kollegen Dr. Jens Wurtzbacher und den Kolleginnen und Kollegen am Bereich für Stadt- und Regionalsoziologie der Humboldt-Universität zu Berlin.

Für die Unterstützung in jeglicher Hinsicht möchte ich meinem Mann Gerald Hübner, meiner Kollegin und Freundin Nicole Pfenning und meiner Chefin Prof. Dr. Marianne Leuzinger-Bohleber von Herzen danken.

Zusammenfassung

Großstädte in Deutschland und Europa befinden sich im Zuge des Strukturwandels von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft in einem tiefgreifenden ökonomischen, sozialen und politischen Wandlungsprozess, der zu einer schärferen Segregation der Städte führt. Die sozialräumliche Konzentration von Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Ausgrenzung in benachteiligten Großstadtgebieten entfernt solche Stadtgebiete in ihren sozialen Standards und Lebenschancen immer weiter vom urbanen Leben der Mehrheit. Dies wirft die Frage nach der sozialen und politischen Integration der Städte auf.

Die vorliegende Arbeit widmet sich einem Teilaspekt der Frage nach der Integration in den Städten und fokussiert die Wahrnehmungen und Einstellungen ihrer Bürgerinnen und Bürger. Anlass dazu geben rückläufige Wahlbeteiligungen und eine zunehmende „Politikverdrossenheit“ in benachteiligten Stadträumen, die die Enttäuschung und Resignation benachteiligter Gruppen gegenüber der Politik signalisieren, sowie Entsolidarisierungstendenzen in privilegierten Gebieten.

Die Arbeit beschäftigt sich mit den *lokalen politischen Einstellungen* und vergleicht diese in sozialstrukturell benachteiligten und privilegierten Stadtquartieren in vier Großstädten: Berlin, Köln, Leipzig und Mannheim. Unter politischen Einstellungen werden das lokale politische Vertrauen, die Wahrnehmung der lokalen Politik und die politische Partizipation sowie die Solidaritätsbereitschaft, das soziale Vertrauen und das bürgerschaftliche Engagement verstanden. Insgesamt wurden 3200, d.h. in jedem untersuchten Stadtgebiet 400 standardisierte Telefoninterviews durchgeführt und statistisch ausgewertet.

Schlagwörter:

politische Einstellungen, soziale Ungleichheit, Stadtpolitik, Stadtsoziologie, Vertrauen, Solidarität, soziales Kapital

Abstract

In the course of structural change from an industrial society to a service society large cities in Germany and Europe undergo a profound economic, social and political process of change, which leads to a sharper segregation in the cities. The social spatial concentration of unemployment, poverty and social exclusion in underprivileged city areas removes such areas in their social standards and life chances far from the urban life of the majority. This raises the question of urban social and political integration.

The doctoral thesis is dedicated to one aspect of the question regarding integration of cities. It focuses on the political perceptions and attitudes of their citizens. A noticeable declining of turnouts of voters and an increasing “disenchantment with politics”, which signal the disappointment and resignation of disadvantaged groups toward policy, and a tendency towards desolidarization in privileged areas give reason to analyze political attitudes in cities.

Therefore, the doctoral thesis deals with *local political attitudes* in privileged and underprivileged city areas in four cities: Berlin, Cologne, Leipzig and Mannheim. Political attitudes are operationalized as political trust, the perception of responsiveness of local policy, political participation as well as solidarity, social confidence and social commitment. A telephone poll was carried out with 400 standardized interviews in each of four privileged and four underprivileged quarters. In total, 3200 interviews were conducted and included in the statistical analysis.

Keywords:

political attitudes, social inequality, local government, urban sociology, trust, solidarity, social capital

Inhaltsverzeichnis

DANKSAGUNG	III
ZUSAMMENFASSUNG.....	IV
ABSTRACT	V
INHALTSVERZEICHNIS	VI
TABELLENVERZEICHNIS	X
ABBILDUNGSVERZEICHNIS.....	XIII

1	EINLEITUNG: POLITISCHE EINSTELLUNGEN IN DER FRAGMENTIERTEN STADT.....	1
1.1	PROBLEMSTELLUNG UND FORSCHUNGSFRAGEN.....	1
1.2	FORSCHUNGSSTAND UND ANKNÜPFUNGSPUNKTE	8
1.3	FORSCHUNGSMETHODEN.....	10
1.4	AUFBAU DER ARBEIT.....	10
2	THEORETISCHE VORÜBERLEGUNGEN	12
2.1	KONZEPTIONALISIERUNG POLITISCHER EINSTELLUNGEN.....	12
2.1.1	„Politcal Culture“ und politische Einstellungen nach Almond/Verba	12
2.1.2	Herleitung der Untersuchungsebenen und –konzepte	17
2.1.3	Kommunen als Sozialisationsagenturen demokratischer Einstellungen?.....	22
2.2	SOZIALSTRUKTUR UND POLITISCHE EINSTELLUNGEN	26
2.2.1	Klassische Konzepte der Wahlforschung	26
2.2.2	Der Ansatz von Pierre Bourdieu.....	28
2.2.2.1	Habituskonzept.....	28
2.2.2.2	Feld, sozialer Raum und Kapital	30
2.2.2.3	Politik als legitime Durchsetzung von Klassifikationsprinzipen.....	33
2.2.2.4	Klasse, Lebensstile und politische Lager	35
2.3	RESIDENTIELLE SEGREGATION UND POLITISCHE EINSTELLUNGEN.....	37
2.3.1	Residentielle Segregation aus der Sicht der Stadtforschung	37
2.3.2	Das Wohnquartier als Ort der Erfahrung, Positionierung und Anerkennung	40
2.3.3	Fehlende Anerkennung als Generator politischer Apathie und Gewalt?	45
2.3.4	Erklärungsmodell der politischen Einstellungen in der fragmentierten Stadt	50

3	METHODEN, OPERATIONALISIERUNG, HYPOTHESEN, STICHPROBENBESCHREIBUNG.....	52
3.1	BESCHREIBUNG DER UNTERSUCHUNG	52
3.2	FORSCHUNGSDESIGN DER TELEFONUMFRAGE	56
3.2.1	Samplingstrategie für die Telefonnummern Stichprobe	56
3.2.2	Untersuchungsschritte	57
3.3	METHODEN DER AUSWERTUNG.....	59
3.4	OPERATIONALISIERUNG DER ABHÄNGIGEN VARIABLEN UND HYPOTHESEN.....	62
3.4.1	Politisches Institutionenvertrauen	62
3.4.2	Politische Responsivitätswahrnehmung	63
3.4.3	Politische Involvierung.....	63
3.4.4	Soziales Kapital	65
3.4.5	Solidaritätsbereitschaft	66
3.5	OPERATIONALISIERUNG DER UNABHÄNGIGEN VARIABLEN	68
3.5.1	Soziodemographische Variablen.....	68
3.5.2	Kulturelles Kapital	68
3.5.3	Ökonomisches Kapital/ beruflicher Status	68
3.5.4	Familienstatus.....	69
3.5.5	Stadt- und Quartiersbezogene Variablen	69
3.6	STICHPROBENBESCHREIBUNG – DIE ACHT UNTERSUCHUNGSQUARTIERE.....	70
	EINSTELLUNGEN GEGENÜBER LOKALPOLITISCHEN HERRSCHAFTSTRÄGERN UND INSTITUTIONEN.....	79
4	POLITISCHES INSTITUTIONENVERTRAUEN.....	79
4.1	PROBLEMAUFRISS.....	79
4.2	THEORETISCHE ANSÄTZE ZUM POLITISCHEN VERTRAUEN	82
4.2.1	Vertrauen als politische Unterstützung (Almond/Verba, David Easton)	82
4.2.2	Kontexte des politischen Vertrauens.....	85
4.3	BISHERIGE EMPIRISCHE BEFUNDE ZUM LOKALEN INSTITUTIONENVERTRAUEN	90
4.4	EMPIRISCHE ERGEBNISSE	93
4.5	ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE.....	98
5	RESPONSIVITÄTSWAHRNEHMUNG	101
5.1	PROBLEMAUFRISS.....	101
5.2	THEORETISCHE ANSÄTZE ZUR RESPONSIVITÄTSWAHRNEHMUNG	101

5.3	BISHERIGE EMPIRISCHE BEFUNDE ZUR LOKALEN RESPONSIVITÄTSWAHRNEHMUNG.....	102
5.4	EMPIRISCHE ERGEBNISSE	104
5.5	ZUSAMMENFASSUNG	109
EINSTELLUNGEN DER BÜRGER ALS POLITISCHE AKTEURE		111
6	POLITISCHE INVOLVIERUNG (POLITISCHES INTERESSE, KENNTNIS DER LOKALPOLITIKER, BEREITSCHAFT ZUR POLITISCHEN PARTIZIPATION)	111
6.1	PROBLEMAUFRISS.....	111
6.2	THEORETISCHE ANSÄTZE ZUR POLITISCHEN INVOLVIERUNG	112
6.2.1	Politische Involvierung im Kontext einiger demokratietheoretischer Positionen	112
6.2.2	Soziale Ressourcen als Voraussetzung für politische Involvierung (Pierre Bourdieu).113	
6.3	BISHERIGE EMPIRISCHE BEFUNDE ZUR POLITISCHEN INVOLVIERUNG	116
6.4	EMPIRISCHE ERGEBNISSE	117
6.4.1	Politisches Interesse	117
6.4.2	Kenntnis der Lokalpolitiker.....	122
6.4.3	Bereitschaft zu politischer Partizipation.....	127
6.5	ZUSAMMENFASSUNG	130
EINSTELLUNGEN GEGENÜBER DER LOKALEN POLITISCHEN GEMEINSCHAFT ...		133
7	SOZIALES KAPITAL (SOZIALES VERTRAUEN, BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT, MITGLIEDSCHAFTEN IN INTERMEDIÄREN ORGANISATIONEN)	133
7.1	PROBLEMAUFRISS.....	133
7.2	THEORETISCHE ANSÄTZE ZUM SOZIALEN KAPITAL	134
7.2.1	Sozialkapital als Voraussetzung von „collective action“ (James S. Coleman und Robert Putnam).....	134
7.2.2	Sozialkapital als Kernelement sozialer Ungleichheit (Pierre Bourdieu)	137
7.2.3	Sozialkapital als soziale Kontrolle in Nachbarschaften (Jane Jacobs)	139
7.2.4	Zusammenfassung	140
7.3	BISHERIGE EMPIRISCHE BEFUNDE ZUM LOKALEN SOZIALEN KAPITAL.....	140
7.4	EMPIRISCHE ERGEBNISSE	143
7.4.1	Soziales Vertrauen	143
7.4.2	Mitgliedschaften.....	148
7.4.3	Bürgerschaftliches Engagement	152

7.5	ZUSAMMENFASSUNG	155
8	SOLIDARITÄTSBEREITSCHAFT	157
8.1	PROBLEMAUFRISS.....	157
8.2	ANSÄTZE UND DIAGNOSEN ZUR SOLIDARITÄT UND SOLIDARITÄTSBEREITSCHAFT.....	158
8.3	BISHERIGE EMPIRISCHE BEFUNDE ZUR SOLIDARITÄTSBEREITSCHAFT	160
8.4	EMPIRISCHE ERGEBNISSE	162
8.5	ZUSAMMENFASSUNG	165
9	FAZIT: STADTDEMOKRATIE – EIN MORALISCHES GEBOT ZUR SOLIDARITÄT.....	166
	LITERATUR	183
	ANHANG	216
	SELBSTÄNDIGKEITSERKLÄRUNG	235

Tabellenverzeichnis

Tabelle 3.1: Statistische Kennziffern der ausgewählten Quartiere im Vergleich zu den gesamstädtischen Durchschnittswerten der Städte Köln, Berlin, Leipzig und Mannheim (2002/2003)	54
Tabelle 3.2: Schulabschlüsse der Befragten (in %)	71
Tabelle 3.3: Berufliche Stellung/Status der Befragten (in %)	72
Tabelle 3.4: Monatliches Netto-Einkommen pro Haushaltsmitglied (ohne Kinder) (in %)	73
Tabelle 3.5: Familienstand der Befragten (in %)	74
Tabelle 4.1: Lineare Regression mit dem Faktor <i>politisches Institutionenvertrauen</i> als abhängige Variable	95
Tabelle 4.2: Lineare Regressionsmodelle mit dem Faktor politisches Institutionenvertrauen als abhängige Variable	97
Tabelle 5.1: lineare Regression mit dem Faktor <i>Responsivitätswahrnehmung</i> als abhängige Variable	106
Tabelle 5.2: Lineare Regressionsmodelle mit dem Faktor <i>Responsivitätswahrnehmung</i> als abhängige Variable	108
Tabelle 6.1: Lineare Regressionsmodelle mit der Variable <i>politisches Interesse</i> als abhängige Variable	120
Tabelle 6.2: Logistische Regressionsmodelle mit der Dummyvariablen <i>Kenntnis der Kommunalpolitiker</i> (wenn mindestens ein politischer Vertreter gekannt wird) als abhängige Variable	126
Tabelle 6.3: Logistische Regressionsmodelle mit der Dummyvariable <i>Bereitschaft zur politischen Partizipation</i> als abhängige Variable	129
Tabelle 6.4: Rangplätze für <i>die lokale politische Involvierung</i> nach Stadtteilen	131
Tabelle 7.1: Lineares Regressionsmodell mit dem Faktor <i>soziales Vertrauen</i> als abhängige Variable	146
Tabelle 7.2: Lineare Regressionsmodelle mit dem Faktor <i>soziales Vertrauen</i> als abhängige Variable	147
Tabelle 7.3: Logistische Regression mit der Dummyvariable <i>Mitgliedschaften</i> (wenn mindestens zwei von acht Mitgliedschaften vorliegen) als abhängige Variable	151

Tabelle 7.4: Logistische Regressionsmodelle mit der Dummyvariable <i>bürgerschaftliches Engagement</i> als abhängige Variable	154
Tabelle 7.5: Rangplätze für das <i>Soziales Kapital</i> nach Stadtteilen	155
Tabelle 8.1: Logistische Regressionsmodelle mit der <i>Solidaritätsbereitschaft</i> als abhängige Variable	164
Tabelle 9.1: Zusammenfassung der linearen und logistischen Regressionen nach positiven und negativen Einflüssen der Kovariaten auf die Dimensionen der politischen Einstellungen	173
Tabelle A 1: Übersicht der abhängigen und unabhängigen Variablen mit Itemformulierung, Variablenausprägung und Skalenniveau	216
Tabelle A 2: Anzahl der ausgewerteten Interviews	221
Tabelle A 3: Faktor Politisches Vertrauen	222
Tabelle A 4: Faktor Responsivitätswahrnehmung	222
Tabelle A 5: Faktor Soziales Kapital	222
Tabelle A 6: Häufigkeitsverteilung des Vertrauens in die Institutionen der Kommunalpolitik (in %)	223
Tabelle A 7: Häufigkeitsverteilung der Responsivitätswahrnehmung von Stadtteilinteressen (in %)	224
Tabelle A 8: Interesse für Stadtpolitik, Stadtteilpolitik und Bereitschaft zu politischer Partizipation (in %)	225
Tabelle A 9: Häufigkeitsverteilung der Kenntnis der lokalpolitischen Akteure (in %)	226
Tabelle A 10: Soziales Vertrauen (in %)	227
Tabelle A 11: Mitgliedschaften nach Einfach-, Zweifach-, und Mehrfachmitgliedschaften (in %)	228
Tabelle A 12: Mitgliedschaften (Kirche/religiöse Vereinigung, Sportverein, bildungsorientierter Verein, Umweltorganisation) (in %)	229
Tabelle A 13: Mitgliedschaften (Berufsverband, Partei, Gewerkschaft, karitativer Verein) und bürgerschaftliches Engagement (in %)	230
Tabelle A 14: Häufigkeitsverteilung der Solidaritätsbereitschaft (in %)	231

Tabelle A 15: Bindung zum Stadtteil, Bindung zur Stadt, Zufriedenheit mit dem Stadtteil (in %)	232
Tabelle A 16: Gründe für die Unzufriedenheit mit dem Stadtteil (in %)	233
Tabelle A 17: Ergebnisse des T-Tests für unabhängige Stichproben für die Dimensionen <i>Responsivitätswahrnehmung und Soziales Kapital</i>	234

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2.1: Empirisches Untersuchungsmodell der lokaler politischer Einstellungen	21
Abbildung 2.2: Erklärungsmodell der politischen Einstellungen in der fragmentierten Stadt	50
Abbildung 3.1: Untersuchungsmodell mit unabhängigen und abhängigen Variablen	55
Abbildung 3.2: Bindung der Befragten an die Stadt und den Stadtteil	76
Abbildung 3.3: Gründe für die Unzufriedenheit mit dem eigenen Wohnquartier	77
Abbildung 4.1: Politisches Institutionenvertrauen der Stadtbewohner nach Stadtteilen	93
Abbildung 4.2: Politisches Institutionsvertrauen der Stadtbewohner nach Städten	96
Abbildung 5.1: Positive Responsivitätswahrnehmung nach Stadtteilen	104
Abbildung 5.2: Responsivitätswahrnehmung: Fraueninteressen im Stadtteil werden berücksichtigt	105
Abbildung 6.1: Politisches Interesse für Stadtteilpolitik und Stadtpolitik nach Stadtteilen in Prozent	117
Abbildung 6.2: Kenntnis der politischen Vertretern der Kommunalpolitik nach Stadtteilen	122
Abbildung 6.3: Struktur der Kenntnis der politischen Vertreter nach Stadtteilen	124
Abbildung 6.4: Bereitschaft zu politischem Engagement nach Stadtteilen	127
Abbildung 7.1: Soziales Vertrauen nach Stadtteilen	143
Abbildung 7.2: Mitgliedschaften der Bewohner und Bewohnerinnen nach Stadtteilen	149
Abbildung 7.3: Mitgliedschaften nach Stadtteilen	150
Abbildung 7.4: Bürgerschaftliches Engagement (Ehrenamt/ aktive Mitgliedschaft) nach Stadtteilen	153
Abbildung 8.1: Solidaritätsbereitschaft nach Stadtteilen	163

1 Einleitung: Politische Einstellungen in der fragmentierten Stadt

1.1 Problemstellung und Forschungsfragen

Am Beginn des 21. Jahrhunderts stellt sich für die europäischen Großstädte mit der Rückkehr von Arbeitslosigkeit und Armut und ihrer Verfestigung erneut die soziale Frage. Die neuen sozialen Ungleichheiten, deren Ausmaß mit drastischen Begriffen und Schlagwörtern wie ‚neuer Armut‘, ‚neue Unterklasse‘, ‚Prekariat‘, ‚Ausgrenzung‘, ‚Exklusion‘ und ‚Marginalisierung‘ beschrieben werden, erinnern an die viel diskutierte ‚soziale Frage‘ im ausgehenden 19. Jahrhundert, die mit der Industrialisierung, Verstädterung und Verelendung des Proletariats aufkam. Großstädte sind nach dem Ende des ‚goldenen Zeitalters‘ von Prosperität und der Vollendung des Wohlfahrtsstaates seit über 20 Jahren Orte des Strukturwandels von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungs- und Kommunikationsgesellschaft, der zu einem Wandel der Stadtentwicklung führt (vgl. Häußermann/Läpple/ Siebel 2008: 8ff.; Häußermann/Siebel 1995).

Zu den größten Problemen der Großstädte zählen die Ausweitung und strukturelle Verfestigung der *Arbeitslosigkeit*. Sie bestimmt die neue Qualität der sozialen Ungleichheit, da es vorrangig nicht mehr „um die Verteilung der Früchte der Arbeit, also die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zwischen Kapital und Arbeit“ geht, sondern „um den Ausschluss von Arbeit“ (Häußermann/Kronauer/Siebel 2004: 8). Nicht mehr allein „das ‚Mehr oder Weniger‘ von Arm und Reich“ und das ‚Oben und Unten‘ der Hierarchie – wie sie die traditionelle Ungleichheitsforschung unterstellt –, sondern darüber hinaus „eine Spaltung in ein ‚Dinnen‘ und ‚Draußen‘, in Zugehörige und Ausgegrenzte“ (ebd.) zeichnet sich für europäische Großstädte ab.

Überblickt man die Arbeitslosenstatistik seit 1950, ist ein stetes Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Dabei verfestigt sich seit den 1970er Jahren der Trend, dass mit jedem Konjunkturunbruch der Sockel der Arbeitslosigkeit deutlich wächst, ohne jedoch nach Eintreten wirtschaftlicher Besserung auf das vorherige Niveau zurückzugehen (Statistisches Bundesamt 2006: 97). Die Arbeitslosigkeit bewegt sich seit den 1990er Jahren im Jahresdurchschnitt auf einem relativ konstanten und hohen Niveau. Von der ‚Sockelarbeitslosigkeit‘ sind bestimmte

Personenkreise in besonderem Maße betroffen. Dazu gehören Langzeitarbeitslose, Jugendliche unter 25 Jahren, Personen, die älter als 55 Jahre sind, Frauen und Ausländer (Statistisches Bundesamt 2006: 101ff., vgl. Bossfeld 2006). Obwohl die Arbeitslosigkeit im Jahr 2007 nach offiziellen Angaben bis Mitte des Jahres auf die niedrigste Quote seit 1995 sank, hat gleichzeitig die Zahl der Menschen, die von Hartz-IV-Leistungen abhängig sind, einen neuen Höchststand erreicht (Heitmeyer/Mansel 2008: 16).

Die weitgehende Entkopplung von wirtschaftlichem Wachstum und Arbeitsmarktentwicklung, die zu immer höheren Anteilen von Langzeitarbeitslosen an der erwerbstätigen Bevölkerung führt, wird durch ein weiteres schwerwiegendes Problem der Städte überlagert: eine Migration, „die zur Ethnisierung sozialer Ungleichheit beiträgt“ (Häußermann/Kronauer/Siebel 2004: 9). So ist bspw. das Risiko für einen Ausländer, arbeitslos zu werden, doppelt so hoch wie für einen Deutschen (Statistisches Bundesamt 2006: 103). Ausländer sind ebenfalls durch vergleichsweise hohe Armutsquoten betroffen (Statistisches Bundesamt 2006: 616).

Auch für Akteure, die sich erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt bewegen, kündigte die postfordistische Ära (Jessop 1994) neue Bedingungen an. Die bis dahin getragene Vollbeschäftigung und Anstellung auf Lebenszeit weicht der Flexibilisierung, Rationalisierung, Arbeitsintensivierung und Lohnsenkung. Die neuen Parameter führen zu „diskontinuierlichen und entstandardisierten Mustern des Lebenslaufs bzw. des Erwerbslebens“ (Vester 2001: 29), die zwar nicht zwangsläufig Arbeitslosigkeit, aber zunehmend einen „neuen Typus von Umstellung: der Abwertungskarriere“ nach sich ziehen, die neben den Unterprivilegierten häufiger auch die ‚respektable‘ Mitte der Facharbeiter und Fachangestellten sowie neue und alte Bildungsschichten betreffen (Vester 2001: 29; 2006: 245; Kronauer 2006; Vogel 2006: 343) und prekäre Lebenssituationen sowie einen „Wohlstand auf Widerruf“ (Hübinger 1996) nach sich ziehen.

Insgesamt zeichnet sich eine *höhere Ungleichheit der verfügbaren Einkommen* im Haushalt ab. Dies trifft u.a. auf die regionale Verteilung der Einkommen zu, nach der in Ostdeutschland signifikant niedrigere Haushaltseinkommen zu verzeichnen sind als in Westdeutschland (vgl. dazu Koller 2003). Besonders drastisch zeigt sich die Ungleichheit der Einkommen jedoch in den Großstädten (vgl. Buck/Gordon/Hall/Kleinman 2002). Entsprechend der relativen Einkommensposition lassen sich deutlich erhöhte Armutswerte feststellen. Die Chance der erwerbstätigen Bevölkerung für einen Übergang in eine höhere Einkommenslage hat sich

insgesamt verringert, der Anteil mit dauerhafter Armutserfahrung hat hingegen zugenommen. Gleichzeitig wachsen am anderen Pol bei den Reichen die Einkommen. Es zeigt sich, „dass die ärmsten 20% der Bevölkerung langjährig über knapp 10% des monatlichen Gesamteinkommens verfügen. Nach dem Jahr 2000 ging der Einkommensanteil des ärmsten Quintils auf teilweise unter 9,5% zurück. Die reichsten 20% haben demgegenüber langjährig etwa 35% des monatlichen Gesamteinkommens zur Verfügung, seit 2003 waren es 36%“ (Statistisches Bundesamt 2006: 609).

Die beschriebenen Problemlagen und weitere Faktoren bewirken in den Großstädten im Zuge des sozioökonomischen Strukturwandels eine soziale Polarisierung, die sich sozialräumlich manifestiert und eine deutliche Tendenz zur Spaltung der Städte zeigt in:

- „einerseits in eine an die funktionierenden Bereiche der städtischen Ökonomie und an globale Beziehungen angekoppelte Welt, der die oberen Mittelschichten zugehören, die soziale Homogenität suchen, weil sie um ihre Sicherheit fürchten, sich von den Kollektivideologien des Sozialstaates abwenden und sich durch neoliberale Interpretation des sozialen Wandels der Verantwortung für die sozialen Probleme ‚am anderen Ende‘ der Stadt entledigen.
- Daneben entsteht eine Welt der Ausgegrenzten, gekennzeichnet durch hohe Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Instabilität, die sich durch erzwungene Segregation auch räumlich konzentriert. Konflikte zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen, die Erosion der Versorgungsinfrastruktur und die Verwahrlosung des öffentlichen Raums signalisieren eine ‚Abwärtsentwicklung‘, die von den Bewohnern auch als persönliche Abwertung wahrgenommen wird. Sie reagieren mit einer ‚inneren Kündigung‘ gegenüber der Gesellschaft, anomisches Verhalten greift um sich und das Vertrauen in das politische System schwindet. Hohe Anteile von Nicht-Wählern oder die Wahl rechtsextremer Parteien sind äußere Anzeichen für diesen Prozess sozialer Desintegration“ (Häußermann 2001).

Der komplexe Prozess zunehmender sozialer Ungleichheit, der sich in der sozialräumlichen Spaltung der Städte in privilegierte und benachteiligte Quartiere manifestiert (vgl. Häußermann 2006), scheint sich auch in den Wahrnehmungen, den Bewertungen, Orientierungen und Einstellungen der Stadtbewohner widerzuspiegeln.

Extrem privilegierte und benachteiligte Quartiere, so die These der vorliegenden Arbeit, entfalten eine Eigendynamik, die dazu führt, dass die Erfahrungen der Bewohner in ihren Quartieren Haltungen und Einstellungen generieren, die spezifische Vorstellungen von Politik und Herrschaft sowie eine bestimmte Haltung und Orientierung gegenüber der Politik transportieren. Die konkrete Erfahrung von zunehmender sozialer Ungleichheit wird von den Bewohnern an den „Rändern der Städte“ (Häußermann/ Kronauer/ Siebel 2004) in politische Einstellungen übersetzt, die in benachteiligten Quartieren Züge politischer Entfremdung und Apathie tragen und in den privilegierten Quartieren – so die Befürchtung – mit einer Entsolidarisierung gegenüber den sozial Schwächeren einhergehen.

Zieht man regionale Zahlen für das Schwinden des politischen Vertrauens zu Rate, das zeitlich mit einer zunehmenden Arbeitslosigkeit und der Debatte um die Hartz-IV-Gesetzte zusammen fällt, wird deutlich, dass im Jahr 2000 noch 81% der Befragten in Westdeutschland der Meinung waren: „Die Demokratie in Deutschland ist die beste Staatsform.“. Im Jahr 2005 waren es nur noch 71%. In Ostdeutschland sank die Akzeptanz im gleichen Zeitraum von 49% auf 38%. Zugenommen hat dagegen die Meinung: „Es gibt eine andere Staatsform, die besser ist.“ (von 9% auf 16% in Westdeutschland und von 27% auf 41% in Ostdeutschland; Statistisches Bundesamt 2006: 644). Weitere empirische Hinweise auf eine Skepsis gegenüber der Politik, die ein Teil der Bevölkerung teilt, geben wachsende Nichtwähleranteile und der Einzug der rechtspopulistischen Partei NPD in den Sächsischen Landtag im September 2004 (9,2 %) und in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern im September 2006 (7,3 %) sowie die Wahl der Partei DIE LINKE in die westdeutschen Landtage Hessens (5,1%), Niedersachsens (6,5%) und Hamburgs (6,4%) im Jahr 2008. Dies kann auch als Reaktion auf den sozioökonomischen Wandel, die zunehmende Ungleichheit und den Umbau des Wohlfahrtsstaats gelesen werden.

Für die Stadt Kassel zeigte die Forschergruppe um Eike Hennig (1999), dass das Gefühl, politisch enttäuscht worden zu sein, sich vor allem in benachteiligten Wohngebieten konzentriert. Für Städte in Nordrhein-Westfalen wiesen Politikwissenschaftler um Ulrich von Alemann (2002, 2004) auf die geringe politische Beteiligung in Stadtteilen mit erhöhtem Problempotential hin.

Wilhelm Heitmeyer (2006: 22; vgl. Hüpping/Reinecke 2007) kommt in seiner Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ zu dem Ergebnis, dass die Angst vor sozialem Abstieg als auch die vor Arbeitslosigkeit in abwärtsdriftenden Regionen signifikant größer ist und in diesen das

Diskriminierungs- und Gewaltrisiko zunimmt. Wo verdichtete Problemzonen sichtbar würden, so Heitmeyer, gehe es auch um die Substanz der demokratischen Ordnung. Die damit einhergehende „Demokratieentleerung“ betrachtet er als Versuch, „die individuellen Erfahrungen von Desintegration, Ängsten und Orientierungslosigkeiten zu kompensieren“ (ebd.). Heitmeyer diskutiert die Konsequenzen sich wandelnder politischer Einstellungen für das Selbstverständnis und die Legitimität demokratischer Ordnungen und legt dabei die These der „Krise der Demokratie“ (Heitmeyer 2008: 235) und „Demokratieentleerung“ (Heitmeyer/Mansel 2003) zugrunde.

Diese „Krise der Demokratie“ ist im Zusammenhang mit der sogenannten „Krise der Städte“ (Heitmeyer/Backes/Dollase 1998) zu sehen. Diese lässt sich als „Integrationskrise“ beschreiben, „die sich aus der Verschärfung und Überlagerung der Ungleichheiten und den schwindenden Möglichkeiten der Stadtpolitik ergibt, diese Entwicklung so zu steuern, dass die soziale Integration und Kohäsion erhalten bleibt“ (Häußermann/Läpple/Siebel 2008: 183). Die „Fragmentierung“ der Städte birgt die Gefahr, „dass die ökonomischen, kulturellen und sozialen Fragmentierungen und Diskriminierungen, die mit dem Bruch der fordistischen Stadtentwicklungsmodelle entstehen, nicht mehr in einem übergreifenden Zusammenhang aufgefangen und ausbalanciert werden könnten“ (ebd.: 183f.).

Dass sich diese „Desintegrationserfahrungen“ (Heitmeyer/Backes/Dollase 1998; Heitmeyer/Anhut 2000) zunehmend in marginalisierten und armen Gebieten europäischer Großstädte verdichten und ‚Demokratie entleerende‘ Kompensationen in Gewalt und Randalen umschlagen können, zeigen die Erfahrungen in den Vororten (Banlieues) französischer Städte in der Mitte der 90er Jahre, im Sommer 2005 sowie zuletzt im November 2007, an denen sich die schwerwiegenden Folgen des Strukturwandels nachzeichnen lassen (vgl. Dubet/Lapeyronnie 1994).

Waren die Banlieues in den 70er Jahren vorwiegend Wohnorte der Mittelschicht, wie der Facharbeiter und Fachangestellten, die tagsüber die monofunktionale Wohn-Vorstadt verließen, um zu arbeiten, entfielen mit dem Zusammenbruch des Arbeitsmarktes die Voraussetzungen für diese Wohnweise. Die Mittelschicht ist der Unterschicht und den Migranten in diesen Gebieten gewichen. Unterschicht und Migranten bilden eine soziale Gruppe, die hoch konzentriert und stark segregiert abseits des urbanen Zentrums der Stadt lebt und u.a. durch fehlende funktionale und soziale Heterogenität des Wohnortes in einen Teufelskreislauf gerissen wird. Dieser besteht

aus schlechten Bildungschancen, keinen oder nur geringen Chancen auf dem Arbeitsmarkt, fehlender gesellschaftlicher Anerkennung und sozialer Ausgrenzung in sämtlichen Lebensbereichen. Die Überschneidung der Problemlagen betrifft vor allem Jugendliche. Kommen sie aus einer traditionellen Gesellschaft, können sie einerseits ihre traditionelle Rolle nicht mehr ausfüllen, andererseits aber auch nicht den Konsumstandard erreichen, den ihnen die übrige Gesellschaft und die Werbung nahe legt (Häußermann 2006). Dieses doppelte Versagen, so Häußermann, erzeugte Wut und Empörung, die sich zuletzt im November 2007 entluden.

Die drastischen Erfahrungen in den französischen Banlieues mögen derzeit in der gleichen Heftigkeit für die deutschen Großstädte nicht zu erwarten sein, da diese bisher in geringerem Ausmaß segregiert sind. Dennoch stellt sich die Frage, inwieweit sich durch den sozioökonomischen Strukturwandel eine neue Form der „*Politisierung der Sozialstruktur*“ (Brettschneider/Deth/Roller 2002) an den sozialen Polen der Großstädte abzeichnet. Für die kommunale Ebene stellen die Politikwissenschaftler Eith und Merz (2002: 182) am Beispiel der Stadt Freiburg fest, „dass sozialstrukturelle Gegensätze trotz gesellschaftlicher Modernisierung und Individualisierung sowie eines flexiblen, die Persönlichkeitswahl begünstigenden kommunalen Wahlrechts das Verhalten der Freiburger Wählerinnen und Wähler in hohem Maße beeinflussen“.

Diese Befunde legen die Vermutung nahe, dass der sozioökonomische Wandel zu einem Wandel der politischen Einstellungen, zu neuen Formen und Ausprägungen der ‚Politisierung der Sozialstruktur‘ führt und dieser Wandel mit Statussicherung, Entsolidarisierung und Abschottung nach ‚unten‘ bei den Privilegierten einhergeht und bei den Verlierern des sozioökonomischen Wandels Gefühle der Ohnmacht, der Wut und der politischen Machtlosigkeit erwecken und in politischer Apathie oder Gewalt enden. Zugespitzt geht es um den *Zusammenhang zwischen der Sozialstruktur der Städte und den politischen Einstellungen* unter den Rahmenbedingungen des Postfordismus, Posttaylorismus und zunehmender sozialer Ungleichheit.

Die zentrale Frage der vorliegenden Arbeit lautet demgemäß: *Welcher Zusammenhang läßt sich in deutschen Großstädten zwischen der Sozialstruktur und den politischen Einstellungen empirisch beobachten und welche Konsequenzen lassen sich aus den aufgefundenen Einstellungen für die soziale und politische Integration der Städte ableiten?*

Für die Untersuchung dieser Frage bietet sich ein Forschungsdesign an, dass in deutschen Großstädten solche Stadtteile identifiziert, welche die jeweiligen sozialräumlichen Pole relativer Armut und relativen Reichtums und somit die extremen Ausprägungen der städtischen Sozialstruktur repräsentieren. Eine Befragung von Stadtteilbewohnern in solchen Stadtteilen ermöglicht die Analyse und den Vergleich der politischen Einstellungen gemäß der Annahme, dass dieser *Extremgruppenvergleich* am ehesten geeignet ist, Tendenzen und Konsequenzen für die soziale und politische Integration der Städte abzuleiten. An den sozialen Polen, so die These, werden Probleme der Integration der Städte, die in den politischen Einstellungen zum Ausdruck kommen, am deutlichsten sichtbar.

Für ein solches Vorgehen scheint die Beschränkung auf die *lokale Politik* sinnvoll zu sein, so dass sich die untersuchten Einstellungen auf die Stadtpolitik, die Wohnquartiere und das städtische Leben beziehen. Ausgeklammert bleiben Einstellungen zur europäischen und nationalen Politik sowie zur Politik auf Länderebene. Zieht man die beschriebenen Problemlagen zusammen, ergeben sich vor dem Hintergrund der vorgeschlagenen Befragung von Bewohnern in privilegierten und benachteiligten Wohngebieten folgende empirisch zu untersuchende Forschungsfragen:

1. *Wie verteilen sich lokale politische Einstellungen an den sozialen Polen der Städte? Ist ein Divergieren der politischen Einstellungen in den privilegierten und benachteiligten Großstadtquartieren zu beobachten?*
2. *Wie stark sind die lokalen politischen Einstellungen durch die städtische Sozialstruktur und Segregation beeinflusst, d.h. lassen sich Prädiktoren (Variablen der Sozialstruktur und Segregation) identifizieren, die politische Einstellungen vorhersagen?*

Wurde bisher auf die wachsende Ungleichheit in den Städten und auf den Zusammenhang von Sozialstruktur und lokalen politischen Einstellungen innerhalb der Städte eingegangen, soll im dem Forschungsdesign der vorliegenden Arbeit auch die wachsende Ungleichheit zwischen den Städten (Häußermann/ Läßle/ Siebel 2008: 184ff.) mitberücksichtigt werden. Städte, die als Industriestädte entstanden sind oder durch die Industrie besonders stark gewachsen sind, erleben im Zuge der Deindustrialisierung einen stärkeren Niedergang. Betriebsschließungen und Standortverlagerungen führen zu Arbeitslosigkeit und Abwanderung der Bevölkerung, die wiederum „in eine kumulative Abwärtsspirale münden, die den Typus der schrumpfenden Stadt charakterisiert“ (Häußermann/Läßle/Siebel 2008: 184). Die Unterschiede zwischen den

Städten führen im Ergebnis zu einem „Nord-Süd“- und „Ost-West-Gefälle“ der Stadtentwicklung in Deutschland (Häußermann/Läpple/Siebel 2008: 187). In die Untersuchung werden daher sowohl wirtschaftlich prosperierende Städte als auch Städte in West- und Ostdeutschland mit einbezogen und verglichen, die mit den Folgen der Deindustrialisierung zu kämpfen haben. Die empirische Forschungsfrage lautet dem entsprechend:

3. *Gibt es Unterschiede in den politischen Einstellungen zwischen den Untersuchungsstädten?*

1.2 Forschungsstand und Anknüpfungspunkte

Beschreibungen der sozialräumlichen Polarisierung in deutschen Großstädten liegen für Hamburg (Alisch/Dangschat 1998; Dangschat 1995), für Berlin (Häußermann/Kapphan 2000; Kapphan 2002), für Hannover (Geiling 1997; Geiling/Schwarzer 1999) und für Frankfurt (von Freyberg 1996) vor. Auch die Entstehung von ‚residentieller‘ und ‚ethnischer‘ Segregation (Häußermann/Siebel 2002; Heitmeyer/Anhut 2000, Farwick 2001; Keller 1999) sowie die Folgen der sozialräumlichen Polarisierung und Segregation für die Bewohnerinnen und Bewohner sind im Hinblick auf die soziale „Ausgrenzung“ (Häußermann/Kronauer/Siebel 2004; Kronauer 2002, 2006), Bewältigungsstrategien und soziale Netzwerke (Keller 2005; Schnur 2003; Friedrichs/Blasius 2000) sowie die Konflikte zwischen Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft (Heitmeyer/Anhut 2000) für die benachteiligten Quartiere dokumentiert worden.

Zum Wahlverhalten (Hennig/ Homburg/ Lohde-Reiff 1999; Hopf 2001; Podzuweit/ Schütte 1997; Herrmann 1994; Häußermann/Läzer/Wurtzbacher 2008) und zur politischen Partizipation (Alemann 2004) liegen für marginalisierte Stadtquartiere Befunde vor, die eine sinkende Wahlbeteiligung in den letzten Jahren nachweisen. Hennig et al. (1999) diagnostizieren für Kassel eine „Erosion der sozialdemokratischen Wählerbasis“ in sozialstrukturell benachteiligten Stadträumen und leiten daraus die Befürchtung einer politischen Unterrepräsentation ab: „Je mehr die Stadträume auseinander driften, desto schwieriger wird die integrative Synthese auf der gesamtstädtischen Ebene“ (Hennig et al. 1999: 52). Das Schlagwort der „abgehängten Stadtteilen“ weist auf eine Situation hin, in der sich diese Stadtteile „zum einen selbst nicht mehr in der Arena stadtbezogener Willensbildungsprozesse [repräsentieren] und [...] von den städtischen Eliten andererseits nicht mehr repräsentiert [werden], sondern als ein ‚Fass ohne

Boden' abgetan, d.h. als ein allgemeiner ‚Brennpunkt‘ fernab punktueller Lösungsstrategien aus der Agenda gestrichen“ werden (Hennig et al. 1999: 52).

Ungeklärt ist die Situation für die privilegierten Stadtteile. Hier stehen Thesen im Raum, die erst noch einer empirischen Überprüfung unterzogen werden müssen. So stellt sich vorrangig die Frage, inwieweit die Bewohnerinnen und Bewohner privilegierter Quartiere sich solidarisch mit dem ärmeren Teil der Stadt erklären.

Ansätze zur empirischen Untersuchung der politischen Einstellungen bietet die politische Kulturforschung in der Tradition von Almond/ Verba (1989[1963]) und Easton (1965a, 1965b), die politische Einstellungen als „psychologisches Fundament“ politischer Systeme betrachten und davon ausgehen, dass die Performanz demokratischer Systeme dann gefährdet ist, wenn die politische Unterstützung der Bevölkerung dauerhaft ausbleibt. Empirische Untersuchungen zur Kommunalpolitik sind in dieser Forschungstradition zwar selten (vgl. Gabriel/Brettschneider/Vetter 1997; Vetter 2002; Hennig/Homburg/Lohde-Reiff 1999), sie bieten jedoch zusammen mit den Arbeiten der politischen Kulturforschung auf nationaler Ebene Anknüpfungspunkte für die Operationalisierung der politischen Einstellungen im Sinne empirisch überprüfbarer Konzepte. Da es in der Konzeptualisierung politischer Einstellungen und politischer Kultur seit der Studie von Almond/ Verba (1989[1963]) zu einer Diversifizierung und Pluralisierung gekommen ist, wird in den theoretischen Vorüberlegungen (Kapitel 2) ein grobes Raster von empirisch untersuchbaren Konzepten und Dimensionen entwickelt. Die ausgewählten Konzepte werden mit ihren unterschiedlichen Ansätzen und dem aktuellen Forschungsstand in den jeweiligen Kapiteln (4-8) differenziert dargestellt.

Neu in der Forschung ist der gewählte Zugang zu lokalen politischen Einstellungen. Dieser berücksichtigt die städtische Sozialstruktur in der Weise, dass eine repräsentative Stichprobe von Bewohnern in benachteiligten *und* privilegierten Stadtteilen in unterschiedlichen Großstädten zu ihren Erfahrungen, Wahrnehmungen und politischen Orientierungen befragt wird. Ein zentrales Anliegen der Arbeit ist das Zusammendenken und die Verknüpfung von Sozialstruktur, städtischem Sozialraum und politischen Einstellungen. Dafür bieten Erkenntnisse der Sozialstrukturanalyse und insbesondere die Arbeiten von Pierre Bourdieu (1985, 1987, 1991, 1992, 2001) und Vester et al. (2001) theoretische Anknüpfungspunkte, da sie an der sozialen Praxis, d.h. an den Wahrnehmungen, Erfahrungen, Ressourcen und Bewältigungsstrategien der Individuen ansetzen.

1.3 Forschungsmethoden

Um die oben genannten Forschungsfragen zu untersuchen, werden in einem ersten Schritt vier Städte und acht Stadtteile (d.h. vier privilegierte und vier benachteiligte) nach sozialstatistischen Kennziffern ausgewählt sowie empirische Untersuchungskonzepte und -dimensionen erarbeitet. In einem zweiten Schritt wird ein standardisierter Fragebogen entwickelt und die telefonische Befragung vorbereitet. In den ausgewählten acht Stadtteilen werden dann jeweils 400 Bewohner, d.h. insgesamt 3200 Bewohner telefonisch befragt und die Ergebnisse statistisch ausgewertet.

1.4 Aufbau der Arbeit

Die Arbeit gliedert sich in einen theoretischen Teil (Kapitel 2), einen methodischen Teil (Kapitel 3), einen empirischen Teil (Kapitel 4-8) und die abschließende Zusammenfassung und Diskussion der Ergebnisse (Kapitel 9).

Das *zweite Kapitel* widmet sich aus einer theoretischen Perspektive den *lokalen politischen Einstellungen*. Dabei werden drei Theoriestränge verfolgt. Der erste Strang untersucht politische Einstellungen entlang der politischen Kulturforschung nach Almond/Verba und Easton. Er entwickelt, politikwissenschaftlich begründet, fünf Untersuchungsdimensionen zur Beschreibung der lokalen politischen Einstellungen. Mit dem zweiten Strang ist das Bemühen verbunden, sowohl subjektive wie objektive Perspektiven auf das Phänomen der sozialen Ungleichheit zu eröffnen und diese mit den politischen Einstellungen zu verknüpfen. Der dritte Strang beleuchtet den räumlichen Aspekt sozialer Ungleichheit, zeigt die Herausforderungen der Bewohner im Alltag auf und spitzt die Problematik von Sozialstruktur, städtischem Raum und lokalen politischen Einstellungen zu. Am Ende dieses Abschnittes wird ein heuristisches Modell der lokalen politischen Kultur vorgeschlagen.

Das *dritte Kapitel* ist dem Vorgehen und den Methoden dieser Arbeit vorbehalten. Es begründet die Städte- und Quartiersauswahl und stellt die Quartiere an Hand von soziodemographischen Daten der Befragung und sozialstatistischer Daten vor. Weiter wird auf die Konstruktion des Fragebogens, das Forschungsdesign der Telefonumfrage, die Operationalisierung, die statistischen Verfahren der Auswertung der Telefonbefragung eingegangen. Am Ende des Kapitels erfolgt die Stichprobenbeschreibung der Untersuchungsquartiere.

Die *empirischen Kapitel 4 bis 8* umfassen jeweils eine der fünf Untersuchungsdimensionen und sind nach dem gleichen Muster aufgebaut. Die Kapitel werden mit einem kurzen Problemaufriß eingeleitet, der sowohl die unterschiedlichen konzeptionellen Entwicklungen skizziert als auch das Thema in die gängigen Debatten einbettet. Danach werden einschlägige Theorien und empirische Resultate nach dem bisherigen und aktuellen Forschungsstand präsentiert. Schließlich folgen die Darstellung der empirischen Ergebnisse aus der Befragung und die Interpretation der Ergebnisse. Jedes empirische Kapitel schließt mit einem Zwischenfazit ab.

Das *Schlusskapitel 9* stellt die Ergebnisse der einzelnen Untersuchungsdimensionen zusammenfassend dar, beantwortet die einleitenden Fragen und versucht, ein Fazit zur Situation der lokalen politischen Einstellungen in den untersuchten deutschen Großstädten zu ziehen.

2 Theoretische Vorüberlegungen

Das Kapitel beabsichtigt zweierlei: Zum einen werden Untersuchungskonzepte und -dimensionen in Anlehnung an die politische Kulturforschung entwickelt, zum anderen wird der Zusammenhang zwischen Sozialstruktur, städtischem Sozialraum und lokalen politischen Einstellungen theoretisch eingehender beleuchtet.

2.1 Konzeptionalisierung politischer Einstellungen

2.1.1 „Political Culture“ und politische Einstellungen nach Almond/Verba

Der politikwissenschaftliche Begriff der *politischen Kultur* weicht vom Alltagsverständnis und seinem Gebrauch im Tagesgeschäft der Politik ab. Gerade im deutschsprachigen Raum hat der Begriff zu einer Vermengung von normativen Vorstellungen mit analytischen Kategorien geführt (Sontheimer 1990: 21ff.; zur Rezeptionsgeschichte des Begriffs siehe Seitz 1997). Danach wird mit dem Begriff der politischen Kultur einerseits eine ‚Hochkultur‘, d.h. eine zivilisatorische Errungenschaft assoziiert. Andererseits wird gerade in politischen Debatten von einem ‚Mangel an politischer Kultur‘ gesprochen. Der politikwissenschaftliche Begriff beansprucht eine wertfreie und analytische Verwendung und wurde von den amerikanischen Politikwissenschaftlern Gabriel Almond und Sidney Verba in den 1950er und 1960er Jahren geprägt. Wegweisend für die gesamte politische Kulturforschung war die 1963 erschienene Studie *„The Civic Culture. Political Orientation and Attitudes in five Nations“* (Almond/Verba 1989), in der politische Einstellungen in fünf Ländern (Deutschland, Italien, USA, Großbritannien und Mexiko) mit quantitativen Methoden vergleichend untersucht wurden. Ausgangspunkt bildete die Erfahrung des Zusammenbruchs der Demokratien in Italien und Deutschland und die Entwicklung des Faschismus, der zeigte, dass formale demokratische Strukturen keine Garantie für den dauerhaften Bestand einer Demokratie bieten. Vor dem Hintergrund ähnlicher institutioneller Rahmenbedingungen der politischen Strukturen in Italien, Deutschland, Großbritannien und den USA konnte der Zusammenbruch der Demokratien in Deutschland und Italien nicht mehr hinreichend mit der Theorie der klassischen institutionenorientierten Regierungslehre erklärt werden. Hinzu kam die Erfahrung der „nationalstaatlichen Explosionen“ in Asien und Afrika, die Almond/Verba zu ihrer zentralen

Frage nach der Zukunft der Demokratie „on a world scale“ und nach der Stabilität politischer Systeme veranlasste. Nicht mehr allein institutionelle Rahmenbedingungen, sondern auch die partizipative politische Kultur wird von Almond/Verba als Voraussetzung der Persistenz politischer Systeme postuliert: „While the movement toward technology and rationality of organization appears with great uniformity throughout the world, the direction of political change is less clear. But one aspect of this new world political culture is discernable: it will be a *political culture of participation* [Hervorhebung: K.L.L.]. If there is a political revolution going on throughout the world, it is what might be called the participation explosion. In all the new nations of the world the belief that the ordinary man is politically relevant – that he ought to be an involved participant in the political system – is widespread. Large groups of people who have been outside of politics are demanding entrance into the political system” (Almond/Verba 1989: 4).

Allerdings sind nach Almond/Verba grundsätzlich zwei Modi der Partizipation bei der Durchsetzung der Demokratie im Zuge der „participation revolution“ denkbar: zum einen der *demokratische Modus*, der es dem normalen Bürger erlaubt, am politischen Entscheidungsprozess als mitbestimmender Bürger teilzunehmen und zum anderen der *totalitäre Modus*, der dem Bürger die Rolle eines „participant subject“ zuweist (ebd.). Um den demokratischen Modus der Partizipation zu verwirklichen, bedarf es neben den formalen demokratischen Institutionen einer dementsprechenden politischen Kultur. Von diesem Standpunkt aus konzeptualisieren Almond/Verba den Begriff der politischen Kultur: „The term political culture refers to the specifically political orientations – attitudes toward the political system and its various parts, and attitudes toward the role of the self in the system” (13). Die politische Kultur definieren Almond/Verba folglich als „*the particular distribution of patterns of orientation toward political objects among the members of the nation*“ (Almond/Verba 1989[1963]: 13). Damit wird die Überzeugung ausgedrückt, dass jedes politische System in ein bestimmtes Geflecht von Einstellungen eingebettet ist und dass politische Strukturen zur eigenen Aufrechterhaltung kongruenter Einstellungen bedürfen: „Every political system is embedded in a particular pattern of orientations to political action. I have found it useful to refer to this as the political culture“ (Almond 1956: 396).

Neuere empirische Untersuchungen zu politischen Einstellungen in der Politikwissenschaft (vgl. Fuchs 1998, Fuchs u.a. 1995, Gabriel 1999, 1996, 1994, 1993, Krüger 1995, Vetter 2002, 2002c,

Westle 1999, 1989y, Walz 1996) beziehen sich in ihrem theoretischen Rahmen auf diese Definition der politischen Kultur von Almond/Verba und lehnen sich an das Konzept von David Eastons Konzept zur „politischen Unterstützung“ (1965a, 1965b) an.

Weiterentwicklungen und Systematisierungen des Konzeptes der politischen Kultur in der Tradition von Almond/Verba legten vor allem von Bettina Westle (1989, 1999, 2002) und Oscar Gabriel (1994, 1999) vor. In der Politikwissenschaft ist dieses Konzept jedoch bei weitem nicht das einzige geblieben, weshalb sich Forscher der politischen Kultur den Vorwurf gefallen lassen mussten, bei dem Begriff handele es sich um einen „all-catch-term“ (Kaase 1983).

Im deutschsprachigen Raum grenzte sich Karl Rohe (1987, 1990) mit einer kulturhermeneutischen Definition politischer Kultur von Almond/Verba ab. In Anlehnung an Elkins und Simeon (1979) gehe es nach Rohe in der politischen Kulturforschung weniger um „Einstellungen“, als vielmehr um „Vorstellungen“ im Sinne von „assumptions about the political world“ und „kollektiven Theorien des Politischen“ (Rohe 1987: 40), die nicht individuell hervorgebracht werden, sondern wie die Sprache kollektiv verankert sind. Damit steht nicht allein die quantitative Verteilung von politischen Einstellungen im Vordergrund wie bei Almond/Verba, sondern das Erkenntnisinteresse wird auf eine grundsätzlichere Ebene der Mechanismen von politischen Vorstellungen verlagert.

Eine andere Definition schlägt Pappi (1985) vor. Für ihn ist politische Kultur „das Legitimationsverständnis mit der Herrschaftsordnung eines sozialen Staates, ein Einverständnis, das einerseits durch konsensuelle Normen und Loyalitäten zur politischen Gemeinschaft abgestützt und andererseits in politischen Wertorientierungen verankert ist“ (Pappi 1985: 282). Berg-Schlosser vertritt einen weit gefaßten Begriff der politischen Kultur. Diese bezeichnet „in der allgemeinsten Form die subjektive Dimension der gesellschaftlichen Grundlagen politischer Systeme. Diese umfasst die Gesamtheit aller politisch relevanten Persönlichkeitsmerkmale, latente in Einstellungen und Werten verankerte Prädispositionen zu politischem Handeln, auch in ihren symbolhaften Ausprägungen, und konkretes politisches Verhalten“ (Berg-Schlosser 1994: 345).

Die zuletzt genannten Definitionen verdeutlichen, wie gewinnbringend die schlichte Definition von Almond/Verba für die empirische Forschung ist, da sie eine konkrete Untersuchungsanweisung enthält. Demnach ist die *Verteilung von politischen Einstellungen* zu

messen. Einstellungen können dabei als die Bereitschaft aufgefasst werden, auf ein Objekt, eine Person oder eine Sache stets in gleicher Weise zu reagieren, und setzen sich in der Definition von Almond/Verba aus unterschiedlichen Komponenten zusammen: „It includes (1) ‘cognitive orientation’, that is, knowledge of and belief about the political system, its roles and the incumbents of these roles, its inputs and outputs; (2) ‘affective orientation’, or feelings about the political system, its roles, personnel, and performance, and (3) ‘evaluation orientation’, the judgments and opinions about political objects that typically involve the combination of value standards and criteria with information and feelings“ (Almond/Verba 1989: 15). Zusätzlich können Einstellungen auch konative (verhaltensmäßige) Orientierungen beinhalten (Westle 2002). Sie können dabei folgende Ausprägungen annehmen: Sie können „positiv“, „negativ“ oder „gar nicht vorhanden“ sein. Diesem Verständnis von politischen Einstellungen schließt sich die vorliegende Arbeit an.

Ihre Definition der politischen Kultur enthält nach Almond/Verba auch genaue Angaben, worauf sich die politischen Einstellungen zu beziehen haben. Sie benennen vier Untersuchungsdimensionen bzw. Objekte, auf die sich politische Einstellungen beziehen: (1) das politische System als Ganzes, (2) das Selbst (der Bürger), (3) den „Input“ Prozess und (4) den „Output“ Prozess. „In classifying objects of political orientation, we start with the ‘general’ political system. We deal here with the system as a whole and include such feelings as patriotism or alienation, such cognitions and evaluations of the nation as ‘large’ or ‘small’, ‘strong’ or ‘weak’ and of the polity as ‘democratic’, ‘constitutional’ or ‘socialistic’. At the other extreme we distinguish orientations toward the ‘self’ as political actor; the content and quality of sense of personal competence vis-à-vis the political system“ (Almond/Verba 1989: 14). Das Einstellungsobjekt des “input process” beziehen die Autoren auf den “flow of demands from the society into the polity and the conversion of these demands into authoritative policies”, während der “output process” einen Prozess markiert, “by which authoritative policies are applied or enforced” (Almond/Verba 1989: 15).

Auf der Grundlage dieser Untersuchungsdimensionen und der Bestimmung von Einstellungen als „positiv“ oder „negativ“ gerichtet oder als „gar nicht vorhanden“, entwickeln Almond/Verba ein heuristisches Modell von drei Idealtypen der politischen Kultur. Diese sind (1) die Parochialkultur, (2) die Untertanenkultur und (3) die Partizipationskultur. Der Vollständigkeit halber seien diese Typen kurz erläutert, auch wenn sie für die vorliegende Arbeit nicht

übernommen werden: Wie Westle (2002: 321f.) zusammenfasst, ist die Parochialkultur durch das weitgehende Fehlen von Orientierungen jeglicher Art gegenüber Objekten des politischen Systems gekennzeichnet, d.h. die Bevölkerung ist sich kaum dessen bewusst, dass sie selbst eine Rolle in der Politik spielen könnte, stellt keine Ansprüche an die Politik, interessiert sich wenig für Herrschaftsstrukturen und bewertet sie auch nicht. Als typisches Muster der Untertanenkultur definieren Almond/Verba ein zwar umfangreiches Wissen über die Politik und die Existenz von (überwiegend positiven) Gefühlen gegenüber dem Regime sowie Bewertungen des Outputs, jedoch fehlt die Wahrnehmung der Inputstrukturen und es sind keine (bzw. negative) Orientierungen gegenüber der eigenen Rolle als politischer Akteur vorhanden. Als charakteristisch für eine Partizipationskultur gilt, dass Bürger Kenntnisse, (positive) Gefühle und Bewertungen gegenüber allen diesen Objekten zeigen, sich ihrer Möglichkeiten als politische Akteure bewusst sowie jederzeit zur politischen Aktivität bereit sind. Almond/Verba gehen davon aus, dass jeder dieser Typen politischer Kultur besonders gut zu einer bestimmten politischen Regimeform passt. So konvergiere eine parochiale Kultur mit einer traditionellen Stammesgesellschaft, in der noch kaum eine Differenzierung politischer Rollen und Strukturen besteht. Eine Untertanenkultur sei dagegen kennzeichnend für nicht-demokratische Monarchien und Diktaturen. Den für die liberale Demokratie am besten geeigneten Typus sehen Almond/Verba nun aber nicht in der reinen Partizipationskultur, sondern in einem Mischtypus, den sie Civic Culture (Zivilkultur, Staatsbürgerkultur) nennen. Dieser Typus sei dadurch charakterisiert, dass er zwar alle Elemente der Partizipationskultur enthalte, aber gleichzeitig durch Elemente der Untertanen/ und der Parochialkultur moderiert werde, d.h. keine permanente Beteiligung aller Bevölkerungsteile impliziere und eine gewisse Folgebereitschaft gegenüber den politischen Autoritäten aufweise. Als Grund für diese Einschätzung führten sie an, dass in den USA und in Großbritannien genau dieses Mischmuster der Zivilkultur zu identifizieren sei, während in Deutschland und Italien eine Untertanenkultur und in Mexiko ein Mix aus Parochial/ und Partizipationskultur dominierten. Da es sich bei den USA und Großbritannien um stabile Demokratien handelte, folgerten sie, müsse die Civic Culture den der Demokratie angemessenste Typus der politischen Kultur darstellen.

Hinsichtlich der Übertragbarkeit demokratischer Institutionen auf Gesellschaften, die keine oder nur kurze Erfahrungen mit Demokratie hatten, äußern sich Almond/Verba skeptisch. Ihrer Einschätzung nach werden politische Orientierungen vor allem während der Primärsozialisation

erworben und von der Eltern- an die Kindergeneration weitergegeben sowie durch die Erfahrungen im Erwachsenenleben modifiziert. Kernmerkmale der politischen Kultur können sich so nicht kurzfristig ändern, sondern bedürfen längerfristiger Lernprozesse und des Generationenaustausches.

Das Konzept der politischen Kultur nach Almond/Verba ist aus unterschiedlichen Perspektiven kritisiert worden. Ideologische Kritik übten Pateman (1980) und Wiatr (1980), die hinter dem vermeintlich wertneutralen Konzept einen status-quo-orientierten, wirtschaftsliberalen Demokratiebegriff sahen, der die sozialstrukturelle Problematik sowie das Geschlechterverhältnis ausklammern würde. Konzeptimmanente Kritik (u.a. Lijphart 1980, Niedermayer/Westle 1995) betraf vor allem Überschneidungen und Unklarheiten in der Operationalisierung. Trotz aller Kritik ist für Almond (1987: 28) evident, „dass das Politische Kulturkonzept Eingang in das gängige Vokabular der Politikwissenschaft gefunden hat“ und „Bestandteil allgemeiner Erklärungsansätze im Fach geworden ist.

2.1.2 Herleitung der Untersuchungsebenen und –konzepte

Ein Vorteil des Ansatzes der politischen Kultur nach Almond/Verba ist seine auf die empirische Forschung zugeschnittene Operationalisierung. Auf die lokale Ebene heruntergebrochen, ließe sich lokale politische Kultur als die *spezifische Verteilung subjektiver Einstellungsmuster unter den Bürgern einer Stadt gegenüber politischen Objekten der Kommunalpolitik* verstehen. Diese Definition ist für die vorliegende Arbeit insofern relevant, als dass es vorrangig um die *Verteilung von subjektiven Einstellungsmustern gegenüber Objekten der Kommunalpolitik* geht und im vorliegenden Kontext um *den Vergleich von privilegierten und benachteiligten Quartieren*. Der Begriff der (nationalen) politischen Kultur wird nicht weiter verfolgt, da in der vorliegenden Arbeit – anders als in der Studie von Almond/Verba – nur ein Land untersucht wird und die These unterschiedlicher nationaler politischer Kulturen bei gleichen nationalen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen (Arbeitsmarktpolitik, Sozial- und Gesundheitspolitik, Arbeitslosenstatistik etc.) und ähnlichen kommunalen Institutionen wenig tragbar erscheint. Die erwarteten Unterschiede, so die Richtung der Argumentation in dieser Arbeit, werden eher vor dem Hintergrund des sozioökonomischen Wandels, des Umbaus des Wohlfahrtsstaats und sozialstruktureller Bedingungen als vor dem Hintergrund unterschiedlicher politischer Institutionen und Organisationsformen (wie bei Almond/Verba 1989) gesehen und

von dieser Perspektive aus erklärt. In wieweit sich Tendenzen für unterschiedliche politische Kulturen im Sinne unterschiedlicher Einstellungskulturen in den Stadtteilen und Städten beobachten lassen, wird in dieser Arbeit als empirisch zu untersuchende Frage behandelt. In den Fokus der Aufmerksamkeit rückt daher zunächst die Verteilungsanalyse politischer Einstellungen in sozial kontrastierenden Wohnquartieren.

Ein anderer zentraler Gedanke von Almond/Verba (1989) wird aber für die vorliegende Arbeit fruchtbar gemacht: Es wird angenommen, dass auch lokale politische Demokratien zur eigenen Aufrechterhaltung kongruenter Einstellungen seitens der Bewohner und Stadtbürger bedürfen. Diese Überzeugung beinhaltet vom Standpunkt einer demokratietheoretischen Perspektive die Annahme, dass eklatante Unterschiede zwischen den privilegierten und benachteiligten Quartieren ein Anzeichen für fehlende politischer Repräsentation in Teilen der Stadt sind und eine Schieflage der städtischen Demokratie bedeuten können. Eine mögliche Folge wäre, um mit Heitmeyer (2008) zu sprechen, eine „Krise der Demokratie“. Die Auswirkungen von politischen Einstellungen auf demokratisch verfasste Stadtgesellschaften werden ausführlich am Ende der Arbeit unter Vorliegen der empirischen Ergebnisse diskutiert. Die von Almond/Verba angenommene äquivalente Entsprechung von demokratischen Strukturen und politischen Einstellungen wird hier erkenntnisleitend verwendet, um deutlich zu machen, dass sich verändernde politische Einstellungen an den sozialen Polen der Städte die *politische* „Integrationsmaschine Stadt“ (Häußermann/Siebel 1987) in Frage stellen könnten.

Um der vorliegenden Arbeit einen konsistenten empirischen Rahmen zu geben, werden im Folgenden drei Untersuchungsebenen eingeführt und erläutert, die bestimmte Bereiche politischer Einstellungen definieren und gegeneinander abgrenzen.

Von Almond/Verba wird diesbezüglich ein Einstellungsobjekt, nämlich das des „Self“ übernommen. Um die Beziehung und das Verhältnis der Stadtbürger zur kommunalen Politik zu untersuchen und Gefühle der politischen Kompetenz bzw. der politischen Machtlosigkeit an den sozialen Polen der Stadt messen zu können, ist es notwendig, den Bürger selbst zum Einstellungsobjekt zu machen. Wie aktiv sich ein Bürger in die lokale Politik einbringt und in welchem Ausmaß Bewohner die Rolle des mitentscheidenden, aktiv mitwirkenden Stadtbürgers wahrnehmen, wird in dieser Untersuchung über das *politische Interesse, die Kenntnis von lokalpolitischen Akteuren und die Bereitschaft der Bürger, sich zu engagieren*, gemessen. Als Überschrift für diese Untersuchungsebene, die dem „Self“ von Almond/Verba weitgehend

entspricht, wird die Bezeichnung „*Bürger als politische Akteure*“ gewählt. Die einzelnen Untersuchungsobjekte, d.h. die zu messende politische Kompetenz der Bürger sowie deren Bereitschaft, sich für Politik zu interessieren bzw. sich zu engagieren, werden zu dem in der Politikwissenschaft gängigem Konzept der *politischen Involvierung* zusammengefasst.

Zwei weitere Untersuchungsebenen sind der politischen Systemanalyse David Eastons (1965a, 1965b) entlehnt. Easton misst dem Bürger und seinen Einstellungen und Verhaltensweisen eine für das Überleben des politischen Systems zentrale Rolle bei, betrachtet das System als einen dynamischen Austauschprozess zwischen Input- und Outputprozessen und löst damit das alte Paradigma der Eliten- und Institutionenforschung ab. Eastons Konzepts der „politischen Unterstützung“ (vgl. dazu Kapitel 4.2.1.) basiert auf der Annahme, dass ein politisches System ohne ein ausreichendes Maß an Unterstützung seitens der Bürger auf Dauer nicht persistent bleiben kann (Easton 1975: 436). Easton unterscheidet hinsichtlich der politischen Unterstützung drei Objekte, auf die sich die Einstellungen beziehen: „political community“, „regime“ und „authorities“.

Das zentrale Einstellungsobjekt ist für Easton (1965b: 177) die „*political community*“. Sie umfasst alle Mitglieder des politischen Systems, Bürger wie Politiker, die durch eine politische Arbeitsteilung miteinander verbunden sind. Der Begriff der political community ist nur schwer eindeutig abzugrenzen (vgl. Fuchs 2002: 356). Er zielt jedoch auf den Umstand ab, dass Personen und Gruppen in einer gemeinsamen politischen Gemeinschaft verbunden sind und zwischen den Mitgliedern der Gemeinschaft eine wie auch immer geartete Kooperation stattfindet. Gelingt es, unter den Bürgern ein weit verbreitetes Verbundenheitsgefühl mit der politischen Gemeinschaft zu schaffen, können politische Systeme in Krisenzeiten auf dieses „Reservoir“ an Unterstützung zurückgreifen. Identifikationsgefühle, so Easton, sichern die Überlebensfähigkeit politischer Systeme (vgl. Vetter 2002c: 609). Der bereits hervorgehobene Aspekt der Kongruenz von Einstellungen und politischen Strukturen bei Almond/Verba (1989) wird von Easton für seine Theorie politischer Systeme aufgegriffen und theoretisch so verdichtet, dass politische Strukturen nur unter der Bedingung adäquater Unterstützung durch die „politische Gemeinschaft“ dauerhaft bestehen können. Der von Easton eingeführte Begriffe der „politischen Gemeinschaft“ ist für das Anliegen dieser Arbeit besonders relevant, da die befürchteten Konflikte und Animositäten zwischen den sozialen Gruppen und Räumen in den Städten auf Grund der sozioökonomischen Wandlungsprozesse und steigender sozialer

Ungleichheit zunehmen und das Fortbestehen der politischen Gemeinschaft und die Kooperation zwischen den verschiedenen städtischen Gruppen und der Politik herausfordern. Dem folgend stellt die „*lokale politische Gemeinschaft*“ die zweite Untersuchungsebene der vorliegenden Arbeit dar. Anders als die Ebene der „Bürger als politische Akteure“, die auf den einzelnen Bürger fokussiert, untersucht die Ebene der „lokalen politischen Gemeinschaft“ die Beziehungen zwischen den Bürgern. Auf dieser Ebene werden konkret *das soziale Vertrauen der Bürger untereinander, die Mitgliedschaften in intermediären Organisationen und das bürgerschaftlich, aktive Engagement* gemessen. Ein Konzept, das vorrangig die kohäsiven Kräfte von sozialen und politischen Gemeinschaften untersucht und mit Robert Putnam (1993, 2000) verbunden ist, ist das Konzept des „*Sozialen Kapitals*“, welches auf der Ebene der „lokalen politischen Gemeinschaft“ neben anderen Ansätzen in dieser Arbeit diskutiert wird. Im Hinblick auf den Zusammenhalt der „lokalen politischen Gemeinschaft“ stellt sich zudem die wesentliche Frage, inwiefern Städte trotz aller Ungleichheiten auch heute noch solidarische Gemeinschaften darstellen und in welchem Ausmaß sich Bewohner privilegierter Stadtteile mit Bewohnern benachteiligter Stadtteile solidarisch erklären. Dies wird unter dem Begriff der „*Solidaritätsbereitschaft*“ gefaßt.

Die dritte Untersuchungsebene der vorliegenden Arbeit ist ebenfalls der Theorie politischer Systeme von David Easton entlehnt und dient dazu, die Beziehung der Bürger zu den Kommunalpolitikern und stadtpolitischen Institutionen abzubilden. Easton spricht vom „*regime*“ als Einstellungsobjekt, das sich auf „values (goals and principles), norms and structure of authority“ (Easton 1965b: 193) bezieht und folglich auf die Werte und Normen der politischen Autoritäten und ihre formalen und informellen Muster bei der Generierung, Durchsetzung und Umsetzung von Entscheidungen. Einstellungen können sich nach Easton aber auch auf „*authorities*“ und „occupants of authority roles“ (Easton 1965b: 212), die Herrschaftsträger richten. Beide Einstellungsobjekte von Easton: „*regime*“ und „*authorities*“ korrespondieren mit dem von Almond/Verba (1989: 14f.) beschriebenen „input process“ und „output process“ der politischen Systeme. Easton betont allerdings stärker den Aspekt der gegenseitigen Kooperationen und der Interdependenzen zwischen Bürger, Politiker und Institutionen, die durch Normen und Werte einer politischen Gemeinschaft moderiert werden. Diese Arbeit fasst Eastons Einstellungsobjekte des „*regimes*“ und der „*authorities*“ zu der Untersuchungsebene der „*lokalpolitischen Herrschaftsträger und Institutionen*“ zusammen. Für

die konkrete Untersuchung heißt das, dass das *Vertrauen in die Kommunalpolitik im Allgemeinen, das Vertrauen zum Oberbürgermeister, zu den Stadtparteien, den Kommunalpolitikern, zu den Vertretern der Stadtteile* im Mittelpunkt steht. Eastons Einstellungsobjekt der „authorities“ wird in der empirischen Politikwissenschaft und der vorliegenden Arbeit mit dem Konzept des „*politischen Institutionenvertrauens*“ erfasst. Zudem wird hier die Überzeugung der Bürger gemessen, inwieweit lokalpolitische Herrschaftsträger, d.h. Kommunalpolitiker, entsprechend den Anliegen und Forderungen der Bürger handeln und sich responsiv gegenüber ihren Bedürfnissen, Wünschen und Forderungen verhalten. Diese Perspektive fasst das Konzept der „*Responsivitätswahrnehmung*“ zusammen.

Abbildung 2.1: Empirisches Untersuchungsmodell der lokaler politischer Einstellungen

Abbildung 2.1 stellt die drei Untersuchungsebenen und die zugeordneten Untersuchungskonzepte zusammenfassend dar. Das Untersuchungsdesign bildet die *vertikale* Beziehung zwischen Stadtbürgern und lokalpolitischen Institutionen und Herrschaftsträgern (Ebene a), den *Aktionsradius* der Bürger als politische Akteure (Ebene b) und die *horizontale* Beziehung zwischen den Bürgern der Stadt (Ebene c), also die Beziehung zur politischen Gemeinschaft ab.

2.1.3 Kommunen als Sozialisationsagenturen demokratischer Einstellungen?

45 Jahre nach der Veröffentlichung der Studie von Almond/Verba (1963) steht die Zukunft der Demokratie erneut zur Debatte. Mit der Europäischen Einigung und der Verlagerung vormals nationalstaatlicher Verantwortungs- und Gestaltungsbereiche nach Brüssel, nehmen die Chancen der Bürger ab, politische Prozesse zu verstehen und auf politische Entscheidungen Einfluss ausüben zu können. In dieser Situation rücken Städte und Gemeinden in den Fokus demokratiethoretischer Überlegungen und werden mit Rekurs auf Alexis de Tocqueville (1985[1835]) und John Stuart Mill (1971[1861]), die schon früh die gesellschaftliche und politische Sozialisationsfunktion von Gemeinden betonten, als Träger der Demokratie profiliert (Vetter 2002c: 606f.). „Selbst Demokratiethoretiker wie Dahl (1994) verweisen im Zuge der zunehmenden Transnationalisierung auf die Notwendigkeit, Kommunen und die lokale Demokratie zu stärken: Auf lokaler Ebene entwickelten sich allein aus organisatorischen Gründen stärkere Bindungen zwischen den Regierenden und den Regierten als in nationalen oder gar supranationalen Handlungssystemen. Daher seien Kommunen ein zentraler Ort für die Bürger, um pluralistische Interessensvermittlung, demokratische Entscheidungsfindung und – implementation in ihrem direkten Umfeld zu erleben. Diese Erfahrungen wiederum trügen zur Stärkung demokratischer Normen und Werte bei“ (Vetter 2002c: 607). Auch Almond/Verba sahen die Bedeutung der Kommunen für eine bürgernahe, partizipative und effektive Demokratie. „The local community seemed to be a good place to begin, since political and governmental problems tend to be more understandable, the organs of government less distant, the chances of effective participation for the individual citizen greater on the local level than on the level of national government“ (Almond/Verba 1989: 121ff.). Hinzu kommt, dass seit der „partizipatorischen Revolution“ der siebziger Jahre (Almond/Verba 1989: 4; Kaase 1983) den Gemeinden und Städten in der Demokratiethorie wieder eine exponierte Rolle als Ort von Bürgerinitiativen, städtischem Protest und neuen sozialen Bewegungen (Roth 1998, Gabriel 2000) zugesprochen wird. Im Zuge des Umbaus des Sozialstaates gewannen Gemeinden und Kommunen als politische Arena durch Debatten über zivilgesellschaftliches Handeln (vgl. Wollmann 2002, Klages 2002), soziales Kapital (Putnam 1993, 2000) sowie bürgerschaftliche Selbstorganisation und Selbstverwaltung (Häußermann/Wurtzbacher 2004, Vetter 2002) an Bedeutung. Die hier beschriebene Argumentation weist im Wesentlichen in eine Richtung, in

der Städte und Gemeinden als Sozialisationsinstanzen und Träger der Demokratie profiliert werden.

Dem entgegen steht die Frage nach der Teilhabe der Bürger am (lokalen) politischen System und die Frage nach der politischen Integration unter den Rahmenbedingungen zunehmender sozialer Ungleichheiten und Segregation innerhalb der Stadtbevölkerung, wie sie in der Einleitung skizziert wurden. Diese andere Argumentationslinie orientiert sich am Zusammenhang von sozialer Sicherung, politischen Rechten und politischer Integration. Kronauer (2006: 31) zufolge gehört es seit dem Zweiten Weltkrieg zum Grundbestandteil des Demokratieverständnisses in den westlichen Ländern Europas, dass die Wahrnehmung persönlicher und politischer Rechte nur dadurch gewährleistet werden kann, dass soziale und materielle Absicherungen hinzukommen und Individuen vor völliger Marktabhängigkeit geschützt seien. Thomas H. Marshall (1992) gilt in diesem Zusammenhang als ein Theoretiker, der wenige Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs die Entwicklung der Bürgerschaftsrechte („*citizenship*“) beschrieb. Wie Rieger (1992: 25) zusammenfasst, seien wohlfahrtsstaatliche Institutionen und soziale Rechte auf der Grundlage einer fundamentalen Gleichheit aller Mitglieder einer Gesellschaft nach Marshall zentrale Strukturmerkmale demokratischer Industriegesellschaften und als Gegenpol zu der über Marktprozesse erzeugten und reproduzierten Ungleichheit unverzichtbar. Sie seien damit eine wichtige Quelle gesellschaftlicher Integration. Wie Marshall (1992[1949]) in seinem viel zitierten Aufsatz „Staatsbürgerrechte und soziale Klassen“ zeigt, „entwickelte sich im zweiten Teil des neunzehnten Jahrhunderts ein wachsendes Interesse an Gleichheit als Grundsatz sozialer Gerechtigkeit und eine Anerkennung der Tatsache, dass die formale Anerkennung einer gleichen Rechtsfähigkeit nicht genügt“ (Marshall 1992: 61). Dem war im 18. und 19. Jahrhundert eine Ausweitung der bürgerlichen Staatsrechte auf neue Bevölkerungsgruppen vorausgegangen: „Die Geschichte der bürgerlichen Rechte ist in ihrer formgebenden Phase eine Geschichte der schrittweisen Hinzufügung neuer Rechte zu einem Status, der bereits existierte und von dem man annahm, dass er allen erwachsenen Mitgliedern der Gemeinschaft zustehe – oder man sollte vielleicht sagen, allen männlichen Mitgliedern, wie der Status der Frau, zumindest der verheirateten Frauen, einige besondere Züge aufwies. Dieses demokratische oder allgemeine Merkmal des Status erwuchs naturgemäß aus der Tatsache, dass es im Wesentlichen ein Status der Freiheit war“, da der Dienstzwang und die erbliche Leibeigenschaft verschwunden waren

(Marshall 1992: 45). Vorreiter des beschriebenen Wandels von der „Skavenarbeit zur freien Arbeit“ waren die mittelalterlichen Städte, in denen „die Begriffe ‚Freiheit‘ und ‚Bürgerrecht‘ austauschbar“ waren (ebd., vgl. dazu Weber 1972: 741-757). „Als die Freiheit allgemein wurde, entwickelte sich“ nach Marshall „das Bürgerrecht von einer lokalen zu einer nationalen Institution“ (Marshall 1992: 45f.). Fraser und Gordon (1994: 93) stellten die gradlinige Entwicklung der Bürgerrechte grundsätzlich in Frage¹, doch liegt das große Verdienst von Marshall darin, die Ansicht zu bestärken, dass die Zugehörigkeit zur nationalstaatlichen Gemeinschaft auf weitaus mehr gründet als allein auf politischen Rechten und Pflichten. „Civil“, „political“ und „social citizenship“ erschöpfe sich keinesfalls in „Staatsbürgerschaft“, sondern bedeute Zugehörigkeit zu wirtschaftlich, sozial, kulturell und räumlich verorteten Gemeinschaften (Klaus/Lünenborg 2004: 196).

Folgt man dieser Konzeption, in der Bürgerrechte mit dem Anspruch sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherung verknüpft werden, gerät der Status der Bürgerrechte vor dem Hintergrund zunehmender Segregation und sozialer Ungleichheit und einer „Ökonomisierung des Sozialen“ (Heitmeyer 2008) für Teile der Stadt und ihre Bürger zu einem formal existierenden, real aber nicht einlösbaren Anspruch. Würde man die Entwicklungsgeschichte der Bürgerrechte im Sinne Marshalls fortschreiben, könnte man die überspitzte These wagen, dass nach einer Welle der Ausweitung der Bürgerrechte von der lokalen auf die nationale Ebene, faktisch eine Verengung der Bürgerrechte auf bestimmte soziale Gruppen entlang der Segregationslinien in den Städten zu beobachten sei. Man stieße auf das sogenannte ‚Formalismusproblem‘ (vgl. Almond/Verba 1989), demnach die politischen Strukturen zwar für alle Stadtbürger eine partizipative und aktive politische Rolle sowie eine auf Gleichheit beruhende Staatsbürgerschaft formal vorsehen, faktisch diese Rolle aber nicht von allen ausgefüllt werden kann. Denn die Erwerbsarbeit als einer der grundsätzlichen Zugänge zur Integration in die Gesellschaft bleibt strukturell bedingt einem Teil der Stadtbevölkerung verwehrt.

Deshalb ist es notwendig, das Verhältnis von Staatsbürgerrechten und Erwerbsarbeit bzw. Nicht-Erwerbsarbeit neu auszuloten: „Auch in den in Zukunft häufigeren Phasen der Nicht-

¹ So sei die Erlangung der Bürgerrechte von weißen Männern in den USA mit einem Verlust an Persönlichkeitsrechten für (verheiratete) Frauen und für die schwarze Bevölkerung durch Sklaverei verbunden gewesen (Fraser/Gordon 1994: 93).

Erwerbstätigkeit müssen angemessener Lebensstandard und Statusgleichheit im Zugang zu den Institutionen der sozialen Sicherung und der Chancenverteilung gewahrt bleiben. [...] Die Verbindung von Bürgerrechten und Erwerbsarbeit auf eine neue Weise wäre zugleich eine Antwort auf das Problem der Exklusion und ein Gebot der Demokratie“ (Kronauer 2006: 44f.). Die hier aufgezeigte Argumentationslinie läuft der zuerst skizzierten im Sinne der Profilierung der Städte als Träger der Demokratie entgegen.

Folgt man Honneth (2002: 9), scheint sich schon seit Jahren „innerhalb der Soziologie die Tendenz abzuzeichnen, verstärkt auf die Begriffe wie Ambivalenz, Gegenläufigkeit oder eben Paradoxien zurückzugreifen, um die neue Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaften zu deuten; wo heute nicht jene simplen Fortschritts- oder Verfallsmodelle vorherrschen, setzt sich unterschwellig das Bewusstsein durch, dass wir gegenwärtig nicht krisenhafte oder widersprüchliche Zuspitzungen, sondern höchst paradoxe Wandlungsprozesse beobachten können“ (Honneth 2002: 9). Der hier beschriebene paradoxe Wandlungsprozess besteht darin, dass im Zuge einer immer häufiger supranational orientierten Politik die lokale Ebene einerseits ein immer größeres Gewicht für die Bindung der Bürger an die Demokratie (vgl. Vetter 2002a, 2002c) erhalten und Städte zu Arenen der bürgerschaftlichen Selbstorganisation werden. Andererseits zeigen gerade diese ‚Hoffnungsträger‘ der Demokratie soziale Spaltungen, die die politische Beteiligung und Integration von Bürgern benachteiligter Stadtteile und das Ausfüllen von aktiven sozialen und politischen Bürgerrechten aufgrund sozialer Exklusion in Frage stellen. Die Idee der Kommunen als Sozialisationsagenturen scheint damit zwei parallelen Entwicklungen zu unterliegen: Zum einen gelten Städte und Gemeinden nach einer langen Tradition als Sozialisationsagenturen demokratischer Einstellungen. Zum anderen scheinen sich Städte bzw. Teile der Städte aufgrund der Exklusion im Bereich der Erwerbsarbeit und zunehmender residentieller Segregation auch zu Sozialisationsagenturen von politischer Machtlosigkeit, ‚Politikverdrossenheit‘ bis hin zu ‚Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit‘ und Gewalt (Heitmeyer 2008) zu entwickeln, die den demokratischen Einstellungen zuwiderlaufen.

2.2 Sozialstruktur und politische Einstellungen

Mit den bisherigen Ausführungen konnte geklärt werden, was unter politischen Einstellungen verstanden werden soll und welche empirischen Einstellungsobjekte der Untersuchung zugrunde gelegt werden. Es wurde die These aufgestellt, dass Städte nicht nur Sozialisationsagenturen demokratischer Einstellungen darstellen, sondern sich mehr und mehr zu Sozialisationsagenturen von Einstellungen entwickeln, die den demokratischen Einstellungen widersprechen. Im Folgenden wird die Frage nach den theoretischen Verknüpfungen von sozialer Ungleichheit, residentieller Segregation und politischen Einstellungen aufgegriffen. Dabei geht es zunächst um die Darstellung, wie Sozialstruktur und politische Einstellungen zusammengedacht werden können.

2.2.1 Klassische Konzepte der Wahlforschung

Der Zusammenhang von Sozialstruktur und politischen Einstellungen ist bereits von den Pionieren der Wahlforschung: Lazerfeld et al. und Lipset/Rokkan untersucht worden.

Paul Lazerfeld und seine Kollegen interviewten 1940 im Präsidentschaftswahlkampf der USA 600 Wahlberechtigte aus Erie County mit der Intention, den Wechsel politischer Einstellungen und Wahlabsichten zu untersuchen. Dabei zeigte sich, dass sowohl bei den sogenannten ‚Wechslern‘ als auch bei den sogenannten ‚Konstanten‘ die Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Gruppen weitgehend politisch homogenes Verhalten erzeugt. Dies konnte insbesondere beim Wahlverhalten nachgewiesen werden und ließ den Schluss zu: „voting is essentially a group experience“ (Lazersfeld et al. 1968: 137). In der gleichen Untersuchung wurde entlang von drei Dimensionen: dem sozioökonomischen Status, der Religionszugehörigkeit und der *Wohngegend* eine hohe Übereinstimmung von sozialstrukturell bedingter politischer Prädisposition und der getroffenen Wahlentscheidung festgestellt, was die Autoren zum vielzitierten Ergebnis führte: „*A person thinks politically as he is socially. Social characteristics determine political preference*“ (ebd.: 27). Die Berücksichtigung der Sozialstruktur und der städtischen Segregation in Form der „Wohngegend“ ist erstaunlich, wenn man bedenkt, dass die meisten politikwissenschaftlichen Studien, die sich mit politischen Einstellungen auf der lokalen Ebene befassen, die soziale Frage aussparen (vgl. Wehling 1987, Schacht 1987, Gabriel/Vetter 1997, Vetter 2002).

Der makrosoziologische Ansatz der Wahlforschung von Lipset/Rokkan (1967) thematisiert Sozialstruktur und politische Einstellungen in der Weise, dass entlang historisch hervorgebrachter gesellschaftlicher Konflikte, die sich in sogenannten „*cleavages*“ oder Konfliktlinien abbilden lassen, soziale Gruppen identifiziert werden können, die hoch mit einer bestimmten Parteipräferenz korrelieren und Lipset/Rokkan zufolge so stabil über die Zeit bleiben, dass die Parteiensysteme in den westlichen Industrienationen als „eingefrorene Parteiensysteme“ der 1960er Jahre beschrieben werden können (Lipset/Rokkan 1967: 50)².

Für Deutschland zeigen alle Analysen der 1950er Jahre zwei dominierende Konfliktlinien: den Klassenkonflikt, der eher die SPD begünstigt, und den konfessionellen Konflikt, von dem eher Unionsparteien profitieren (vgl. Roth 1998: 30). Aus der konfessionellen Konfliktlinie, die bis zur Reformation zurückreicht und die zwischen Katholiken und Protestanten verlief, entwickelte sich eine Spannungslinie zwischen kirchlich gebundenen, religiös orientierten Wählern und wenig gebundenen, religiös abstinenter Wählern. Der Klassenkonflikt als Folge fortschreitender Industrialisierung ist hingegen die Wiege der SPD. Sozialdemokraten waren die parteipolitischen Vertreter der wachsenden Gruppe der Industriearbeiter, und diese Koalition zwischen makrosoziologischer Gruppe und der Partei war und ist bis heute stabil (Roth 1998: 31). Der Ansatz von Lipset/Rokkan spielt eine zentrale Rolle für die kommunale Politikwissenschaft, da sich seit Anfang der 1990er Jahre eine Erosion der sogenannten ‚SPD-Hochburgen‘ in den traditionellen Arbeiterquartieren beobachtet lässt und der Wandel

² Die vier Hauptkonflikte sind: (1) Der Konflikt zwischen herrschender, zentraler Elite und abhängigen ethischen, sprachlichen oder religiösen Bevölkerungsgruppen in der Region. (2) Der Konflikt zwischen säkularisiertem Machtanspruch des Staates und den historisch erworbenen Privilegien der Kirche. (3) Der Konflikt zwischen agrarischen und kommerziell-industriellen Interessen. (4) Der Konflikt zwischen besitzender Klasse und Arbeiterklasse (Lipset/Rokkan 1967).

politischer Einstellungen vor dem Hintergrund der sozioökonomischen Wandels dort besonders greifbar scheint (vgl. Hennig/Homburg/Lohde-Reiff 1999).

2.2.2 Der Ansatz von Pierre Bourdieu

An Hand der bisherigen Bemerkungen wurde deutlich, dass neue soziale Ungleichheiten zunehmen und in ihren Konsequenzen auch politische Einstellungen tangieren. Eine Theorie, die ähnlich wie der Ansatz von Lazerfeld et al. (1968) der subjektiven Perspektive der Bürger gerecht wird, weil sie die subjektiven Erfahrungen, Wahrnehmungen und Denkhorizonte berücksichtigt, gleichzeitig die objektiven Strukturen – wie bei Lipset/Rokkan (1967) – durch eine elaborierte Theorie der Sozialstruktur nicht vernachlässigt, bietet Pierre Bourdieu. Im Folgenden werden zentrale Begriffe der Theorie von Bourdieu vorgestellt. Das *Habituskonzept* ist auf der subjektiven Ebene angesiedelt und stellt die Vermittlungsinstanz zwischen subjektiven Erleben und objektiven Zwängen dar. Die Konzepte des *Feldes* und des *sozialen Raumes*, der *Klassen* und *Lebensstile* sowie das Konzept des *ökonomischen, sozialen, kulturellen* und *symbolischen Kapitals* sind hingegen eher auf der objektiven Ebene angesiedelt. Die Darstellungen sind knapp gehalten und dienen dem besseren Verständnis der dann darzulegenden Übergänge von der sozialen Ungleichheit zum städtischen Raum und zu den politischen Einstellungen.

2.2.2.1 *Habituskonzept*

Seiner „praxeologischen Theorie der Praxis“ (Bourdieu 1987a) folgend wurde das *Habituskonzept* aus empirischen Forschungsfragen heraus entwickelt. Es ist als relativ offenes Konzept angelegt, welches flexibel an unterschiedliche Forschungsfragen und –gegenstände angepasst werden kann (Schwingel 1998: 53). Primär geht es um die Problematik, wie Praxis, d.h. soziale Wirklichkeit und soziales Handeln zustande kommt bzw. generiert wird; sprich, wie gesellschaftliche Akteure ihre Welt wahrnehmen, erfahren und erkennen.

Kerngedanke des Konzeptes ist, dass soziale Akteure mit sozialen Anlagen (Dispositionen) ausgestattet sind, die für ihre Praxis – und ihr Denken über die Praxis – konstitutiv sind. Anders als voluntaristische Handlungstheorien, die von „freien“ Entscheidungen der Handlungen von Akteuren ausgehen, betont Bourdieu die gesellschaftliche Prädomination, eine Vorbestimmtheit, die in gegenwärtige und zukünftige Handlungen eingreift. Er definiert Habitusformen als „Systeme dauerhafter *Dispositionen*, strukturierte Strukturen, die geeignet sind, als

strukturierende Strukturen zu wirken“. Der Habitus stellt ein „Erzeugungs- und Strukturierungsprinzip von Praxisformen und Repräsentationen“ dar (Bourdieu 1976: 165).

Habituelle Dispositionen sind gesellschaftlich und historisch bedingt und entspringen den individuellen und kollektiven *Erfahrungen*. Mit Bourdieu gesprochen gewährleistet der Habitus „die aktive Präsenz früherer Erfahrungen, die sich in jedem Organismus in Gestalt von Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata niederschlagen“ (Bourdieu 1987a: 101). Ein zentraler Effekt dieser historisch und biographisch erworbenen Schemata ist die Stiftung von Sinn. Der habituelle Rahmen, innerhalb dessen ein Individuum denkt und handelt, stellt gleichzeitig den Horizont der Sinnhaftigkeit dar. Bourdieu spricht vom „sens pratique“, der die eigenen Praktiken als „sinnvoll“ erlebbar macht. Der Habitus erzeugt und strukturiert die Wahrnehmung, das Denken und die Handlungen. Seinen Ausdruck findet er u.a. in der körperlichen Fixierung. Bourdieu schreibt: „Was der Leib gelernt hat, das besitzt man nicht wie ein wiederbetrachtbares Wissen, sondern das ist man“ (Bourdieu 1987a: 135). Das heißt, die Mimik und Gestik, die Körperhaltung und -bewegungen und selbst die Art und Weise zu sprechen, sind mit dem Habitus auf das Engste verbunden und somit „inkorporiert“.

Ein Habitus entsteht durch die Verinnerlichung externer sozialer Strukturen, in einer, wie es Bourdieu nennt, „stillen Pädagogik“ (Bourdieu 1987a: 128); d.h. vermittelt durch die Sozialisation bringen die objektiv vorgegebenen materiellen und kulturellen Existenzbedingungen, die Lebensbedingungen der Familie und die soziale Klasse von frühester Kindheit an den Habitus mit seinen Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata hervor.

Eine soziologische Bedeutung gewinnt der Habitus durch die spezifische Position, die das Individuum oder eine Gruppe innerhalb der Sozialstruktur einnimmt und die den Habitus als ein klassenspezifisches Produkt darstellt. Mit anderen Worten: Der Habitus ist sozialstrukturell bedingt. In einer erweiterten Definition kann der Habitus als „Erzeugungsprinzip objektiv klassifizierbarer Formen von Praxis und Klassifikationssystem (principium divisionis) dieser Formen“ (1987: 277) gefasst werden. Er bildet die Schaltstelle zwischen der Struktur als gegebener sozialer Tatsache (Kapital) und der Praxis, d.h. den Lebensstilen (Speth 1997: 329). Er ist dasjenige Erzeugungsprinzip, das die „ökonomischen Zwänge und Chancen einer kollektiven Lebenslage in die scheinbare Freiheit eines individuellen Lebensstils übersetzt“ (Honneth 1984: 156).

Mit dem Habituskonzept wird der Tatsache Rechnung getragen, dass Individuen nicht einfach als „Träger“ objektiver Entwicklungen materieller Standards handeln. „Durch ihren Habitus und ihre sozialen Beziehungen sind sie Mitglieder sozialer Milieus, die jeweils Lebensziele, Lebensweisen, Weltsichten und Bewältigungsstrategien haben“ (Vester 2001: 33). In dieser Lesart bietet das Habituskonzept neue Impulse für die Erklärung politischer Einstellungen. Der Übergang von sozialer Ungleichheit zu spezifischen politischen Einstellungen, die sich räumlich verteilen, ist kein mechanischer, sondern er findet genau entlang dieses vielschichtigen Phänomens des Habitus statt. Gerade die Gleichzeitigkeit des Habitus a) als Erzeugungsprinzip im soziologischen Sinn, b) als klassifizierendes Prinzip und c) als prädominiertes Rahmenprinzip für neue individuelle und kollektive Erfahrungen machen das Bourdieusche Habituskonzept so attraktiv für ein weitergehendes Verständnis sich wandelnder Einstellungen. Es lenkt die Aufmerksamkeit auf die individuelle und subjektive Betroffenheit und, wie es Vester ausdrückt, auf die subjektiv entworfenen „Bewältigungsstrategien“ (vgl. dazu auch Neckel 1997).

2.2.2.2 Feld, sozialer Raum und Kapital

Zwei weitere zentrale Begriffe: *Feld* und *sozialer Raum* sorgen dafür, dass die vom Habitus generierte Praxis nicht in einem neutralen Raum, „einem unorganisierten Vakuum“ stattfindet, sondern in einem strukturierten Rahmen (Schwingel 1998: 77). Beide Begriffe basieren auf der Vorstellung der Soziologie als „Sozialtopologie“ (Bourdieu 1985). Dementsprechend lässt sich die soziale Welt in Form eines mehrdimensionalen Raums darstellen, dem bestimmte Unterscheidungs- bzw. Verteilungsprinzipien zugrunde liegen und innerhalb dessen Akteure oder Gruppen von Akteuren „anhand ihrer *relativen Stellung* innerhalb des Raumes definiert“ werden (Bourdieu 1985: 9f.).

Der *soziale Raum* stellt die Gesamtheit aller Felder dar und weist den höchsten Abstraktionsgrad auf; er bildet die objektiv erfassbare Sozialstruktur einer Gesellschaft im Sinne der „Sozialtopologie“ ab. *Soziale Felder* sind dagegen relativ autonome Praxisfelder, die sich sozialgeschichtlich herausbilden und sich durch eigene „Spielregeln“, eigene Formen von „Einsätzen“ und „Gewinnen“ auszeichnen: „Ein Feld ist ein Mikrokosmos innerhalb des sozialen Makrokosmos.“ (Bourdieu 2001: 41) Beispiele sind: das politische Feld, das schulische Feld und das religiöse Feld. Bourdieus Überlegungen lassen sich, wie am Ende des Abschnittes zu sehen sein wird, konkret auf den Gegenstand dieser Arbeit übertragen.

Bourdieu spricht auch vom sozialen Raum als einem „Ensemble objektiver Kräfteverhältnisse, die allen in das Feld Eintretenden gegenüber sich als Zwang auferlegen und weder auf die individuellen Intentionen der Einzelakteure noch auf deren direkte Interaktionen zurückzuführen sind“ (Bourdieu 1985: 10). Wie das Zitat verdeutlicht, repräsentieren das soziale Feld und der soziale Raum den objektivistischen Teil der Theorie von Bourdieu, der sich über die Ressourcen und Kapitalien der Akteure definiert. Der Akteur wird entlang seines Kapitals einer bestimmten sozialstrukturellen Position innerhalb des sozialen Raumes zugeordnet. Die Positionierung findet entlang von drei Raumdimensionen statt. Die erste Dimension misst den Gesamtumfang des Kapitals, über das der Akteur verfügt; die zweite Dimension misst die Zusammensetzung des Kapitals, das heißt das spezifische Gewicht der einzelnen Kapitalsorten, bezogen auf das Gesamtvolumen (Bourdieu 1985: 11). Die dritte, die zeitliche Dimension, berücksichtigt den Umstand, dass die „typische Laufbahn integraler Bestandteil des Systems der konstitutiven Faktoren einer Klasse ist“ (1987: 189). Die zeitliche Dimension erfasst den Sachverhalt, dass bestimmte Positionen „historisch“ geworden sind (Speth 1997: 324).

Da der Kapitalbegriff in der Theorie Bourdieus eine zentrale Rolle spielt und dieser der Operationalisierung einiger Variablen der vorliegenden Untersuchung zugrunde gelegt ist, werden die verschiedenen Begriffe kurz vorgestellt.

Das Konzept des Kapitals (Bourdieu 1992) stützt die objektive Seite der Theorie Bourdieus. Die vier verschiedenen Kapitaliensorten, nämlich *ökonomisches*, *soziales*, *kulturelles* und *symbolisches* Kapital, bilden zusammen das Kapitalvolumen eines Akteurs und sind zugleich ein charakteristisches Merkmal, anhand dessen die Position eines Akteurs im sozialen Raum bestimmt wird.

Zum *ökonomischen Kapital* zählt Bourdieu schlichtweg die verschiedenen Formen des materiellen Reichtums. Das *kulturelle Kapital* kann dagegen in verschiedenen Zuständen vorliegen. Im objektivierten Zustand umfasst es bspw. Bücher, Gemälde, Kunstwerke, Maschinen, technische Instrumente und ähnliches. Kulturelles Kapital in einem inkorporierten Zustand drückt sich in Fähigkeiten, Fertigkeiten und im Wissen einer Person aus. Die dritte, institutionalisierte Form kulturellen Kapitals verkörpern Bildungstitel wie z.B. der Schulabschluss, das Diplom oder der Dokortitel. Eine weitere Ressource stellt das *soziale Kapital* dar, das auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe basiert. Innerhalb der sozialstrukturell

geprägten Gruppe mit dem entsprechenden Habitus beschreibt das soziale Kapital „ein dauerhaftes Netz von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens und Anerkennens“ (Bourdieu 1992: 63). Bourdieu bezieht sich in seinen Beschreibungen vor allem auf die elitären Gruppen der Gesellschaft wie z.B. Alumnikreise der Hochschule, Clubs, Adelsgruppen und politische Parteien. Das Beziehungsnetzwerk muss durch eine permanente „Beziehungsarbeit“ (Bourdieu 1992: 67) aufrechterhalten werden. Es bietet dem Akteur im Gegenzug die Anerkennung der Gruppe. Zusätzlich bedeutet soziales Kapital auch, zu einer bestimmten Gruppe zugerechnet zu werden und damit verbundene Zugangsmöglichkeiten zu Ressourcen zu bekommen. Umgangssprachlich ausgedrückt ist auch das hilfreiche ‚Vitamin B‘ Teil des sozialen Kapitals.

Im Kontext der alltäglichen Legitimation gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse übernimmt das *symbolisches Kapital* eine wichtige Funktion. Es drückt sich als mehr oder minder dauerhaft verbürgte Anerkennung von bestimmten Akteuren und Gruppen aus und schöpft seine Wirksamkeit aus seiner gesellschaftlichen Anerkennung. „Darüber hinaus sind zum symbolischen Kapital sämtliche Formen des Kredites an sozialer Anerkennung zu rechnen, die sich innerhalb der verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche etablieren können“ (Schwingel 1998: 88). Im Unterschied zur Logik der Knappheit, die für ökonomisches und kulturelles Kapital (in objektiviertem oder inkorporiertem Zustand) kennzeichnend ist, gehorcht das symbolische Kapital einer Logik der Hervorhebung und Anerkennung (ebd.). Wie das soziale Kapital, zielt das symbolische Kapital auf die soziale Anerkennung, doch häufig lassen sich die Begriffe kaum eindeutig voneinander abgrenzen. Das symbolische Kapital ist zusätzlich mit einer „Deutungsmacht“, einer Macht zur Definition, verbunden, die das soziale Kapital nicht per se umfasst.

Das vorhandene Kapital und seine jeweilige Zusammensetzung positionieren den Akteur sozialstrukturell und bilden gleichzeitig seinen „Spieleinsatz“ in den sozialen Feldern, in denen er aktiv ist und in denen um Positionen „gespielt“ wird (Bourdieu 1985: 10). Raum und Feld stellen in erster Linie einen „locus of struggle“ dar (ebd.). Die Struktur des Feldes ist geprägt und hervorgebracht durch die Kämpfe, die in ihnen stattfinden und stattgefunden haben. Das soziale Feld ist daher ein „Kräftefeld“, in dem die Akteure um ihre soziale Position ringen. Es gibt einen permanenten Kampf um die Wahrung bzw. Veränderung der jeweils herrschenden Kräfteverhältnisse.

2.2.2.3 Politik als legitime Durchsetzung von Klassifikationsprinzipien

Pierre Bourdieu hat sich mit verschiedenen Praxisfeldern empirisch und theoretisch auseinandergesetzt: mit dem Feld der Schule und Hochschule, dem religiösen Feld, aber auch mit dem politischen Feld, auf das im Folgenden näher eingegangen werden soll.

Das *politische Feld* definiert Bourdieu als ein Mikrokosmos, in dem um die „legitime Durchsetzung der Sicht- und Teilungsprinzipien der sozialen Welt“ (Bourdieu 2001: 54f.) „gekämpft“ wird. Politische Kämpfe ringen folglich um die Einteilung von Gruppen und deren Zuteilung knapper Güter. Dem geht eine semantische Klassifikation voraus, die Bourdieu in dem Begriff des „*nomos*“ verdichtet, der für den zentralen Einsatz und Gewinn des politischen Spiels steht:

„Wenn ich für das politische Feld sage, dass die wichtigste Teilung diejenige in Reiche und Arme ist, erhalte ich eine bestimmte soziale Struktur. Wenn ich sage, dass dies die Teilung in Franzosen und Ausländer ist, erhalte ich eine ganz andere soziale Struktur. Anders gesagt: Teilungsprinzipien sind alles andere als unmotiviert. Sie sind konstitutiv für Gruppen und soziale Kräfte. Politik ist ein Kampf um Ideen, aber einen besonderen Typ von Ideen, fundamentale Ideen (*idées-forces*), die als Mobilisierungskraft fungieren. Wenn das von mir vorgeschlagene Teilungsprinzip von allen anderen anerkannt wird, wenn mein *nomos* zum universellen *nomos* wird, wenn alle die Welt so sehen, wie ich sie sehe, dann habe ich die ganze Kraft der Personen, die meine Sicht teilen, hinter mir“ (ebd.: 51).

Mit anderen Worten: Im politischen Feld wird um die jeweils gültigen Teilungs- und Klassifikationsprinzipien einer Gesellschaft „gekämpft“.

Diese Funktionsbestimmung des politischen Feldes steht der des politischen Systems nach David Easton nicht fern. Nach Easton übernimmt das politische System die Funktion der autoritativen Allokation von Werten für die Gesellschaft: „A political system [...] will be identified as a set of interactions, [...] through which values are authoritatively allocated for a society“ (Easton 1965a: 50). Teilungs- und Klassifikationsprinzipien wirken wie autoritative Werte, die kollektiv durchgesetzt werden, konstitutiv für Gruppen und die politische Gemeinschaft. Bourdieus Definition weist darüber hinaus auf den Aspekt der Ungleichheit hin, da nicht beliebig viele Klassifikationsprinzipien im politischen Feld nebeneinander existieren

können und Klassifikationen für bestimmte Gruppen stets restriktiv wirken. Im Gegensatz zu den subjektiven Lebensstilen, bei denen unterschiedliche Werte gleichzeitig und je nach Geschmack gelebt werden können, sind Klassifikations- und Teilungsprinzipien sowie autoritative Werte im politischen Feld begrenzt, institutionalisiert und mit Sanktionen belegt. So definiert bspw. die politische Klassifikation des Ausländers oder Arbeitslosen einen bestimmten rechtlichen Status, der Pflichten, Rechte (z.B. Arbeitserlaubnis), aber auch finanzielle und soziale Ressourcen (z.B. medizinische Grundversorgung, Krankenversicherung) fest schreibt. Politische Klassifikationen bestimmen somit über alltägliche Chancen und Bewältigungsmöglichkeiten von Akteuren und Gruppen im sozialen Raum und über konkrete Inklusions- und Exklusionschancen.

Für politische Einstellungen heißt das, dass sich die Einstellungsobjekte auf die eben beschriebenen, permanent umkämpften Teilungs- und Klassifikationsprinzipien beziehen. Anders als im Modell von Almond/Verba (1989), in dem politische Strukturen als relativ stabil vorgestellt werden, verweist Bourdieu auf die Dynamik und den Aushandlungsprozess politischer Werte und Strukturen. Verschiebt sich die Vorherrschaft bestimmter Klassifikationsprinzipien und autoritativer Werte, ändern sich potentiell auch die politischen Einstellungen, da bestimmten Gruppen durch die neuen Klassifikationen auch neue Inklusions- und Exklusionschancen in der Bewältigung des Alltags zugeschrieben werden.

Ein zweiter Punkt lässt sich aus dem Bourdieuschen Feldbegriff ableiten. Das politische Feld (oder mit Easton gesprochen das politische System) ist sozialstrukturell geprägt. Alle Teilhabenden der politischen Gemeinschaft im politischen Feld, sowohl auf der Seite der professionellen Politiker als auch auf der Seite der Laien und Bürgerinnen und Bürger, sind in einem bestimmten Umfang mit ökonomischem, sozialem, kulturellem und symbolischem Kapital ausgestattet, das die Wahrnehmung und Erfahrung maßgeblich prägt. Stellt man sich die sozialstrukturellen Positionen der Akteure bildhaft vor, klaffen zwischen den Akteuren, die mit relativ viel Kapital und den Akteuren, die mit relativ wenig Kapital ausgestattet sind, soziale Distanzen. Diese soziale Distanzen sowie deren Vermittlung und Inkorporierung durch den Habitus müssen auch in Bezug auf politische Einstellungen mitgedacht werden. Die Erwartungen der Akteure an die Politik, das Selbstverständnis bzw. die Identität gegenüber der Politik und die Nähe zur Politik sind sozialstrukturell und habituell geprägt.

Das Bourdieusche Habituskonzept erlaubt es, den Habitus als Generierungsmechanismus politischer Einstellungen zu begreifen. Der Habitus als inkorporierte Disposition bestimmter Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata, die sich aus vergangenen individuellen und kollektiven Erfahrungen speist, bringt die spezifischen, sozialstrukturell bedingten Einschätzungen politischer Teilungsprinzipien und Werte hervor.

Die politische Kultur, die nach Almond/Verba (1989) als die Verteilung *subjektiver* Einstellungsmuster gegenüber politischen Objekten unter den Mitgliedern einer politischen Gemeinschaft definiert ist, könnte in der Sprache von Bourdieu übersetzt werden: als die Verteilung habituell geprägter und habituell geäußerter Einstellungsmuster gegenüber umkämpften politischen Klassifikations- und Teilungsprinzipien unter den Mitgliedern einer hierarchisch strukturierten und daher sozialstrukturell geprägten politischen Gemeinschaft.

2.2.2.4 Klasse, Lebensstile und politische Lager

Soziologisch ist die jeweilige Position eines Akteurs im sozialen Raum als Klasse, Lebensstil und, dem Thema der Arbeit entsprechend, als politisches Lager beobachtbar. Nach der Auffassung von Bourdieu lassen sich „im Sinne der Logik“, also theoretisch, aus den Positionen im sozialen Raum jeweilige Klassen und Lebensstile „herauspräparieren“. Die so gebildeten „Ensembles von Akteuren mit ähnlichen Stellungen“ sind „ähnlichen Konditionen und ähnlichen Konditionierungen unterworfen“ und weisen „aller Voraussicht nach ähnliche Dispositionen und Interessen auf [...], folglich auch ähnliche Praktiken und politisch-ideologische Positionen“ (Bourdieu 1985: 12)³.

Wie der Raum der objektiven Positionen wird auch der Raum der Lebensstile durch Auswertungen von Statistiken – aber auch von qualitativem Einzelinterviewmaterial – über kulturellen Konsum, Freizeitbeschäftigung, Ernährungsgewohnheiten, Wohnverhältnisse konkretisiert. „Greifen wir zur Erläuterung und ohne Anspruch auf Vollständigkeit wahlweise die Praktiken des Sports heraus, dann finden sich zum Beispiel in der Nähe von Hochschullehrern und Lehrern höherer Schulen Schach und Bergsteigen verzeichnet, in der

³ Wichtig ist der Hinweis Bourdieus, dass diese Klassen „theoretischer Natur“ sind. Sie bilden „keine reale, effektive Klasse“. Analog zur Zoologie oder Botanik ermögliche die explikative Klassifizierung, die Erklärung und Prognose und Praktiken und Eigenschaften der klassifizierten Dinge (Bourdieu 1985: 12).

Nähe der freien Berufe und privatwirtschaftlichen Führungskräfte Golf, Tennis, Wasserski; die typischen Sportarten der Handels- und Industrieunternehmer sind Reiten und Jagd. Am unteren Ende der Hierarchie des Raumes, im Umkreis der Arbeiterschicht, stehen Fußball, Rugby und Angeln“ (Schwingel 1998: 108). Als inkorporiertes Schema systematischer (obgleich nicht: intentionaler) Lebensführung ist der Habitus mit den in ihm angelegten ästhetischen Beurteilungs- und Wahlschemata dafür verantwortlich, dass auf der symbolischen Ebene kultureller Praktiken genau derjenige Lebensstil realisiert wird, der mit den gesellschaftlichen Existenzbedingungen objektiv und subjektiv vereinbar ist.

Vester u.a. (2001) haben in Anlehnung an Pierre Bourdieus Arbeiten das Konzept der „gesellschaftspolitischen Lager“ entwickelt und damit den Milieubegriff um eine politische Dimension angereichert. Gesellschaftspolitische Lager „beziehen sich nicht, wie Habitus und Milieu, auf die alltägliche Lebensführung, sondern auf ein anderes Feld, das Feld der ideologischen und politischen Abgrenzungen und Kämpfe“ (Vester u.a. 2001: 25).

In der hier vorgeschlagenen Lesart werden politische Einstellungen mehr oder weniger unter eine Vorherrschaft des Ökonomieprinzips gestellt, d.h. politische Einstellungen werden als abhängig von den Ressourcen und der sozialen Position der Akteure und Gruppen sowie den individuellen und kollektiven Erfahrungen, die sich im Habitus manifestieren, betrachtet. Für diese sogenannte „Ökonomisierung des Politischen“ ist Bourdieu kritisiert worden (vgl. Speth 1997). Sie hat jedoch den Vorteil, deutlich machen zu können, wie brüchig der herzustellende politische Konsens über bestimmte Werte und Normen tatsächlich ist. Gesellschaftlicher Wandel, der zur Verunsicherung verschiedener Milieus führt, schlägt sich in politischen Einstellungen nieder. Eine mögliche Folge ist, dass ressourcenschwache Akteure und Gruppen, die dem politischen System häufig ohnehin distanziert gegenüberstehen und sich im derzeitigen politischen Diskurs und durch die neuen Klassifikationsprinzipien um ihre gesellschaftliche Anerkennung gebracht fühlen, ihre Distanz zur Politik vergrößern.

In diesem Abschnitt (Kapitel 2.2.) wurde die theoretische Verknüpfung von Sozialstruktur und politischen Einstellungen hergestellt. Im folgenden Abschnitt geht es darum, die bisherigen Erkenntnisse auf den städtischen Raum zu übertragen und die Verknüpfung zwischen den drei Komponenten deutlich zu machen: der Sozialstruktur, der sozialräumlichen Verteilung der Sozialstruktur in Städten (residentielle Segregation) und den politischen Einstellungen.

2.3 Residentielle Segregation und politische Einstellungen

Die Theorie Bourdieus ermöglicht die Übertragung der Sozialstruktur auf die Struktur der Stadt nach dem Prinzip der Projizierung des sozialen Raums auf den physischen Raum (Bourdieu 1991). Danach weist der soziale Raum die Tendenz auf, „sich mehr oder weniger strikt im physischen Raum in Form einer bestimmten distributionellen Anordnung von Akteuren und Eigenschaften niederzuschlagen“ (Bourdieu 1991: 26). Das heißt, so wie das Kapitalvolumen, die Kapitalstruktur und die biographische Laufbahn die sozialstrukturelle Position eines Akteurs im sozialen Raum bestimmen, wirken dieselben Mechanismen, wenn es um die Bestimmung der Position im physischen Raum, d.h. um den Wohnsitz eines Akteurs in einer Stadt geht. Ein relativ großes Kapitalvermögen steigert die Wahrscheinlichkeit eines Akteurs, sich in einer privilegierten Wohngegend und nach seiner Präferenz niederlassen zu können. Verfügt der Akteur über geringe Ressourcen, bleiben weniger Optionen bei der Wahl einer Wohnung und der Akteur wird wahrscheinlich dazu gezwungen sein, mit einer Wohngegend vorlieb nehmen zu müssen, die nicht unbedingt seiner Wahl entspricht. Das restriktive Moment überwiegt in diesem Fall die mögliche Präferenz des Akteurs. Diese Logik der „distributionellen Verteilung“ geht, wie bereits in der Theorie des sozialen Raumes, von dem Grundsatz aus, dass es in einer hierarchisierten Gesellschaft keinen Raum gibt, der nicht hierarchisiert ist und es folglich keinen Raum gibt, der nicht die Hierarchien und sozialen Distanzen zum Ausdruck bringt (Bourdieu 1991: 26). „Daraus folgt, dass der von einem Akteur eingenommene Ort und sein Platz im angeeigneten physischen Raum hervorragende Indikatoren für seine Stellung im sozialen Raum abgeben“ (ebd.).

2.3.1 Residentielle Segregation aus der Sicht der Stadtforschung

In der Stadtforschung wird diese ungleiche Verteilung von Wohnraum an Akteure und Gruppen im städtischen Raum mit dem Begriff der ‚residentiellen Segregation‘ gefasst. Erstmals wurde der Begriff von Robert E. Park 1925 verwendet, um zu kennzeichnen, dass sich Akteure und Gruppen nicht nach dem Zufallsprinzip über das Stadtgebiet verteilen, sondern bestimmte Stadträume ungleiche Lebensbedingungen und –chancen widerspiegeln. Um zu erklären, wie *residentielle Segregation* entsteht und welche Faktoren sie beeinflussen, wird zwischen zwei Perspektiven unterschieden: Auf der *Angebotsseite des Wohnungsmarktes* agieren Grundeigentümer, Investoren, Kreditinstitute, Stadtplaner, Wohnungspolitiker,

Wohnungsbauträger, Vermieter und Makler; auf der *Nachfrageseite des Wohnungsmarktes* stehen die wohnungssuchenden Akteure (Häußermann/Siebel 2004: 153-158). Bourdieus Argumentation beschränkt sich auf die zweite Perspektive, die Nachfrageseite des Wohnungsmarktes. Wer über genügend ökonomisches Kapital verfügt, kann wählen; wer hingegen nur in sehr eingeschränktem Maß über dieses Kapital verfügt, muss sich mit dem Ort begnügen, der übrig bleibt. Das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt hat Harvey (1988: 168) mit dem Bild eines Theaters verglichen, dessen Sitze sich allmählich füllen: Der erste, der das Theater betritt, hat so viele Wahlmöglichkeiten, wie Sitze vorhanden sind, also n Wahlen, wenn n die Anzahl der Sitze angibt. Der zweite hat n minus 1 Wahlen und so weiter bis zum letzten, der den Sitz nehmen muss, der noch frei ist. Die Akteure mit hohem Kapital betreten den Wohnungsmarkt als erste und treffen ihre Wahl, diejenigen mit geringer Kapitalausstattung müssen akzeptieren, was von den zuerst Gekommenen übrig gelassen wurde (Häußermann/Siebel 2004: 158). Würde die Verteilung von Wohnraum allein dem eben illustrierten Prinzip folgen, würde sich die soziale Position eines Akteurs tatsächlich im Verhältnis von 1:1 in den städtischen Raum umsetzen.

Dass es diese 1:1-Umsetzung der residentiellen Segregation in den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg in Westdeutschland nicht im vollen Ausmaß gegeben hat, ist vor allem auf die staatlichen Interventionen in Form von Wohnungsbauförderprogrammen zurückzuführen. In den 1950er, 1960er und 1970er Jahren übten Kommunen in der Bundesrepublik durch den öffentlich geförderten ‚sozialen Wohnungsbau‘, der vergleichsweise umfangreich war, einen relativ starken Einfluss auf die sozialräumliche Struktur der Stadt aus (Häußermann/Siebel 2004: 155). Explizites Ziel war es, „die Positionen auf dem Arbeitsmarkt und die Wohnraumversorgung zu entkoppeln, und zwar durch das Dazwischenschieben eines mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungsbestandes“ (Häußermann 1998: 162). Diese Förderung bezog ihren zeitweisen Erfolg daraus, dass der öffentlich geförderte ‚soziale Wohnungsbau‘ in diesen Zeiten ‚breiten Schichten der Bevölkerung‘ zugänglich war (Häußermann/Siebel 2004: 155) und Haushalte freiwillig auf Grund relativ günstiger Mieten (da subventioniert) im Quartier verblieben. Dies hatte zur Folge, dass die residentielle Segregation in den Städten abgemildert wurde und verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen finanziellen Ressourcen in einem Wohnquartier zusammenlebten. In der DDR wurde der residentiellen Segregation ebenfalls durch staatliche Regulierungsmechanismen und gezielter Wohnungsvergabe zur „Annäherung der Klassen und Schichten“ entgegengewirkt

(Hannemann 2000: 109ff.). Seit den 1990er Jahren zeichnet sich im Zuge der staatlichen Deregulierung ein neuer Trend ab. Der ‚soziale Wohnungsbau‘ für die ‚breiten Schichten‘ der Bevölkerung wurde massiv zurückgefahren (vgl. Bartholomäi 2004) und die staatliche Intervention auf eine „Subjektförderung“ umgestellt, d.h. die staatliche Unterstützung ist größtenteils nur noch auf hilfsbedürftige und dazu berechnete Personen bezogen. Kommunen büßen ihren Gestaltungsspielraum und ihre aktive Einflussnahme auf die räumliche Sozialstruktur der Stadt zunehmend ein (Heinz/ Kiehle 2000, vgl. zur Privatisierung Häußermann/Läpple/Siebel 2008: 279-300). Neben zentralen Faktoren wie der demographischen Entwicklung und der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sind die Entwicklungen in der Wohnungsversorgung Wegbereiter für eine erneute residentielle Segregation in den Städten, deren Ausmaß sich verschärft. Die empirischen Belege sind für die Bundesrepublik zahlreich (vgl. Alisch/Dangschat 1998, Farwick 2001, Harth/Scheller/Tessin 2000, Häußermann/ Kapphan 2000, Kapphan 2002, Keller 1999, Kronauer 2002, Heitmeyer 1998, Heitmeyer/ Anhut 2000).

Neuere Entwicklungen leisten einer Homogenisierung von Stadtteilen entlang des ökonomischen Kapitals Vorschub, so dass die schlichte Aussage Bourdieus: „Jeder Akteur ist charakterisiert durch den Ort, an dem er mehr oder minder dauerhaft situiert ist“ (1991: 26) zu einer herausfordernden Erfahrung für diejenigen Akteure auf dem Wohnungsmarkt wird, die über zu geringes ökonomisches Kapital verfügen, um ihrer Präferenz entsprechend eine Wohnung finden zu können. In benachteiligten Quartieren werden immer mehr diejenigen zu einer ‚Zwangsgemeinschaft‘ verpflichtet, die in prekären finanziellen Situationen leben. Mit dem Wegfall des staatlich geförderten ‚sozialen Wohnungsbaus‘ wird das ökonomische Kapital auf Seiten der Wohnungssuchenden daher immer häufiger zum einzig bestimmenden Faktor der Wohnorte. Wie empirische Studien zeigen, verlassen diejenigen Bewohnerinnen und Bewohner benachteiligte Stadtquartiere, die über die finanziellen Möglichkeiten verfügen. Davon betroffen sind häufig Haushalte mit Kindern, die auf die benachteiligten Nachbarschaften besonders sensibel reagieren, unerwünschte Einflüsse durch Kinder aus anderen Schichten und Kulturen vermeiden wollen, und andererseits eine Benachteiligung ihrer Kinder durch ein zu niedriges Leistungsniveau in den Schulen befürchten (Häußermann/Siebel 2004: 159). Die *erzwungene* residentielle Segregation verfestigt sich auf diesem Weg zu einer strukturellen Segregation (ebd.).

2.3.2 Das Wohnquartier als Ort der Erfahrung, Positionierung und Anerkennung

In diesem Abschnitt geht es um die Auswirkungen und Effekte der Segregation auf die Erfahrungen, Wahrnehmungen und Einstellungen der Bewohnerinnen und Bewohner. Benachteiligte Stadtgebiete lassen sich im Zuge einer verschärften Ungleichheit als Orte der Ausgrenzung (Häußermann/Siebel 2004: 160) beschreiben, in denen der Kampf um soziale Positionen mehr und mehr auf physisch ‚engem Raum‘ ausgetragen wird. Der erzwungene Verbleib in einem benachteiligten Quartier und die zunehmende Konfrontation mit heterogenen Lebensweisen und nicht ‚gewachsenen‘ Nachbarschaften, werden unterschiedlich und je nach Vorerfahrung und Habitus bewältigt. Im Folgenden wird auf benachteiligte Quartiere eingegangen.

Um die Entstehung lokaler politischer Einstellungen in sozial benachteiligten Quartieren zu verstehen, können theoretische Erklärungsansätze zum politischen Vertrauen herangezogen werden. Hartmann (2002, vgl. ausführlicher Kapitel 4.2.2.) weist im Hinblick auf die Generierung von politischem Vertrauen auf die Bedeutung von *Erfahrungen* hin. Erfahrung strukturiere nicht nur die soziale Wirklichkeit, sondern auch die Wahrnehmung politischer Wirklichkeit, die gleichzeitig an die gesellschaftliche Wertschätzung und die Anerkennungsproblematik zurückgebunden sei. Mit Bourdieus Vokabular lässt sich diese Aussage so übersetzen, dass Erfahrungen, die von Bewohnern in benachteiligten Quartieren gemacht werden, auf der Basis vorliegender Erfahrungen und bestehender Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata interpretiert werden. Gleichzeitig strukturieren Erfahrungen im Quartier die Wahrnehmungs-, Denk und Handlungsschemata und somit die politischen Einstellungen. Der zweite Punkt von Hartmann lässt sich ebenfalls mit Bourdieu begreifen: Erfahrungen werden in einem hierarchisierten sozialen Raum gemacht. Erfahrungen gehen folglich stets mit sozialer Positionierung und gesellschaftlichen Anerkennungsprozessen einher (vgl. Honneth 1994).

Mit Blick auf extrem segregierte Großstadtgebiete wie die Banlieus in Paris am Beispiel der „La Courneuve“ beschreibt Wacquant (2004: 153) die „territoriale Stigmatisierung“ als eine der häufigsten Erfahrungen der Bewohner. „In einer einkommensschwachen Siedlung [...] zu wohnen, bedeutet, in einem gebrandmarkten Raum zu leben, einer befleckten Umgebung, die

als ‚Falle‘ erlebt wird [...]. Deswegen bezeichnen die Medien und die Bewohner selbst das Quatre mille als einen ‚Abfallhaufen‘, als die ‚Müllkippe von Paris‘ oder sogar als ein ‚Reservat‘ [...]“ (ebd.: 154f.). Wacquant weist darauf hin, dass Bewohner das Stigma übernehmen, dieses in die eigene Lebensbeschreibung einfließen lassen (z.B.: in einem „verrotteten“ Wohnprojekt „festsitzen“) und so das „abfällige Urteil von Außenstehenden“ reproduzieren. Diese „verbale Gewalt“ müsse jedoch als „Antwort auf die sozioökonomische und symbolische Gewalt verstanden werden, der sie [die Bewohner K.L.L.] sich infolge der Verbannung an einen diffamierten Ort ausgesetzt fühlen“ (ebd.: 156). Diese Diskriminierung des Wohnortes hat Folgen: sie erschwert nach Wacquant die Arbeitssuche, führt sogar zur Verfestigung der örtlichen Arbeitslosigkeit (ebd.: 157). Zudem zieht sie ein „tiefes Misstrauen und tiefe Verbitterung gegenüber der Unfähigkeit politischer Institutionen“ nach sich (ebd.: 156).

Die hier beschriebene Problematik, dass Außenstehende solchen Quartieren und ihren Bewohnern die Anerkennung verwehren und dass Bewohner diese externe Bewertung selbst übernehmen, lässt sich ebenfalls mit Bourdieu fassen: Der „angeeignete“, d.h. der bewohnte Raum, „ist einer der Orte, an denen Macht sich bestätigt und vollzieht, und zwar in ihrer subtilsten Form: der symbolischen Gewalt [...]“ (Bourdieu 1991: 27). Wie das symbolische Kapital die Gesamtheit der anderen drei Kapitalienformen (ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital) darstellt und der gesellschaftlich vergebenen Anerkennung Ausdruck verleiht, ist auch der bewohnte Raum Ausdruck eines bestimmten gesellschaftlichen Anerkennens oder Nicht-Anerkennens. Ein Extrembeispiel von fehlender symbolischer Anerkennung sieht Bourdieu in einem Akteur, der ohne festen Wohnsitz ist. Ein Obdachloser besitze „nahezu keine Existenz“ (ebd.: 26). Bringen segregierte Städte Gebiete hervor, in denen sich die ‚Armen‘ und ‚Ausgegrenzten‘ konzentrieren, besteht die Gefahr der Stigmatisierung, nach der der bewohnte Raum zu einer „Art spontaner Metapher des sozialen Raums“ (ebd.) wird, die auch die Bewohner in diese Klassifikation ‚zwingt‘. Bindet man diese Aussagen an die Überlegungen von Hartmann zurück, wird deutlich, dass unter der Erfahrung von Diskriminierung und Stigmatisierung in benachteiligten Stadtquartieren und der damit verwehrten gesellschaftlichen Anerkennung die Entstehung von Vertrauen gegenüber politischen und kommunalen Institutionen unwahrscheinlich ist.

Einen weiteren Baustein für die Erklärung von Segregation und politischen Einstellungen liefert Eidmann (1999), der sich mit der Genese politischen Vertrauens in städtischen Räumen und dem

damit einhergehenden Prozess des Wahrnehmens und Urteilens beschäftigt (vgl. dazu: Kapitel 4.2.2.). Übernimmt man die Perspektive des Bewohners eines Quartiers, bewertet dieser die Lösungsfähigkeit, mithin die Effektivität der lokalen Politiker und Parteien zunächst im Kontext seines eigenen Problems. Eidmann nimmt dabei an, dass die eigene Problemdefinition des Bewohners an die subjektiv empfundene Benachteiligung gegenüber anderen (die relative Deprivation) geknüpft ist, die selbst wieder in die Interpretation des milieuspezifischen Sozialraums des Akteurs (des Stadtteils, des Viertels) eingebettet ist (Eidmann 1999: 95).

Politisches Urteilen wird hier – um mit den Worten Bourdieus zu sprechen – als Folge von Positionierungsprozessen innerhalb und außerhalb des Quartiers als eines sozialstrukturell geprägten physischen Ortes gedacht. Die soziale Positionierung des Akteurs im angeeigneten Stadtraum kann subjektiv als Benachteiligung gegenüber anderen (starke relative Deprivation) oder als geringe bzw. keine Benachteiligung gegenüber anderen Quartiers- und Stadtbewohnern (geringe bzw. keine relative Deprivation) empfunden werden. Klaffen die subjektiv empfundene Benachteiligung gegenüber anderen und die subjektiv erteilte Lösungsfähigkeit lokaler Politiker und Parteien weit auseinander, scheint sich das politische Misstrauen zu erhöhen.

Der städtische Sozialraum fungiert in der Logik von Eidmann als „Rahmen (Frame) der Bewertungen“ (ebd.). Das würde bedeuten, dass in benachteiligten Quartieren, in denen sich objektiv die Lage zusehends verschlechtert, weil aus diesen Quartieren immer mehr Mittelschichtfamilien wegziehen, die strukturelle Arbeitslosigkeit zum bestimmenden Muster wird. Folglich verarmen die Quartiere immer mehr und werden zu Orten sozialer Ausgrenzung, weshalb die empfundene Benachteiligung gegenüber anderen Stadtbewohnern wachsen und sich die Distanz zur (lokalen) Politik vergrößert müsste. Es ist jedoch auch denkbar, dass das Gefühl der empfundene Benachteiligung auch durch die Änderung der politischen Klassifikations- und Teilungsprinzipien im Zuge des Wandels des Sozialstaats zunimmt, sprich, die ‚solidarische Wärme‘ des Sozialstaates schwindet und es werden so Erfahrungen von sozialem Abstieg und das Gefühl sozialer Ungerechtigkeit erlebt.

Aus der politikwissenschaftlichen Vertrauensforschung stammt eine Einsicht, die den Zusammenhang von Segregation und politischen Einstellungen weiter erhellen kann. Danach ist die Entstehung von politischem Vertrauen an die wahrnehmbare Durchsetzung „sozialer Gerechtigkeitsforderung“ geknüpft. Gerechtigkeit wird im aktuellen Diskurs als eine zentrale Voraussetzung für die Erzeugung politischen Vertrauens gehandelt (vgl. Züchner 2002: 157;

Offe 1996: 74f.; ausführlicher Kapitel 4.2.2.). In benachteiligten Quartieren, in denen soziale Ausgrenzungserfahrungen dominieren, scheint das über Jahrzehnte kultivierte Verständnis „sozialer Gerechtigkeit“ in der Wahrnehmung der Bewohner außer Kraft gesetzt. Das Gefühl subjektiv empfundener Benachteiligung kann folglich auch daraus resultieren, dass Bewohner das Gerechtigkeitsprinzip der Chancengleichheit verletzt sehen (vgl. Marshall 1992).

Der Einfluss der sozialstrukturellen Position eines Akteurs auf politische Einstellungen wurde bereits im Kapitel 2.2. dargestellt. Politische Einstellungen sind danach an die Ressourcen und den Habitus der Akteure gebunden. Dass soziale Desintegrationsprozesse mit steigender Segregation in den Städten zu Ressentiments gegenüber fremden Gruppen und zu ethnisch-kulturellen Konflikten führen, haben Heitmeyer und Anhut (2000) und Heitmeyer u.a. (1998) eindrücklich beschrieben. Nicht nur die Einstellungen gegenüber politischen Objekten, sondern auch die Einstellungen der Stadtbewohner untereinander werden durch steigende Segregation herausgefordert. So ist mit „Verteilungskonflikten (um Ressourcen und Sozialräume), Rangordnungskonflikten (um Positionen und Anerkennung) und Regelkonflikten (um die Gültigkeit von Werten und Normen“ innerhalb der Stadtgesellschaften zu rechnen (Heitmeyer 1998: 458). Bevölkerungsumfragen (Heitmeyer 2006: 22) ergaben, dass die Angst vor sozialem Abstieg als auch die vor Arbeitslosigkeit in abwärtsdriftenden Regionen signifikant größer ist und in diesen das Diskriminierungs- und Gewaltisiko zunimmt. Fremdenfeindlichkeit wird dabei als Versuch gedeutet, die individuellen Erfahrungen von Desintegration, Ängsten und Orientierungslosigkeiten zu kompensieren.

Mit dieser Argumentation zu Erfahrungen von Desintegration und Ängsten wird häufig auch der politische Rückzug von Bewohnern in benachteiligten Quartieren erklärt, der sich in sinkenden Wahlbeteiligungen manifestiert (vgl. Hennig/Homburg/Lohde-Reiff 1999; Hopf 2001; Podzuweit/Schütte 1997, Herrmann 1994). Die individuelle Erfahrung von sich überlagernden sozialen Problemen, Ressourcenmangel und stigmatisierter sozialer Positionierung beeinflussen politische Einstellungen:

„Das Nicht-Engagement resultiert sowohl aus *Ohnmachtgefühlen*, aus *Zeitmangel* (z.B. von allein erziehenden Müttern, die nebenher noch einen Putzjob haben, um finanziell über die Runden zu kommen) als auch aus dem *resignativen Rückzug* in die eigenen vier Wände, der nicht zuletzt aus Armutsgründen selbst erfolgt: Demütigende Außenkontakte werden häufig vermieden; nicht zuletzt die knappen finanziellen Mittel

und die Scham über die eigene Situation verhindern ein selbstbewusstes Auftreten schon im Bekanntenkreis, geschweige denn in der Öffentlichkeit“ (Groeger 2002: 170, 2001, vgl. dazu auch Häußermann/Siebel 2004: 167, Friedrich/Blasius 2000: 24f.; Farwick 2001: 156ff.).

Gerade Bourdieu hat darauf hingewiesen, dass das Gegenteil von politischer Kompetenz nicht politische Inkompetenz, sondern „Ohnmacht“ (z.B. „das ist nicht meine Sache“) ist (Bourdieu 1897: 624), die zutiefst mit dem subjektiven Gefühl nicht kompetent auf politische Fragen antworten zu können, verbunden und sozialstrukturell bedingt ist. Auch Ressourcenknappheit wie den Zeitmangel sieht Bourdieu als soziale Bedingungen, die den Zugang zum politischen Feld regulieren (Bourdieu 2001: 43f., vgl. dazu ausführlicher Kapitel 6.2.2.).

Diese Überlegungen, die die materielle Knappheit und die fehlende gesellschaftliche Anerkennung in benachteiligten Quartieren akzentuieren, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die einzelnen Faktoren von Ausgrenzung auf verschiedene Gruppen unterschiedlich wirken und für sie von unterschiedlicher Bedeutung sein können. Es muss daher vor einer pauschalisierenden Annahme, die benachteiligten Quartiere seien politisch apathische Quartiere, gewarnt werden. Wie Kronauer und Vogel (2002) zeigen, ziehen unterschiedliche Quartierstypen unterschiedliche Armutspopulationen an und können Quartiersbedingungen, die für eine Teilpopulation unterstützend wirken mögen, für eine andere die Erfahrung verstärken, gesellschaftlich ‚außen vor zu sein‘. Stigmatisierung von ‚außerhalb‘ kann das Bedürfnis, sich intern abzugrenzen, verstärken. Umgekehrt kann aber auch die relative Ähnlichkeit der Lebenslagen bei vielen Bewohnern im Viertel als Filter wirken, der die Außendarstellung zu relativieren hilft und gewissermaßen als Milieuschutz wirkt (Kronauer 2002a: 52).

Bisher wurden unterschiedliche Gründe zusammengetragen, die Bewohner benachteiligter Quartiere veranlassen, sich von der (lokalen) Politik zu distanzieren: territoriale Stigmatisierung und Diskriminierung, subjektiv empfundene Benachteiligung (relative Deprivation) vor dem Hintergrund objektiver Benachteiligung und Ausgrenzung, Ungerechtigkeitsgefühle, veränderte politische Klassifikations- und Teilungsprinzipien, Ressourcenknappheit, Ohnmachtsgefühle und Angst vor Arbeitslosigkeit, Armut und sozialem Abstieg.

2.3.3 Fehlende Anerkennung als Generator politischer Apathie und Gewalt?

Sucht man nach einer Gemeinsamkeit bei den aufgeführten Gründen, scheint sich hinter allen Aspekten der Konflikt um Anerkennung als Gemeinsamkeit herauszuschälen. Axel Honneth (1993, vgl. auch Neckel/Sütterluty 2004) untersucht die Bedingungen für das Erlangen von innerer und äußerer Freiheit und unterscheidet verschiedene Formen von Anerkennung. Für den Zusammenhang von benachteiligten Stadtgebieten und lokalen politischen Einstellungen scheint die negative Form der Anerkennung, nämlich die der „Erfahrung von Missachtung“, die „die Vorenthaltung oder den Entzug von Anerkennung signalisiert“ (Honneth 1993: 213), den Sachverhalt am ehesten zu treffen. Diese „Erfahrung von Missachtung“ wird „einem Subjekt dadurch zugefügt [...], dass es vom Besitz bestimmter Rechte innerhalb der Gesellschaft strukturell ausgeschlossen bleibt“ (ebd.: 215), was die „moralische Selbstachtung“ des Subjektes „in Mitleidenschaft“ zieht.

Als „Rechte“ definiert Honneth diejenigen „individuellen Ansprüche“, „auf deren soziale Erfüllung eine Person legitimerweise rechnen darf, weil sie als das vollwertige Mitglied eines Gemeinwesens an deren institutioneller Ordnung gleichberechtigt partizipiert“ (ebd.).

„Werden ihr nun gewisse Rechte dieser Art systematisch vorenthalten, dann ist damit implizit auch die Aussage verknüpft, dass ihr nicht in demselben Maße wie den anderen Gesellschaftsmitgliedern moralische Zurechnungsfähigkeit zugebilligt wird. Das Besondere an solchen Formen der Missachtung, wie sie in der Entrechtung oder dem sozialen Ausschluss vorliegen, stellt daher nicht die gewaltsame Einschränkung der persönlichen Autonomie allein dar, sondern deren Verknüpfung mit dem Gefühl, nicht den Status eines vollwertigen, moralisch gleichberechtigten Interaktionspartners zu besitzen“ (ebd.: 215f., vgl. Marshall 1992).

Folgt man dem Gedanken von Hartmann (2002), nach dem die Erfahrung die Wahrnehmung der politische Wirklichkeit strukturiert, können Erfahrungen von sozialer Ausgrenzung, die mit der „Erfahrung der Missachtung“ verknüpft sind, ein konstitutives Element für negative politische Einstellungen sein.

Auf den symbolischen Interaktionismus Bezug nehmend, beleuchtet Voswinkel (2002) den Zusammenhang von Anerkennung, Identitätsbildung und Erwerbsarbeit. Grundlegender Gedanke ist, dass *Anerkennung* die Voraussetzung für die *Identitätsbildung* darstellt und diese begrenzt, weil sie an der Erfüllung sozialer Erwartungen gebunden ist. Andererseits ermöglicht sie Identität, weil Identität ohne Anerkennung nicht zu denken ist. D.h.: „Anerkennung ist die Voraussetzung für Identität; und kreative Identitäten müssen sich auch sozial artikulieren, weil sie nach Anerkennung streben“ (Voswinkel 2002: 68). Im Zuge der sich wandelnden Arbeitsformen (Stichwort: „doppelt subjektivierte Arbeit“) vom Tayolismus zum Posttaylorismus zeigt sich, dass einfache prestigearme Tätigkeiten im Posttaylorismus nicht mehr genügend Anerkennung finden: „Wenn einfach, „normale“ Arbeit, wenn die „Normalleistung“ nicht mehr gewürdigt wird, werden ihr Anerkennungschancen entzogen. Wer nun keine erfolgreichen Leistungen mehr zur Bewunderung anbieten kann, der kann nicht mehr auf die kompensatorische Würdigung bauen. Ihm droht Nicht-Anerkennung durch Nicht-Beachtung“ (Voswinkel 2002: 77).

Wenn der „normalen“ und prestigearmen Arbeit zunehmend die Anerkennung entzogen wird, stellt sich die Frage, wie es um die Anerkennung derer bestellt ist, die keine Arbeit haben oder keine Erwerbsarbeit finden? Wie Kronauer treffend formuliert, bedeutet der völlige Ausschluss von Erwerbsarbeit „in der Gesellschaft keinen Ort zu haben“ (2006: 34). Es vollzieht sich die von Honneth beschriebene Ungleichwertigkeit, „nicht den Status eines vollwertigen, moralisch gleichberechtigten Interaktionspartners zu besitzen“ (1993: 215f.). Castel stellt zugespitzt sogar die Existenz der „Überzähligen“ in Frage: „Wenn Sie im eigentlichen Wortsinn keine Handelnden mehr sind, da sie nichts gesellschaftlich Nützliches mehr *machen*, wie können sie da gesellschaftlich *existieren*?“ (Castel 2000: 19).

Ein Indiz für die gesellschaftliche Nicht-Anerkennung von Langzeitarbeitslosen, die unter dem Gesichtspunkt mangelnder Nützlichkeit vermehrt soziale Abwertung erfahren, ist die Aufnahme der ‚Langzeitarbeitslosen‘ in die Längsstudie zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (Heitmeyer/Mansel 2008: 20) als weitere, der ‚Menschenfeindlichkeit‘ ausgesetzte Gruppe. Demnach äußert die Mehrheit der Befragten abwertende Vorbehalte gegenüber Langzeitarbeitslosen (ebd.: 30).

Die Zusammenhänge zwischen der Politik als legitime Durchsetzung von Klassifikationsprinzipien (Bourdieu 2001: 54f.), der Form und dem Ausmaß gesellschaftlicher

Anerkennung, den Möglichkeiten zur sozialen Identitätsbildung und den politischen Einstellungen können hier nur angerissen werden.

Marshall (1992) geforderte Gleichheit der Staatsbürger als konstitutives Merkmal einer Demokratie, d.h. die gleichwertige Anerkennung eines jeden Bürgers, scheint sich derzeit in Richtung einer „Ideologie der Ungleichwertigkeit“ zu verschieben (zum Konzept der Ungleichwertigkeit vgl. Neckel/Sutterlüty 2004, Heitmeyer 2008a), die sich am Übergang vom ‚sorgenden‘ zum ‚gewährleistenden‘ Wohlfahrtsstaat beobachten lässt. Ein überragende Rolle spielt in dieser Entwicklung die sogenannte „Leistungssemantik“, die den Begriff der „Leistung“ mehr und mehr in gesellschaftliche Bereiche transportiert, die zuvor nach den Prinzipien von Anrechten oder der Bedürftigkeit organisiert waren und insbesondere die Bewohner benachteiligter Quartiere treffen kann:

„Der Sozialstaat der Gegenwart verwandelt Leistung in Pflicht, die mit der Nutzung seiner öffentlichen Einrichtungen einhergehen soll. Entkräftet sieht sich dadurch die Norm, dass es für die Sicherheit vor Existenzrisiken hauptsächlich auf den *Bürgerstatus* oder die *Zuschreibung von Würde* [Hervorhebung K.L.L.] ankommen soll. Wo die Erwerbsperson Träger sozialstaatlicher Ansprüche ist, hat soziale Sicherung stets schon individuelle „Gegenleistung“ gefordert – heute verbreitet sich das Prinzip der Gegenseitigkeit in der gesamten Sozialpolitik. Das Bedürftigkeitsprinzip des Sozialstaats wird demgegenüber als „leistungsfeindlich“ markiert und bietet der Deregulation von Wohlfahrtsinstitutionen und Arbeitsmärkten ein zentrales Dispositiv für den Abbau schützender Kollektivrechte. Ins Vergessen kann dadurch geraten, dass etwa ein Zehntel des Erwerbspersonals in Deutschland bald schon eine Dekade lang der Chancen zur beruflichen Leistungserbringung mangels Arbeitsplätzen entbehrt. Der öffentliche Aufruf an Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, ihre Leistungsbereitschaft zu steigern, trägt den Charakter einer bloßen Disziplinierung in sich, vermögen die abverlangten Verhaltensweisen und Bereitschaftssignale doch keineswegs, eine entlohnte Arbeit zu garantieren.“ (Neckel/Dröge 2002: 95, vgl. Vogel 2006: 353)

Eine Identitätsbildung, die auf Nicht-Anerkennung und soziale Ausgrenzung bauen muss, ist, wie verschiedene Studien zeigen, anfälliger für Herrschaftsideologien und für solche, die die Ungleichheit der Menschen propagieren und kann zur Entfremdung gegenüber demokratischen Werten führen (vgl. u.a. Adorno: 1951; Heitmeyer/Anhut 2000; Heitmeyer 2008b, 1988, Streek-

Fischer 1996). Insbesondere kollektive Deprivation, die emotional konnotiert ist, zeigt einen bedeutsamen Einfluss auf die Ausprägung nationalistischer, fremdenfeindlicher Einstellungen (Rippl/Baier 2005).

Vor dem aufgezeigten Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass Küpper/Zick (2008: 122) in der repräsentativen Befragung „Deutsche Zustände“ zu dem Ergebnis kommen: „Wer sich nicht ausreichend anerkannt fühlt, billigt Gewalt eher und ist auch eher bereit, selbst Gewalt anzuwenden“. Heitmeyer und Mansel verweisen auf den Zusammenhang von Nichtanerkennung, Ungerechtigkeitsgefühl, politischer Machtlosigkeit und Feindlichkeit gegenüber anderen Gruppen: „Wird Ungerechtigkeit gegenüber der Eigengruppe wahrgenommen, also deren Anerkennung als verletzt angesehen, und kann diese Verletzung durch Eingriffe der politischen Akteure nicht beseitigt werden, dürfen auch andere Gruppen kaum Anerkennung erwarten, kurz: die Reziprozität als wesentliches Merkmal der Anerkennung von Gleichwertigkeit [...] verliert an Bedeutung“ (2003: 56). Auch seitens der empirischen Gerechtigkeitsforschung konnte belegt werden, dass Bürger, die bei den grundlegenden Verteilungsregeln eine hohe Diskrepanz zwischen ihrer tatsächlichen und der erwünschten Bedeutung feststellen, eher mit einem politischen Rückzug reagieren oder aber sich für extremere Formen des politischen Protestes entscheiden (Lengfeld/Liebig/Märker 2002: 262). Klein und Hüpping (2008: 87) kommen bei der Analyse von Umfragedaten zu dem Schluss, dass Personen, die einen Verteilungskonflikt wahrnehmen, also der Meinung sind, dass in Deutschland „die Armen immer ärmer“ und die „Reichen immer reicher“ werden und sich zusätzlich „politisch machtlos“ fühlen, eher dazu neigen, fremdenfeindlich eingestellt zu sein. „Infolgedessen werden von Personen oder Gruppen, die sich politisch machtlos fühlen, stärker die unteilbaren Konflikaspekte fokussiert, die darauf hinauslaufen, bestimmte (schwache) Gruppen von der Teilhabe auszuschließen. Dies führt zur Ethnisierung des Verteilungskonflikts und geht mit fremdenfeindlichen Einstellungen einher“ (ebd.).

Der hier aufgezeigte Zusammenhang darf jedoch nicht als kausale Verkettung von fehlender Anerkennung und fremdenfeindlichen Einstellungen in benachteiligten Quartieren missverstanden werden. Im Zentrum steht der Versuch, den politischen Rückzug und radikale politische Einstellungen als Reaktion auf Erfahrungen der sich verändernden politischen Klassifikationen im Zuge des sozioökonomischen Wandels zu verstehen. Politik im Sinne Bourdieus positioniert soziale Gruppen im gesellschaftlichen Raum, die ihrerseits auf diese

Positionierung reagieren. Politische Einstellungen sind dynamisch, weil sie in den dynamischen Aushandlungsprozess um Klassifikationen eingebettet sind und nicht vom inkorporierten Habitus, d.h. letztlich nicht von der Identität des Menschen zu trennen sind, die ihrerseits an die Klassifikation und die darin ausgedrückte gesellschaftliche Anerkennung zurückgebunden ist. Wie George Herbert Mead schreibt, ist die Identität nicht etwas, „das zuerst existiert und dann in Beziehung zu anderen tritt.“ Sondern sie „ist ein Wirbel in der gesellschaftlichen Strömung und somit immer Teil dieser Strömung. Das ist ein Prozeß, in dem sich der Einzelne ständig im Vorhinein auf die für ihn relevante Situation einstellt und auf diese einwirkt“ (1998: 225).

Die kumulativen Probleme in benachteiligten Quartieren wie Arbeitslosigkeit, soziale Isolierung, Stigmatisierung und Nicht-Anerkennung müssen so als Risikofaktoren für antidemokratische Einstellungen begriffen werden, die allerdings nicht – wie das Motto des „blaming the victim“ nahelegt – den Ausgegrenzten anzulasten ist, sondern den gesellschaftlichen und politischen Wandlungsprozessen, auf die die Bewohner reagieren. Dass einem erlebten Trauma eine körperliche und psychische Reaktion folgt, ist unumstritten. Für das Verständnis, dass einer *Beschämung* durch Ausgrenzung, Nicht-Anerkennung und Stigmatisierung eine körperliche, psychische, soziale und sogar politische Reaktion folgt, muss in den Sozialwissenschaften immer noch gestritten werden.

2.3.4 Erklärungsmodell der politischen Einstellungen in der fragmentierten Stadt

Die Ergebnisse der bisherigen Überlegungen fasst die Abbildung 2.2 schematisch zusammen.

Abbildung 2.2: Erklärungsmodell der politischen Einstellungen in der fragmentierten Stadt

Der sozioökonomische Wandel und der Wandel des Wohlfahrtsstaates bilden die Rahmenbedingungen für die Politik als „legitime Durchsetzung von Sicht- und Teilungsprinzipien der sozialen Welt“ (Bourdieu 2001: 54f.), die ihrerseits auf die Inklusionschancen der Bürger einwirken. Die soziale Ungleichheit, die mit dem Konzept des sozialen Raumes und dem Kapitalbegriff von Bourdieu beschrieben wurde, umfasst die Ressourcen der Akteure. Mit dem Abbau des ‚sozialen Wohnungsbaus‘ werden die ökonomischen Ressourcen zum maßgeblichen Bestimmungsfaktor für den Wohnort und damit für die residentielle Verteilung der Bewohner im städtischen Raum.

Die dargestellte Aufteilung in privilegierte und benachteiligte Quartiere bildet nicht die residentielle Segregation einer Stadt im Allgemein ab, sondern nur die jeweiligen sozialen Pole städtischer, sozialer Segregation. Der nächste Schritt bestand in der Beschreibung der Wohnquartiere als Orte der subjektiven Erfahrungen und Wahrnehmung. Den im Quartier

durchlebten Erfahrungen wird ein Einfluss auf die Beurteilung der näheren Lebensumwelt und auf die Einstellungen gegenüber der Politik unterstellt.

Die Bildung von bestimmten Wahrnehmungs-, Erfahrungs-, und Denkschemata wurde anhand des Habituskonzeptes von Bourdieu verdeutlicht. Danach organisiert der Habitus die individuelle Verarbeitung und Bewältigung von objektiven Strukturen. In den extremen Ausprägungen der städtischen Segregation konzentriert sich die städtische Sozialstruktur wie unter einem Brennglas. Für die Bewohner in benachteiligten Quartieren bedeutet dies häufig eine Konfrontation mit der eigenen, schwierigen Lebenslage, da auch die anderen Quartiersbewohner nur über geringe Ressourcen verfügen und ähnliche Probleme haben. Die jeweils gewählten Bewältigungsstrategien sind abhängig von den bisherigen Erfahrungen, die im Habitus eingeschrieben sind.

Befragt man Bewohnerinnen und Bewohner vor dem Hintergrund ihres sozialstrukturell geprägten Wohngebietes zu den politischen Einstellungen und betont damit – bewusst oder unbewusst – das Moment der Ungleichheit, ist zu erwarten, dass die Befragten mit ihrer sozialen Positionierung im Sinne Bourdieus antworten. Das heißt, Befragte beurteilen möglicherweise nicht die Politik und politische Akteure im objektiven Sinne, sondern sie treffen Aussagen über ihre soziale Position, ihre relative soziale Benachteiligung oder Bevorteilung, die eine bestimmte Distanz bzw. Nähe zu anderen sozialen Gruppen ausdrückt und die sich in eine Distanz oder Nähe zur Politik, zu politischen Akteuren und zum politischen System umsetzt. Soziale, residentielle Distanzen in der Stadt, so die Zusammenfassung der theoretischen Vorüberlegungen, spiegeln sich in den Distanzen gegenüber der Politik wider.

3 Methoden, Operationalisierung, Hypothesen, Stichprobenbeschreibung

3.1 Beschreibung der Untersuchung

Die vorliegende Untersuchung der politischen Einstellungen basiert auf quantitativen Daten, die mittels einer telefonischen Bewohnerbefragung in benachteiligten und privilegierten Stadtquartieren in Köln, Leipzig, Mannheim und Berlin erhoben wurden.

Durch Köln und Leipzig beinhaltet die Stadtauswahl einen Vergleich zwischen einer west- und einer ostdeutschen Großstadt. In Mannheim zeigen sich die Folgen der Deindustrialisierung aufgrund seiner geringeren Größe und seiner wirtschaftlichen Monostrukturierung in besonderer Weise. Berlin wurde wegen seiner stadtentwicklungspolitischen Sonderstellung hinzugenommen. Innerhalb der ausgewählten Städte wurden anhand sozioökonomischer Indikatoren jeweils das am stärksten privilegierte und das am stärksten marginalisierte Gebiet abgegrenzt. Die Auswahl und Analyse geeigneter Stadtviertel in den vier Forschungsstädten geschah durch die Auswertung sozialstatistischer Daten. Als Indikatoren wurden der Arbeitslosenanteil, die Sozialhilfedichte, der Ausländeranteil und die Beteiligung an Kommunalwahlen bestimmt (siehe Tabelle 3.1).

Die privilegierten Untersuchungsgebiete sind im Einzelnen für Berlin Zehlendorf-Mitte, für Leipzig Gohlis-Süd, in Köln Hahnwald-Marienburg sowie in Mannheim die Oststadt. Die benachteiligten Gebiete sind dagegen der Soldiner Kiez in Berlin Wedding, der Stadtteil Osten in Leipzig, Chorweiler in Köln sowie in Mannheim das Gebiet Schönau.

Hinsichtlich der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurde die Untersuchung auf die wahlberechtigte Bevölkerung beschränkt. Dies ist damit begründet, dass sich die lokalen politischen Einstellungen in erster Linie auf Objekte des lokalen politischen Systems beziehen. Es galt folglich zu gewährleisten, dass nur diejenigen Personen befragt wurden, die formal auch die Möglichkeit der Partizipation im lokalen politischen System haben. In die Untersuchung wurden nur Bewohnerinnen und Bewohner aufgenommen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und auf kommunaler Ebene wahlberechtigt waren. Dies schließt Kinder/Jugendliche und nicht eingebürgerte Migranten aus. Bewohner, die aufgrund einer ausländischen Staatsbürgerschaft über keinen Zugang zum lokalen politischen System durch aktives und passives Wahlrecht verfügen, wurden nicht in die Befragung einbezogen.

Die Untersuchung wurde als Querschnittstudie angelegt. Sie ermöglicht für den einmaligen Messzeitpunkt im November und Dezember 2003 eine ‚Momentaufnahme‘ der politischen Einstellungen in den jeweiligen Untersuchungsstädten und -quartieren sowie deren Vergleich. Um diesen Vergleich statistisch absichern zu können und um die Befragung in einem finanziell realistischen Rahmen zu halten, wurde die Stichprobengröße auf 400 Interviews in jedem Untersuchungsquartier, d.h. insgesamt 3200 Interviews festgelegt. Auf die Samplingstrategie wird im Folgenden noch näher eingegangen.

Tabelle 3.1: Statistische Kennziffern der ausgewählten Quartiere im Vergleich zu den gesamtstädtischen Durchschnittswerten der Städte Köln, Berlin, Leipzig und Mannheim (2002/2003)

	Einwohner	Ausländer- anteil in %	Arbeits- losen- quote	Sozialhilfe- dichte in %	Wahlbeteiligung der letzten Kom- munalwahl in %
Köln	1.020.116	17,8	11,8	6,4	48,2
Chorweiler	14.711	39,4	22,7*	23,3	25,9
Marienburg/Hahnwald	8.114	15,0	6,4*	2,9	57,2
Berlin	3.336.248	13,3	14,2*	6,2	66,9
Wedding/Soldiner	22.016	35,8	21,0*	16,8	44,8
Kiez					
Zehlendorf	25.235	7,6	6,5*	2,0	60,2
Leipzig	525.161	5,2	11,9*	6,4	38,6
Osten ⁴	18.042	14,1	20,3*	20,3	27,6
Gohlis-Süd	14.639	8,1	9,7*	8,4	38,6
Mannheim	324.127	20,7	9,8	5,9	32,2
Schönau	14.365	22,3	13,8*	15,2	33,2
Oststadt	13.576	13,0	4,3*	2,4	44,3

*Arbeitslosenanteil in % an der Bevölkerung zwischen 18 und 60 Jahren, Quellen: Stadt Köln, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Stand 31.12.2002); Land Berlin, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Stadtmonitoring 2004 (Stand 31.12.2002), Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen (Stand 31.12.2003), eigene Berechnung für den Leipziger Osten (Stand 31.12.2003), Stadt Mannheim, Statistikstelle (Stand 31.12.2002)

Der standardisierte Fragebogen der Umfrage wurde entlang der dargelegten Konzepte (vgl. Kapitel 2.1.) und der in der Politikwissenschaft einschlägigen Instrumente und Skalen konstruiert. Bei der Entwicklung des standardisierten Instruments halfen Kooperationen im Rahmen des Forschungsverbundes ‚Stärkung von Integrationspotentialen einer modernen Gesellschaft‘ mit dem Bielefelder Institut für Konflikt- und Gewaltforschung und mit Gertrud Nunner-Winkler samt Mitarbeiterinnen vom Max-Planck-Institut in München sowie mit Bernd

⁴ Für die Untersuchung wurden hier die Stadtteile Neustadt-Neuschönefeld und Volkmarisdorf gewählt.

Wegener des Instituts für Sozialwissenschaften in Berlin. Die Umfrage wurde am Zentrum für empirische Sozialforschung (ZeS) der Humboldt-Universität zu Berlin und am Sozialwissenschaftlichen Umfragezentrum (SUZ) der Universität Duisburg durchgeführt.

Die Abbildung 3.1. zeigt im Überblick, wie die einzelnen Forschungsfragen als messbare Variablen operationalisiert wurden. Sie bilden im empirischen Teil der Arbeit die Grundlage für die deskriptiven und multivariaten Analysen. Die Operationalisierung der unabhängigen und abhängigen Variablen wird im Abschnitt 3.4. und 3.5. ausführlich dargestellt. Zum Nachschlagen während des Lesens der Arbeit eignet sich die Überblickstabelle A 1 im Anhang, die alle Variablen, die Itemformulierungen und das Skalenniveau zusammenfasst.

unabhängige Variablen	abhängige Variablen (lokale politische Kultur)
<p>Soziodemograph. Variablen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Alter ▪ Geschlecht <p>Kulturelles Kapital</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Hauptschulabschluss ▪ Realschulabschluss ▪ Abitur <p>Ökonomisches Kapital/beruflicher Status</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Einkommen ▪ Erwerbstätigkeit ▪ Arbeiter ▪ Angestellter ▪ Selbständige <p>Familienstatus</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ledig ▪ Geschieden ▪ Verheiratet/Lebensgem. <p>Stadt- und Quartiersbezogene Variablen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Wohndauer ▪ Quartierszugehörigkeit qua Wohnsitz ▪ Städte ▪ Bindung an den Stadtteil 	<p><i>Einstellungen gegenüber lokalpolitischen Herrschaftsträgern</i></p> <p>Institutionenvertrauen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Vertrauen in lokalpolitische Institutionen <p>Responsivitätswahrnehmung</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Wahrnehmung der politischen Repräsentation der Stadtteile <p><i>Einstellungen gegenüber dem Bürger als politischem Akteur</i></p> <p>Politische Involvierung</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Politisches Interesse ▪ Kenntnis der lokalpolitischen Akteure ▪ Bereitschaft zu politischer Partizipation <p><i>Einstellungen gegenüber der lokalen politischen Gemeinschaft</i></p> <p>Soziales Kapital</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Soziales Vertrauen ▪ Mitgliedschaften ▪ Bürgerschaftliches Engagement <p>Solidarität</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Solidaritätsbereitschaft

Abbildung 3.1: Untersuchungsmodell mit unabhängigen und abhängigen Variablen

3.2 Forschungsdesign der Telefonumfrage

Die telefonische Umfrage wurde computergestützt als CATI (Computer Assisted Telephone Interviewing) durchgeführt. Diese Methode bietet gegenüber der Umfrage mit Papier und Bleistift einige Vorteile (vgl. Hüfken 2000, Reuband/Blasius 1996, Frey/Kunz/Lüschen 1990, Fuchs 1995). So erfolgen, wenn der Fragebogen einmal programmiert ist, die komplizierten Filtersprünge automatisch und schnell, ohne dass der Interviewer es bemerkt. Fehlerquellen durch die Interviewer werden wesentlich dadurch reduziert, dass die Antwort durch spezielle Maskenvorgaben nur in einem bestimmten Bereich eintragen werden können. Alle Eingaben, die außerhalb dieses Bereiches liegen, werden durch das Programm nicht akzeptiert. Weiter steigt sich die Messgenauigkeit der Telefonbefragung dadurch, dass der Datensatz automatisch erstellt wird, d.h. bei computergestützten Telefonumfragen werden die eben erhobenen Daten sofort vercodet. Die Möglichkeit, dass sich Fehler beim Abschreiben einschleichen, ist ausgeschlossen. Dieser Arbeitsschritt wird eingespart und senkt somit die Kosten. Mit Hilfe einer Pretest-Phase konnten Fehler, Probleme und Schwierigkeiten erkannt und durch eine veränderte Programmierung schnell gelöst werden.

3.2.1 Samplingstrategie für die Telefonnummern Stichprobe

Um eine Telefonumfrage durchführen zu können, benötigt man Telefonnummern zum Erreichen der Teilnehmer. Als Grundlage dazu dienen die amtlichen Telefonbücher. Die einfachste Methode, an einen Telefonnummerndatensatz zu gelangen, ist eine Extraktion sämtlicher Telefonnummern von einer Telefon-CD und eine anschließende Zufallsauswahl.

Das Problem dieser Methode liegt darin, dass viele Personen ihre Telefonnummer nicht ins Telefonbuch eintragen lassen. Daher würde man bei dieser Methode keine Abbildung der Grundgesamtheit aller Anschlussinhaber erhalten, sondern eine Grundgesamtheit aller eingetragenen Anschlussinhaber. In Deutschland hat sich das RLD (Random Last Digit) Verfahren behaupten können, welches zwei Varianten umfasst. Zum einem wird der letzten Stelle von in einem Zufallsverfahren gezogenen Telefonnummern die Zahl 1 aufaddiert. Bei der anderen Variante wird die letzte Ziffer der Telefonnummer gelöscht und durch eine zufällige Zahl ersetzt. Das RLD Verfahren hat gegenüber der reinen Telefonbuchauswahl nur den Vorteil, dass nicht eingetragene Teilnehmer mit in das Sample aufgenommen werden können, was bei

der reinen Telefonbuchauswahl ausgeschlossen ist. Die Auswahlchance der nicht eingetragenen Nummern ist jedoch unbekannt (vgl. Häder/Gabler 2002).

Die Generierung der Telefonnummern war in der vorliegenden Untersuchung mit methodischen Schwierigkeiten verbunden. Durch die vorgegebene Abgrenzung der Untersuchungsgebiete waren bestimmte Straßenzüge vorgegeben. Durch diese Vorgaben war es unmöglich, mit Verfahren wie dem RLD zu operieren. Würden sich solche Zufallszahlen in dem Nummernkomplex befinden, müsste am Anfang eines jeden Interviews nachgefragt werden, ob der Teilnehmer auch wirklich in dem Untersuchungsgebiet wohnt. Dabei ist nicht davon auszugehen, dass jeder Befragte weiß, dass er in einem Untersuchungsgebiet lebt, bzw. dass ihm dessen Name geläufig ist.

Es wurden daher im ersten Schritt Nummern über die Klicktel-CD Juli 2003 entlang der Straßennamen gezogen, sämtliche eingetragene Teilnehmer extrahiert und anschließend in eine Excel-Datei importiert. In einem zweiten Schritt wurden die Datensätze in einer Excel-Datei aufgearbeitet, d.h. zunächst wurden überflüssige Informationen entfernt. Die Klicktel-CD verfügt über ein Feld, in dem die Anrede angegeben ist (Frau, Mann, Firma). Nach einer Sortierung nach der Anrede wurden alle Einträge, die einer Firma zugeordnet waren, gelöscht. Nach dieser Phase wurde der Datensatz erneut sortiert, diesmal nach der Telefonnummer. Durch eine Berechnungs- und Formatierungsanweisung im Excelarbeitsblatt konnten doppelte Einträge schnell erkannt und aus dem Datensatz entfernt werden. Als nächster Schritt wurde allen Telefonnummern eine Zufallszahl zugeordnet, wonach der Datensatz sortiert wurde. Dieser Datensatz wurde durch ein Importmodul in den Fragebogen importiert.

3.2.2 Untersuchungsschritte

Die Programmierung der computergestützten Telefonumfrage erfolgte unter Mithilfe der Mitarbeiter des Zentrums für empirische Sozialforschung (ZeS) der Humboldt-Universität mit dem Programm „Interviewer“ (Firma Voxco 2002). Bis zur endgültigen Programmierung des standardisierten Instruments wurden mehrere Pretestphasen durchgeführt.

Nachdem der Fragebogen inhaltlich und methodisch konzipiert war, wurde er in der ersten Pretest-Phase einer Gruppe von erfahrenen Interviewern vorgestellt. Bei der Vorstellung wurde mit einer ausgedruckten Form des Fragebogens gearbeitet. Während dieser Runde kam es zu einer Reihe von Verbesserungsvorschlägen. Als zweite Phase, nach der Überarbeitung der

Fragebögen, befasste sich dieselbe Gruppe am Computer mit den Fragebögen. Diese Phase war vor allem zum Aufspüren von orthographischen und einfachen Programmierfehlern und zur Kontrolle von Sprunganweisungen gedacht. In der dritten Phase wurden Interviews simuliert. Es sollten ausschließlich noch einmal alle Sprung- und Filteranweisungen kontrolliert werden. Es wurde auch untersucht, ob Interviewernamen, Telefonnummern und Steuerungsvariablen⁵ korrekt eingelesen wurden und ob das Callback-Modul in der vorgesehenen Weise funktionierte. Im vierten Teil des Pretests wurden zum ersten Mal reale Telefonnummern aus dem Untersuchgebiet importiert und nach der Durchführung des Interviews aus dem Nummernpool entfernt. In dieser Phase musste geklärt werden, ob der Ablauf wie geplant funktioniert, ob die Fragen von den Teilnehmern angenommen werden oder ob es bei einzelnen Fragen Unklarheiten und Proteste gibt. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich noch einige offene Fragen im Fragebogen. Durch die häufigsten Antworten zu diesen Fragen wurden Antwortkategorien gebildet. Die Überprüfung der durchschnittlichen Interviewdauer war ein weiteres Anliegen. Sie betrug 20 Minuten.

Die Rekrutierung der Interviewer erfolgte aus dem Pool der Studierenden der Sozialwissenschaften. Den Studierenden sollte somit die Möglichkeit gegeben werden, die theoretischen Inhalte aus dem Bereich der Methodenausbildung, der Stadtsoziologie und Politikwissenschaft in praktischer Form umzusetzen.

Es fand eine Interviewerschulung statt, die auf folgende Stichpunkte näher einging (vgl. Lippl 2001): die Gesprächssituation am Telefon, den Gesprächsablauf am Telefon, den Sprechausdruck, die mittlere Sprechstimmlage (Indifferenzlage), allgemeine Hinweise zum Telefonieren, aktives Zuhören sowie den Umgang mit Ärger, Argumenten und Einwänden der Befragten.

Während der gesamten Feldphase wurde ein Monitoring durchgeführt. Dabei wurde besonders am Anfang der Untersuchung darauf geachtet, dass jeder Interviewer mindestens einmal beobachtet wurde und die Beobachtungen in einem kurzen Gespräch ausgewertet wurden. Es fielen kleine Mängel auf, von denen hier einige aufgeführt werden: Es wurden nicht immer alle

⁵ Unterschiedliche Bezeichnungen der lokalpolitischen Institutionen, unterschiedliche Quartiers- und Städtenamen wurden mittels sogenannter „Steuerungsvariablen“ an den jeweiligen Telefonnummern in den Untersuchungsgebieten angepasst.

Kategorien vorgelesen. Es wurde teilweise zu laut gesprochen. Die Fragen wurden teilweise zu monoton vorgelesen.

Zur Überprüfung der Glaubwürdigkeit der Befragten bekam der Interviewer nach der Beendigung des Interviews die folgende Frage gestellt: „*Wie glaubwürdig erschien Ihnen der/die Interviewpartner/in? Sehr glaubwürdig, glaubwürdig, weniger glaubwürdig, überhaupt nicht glaubwürdig?*“ Interviews, die von den Interviewern als „überhaupt nicht glaubwürdig“ eingeschätzt wurden, wurden aus dem Datensatz entfernt.

Die Umfrage fand im November und Dezember 2003 statt. Es wurde von Montag bis Freitag zwischen 17 und 21 Uhr telefoniert.

3.3 Methoden der Auswertung

Die realisierte Stichprobe besteht aus 3289 Fragebögen, pro Stadtteil ca. 400.⁶ Um der, bei Telefonbefragungen häufig vorkommenden Überrepräsentation von Frauen und Senioren entgegenzuwirken, wurden die Daten gewichtet. Als Gewichtunggrundlage dienten die Angaben der Alters- und Geschlechtsverteilung der amtlichen Statistiken auf der Ebene der Untersuchungsgebiete. Somit kann die Stichprobe hinsichtlich dieser beiden Merkmale als repräsentativ für die wahlberechtigte, im amtlichen Telefonbuch registrierte, Bevölkerung der entsprechenden Stadtteile gelten⁷.

Die Daten der Telefonumfrage wurden zunächst mittels deskriptiver Verfahren analysiert und ausgewertet (vgl. Bortz 2005: 15-48, Kohler/Kreuter 2006: 149-190). Sämtliche Variablen wurden getrennt nach marginalisierten bzw. privilegierten Stadtgebieten, nach Stadt- und Quartierszugehörigkeit, sowie nach dem Geschlecht des Interviewten betrachtet.

In einem zweiten Schritt wurde mithilfe einer Faktorenanalyse (vgl. Bortz 2005: 511-564) je ein Faktor für das politische *Institutionenvertrauen*, die *Responsivitätswahrnehmung* und das *soziale Vertrauen* gebildet und diese mit dem multivariaten Verfahren der linearen Regression (vgl. Kohler/Kreuter 2006: 191-264) analysiert. Die Faktorladungen sind in den Tabellen A3, A4

⁶ Die Anzahl der Interviews, die in die Auswertung einging, findet sich in der Tabelle A 2 im Anhang.

⁷ Mögliche Verzerrungen, die sich durch die Extraktion der Telefonnummern aus dem amtlichen Telefonbuch ergeben, können durch die Gewichtung nicht aufgehoben werden.

und A5 im Anhang dargestellt. Als abhängige Variablen dienen in der linearen Regression die jeweiligen Faktoren. Die unabhängigen Variablen der linearen Regression werden sukzessiv in die Modelle integriert und bestehen im ersten Modell aus den soziodemographischen Variablen, dem kulturellen und ökonomischen Kapital, dem beruflichen und familiären Status sowie der Wohndauer. Das zweite Modell wird um die Variablen erweitert, die Aussagen zum Quartiers- und Stadtvergleich erlauben. Die sukzessive Integration der Variablen in zwei Modelle wurde gewählt, weil die unabhängigen Variablen, die sich im ersten Modell als signifikant herausstellen, häufig ihren signifikanten Einfluss im zweiten Modell, aufgrund ihres „indirekten“ Einflusses auf die übrigen Variablen, verlieren. Das *politische Interesse* konnte ebenfalls mit einer linearen Regression untersucht, da die Variable mit einer Intervallskala gemessen wurde.

Die übrigen abhängigen Variablen zur Kenntnis der Lokalpolitiker, zur Bereitschaft der politischen Partizipation, zu den Mitgliedschaften, dem bürgerschaftlichen Engagement sowie zur Solidaritätsbereitschaft wiesen dichotome Ausprägungen auf und konnten daher nur mithilfe der logistischen Regression (vgl. Kohler/Kreuter 2006: 265-316) analysiert werden. Wie bei der linearen Regression wurden die oben beschriebenen unabhängigen Variablen in zwei Modelle sukzessiv integriert.

Die Ergebnisse der multivariaten Modelle sind im Text ausführlich dargestellt. Die Tabellen der Regressionen beinhalten in der ersten Spalte die zu erklärenden, unabhängigen Variablen. In der zweiten Spalte sind im Falle dichotomer Variablen die Referenzkategorien angegeben. Danach folgen in den Spalten das erste Modell, dann das zweite Modell. Bei der linearen Regression werden die Regressionskoeffizienten angegeben, bei der logistischen Regression die Odd-Ratio, d.h. die Chancenverhältnisse. Für die lineare Regression sind in einer fünften Spalte zusätzlich die standardisierten Beta-Werte eingetragen, die die Einflussstärke der Variablen beschreiben, allerdings nur für die quasimetrischen Variablen, nicht aber für die dichotomen Variablen⁸.

⁸ „Standardisierte Regressionskoeffizienten sind zum Vergleich der Einflussstärke unterschiedlicher Variablen in einem Modell sehr beliebt. Allerdings werden dabei häufig folgende Punkte übersehen: Die Verwendung standardisierter Regressionskoeffizienten bei dichotomen Variablen ist unzulässig. Da die Standardabweichung einer dichotomen Variable eine Funktion ihrer Schiefe ist, werden die standardisierten Regressionskoeffizienten umso niedriger, je schief die Variable ist“ (Kohler/Kreuter 2006: 211).

Das Signifikanzniveau ist in Form von Sternchen hinter den Koeffizienten gekennzeichnet. Ein Sternchen steht für ein Signifikanzniveau $< 0,05$ (oder 5%), zwei Sternchen stehen für ein Signifikanzniveau $< 0,01$ (oder 1%). In den letzten drei Zeilen der Tabelle ist im Falle der linearen Regression die Konstante und die Anzahl der in das Modell integrierten Fälle (N) eingetragen. Das Bestimmtheitsmaß Adj. R^2 kann als Anteil der Varianz der abhängigen Variablen interpretiert werden, der durch die Kovariaten (unabhängige Variablen) „erklärt“ wird. Bei der logistischen Regression wird das Pseudo R^2 verwendet, welches analog zum Adj. R^2 bei der linearen Regression, den Anteil der erklärten Varianz angibt. Hinsichtlich der Interpretation der Ergebnisse als kausale Effekte ist generell Vorsicht geboten. Nicht immer kann von einem kausalen, linearen Einfluss der unabhängigen Variablen auf die Zielvariable gesprochen werden. Vielmehr ist ein gegenseitiger Einfluss oder eine umgekehrte Einflussrichtung in einigen Fällen denkbar, doch konnte diese Problematik methodisch nicht anders gelöst werden.

3.4 Operationalisierung der abhängigen Variablen und Hypothesen

In diesem und dem folgenden Unterkapitel wird die Operationalisierung der abhängigen und unabhängigen Variablen ausführlich dargestellt. Eine Übersicht über alle Variablen und deren Itemformulierungen im standardisierten Fragebogen enthält Tabelle A 1 im Anhang; dort finden sich zusätzlich Informationen über das Skalenniveau. Den nun darzustellenden abhängigen Variablen ist jeweils ein eigenes empirisches Kapitel (4-9) gewidmet. An dieser Stelle werden lediglich die Operationalisierung und die leitenden Hypothesen veranschaulicht.

3.4.1 Politisches Institutionenvertrauen

In Anlehnung an die politische Kulturforschung in der Tradition Almond und Verba (1989[1963]) und David Easton (1965a, 1965b) wird Vertrauen als lokales politisches Institutionenvertrauen operationalisiert. Kommunalpolitische Institutionen stellen dabei Objekte dar, auf die sich die Einstellungen beziehen. Vertrauen gegenüber diesen Institutionen steht für die Unterstützung, Misstrauen für die Nichtunterstützung dieser Institutionen.

Für die Untersuchung des Unterstützungspotentials wurde im ersten Schritt nach der allgemeinen Zufriedenheit mit der Kommunalpolitik gefragt:

„Sind Sie im Großen und Ganzen mit der Kommunalpolitik in Berlin/Mannheim/Köln/Leipzig sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?“

Im zweiten Schritt wurde nach den verschiedenen lokalen Institutionen gefragt:

„1. Wenn Sie an die Zukunft von Berlin/Mannheim/Köln/Leipzig denken, haben Sie zu folgenden Einrichtungen großes Vertrauen, eher Vertrauen, eher kein Vertrauen oder gar kein Vertrauen?; 2. Wie groß ist Ihr Vertrauen in den Oberbürgermeister? Zu den Kommunalpolitikern? Zum Gemeinderat/Stadtrat/Abgeordnetenhaus? Zur Stadtverwaltung? Zur den Stadtparteien? Und zum Bezirksbeirat/ zur Bezirksvertretung/ zur Bezirksverordnetenversammlung?“

Vor dem Hintergrund höherer Nichtwähleranteile in benachteiligten Quartieren als in privilegierten Quartieren und den Argumenten der Kassler Studie von Hennig und Eidmann

(1999), die politisches Vertrauen abhängig vom städtischen sozialstrukturellen Raum betrachten, werden deutliche Unterschiede im politischen Institutionenvertrauen zwischen privilegierten und benachteiligten Quartieren erwartet. Es wird angenommen, dass die Bewohner privilegierter Quartiere den lokalen Institutionen deutlich stärker vertrauen als Bewohner benachteiligter Quartiere.

3.4.2 Politische Responsivitätswahrnehmung

Die lokale Responsivitätswahrnehmung gibt den Grad der wahrgenommenen Responsivität der Kommunalpolitik für stadtteilspezifische Interessen der Bürgerinnen und Bürger an. Eine positive Responsivitätswahrnehmung wird als spezifische Unterstützungsleistung der Bürger und Bürgerinnen gegenüber den politischen Entscheidungen gewertet.

Im Einzelnen wurde das Konstrukt wie folgt operationalisiert:

„1. Wenn Sie nun an Wedding/ Zehlendorf/ Osten/ Gohlis/ Schöнау/ Oststadt/ Chorweiler/ Hahnwald im Allgemeinen denken, würden Sie sagen, dass folgende Aussagen voll zutreffen, eher zutreffen, eher nicht zutreffen oder gar nicht zutreffen? Die Interessen von Wedding/... werden ausreichend durch Kommunalpolitiker und durch den Stadt-/Gemeinderat/ Abgeordnetenhaus vertreten.; 2. Die Interessen der Frauen werden im Stadtteil ausreichend berücksichtigt.; 3. Wedding/... wird im Vergleich zu anderen Stadtteilen von der Stadtverwaltung eher vernachlässigt.; 4. Um die wichtigsten Probleme des Stadtteils kümmert sich niemand.“

Die Hypothese lautet: Bewohnerinnen und Bewohner benachteiligter Quartiere sehen ihren Stadtteil deutlich weniger in der Kommunalpolitik repräsentiert als Bewohnerinnen und Bewohner privilegierter Quartiere. Die Responsivität der Kommunalpolitik wird in benachteiligten Quartieren im geringerem Ausmaß wahrgenommen als in privilegierten Quartieren. Es wird ein starker Einfluss der soziodemographischen Variablen auf die Responsivitätswahrnehmung angenommen.

3.4.3 Politische Involvierung

Die lokale politische Involvierung wird an Hand von drei Indikatoren gemessen: dem politischen Interesse, der politischen Informiertheit und der Bereitschaft zu politischem Engagement. Das politische Interesse wird als die Bereitschaft der Bürger definiert, sich mit den

Problemen und dem politischen Geschehen auf der Ebene der Gesamtstadt und des Stadtteils auseinander zusetzen. Die politische Informiertheit ist als Kenntnis von lokalpolitischen bzw. stadtrelevanten Akteuren operationalisiert worden. Die Bereitschaft zur politischen Partizipation zeigt an, in welchem Ausmaß sich die Bewohnerinnen und Bewohner in das politische Geschehen einmischen wollen und sich selbst als politisch handelnde Akteure verstehen. Im einzelnen wurden folgende Fragen gestellt.

Zum politischen Interesse:

„1. Wie sehr interessieren Sie sich für die Stadtpolitik von Berlin/Leipzig/Mannheim/Köln? Interessieren Sie sich sehr, eher, eher nicht oder gar nicht?; 2. Wie sehr interessieren Sie sich für die Politik in Ihrem Stadtteil? Interessieren Sie sich sehr, eher, eher nicht oder gar nicht?“

Zur politischen Informiertheit:

„1. Kennen Sie ein oder mehrere Mitglieder des Bezirksbeirates/der Bezirksvertretung für Ihren Stadtteil dem Namen nach? Ja, kenne einen, kenne mehrere, nein, kenne keinen.; 2. Kennen Sie ein oder mehrere Mitglieder des Abgeordnetenhauses/des Gemeinderates/des Stadtrates für Berlin/Leipzig/Köln/Mannheim dem Namen nach? Ja, kenne einen, kenne mehrere, nein, kenne keinen.; 3. Mal angenommen, es gibt irgendein Problem in ihrem Stadtteil. Kennen Sie einen Kommunalpolitiker oder eine andere einflussreiche Person persönlich, an die Sie sich wenden könnten? Ja, kenne einen Kommunalpolitiker oder eine einflussreiche Person persönlich, nein, kenne keinen.“

Für die Bereitschaft zur politischen Partizipation wurden mehrere Items verwendet:

„1. Würden Sie folgenden Aussagen voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen? Wenn man heute als Bürger etwas erreichen will, muss man die Dinge selbst in die Hand nehmen.; 2. An den wichtigsten Entscheidungen der Stadt sollten die Bürger unbedingt direkt beteiligt werden.; 3. Würden Sie sich mit anderen Bewohnern zu einer Initiative zusammenschließen, um das Problem gemeinsam zu lösen? Ja oder nein?; 4. Würden Sie sich an einem Bürgerbegehren beteiligen? Ja oder nein?“

Für die drei Untersuchungsdimensionen der politischen Involvierung wird in den benachteiligten Quartieren ein geringeres politisches Interesse, eine geringere Kenntnis der lokalpolitischen Akteure und geringere Bereitschaft zur politischer Partizipation sowie ein starker Einfluss der Quartierszugehörigkeit und soziodemographischer Merkmale erwartet.

3.4.4 Soziales Kapital

In Anlehnung an Coleman und Putnam wird das soziale Kapital in drei Dimensionen untersucht: dem sozialen Vertrauen, den Mitgliedschaften und dem bürgerschaftlichen Engagement.

Bezüglich des sozialen Vertrauens lautete die Frage für die Interviewten:

„1. Es gibt Menschen, zu denen man mehr oder weniger Vertrauen haben kann. Bitte sagen Sie mir im Folgenden, ob Sie großes Vertrauen, eher Vertrauen, eher kein Vertrauen oder gar kein Vertrauen haben.; 2. Wie ist es mit den Nachbarn?; 3. Wie ist es mit den Bewohnern im Stadtteil? Und wie ist es mit den Menschen in der Stadt?; 4. Und wie ist es mit den Ausländern?“

Für die Mitgliedschaften wurde gefragt:

„1. Darf ich Sie nun nach Ihren Mitgliedschaften fragen? Bitte antworten Sie im Folgenden mit Ja oder Nein. Sind Sie Mitglied in einer Kirche oder einer religiösen Vereinigung?; 2. Sind Sie Mitglied einer Partei? 3. Sind Sie Mitglied einer Umweltorganisation? 4. Sind Sie Mitglied einer karitativen Organisation oder Einrichtung? 5. Sind Sie Mitglied in einem Berufsverband? 6. Sind Sie Mitglied einer Gewerkschaft? 7. Sind Sie Mitglied in einem kunst-, musik- oder bildungsorientierten Verein oder einer Organisation? 8. Sind Sie Mitglied in einem Sportverein?“

Das bürgerschaftliche Engagement wurde im Anschluss an die Mitgliedschaftsfrage erhoben: „Haben Sie irgendwo ein Ehrenamt oder arbeiten auf andere Weise aktiv mit? Ja oder nein?“

Vor dem Hintergrund der Theorie von Bourdieu und den Ergebnissen von Geißel (2001) wird davon ausgegangen, dass soziales Kapital in der Stadt nicht gleich verteilt ist, sondern dass Eliten der Stadt, die auch sozialräumlich in privilegierten Wohngebieten leben, über ein höheres soziales Kapital verfügen als Personen in benachteiligten Stadtteilen. Für die Bewohner benachteiligter Quartiere wäre anzunehmen, dass sie nur über ein geringes oder gar kein

Sozialkapital verfügen. Nach Jacobs (1963) ist zu vermuten, dass soziales Kapital von der zeitlich stabilen Bewohnerstruktur des Wohnquartiers abhängt. Geringes soziales Kapital wäre verstärkt in solchen Quartieren zu erwarten, die zum Zeitpunkt der Befragung einem starken Bevölkerungswandel unterliegen.

3.4.5 Solidaritätsbereitschaft

Um die Solidaritätsbereitschaft als Handlungsorientierung dem Gegenstand der Kommunalpolitik anzupassen, wurde danach gefragt, in wie weit eine finanzielle Umverteilung zugunsten benachteiligter Stadtgebiete stattfinden sollte oder nicht. Die Frage lautet im Einzelnen:

„1. Stellen Sie sich vor, Sie könnten bei der momentanen Finanznot über die knappen Gelder der Stadt B/L/M/K entscheiden. Wie sollten die knappen Gelder verteilt werden? Das Geld sollte auf alle Viertel gleich verteilt werden [versus] oder die schlechter gestellten Viertel sollten mehr Geld bekommen.“

Als weiterer Indikator für eine Solidaritätsbereitschaft gegenüber der Stadtgemeinschaft galt die Unterstützung benachteiligter Bildungsschichten in der Stadt. Für die Itembildung wurde dabei auf die aktuelle Diskussion um Ganztagschulen zurückgegriffen. Das Item lautet:

„2. Wie Sie vielleicht gehört haben, steht Geld zur Einrichtung von Ganztagschulen zur Verfügung. Wo im Stadtgebiet sollte man diese Ganztagschulen einrichten? Dort, wo die schlechtesten Schulleistungen zu beobachten sind [versus] oder dort, wo man die Besten unterstützen kann?“

Mit der dritten Frage wurden die interviewten Bewohnerinnen und Bewohner konkret auf ihre Solidaritätsbereitschaft angesprochen. Das Item ist dabei so formuliert, dass es nahe an die faktische Solidarität heranreicht:

„3. Angenommen der Stadt-/Gemeinderat/das Abgeordnetenhaus erwägt, einen Solidaritätszuschlag für B/L/M/K einzuführen, um die Lebensbedingungen in schlechter gestellten Vierteln zu verbessern. Dieser Zuschlag würde weniger als ein Prozent Ihres Einkommens ausmachen. Würden Sie für [versus] oder gegen den Vorschlag einer Stadtabgabe stimmen?“

Entgegen der mehrheitlich positiven Solidaritätsbereitschaft in den bisherigen Befunden war die ursprüngliche Hypothese an die Befürchtung einer erstarkenden neoliberalen Orientierung in den privilegierten Gebieten angelehnt. Die Hypothese folgt der Untersuchung von Heitmeyer und Anhut (2000), die als einzige auf deutsche Städte fokussiert ist und nimmt einen Entsolidarisierungsprozess in den privilegierten Stadtgebieten gegenüber der Gesamtstadt an. Das heißt, es wurde erwartet, dass in den privilegierten Quartieren nur eine kleine Minderheit der Bürgerinnen und Bürger für einen Solidaritätszuschlag votiert, dass eher privilegierte Bildungsschichten als ‚Hoffnungsträger des Standortes Deutschland‘ unterstützt werden als benachteiligte und dass das Prinzip der Gleichverteilung vor dem Prinzip der Umverteilung von finanziellen Mitteln zugunsten benachteiligter Stadtgebiete Vorrang genießt.

3.5 Operationalisierung der unabhängigen Variablen

3.5.1 Soziodemographische Variablen

Zu den soziodemographischen Variablen werden die Fragen nach dem Alter und nach dem Geschlecht gezählt:

„Darf ich Sie jetzt noch kurz zu Ihrer Person befragen: In welchem Jahr sind Sie geboren?“

Geschlecht [Int.: Ohne Frage notieren, nur falls unbedingt notwendig, nachfragen!]

3.5.2 Kulturelles Kapital

Der Schulabschluss wird in Anlehnung an Bourdieu (1987, 1992) als kulturelles Kapital definiert. Es wird ein starker Einfluss auf die abhängigen Variablen angenommen.

„Welchen höchsten allgemeinen Schulabschluss haben Sie? [Int.: Bitte den Schulabschluss nennen lassen und Zutreffendes anklicken!] Von der Schule abgegangen ohne Abschluss; Volks-/Hauptschulabschluss; Mittlere Reife/ Realschulabschluss/ Fachschulreife, Polytechnische Oberschule mit 8. Klasse-Abschluss; Polytechnische Oberschule mit 10. Klasse-Abschluss; Fachhochschulreife, Fachgebundene Hochschulreife, Fachoberschule; Abitur/allgemeine Hochschulreife/Erweiterte Oberschule (EOS), anderer Schulabschluss.“

3.5.3 Ökonomisches Kapital/ beruflicher Status

Variablen, die das ökonomische Kapital nach Bourdieu (1987, 1992) und den beruflichen Status anzeigen, wurden wie folgt formuliert:

„1. Sind Sie zurzeit erwerbstätig? Ja oder nein?“

„2. Welche berufliche Stellung haben Sie? Sind Sie... Arbeiter/in Angestellte/r Beamte/r Selbständige/r oder etwas anderes?“

„3. Was machen Sie zurzeit? Sind Sie... Hausfrau/Hausmann? in Umschulung? Studentin/Student? Schüler/Schülerin? Arbeitslos? im Altersruhestand? Oder machen Sie etwas anderes?“

„4. Darf ich Sie zum Schluss fragen, wie hoch das monatliches Netto-Einkommen Ihres Haushaltes ist? Ich meine damit die Summe, die nach Abzug der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge übrig bleibt. [Int.: Bei Nachfragen: Die Angaben werden absolut vertraulich und anonym behandelt.]“

„5. Im Folgenden werde ich Ihnen verschiedene Einkommenskategorien nennen. Wären Sie bereit, mir zu sagen, welche Kategorie auf Sie zutrifft? [Int.: Bitte keine Sprechpause machen!] bis 500 Euro, 500 bis 1000 Euro, 1000 bis 2000 Euro, 2000 bis 3000 Euro, 3000 bis 4000 Euro, 4000 bis 5000 Euro, 5000 bis 6000 Euro, 6000 bis 7000 Euro, 7000 bis 8000 Euro, 8000 bis 9000 Euro, mehr als 9000 Euro [Int.: Bei Nachfragen: Die Angaben werden absolut vertraulich und anonym behandelt.]“

3.5.4 Familienstatus

Der Familienstatus wurde wie folgt erfragt:

„Welchen Familienstand haben Sie? Sind Sie verheiratet, ledig, geschieden, verwitwet, oder leben in einer eingetragenen Lebensgemeinschaft?“

3.5.5 Stadt- und Quartiersbezogene Variablen

Um einen näheren Einblick in die Wahrnehmung der eigenen Stadt und des Stadtteils zu bekommen, wurden Fragen zur Wohndauer, zur Bindung an und zur Zufriedenheit mit dem eigenen Stadtteil sowie Fragen zu den Gründen der Unzufriedenheit gestellt.

„1. Wie lange leben Sie schon in Ihrem Stadtteil? Ist das weniger als ein Jahr oder ein Jahr oder sind das mehrere Jahre? [Int.: Wenn es "mehrere Jahre" sein sollten, bitte die folgende Frage anschließen.] Wie viele Jahre sind das?; 2. Leben Sie in Ihrem Stadtteil sehr gern, gern, nicht so gern, oder ungern?; 3. Wie gern leben Sie in Ihrer Stadt? Leben Sie sehr gern, gern, nicht so gern, oder ungern in Ihrer Stadt?; 4. Wie zufrieden sind Sie ganz allgemein ihrem Stadtteil? Sind Sie ... sehr zufrieden? eher zufrieden? eher unzufrieden? oder sehr unzufrieden?“

Wenn die befragte Person eher oder sehr unzufrieden war, wurde weiter gefragt:

„Warum sind Sie unzufrieden? Im Folgenden nenne ich Ihnen mögliche Gründe, die einen stören können. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie das stört oder nicht. Stört Sie der

Mangel an Infrastruktur im Stadtteil? [Int.: Die Frage bezieht sich auf den eigenen Stadtteil.] Stören Sie unangenehme Anwohner und Nachbarn? Stört Sie Lärm? Stört Sie die Verschmutzung der Straßen? Stören Sie Kriminalität und mangelnde Sicherheit? Stört Sie ein zu hoher Ausländeranteil?“

3.6 Stichprobenbeschreibung – die acht Untersuchungsquartiere

Im Folgenden wird ein Überblick über die Stichprobenpopulation in den acht Untersuchungsquartieren gegeben. Ausführlich wurden die acht Quartiere in ihrer historischen Genese, hinsichtlich der sozialstatistischen Daten, der Wahlbeteiligung, der politischen Repräsentation und der vorhandenen bürgerschaftlichen Netzwerke im Rahmen des Forschungsprojektes „Politische Integration und Repräsentation in der fragmentierten Stadt“ (vgl. Häußermann/Läzer/Wurtzbacher 2008) beschrieben. Daher beschränkt sich die Darstellung auf die Daten der Telefonumfrage.

Betrachtet man das kulturelle Kapital in institutionalisierter Form als Schulabschlüsse, zeigen privilegierte und marginalisierte Quartiere unterschiedliche Bildungsgrade (siehe Tabelle 3.2). In den privilegierten Quartieren haben 70% der Befragten die Hochschulreife (Abitur) absolviert, während dies in den benachteiligten Quartieren nur für 35% der Befragten gilt. Der Hauptschulabschluss ist am häufigsten in den benachteiligten Quartieren bei 33% der Befragten zu finden, in den privilegierten Gebieten nur zu 8%.

Tabelle 3.2: Schulabschlüsse der Befragten (in %)

	kein Abschluss	Hauptschule	Realschule	FHR/ Abitur	N = 100%
Gesamt	1,1	20,2	25,8	52,9	3265
marginalisierte Quartiere	1,8	32,7	30,4	35,0	1625
Wedding	1,5	29,2	31,0	38,2	412
Osten	0,5	16,0	39,6	43,9	413
Schönau	2,5	50,6	27,2	19,8	403
Chorweiler	2,8	35,7	23,6	37,9	397
privilegierte Quartiere	0,5	7,6	21,2	70,0	1631
Zehlendorf	0,3	6,7	22,5	70,5	417
Gohlis	0,3	9,3	30,2	60,2	417
Oststadt	0,8	10,4	17,7	71,1	403
Hahnwald/Marienburg	0,6	3,9	13,8	81,8	394

Leipzig weist die geringsten Bildungsunterschiede zwischen den Befragten in privilegierten und marginalisierten Quartieren auf. Im benachteiligten Quartier Osten in Leipzig schlossen 44% der Befragten das Abitur ab, im privilegierten Gebiete 60%. Mannheim zeigt hingegen die größten Bildungsunterschiede. Der Mannheimer benachteiligte Stadtteil Schönau verfügt über das geringste Bildungskapital von allen Untersuchungsgebieten (20% Abitur, 50% Hauptschulabschluss) und weicht hinsichtlich des Abiturs 51 Prozentpunkte vom privilegierten Mannheimer Quartier Oststadt ab. Das am besten mit kulturellem Kapital ausgestattete privilegierte Quartier ist Hahnwald/Marienburg in Köln mit 82% Abiturabschlüssen.

Das Quartier mit den geringsten Abiturabschlüssen (Mannheim Schönau), weist den höchsten Anteil an Arbeitern auf (20%) auf (siehe Tabelle 3.3). Das Quartier mit dem höchsten kulturellen Kapital (Köln Marienburg/Hahnwald) zeigt den höchsten Anteil an Selbständigen (23%). Insgesamt zeigen sich die Unterschiede zwischen den Quartieren hinsichtlich der beruflichen Stellung am deutlichsten im Unterschied zwischen Arbeitern und Selbständigen.

Tabelle 3.3: Berufliche Stellung/Status der Befragten (in %)

	Arbeiter	Angestellte	Beamte	Selbstständige	Hausfrau/ mann	Student/ Schüler	Arbeitslos	Rente	Sonstige	N = 100%
Gesamt	8,2	30,3	3,8	9,0	5,7	9,8	3,9	20,1	9,2	3289
marginalis. Quartier	13,8	27,2	1,9	3,4	6,3	9,1	5,9	21,6	10,6	1643
Wedding	7,7	26,2	3,4	3,8	3,2	9,8	5,8	28,2	11,9	417
Osten	10,4	28,6	1,0	4,8	2,8	14,6	9,9	17,5	10,4	417
Schönau	19,7	25,9	1,9	1,8	8,6	6,1	2,6	22,6	10,8	404
Chorweiler	17,9	27,9	1,4	3,1	10,9	5,9	5,4	18,2	9,3	405
privilegierte Quartier	2,5	33,5	5,7	14,7	5,1	10,4	1,9	18,6	7,8	1646
Zehlendorf	2,5	33,1	10,0	14,3	3,0	9,3	1,5	18,2	8,1	420
Gohlis	5,2	34,5	2,9	11,5	2,7	12,9	3,6	17,5	9,2	422
Oststadt	1,1	37,8	5,0	10,4	5,7	9,8	2,2	22,4	5,7	404
Hahnwald/Ma.	1,0	28,4	4,7	22,9	9,1	9,4	0,3	16,2	8,1	400

Gaben 14% der Befragten in den benachteiligten Quartieren an, Arbeiter zu sein, waren es in den privilegierten Quartieren nur 3% der Befragten. Als Selbstständige arbeiten in den privilegierten Gebieten dagegen 15% der Befragten, aber nur 3% der Befragten in den benachteiligten Gebieten sind als Selbstständige tätig. Das Angestellten- und Beamtenverhältnis kommt häufiger in den privilegierten Gebieten vor.

Betrachtet man den Status der Befragten, wird deutlich, dass Rentner (20%) – wie in Telefonumfragen häufig der Fall – stark vertreten sind. Durch die Gewichtung der Daten in den Auswertungen (Kapitel 4-8) nach dem Alter, wird einer Überrepräsentation älterer Teilnehmern vorgebeugt. 10% der Befragten gaben an, Studenten zu sein, 6% der Befragten sind Hausfrauen bzw. Hausmänner. Als „arbeitslos“ bezeichneten sich insgesamt 4% der Befragten, 6% in den benachteiligten Gebieten. Diese Angaben stimmen nicht mit den sozialstatistischen Daten überein (vgl. Tabelle 3.1). Da die Teilnahme an der Umfrage freiwillig war und Arbeitslosigkeit mit Schamgefühlen und Stigmatisierung bei den Betroffenen einher geht, kann davon ausgegangen werden, dass ein Teil der Befragten, diese Angabe verweigerte.

Das monatliche Netto-Einkommen nach Abzug aller Abgaben pro Haushaltsmitglied (ohne Kinder) stellt die Tabelle 3.4 dar.

Tabelle 3.4: Monatliches Netto-Einkommen pro Haushaltsmitglied (ohne Kinder) (in %)

	- 500 €	- 1000 €	- 1500 €	- 2000 €	- 2500 €	> 2500 €	N = 100%
Gesamt	8,5	29,2	25,3	18,3	6,8	12,0	2634
marginalisierte Quart.	12,4	37,1	27,8	15,4	3,0	4,3	1372
Wedding	11,1	35,6	27,2	18,8	3,0	4,2	372
Osten	15,5	45,5	24,9	8,4	2,0	3,6	382
Schönau	8,5	29,8	30,2	22,3	3,6	5,6	300
Chorweiler	13,5	35,4	29,8	13,7	3,8	3,8	318
privilegierte Quartiere	4,1	20,3	22,4	21,5	11,1	20,6	1262
Zehlendorf	2,2	15,0	24,9	21,0	13,0	23,9	366
Gohlis	6,4	32,6	30,4	15,6	7,9	7,1	383
Oststadt	4,7	16,6	18,4	26,2	12,6	21,3	286
Hahnwald/Marienburg	2,4	11,1	8,5	26,8	11,7	39,6	227

Trotz einer geringeren Antwortbereitschaft in den privilegierten Gebieten wurde dort eine sehr viel bessere Ausstattung mit ökonomischem Kapital gemessen als in den benachteiligten Gebieten. Das privilegierte Gebiet Hahnwald/Marienburg in Köln mit dem höchsten kulturellem Kapital und dem höchsten Anteil an Selbständigen weist mit Abstand das höchste ökonomische Kapital auf. In 40% der Fälle verdient jedes Haushaltsmitglied mehr als 2500 Euro. Köln ist folglich auch die Stadt mit dem größten Einkommensunterschied zwischen Befragten im privilegierten und im benachteiligten Untersuchungsstadtteil. Im Netto-Einkommen zeichnet sich auch ein Ost-West-Unterschied ab. Die Befragten in Leipzig verfügen mit Abstand über das geringste ökonomische Kapital, sowohl im privilegierten Stadtteil Gohlis als auch im benachteiligten Quartier Osten. Das monatliche Haushaltseinkommen pro Haushaltsmitglied liegt in 93% der Befragten in benachteiligten Quartieren unter der Grenze von 2000 Euro. In den privilegierten Gebieten gaben hingegen 32% der Befragten an, über mehr als 2000 Euro

monatliches Haushaltseinkommen pro Haushaltsmitglied zu verfügen. Die ausgewählten privilegierten Quartiere sind nach den Aussagen der Befragten erwartungsgemäß besser mit ökonomischem Kapital ausgestattet als die ausgewählten benachteiligten Quartiere.

Betrachtet man schließlich den Familienstand der Befragten (siehe Tabelle 3.5), gab fast die Hälfte der Befragten an, verheiratet zu sein; 36% sind ledig, 9% geschieden und 8% verwitwet. Die Unterschiede zwischen den Quartieren und Städten können eher vernachlässigt werden.

Tabelle 3.5: Familienstand der Befragten (in %)

	verheiratet/ Lebensgemein- schaft	ledig	geschieden	Verwitwet	N = 100%
Gesamt	46,5	36,1	9,5	7,8	3271
marginalisierte Quartiere	45,4	35,7	9,9	9,0	1636
Wedding	34,9	38,9	12,1	14,0	413
Osten	34,9	47,9	10,5	6,7	415
Schönau	56,2	27,2	8,6	8,0	404
Chorweiler	56,1	28,2	8,4	7,3	404
privilegierte Quartiere	47,7	36,6	9,1	6,6	1635
Zehlendorf	46,9	35,1	9,4	8,6	419
Gohlis	41,6	41,3	11,0	6,1	417
Oststadt	42,3	41,2	10,4	6,0	403
Hahnwald/Marienburg	60,4	28,3	5,5	5,7	396

Insgesamt repräsentieren die Unterschiede in den Schulabschlüssen, in der beruflichen Stellung/ dem Status der Personen und dem Haushaltseinkommen die theoretisch begründeten Unterschiede zwischen den, nach statistischen Kennziffern ausgewählten privilegierten und benachteiligten Stadtteilen und die angenommenen Unterschiede zwischen den Städten. Mannheim wurde in das Sample mit aufgenommen, da es bis heute mit den Folgen des Strukturwandels zu kämpfen hat. Der Stadtteil Schönau stellt ein typisches Arbeiterquartier am Rande der Stadt und in der Nähe der Industriefabriken mit relativ niedrigen Schulabschlüssen

und einem relativ hohen Arbeiteranteil dar. Köln wurde als prosperierende, aber auch stark segregierte Stadt ausgewählt. Das privilegierte Gebiet Hahnwald/Marienburg weist demgemäß in der Stichprobenbeschreibung die höchsten Anteile am Schulabschluss ‚Abitur‘, an Selbständigen und ‚besser Verdienenden‘, das benachteiligte Quartier Chorweiler hingegen geringe Schulabschlüsse, einen hohen Anteil an Arbeitern und geringe Haushaltseinkommen. Leipzig als ostdeutsche Großstadt zeigt im Vergleich zu den anderen Städten die geringsten Bildungs- und Haushaltseinkommensunterschiede, die als Folge der Bildungs- und Sozialpolitik der DDR gelesen werden können, die einer residentiellen Segregation entgegenwirkte. Das geringe Haushaltseinkommen verdeutlicht hingegen die Folgen des ökonomischen Wandels im Zuge der politischen Transformation im Jahr 1990. Berlin wurde wegen seiner stadtentwicklungspolitischen Sonderstellung hinzugenommen, dessen Stichprobe die erwarteten Unterschieden zwischen dem privilegierten Stadtteil Zehlendorf und dem benachteiligten Stadtteil Wedding (Soldiner Kiez) repräsentiert.

Auch für die weiteren Variablen: die Bindung an die Stadt und an den Stadtteil sowie die Zufriedenheit mit dem Stadtteil werden die prozentualen Verteilungen in den acht Quartieren dargestellt (siehe Abbildungen 3.2 und 3.3), da diese als unabhängige Variablen in die multivariate Auswertungen mit einbezogen werden.

Abbildung 3.2: Bindung der Befragten an die Stadt und den Stadtteil⁹

Bis auf den benachteiligten Stadtteil Wedding in Berlin, leben über 90% der Befragten gern in ihrer Stadt und haben eine hohe Bindung an die jeweilige Stadt. Die Befragten in Wedding leben zu etwa 80% gern in Berlin.

Ein anderes Bild zeichnet sich hinsichtlich der Bindung an den Stadtteil ab. Befragte in benachteiligten Quartieren stehen ihrem Wohngebiet häufig kritischer gegenüber als Befragte in privilegierten Gebieten. Etwa 50% der Befragten in Wedding (Berlin) leben ungern oder sehr ungern in ihrem Stadtteil. In den benachteiligten Quartieren Osten (Leipzig) und Chorweiler (Köln) grenzen sich etwa 40% der Befragten von ihrem Wohngebiet ab und geben an, dort ungern zu leben. Diese Ablehnung lässt auf einen unfreiwilligen Verbleib und eine erzwungene Segregation der Befragten in diesem Wohngebiet schließen (vgl. Kapitel 2.3.). Von den

⁹ Folgende Itemformulierungen liegen der Abbildung zu Grunde: „Leben Sie in Ihrem Stadtteil sehr gern, gern, nicht so gern, oder ungern?“; „Wie gern leben Sie in Ihrer Stadt? Leben Sie sehr gern, gern, nicht so gern, oder ungern in Ihrer Stadt?“; „Wie zufrieden sind Sie ganz allgemein ihrem Stadtteil? Sind Sie sehr zufrieden? eher zufrieden? eher unzufrieden? oder sehr unzufrieden?“ Personen die gern oder sehr gern in ihrem Stadtteil/ihrer Stadt wohnen haben eine „Bindung an den Stadtteil/die Stadt“. Die Tabelle A15 mit dem Häufigkeiten befindet sich im Anhang.

benachteiligten Quartieren weisen die Befragten in Schönau (Mannheim) die höchste Bindung an ihren Stadtteil auf.

Abbildung 3.3: Gründe für die Unzufriedenheit mit dem eigenen Wohnquartier¹⁰

Für die privilegierten Quartiere springt hingegen die hohe Bindung an den eigenen Stadtteil ins Auge, die als Hinweis auf eine freiwillige Wohnortwahl und eine freiwillige Segregation gelesen werden kann. Über 95% der Befragten in privilegierten Quartieren geben an, gern bzw. sehr gern in ihrem Stadtteil zu leben. Die Frage der Zufriedenheit mit dem eigenen Wohnort zeigt ähnliche Ergebnisse wie die Frage nach der Bindung an den Stadtteil.

Personen, die im Interview angaben, unzufrieden oder sehr unzufrieden mit ihrem Stadtteil zu sein, wurden nach den Gründen ihrer Unzufriedenheit gefragt (siehe Abbildung 3.3). Die Mehrheit der Befragten gibt an, dass sie die Verschmutzung der Straßen, die Kriminalität und mangelnde Sicherheit sowie unangenehme Anwohner und Nachbarn stören. In den benachteiligten Quartieren, die sich durch einen rasanten und tiefgreifenden demographischen

¹⁰ Itemformulierung: „Warum sind Sie unzufrieden? Im Folgenden nenne ich Ihnen mögliche Gründe, die einen stören können. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie das stört oder nicht. Stört Sie der Mangel an Infrastruktur im Stadtteil? [Int.: Die Frage bezieht sich auf den eigenen Stadtteil.] Stören Sie unangenehme Anwohner und Nachbarn? Stört Sie Lärm? Stört Sie die Verschmutzung der Straßen? Stören Sie Kriminalität und mangelnde Sicherheit? Stört Sie ein zu hoher Ausländeranteil?“ Die Häufigkeitstabelle A16 befindet sich im Anhang.

Wandel in den letzten 10 bis 20 Jahren auszeichnen: Berlin Wedding und Leipzig Osten, sieht über die Hälfte der Befragten eine Grund ihrer Unzufriedenheit mit dem Wohnquartier in einem zu hohen Ausländeranteil. Weniger brisant werden von den Befragten die Lärmbelästigung und die mangelnde Infrastruktur erlebt. Zusammenfassend ergeben sich etwa für die Hälfte der Befragten in den benachteiligten Untersuchungsgebieten eine eher negative Wahrnehmung des eigenen Wohnumfeldes und ein eher negativ geprägtes Bild der Quartiere.

Einstellungen gegenüber lokalpolitischen Herrschaftsträgern und Institutionen

4 Politisches Institutionenvertrauen

4.1 Problemaufriss

Das politische Vertrauen und insbesondere das Institutionenvertrauen gehören zu den zentralen Analysekategorien der empirischen Demokratie- und politischen Kulturforschung. Trotz der mehr als 50 Jahre langen Beschäftigung mit politischem Vertrauen ist die Forschung zu keiner einheitlichen Interpretation gelangt. Am deutlichsten zeigt sich dieses Problem bei der Frage nach dem notwendigen Ausmaß politischen Vertrauens in Demokratien und der Bestimmung eines Standardmaßes, das definiert, was als hohes und was als niedriges Vertrauen angesehen werden sollte. Für Letzteres werden empirische Ergebnisse üblicherweise einem systematischen Vergleich über die Zeit hinweg und/oder zwischen mehreren Ländern unterzogen. Jedoch kann das Fehlen von politischem Vertrauen je nach normativem und theoretischem Standpunkt als Demokratie gefährdend oder nicht gefährdend erachtet werden.

Dass Vertrauen eine unerlässliche Voraussetzung politischer Systeme und deren Performanz und Stabilität darstellt, ist in der politischen Theorie seit John Locke eine immer wiederkehrende Grundannahme. Er legte den Grundstein für die Verbindung der Vertrauens- mit der Legitimationsfrage politischer Herrschaft, die von neueren Theoretikern jedoch unterschiedlich beantwortet wurde. Max Weber (1972) und später Niklas Luhmann (1979, 1983) stehen für Ansätze, die die rationale Legitimation in Verfahren durch das Prinzip der Legalität (welches das Prinzip der Tradition und des Charismas ablöste) gewährleistet sehen und lediglich das Einwilligen und Zutrauen auf diese Prinzipien notwendig macht. Sie gelten daher als Vordenker des politischen Institutionenvertrauens. Empirische Demokratietheoretiker wie Martin Lipset verbinden den pluralistischen Ansatz von Max Weber mit der Frage nach Normen als gesellschaftliche Grundpfeiler im Sinne Talcott Parsons. Legitimität wird als Fähigkeit des politischen Systems verstanden, die Überzeugung herzustellen, dass die existierenden politischen Institutionen die angemessensten für die Gesellschaft sind (Lipset 1959). Vertrauen wird zwar nicht mit Legitimation gleichgesetzt, aber als wichtiger Bestandteil und als ein Aspekt von Öffentlichkeit definiert, mittels dessen Einstellungen an das politische System

kommuniziert werden können. Hierfür ist ein Minimalkonsens notwendig, den David Easton als „diffuses Vertrauen“ bezeichnet. Diese kurzen Ausführungen weisen darauf hin, dass das politische Vertrauen mit der Frage nach der Legitimität eines politischen Systems verknüpft ist. Insofern wundert es nicht, dass der Rückgang des politischen Vertrauens in den 1960er und 1970er Jahren in den Vereinigten Staaten von Amerika zu Debatten führte (vgl. dazu Miller 1974; Citrin 1974), die sich an der postulierten Bedrohung der Legitimität demokratischer Systeme entzündeten und zu einer bis heute anhaltenden Diskussionen um den Niedergang des politischen Vertrauens und seinen Konsequenzen führte. Die Krisentheorien ab der Mitte der 1970er Jahre gingen von der Überlastung des Staates aufgrund steigender Forderungen der Bürger aus, welche zu einer Erosion der Legitimität repräsentativer Demokratien führen sollten (Habermas 1973, Brittan 1975, 1977, Crozier/ Huntington/ Watanuki 1975). In den 1980er Jahren verschiebt sich die Perspektive. Das Legitimationsproblem wird mehr als ein Mangel staatlicher Responsivität gegenüber der Forderung nach mehr Selbstverwirklichung und politischer Partizipation und damit als ein Ergebnis sozialer und individueller Modernisierungsprozesse aufgefasst (Cohen 1971, Dahl 1989).

Im derzeitigen Diskurs beansprucht eine Position immer mehr Raum, die von der Diagnose einer zunehmenden Individualisierung und einer Gefährdung der moralischen Basis des Gemeinwesens ausgeht. Zwischenmenschliches Vertrauen erscheint dabei als moralische Ressource gesellschaftlicher Integration mit positiven Effekten auf das politische Vertrauen. Neben der klassischen Definition des politischen Vertrauens, welche vertikal zwischen Bürgern und dem politischen System ausgerichtet ist, gewinnt die horizontale Dimension an Bedeutung, die nach der generellen Generierung von Vertrauen *zwischen* „fremden“ Mitbürgern fragt (vgl. Offe 1999, 2005; Eisenstadt 2001, Schmalz-Bruns, Zintl 2002). Ausschlaggebend hierfür sind die Arbeiten zum Sozialen Kapital von Robert Putnam (1993, 1995) und Analysen der amerikanischen sozialphilosophischen Strömung des Kommunitarismus (Etzioni 1995; Bellah u.a. 1987; Honneth 1993; Barber 1983, 1994). Die Wiederentdeckung des Vertrauens als soziomoralische Ressource kollektiven Handelns ruft aber auch Skeptiker auf den Plan, die für den Fall Deutschland vor einer ideologischen Bemäntelung eines vermeintlich ökonomisch erzwungenen Abbaus des Sozialstaats und sozialstaatlicher Leistungen im Namen des engagierten Aufbaus von Vertrauens warnen (vgl. dazu Mayer 2001, Braun 2002).

Die Debatten um politisches Vertrauen verweisen indirekt auf gesellschaftliche Wandlungsprozesse und neue Arrangements in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Zentral ist die Frage nach der *Krisenbeständigkeit* von demokratischen Systemen. Politisches Vertrauen erscheint erneut als eine unverzichtbare Größe für die Stabilität und Performanz demokratischer Politik. Die Klärung der notwendigen Rahmenbedingungen von politischen Vertrauen steht damit ebenfalls zur Debatte: Neben dem politischen Sozialisationsprozess als wichtiger Prädiktor für politisches Vertrauen, werden zunehmend auch normative Werte als Einflussfaktoren berücksichtigt. Danach müssen Fairness, soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Partizipationsmöglichkeiten im politischen Spiel realisiert sein, um politisches Vertrauen bei den Bürgern zu generieren (Züchner 2002, Offe 1998, 2001, Hartmann 1999). In diesem Zusammenhang ist die Bedeutung von städtischer Segregation und der Einfluss von sozial unterschiedlichen Großstadtquartieren als Rahmenbedingungen für die Generierung von politischem Vertrauen eine bisher nicht bearbeitete Forschungsfrage.

Politisches Vertrauen wird ferner vor dem Hintergrund der Demokratisierung der postkommunistischen Staaten in der Politikwissenschaft diskutiert. Umfragen belegten in der Vergangenheit ein ausgeprägtes Misstrauen in die noch jungen demokratischen Institutionen und führten zu der Einschätzung (die unter ähnlichen Umständen schon von Almond/Verba angestellt wurde), dass der schnelle Aufbau demokratischer Einrichtungen ohne ein kulturell gewachsenes Netz demokratischer Einstellungen in seiner Wirkung äußerlich bleibt und die Stabilität der Demokratie gefährde (Sztompka 1995; Jacobs 2004; vgl. auch Almond/Verba 1989). Für den Fall Deutschland drängt sich die Frage nach den kognitiven und emotionalen Voraussetzungen einer gemeinsamen politischen Kultur seit der Wiedervereinigung auf. Empirische Arbeiten in diesem Feld untersuchen den Erfolg des Institutionentransfers von West- nach Ostdeutschland mittels des Institutionenvertrauens (Gabriel 1993, 1999; Gabriel/Zmerli 2006; Fuchs 1989; Krüger 1995; Walz 1997).

Da die politische Kulturforschung zum Vertrauen primär auf der nationalstaatlichen Ebene angesiedelt ist, ist die kommunalpolitische Ebene bisher eher marginal untersucht worden. Stadtsoziologen warnen zunehmend vor dem Auseinanderbrechen der Großstädte auf Grund sozialer Spaltungstendenzen in immer ärmere und immer reichere Wohnquartiere. Wie entwickelt sich politisches Vertrauen in deutschen Großstädten in Zeiten politischer und sozialer Wandlungsprozesse? In wieweit beeinflusst die Wohnhaft in einem privilegierten und

benachteiligten Quartier das politische Institutionenvertrauen? Inwiefern wird Demokratie auf der kommunalen Ebene auch von Bewohnern benachteiligter Quartiere unterstützt? Bewahrheiten sich die sozialräumlichen Spaltungstendenzen auch für das politische Vertrauen in den Großstädten Deutschlands? Die Forschergruppe um Eike Hennig (1999: 17-81, vgl. auch Völker 1999: 91-121 und Homburg 1999: 143-189) postulierte starke Vertrauensverluste gegenüber der Kommunalpolitik entlang städtisch-sozialer Segregationslinien, vornehmlich in ehemaligen Arbeiterwohnvierteln mit hohen Nichtwähleranteilen, die sie als Gefahr der politischen Repräsentation benachteiligter Stadtteile interpretieren. In wieweit sich diese Erwartung tatsächlich realisiert, ist eine empirische Frage, die im Folgenden geklärt werden soll.

4.2 Theoretische Ansätze zum politischen Vertrauen

4.2.1 Vertrauen als politische Unterstützung (Almond/Verba, David Easton)

Der in der Politikwissenschaft gewählte theoretische Rahmen für empirische Untersuchungen zum politischen Vertrauen steht in der Tradition der politischen Kulturforschung nach Almond und Verba und David Easton. Darauf soll im Folgenden näher eingegangen werden.

Kern der Forschungen zur politischen Kultur ist die Behauptung, dass subjektive politische Orientierungen einen wesentlichen Einfluss auf Gestalt und Funktion des jeweiligen politischen Systems ausüben. Die Gründungsväter dieser Forschungsrichtung, Almond und Verba, behaupten, dass demokratische politische Systeme nur funktionstüchtig und stabil sind, wenn die formalen Strukturen und Institutionen in einen entsprechenden Einstellungs- und Vertrauenshintergrund eingelagert sind. Die Autoren stellten damit aus einer empirisch vergleichenden politikwissenschaftlichen Perspektive die Frage nach den Bedingungen der Demokratie.

Im Anschluss an Almond und Verba entwickelte David Easton das Konzept der *politischen Unterstützung*. Seiner Ansicht nach besteht die zentrale Aufgabe des politischen Systems darin, gesellschaftliche Forderungen in bindende Entscheidungen umzuwandeln. Easton setzt dafür ein gewisses Maß an Unterstützung seitens der Bürger voraus, „an attitude by which a person orients himself to an object either favorably or unfavorably, positively or negatively“ (ders.

1975: 436). Easton sieht verschiedene Objekte, die der Unterstützung bedürfen: die *politische Gemeinschaft* insgesamt, die *politische Ordnung* (Normen, Werte, Institutionen) und - last not least - die *politischen Herrschaftsträger* selbst. Unterstützung wird zunächst *spezifisch*, als direkte Belohnung der Leistungen von Autoritäten gewährt. Das allein genügt jedoch nicht, um ein demokratisches System auch in Krisenzeiten stabil zu halten. Dazu bedarf es zusätzlich der *diffusen Unterstützung* „a kind of support that a system does not have to buy with more or less direct benefits for the obligations and responsibilities the member incurs“ (Easton 1965: 273). Eastons Unterscheidung zwischen spezifischer und diffuser Unterstützung ermöglicht die analytische Trennung eines auf längere Zeit hin gewährleisteten Kredits gegenüber dem demokratischen System und dessen Institutionen von einer augenblicksabhängigen Unterstützung einzelner Vertreter und deren Entscheidungen;¹¹ sie wurde wegweisend für die empirische Forschung zum politischen Vertrauen (vgl. Walz 1996, Krüger 1995, Fuchs 1989, Gabriel 1999; Gabriel/Zmerli 2006).

Nach Auffassung einiger Autoren (Gabriel 1999; Offe 2005; Westle 1998) ist dem diffusen Vertrauen nach Easton ein Korrektiv qua der demokratischen Institutionen und der ihnen eingeschriebenen Mechanismen und Sanktionen vorgeschaltet. Nach Offe können „Institutionen der liberalen Demokratie – die mediale Öffentlichkeit, die periodischen Wahlen, die Parteienkonkurrenz, die Regierungsverantwortlichkeit, die Unabhängigkeit der Gerichte“ als „Vorkehrungen eines institutionalisierten Misstrauens gelesen werden“ (Offe 2005: 236). Eine solche Vorkehrung stellt auch für Westle (1989: 224) der „in Demokratien vorgesehene Mechanismus des Regierungswechsels durch Wahlen“ dar. Politische Unzufriedenheit mit den jeweils amtierenden Herrschaftsträgern kann zum Ausdruck gebracht und so „ein Übergreifen negativer Bewertungen auf das System“ vermieden werden (Westle 1989: 224). Als eine weitere Maßnahme zur Vorbeugung von Misstrauen kann das Aufdecken politischer Skandale durch die mediale Öffentlichkeit gesehen werden. Zunächst wird das politische Vertrauen durch den Skandal zwar erschüttert, zugleich jedoch Vertrauen in die Verfahren demokratischer Demokratien wieder aufgebaut (Markovits/Silverstein 1989: 164f.), da die mediale Skandalisierung zur institutionellen Bewältigung und zu Korrekturen zwingt.

¹¹ Die diffuse Unterstützung entspricht nach Westle (1989: 224) „de(m) in Demokratien institutionell vorgesehene(n) Mechanismus des Regierungswechsels durch Wahlen als möglicher Ausdruck politischer Unzufriedenheit mit den

Von einem fundamentalen (diffusen) Misstrauen, das eine Gefahr für die Demokratie darstellen könnte, wäre nach Gabriel demnach erst dann zu sprechen, „wenn die Öffentlichkeit sämtlicher Einrichtungen des politischen Lebens dauerhaft misstraut und diese Einstellung auf die politische Ordnung projiziert“ oder anders gesagt: „Eine Gesellschaft befindet sich dann im Zustand der Desintegration, wenn keine ihrer politischen Institutionen in der Öffentlichkeit Vertrauen findet oder wenn soziale Konflikte die Bevölkerung dauerhaft in vertrauensvolle und misstrauische Segmente spalten“ (Gabriel 1999: 207). Nur wenn allen Institutionen auf Dauer misstraut werden, tritt nach Gabriel eine kritische Situation des demokratischen Selbstverständnisses einer Gesellschaft ein. Selbst Unterschiede zwischen größerem oder geringerem Vertrauen gegenüber Institutionen sieht Gabriel als „Scheinproblem“. Er konstatiert: „Die Erwartung, dass alle Bevölkerungsgruppen allen Institutionen zu jeder Zeit das gleiche Maß an Vertrauen entgegenbringen, ist unrealistisch. Vielmehr sprechen intertemporale, gruppen- und objektspezifische Unterschiede im Institutionenvertrauen den Funktionsprinzipien pluralistischer Demokratien“ (Gabriel 1999: 207). Das heißt, dass Institutionen, die im politischen Tagesgeschäft und damit in kontroverse Meinungsverschiedenheiten involviert sind, eher misstraut wird. „Da zu nahezu jeder politischen Entscheidung mehrere Alternativen existieren, die jeweils Befürworter und Gegner finden, dürfte das Vertrauen zu parteienstaatlichen Institutionen schwächer ausgeprägt und instabiler sein als das zu Einrichtungen, die mit der Ausführung bereits getroffener Entscheidungen befasst sind. (z.B. Verwaltung, Polizei) oder deren Aufgabe darin besteht, die Einhaltung allgemein akzeptierter Spielregeln sicher zu stellen bzw. Streitfälle zu schlichten (Gerichte, Polizei)“ (ders. 1999: 206).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das politische Vertrauen in der empirischen Forschung in Anlehnung an die politische Kulturforschung nach Almond und Verba und an das Konzept von David Easton als diffuses Vertrauen bzw. Institutionenvertrauen operationalisiert wird. Den demokratischen Institutionen wird ein Mechanismus zugeschrieben, der fundamentales Misstrauen vorbeugt bzw. auffängt, so dass ein demokratisches politisches System erst dann in Gefahr scheint, wenn das politische Misstrauen sich auf alle Institutionen gleich stark verteilt. Unterschiede im politischen Vertrauen nach sozialen Gruppen müssen

jeweils amtierenden Herrschaftsträgern, der ein Übergreifen negativer Bewertungen auf das System vermeiden soll.“

daher nicht zwangsweise eine Gefahr für die politische Repräsentation und die demokratische Verfasstheit bedeuten. Die Begriffe politisches Vertrauen und Institutionenvertrauen werden im weiteren Verlauf synonym verwendet.

Direktes politisches Vertrauen, das in erster Linie mit den konkreten Leistungen der Politiker und dem Umsetzen des Bürgerwillens verknüpft ist, wird unter dem Begriff der Responsivitätswahrnehmung gefasst und in Kapitel 5 untersucht.

4.2.2 Kontexte des politischen Vertrauens

Im letzten Abschnitt wurde politisches Vertrauen in der Tradition der politischen Kulturforschung als Institutionenvertrauen bestimmt. In diesem Kapitel sollen verschiedene Kontexte des lokalpolitischen Vertrauens näher untersucht werden. Neben der klassischen Erklärung für die Entstehung von politischem Vertrauen durch Sozialisationsprozesse wird der Begriff der Erfahrung von Demokratie eingeführt und auf institutionelle Voraussetzungen wie Fairness und soziale Gerechtigkeit hingewiesen. Am Ende des Kapitels wird das Verhältnis von Stadt und politischem Vertrauen beleuchtet.

- Politische Sozialisation als Erklärungsfaktor politischen Vertrauens -

Für Almond und Verba (1989) sind die Familie, die Schule und der Arbeitsplatz zentrale Sozialisationsinstanzen für politische Orientierungen. Angelehnt an den psychoanalytischen Ansatz nahmen sie eine generalisierende Wirkung eines autoritären Erziehungsstils an. In ihrer Studie wurde deutlich, dass diejenigen, die sich bzw. in der Familie nicht offen artikulieren und beschweren durften, es auch nicht in der politischen Welt taten und eher geringere politische Kompetenz zeigten. Die Sozialisation in einem Umfeld autoritärer Erziehung war für Almond und Verba ein Ansatz, mit dem sie erklären konnten, warum es trotz eines formalen Aufbaus von demokratischen Regeln auf der Ebene der Einstellungen zum Niedergang der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Herrschaft kam.

Die politische Sozialisation gehört nach wie vor zu den Standarderklärungsfaktoren von politischen Einstellungen und Vertrauen, da sie nach Hoffmann/Boehnke (2004: 168) den „wechselseitigen Anpassungsprozess von Personen mit ihrer Umwelt im Umgang mit Herrschaft“ garantiert. Die klassischen Instanzen der Familie, der Schule und des Arbeitsplatzes wurden jedoch um die Peergruppe, die Medien, das Klassenbewusstsein und in der Schule um

die Schulstruktur und den Politikunterricht erweitert (Hoffmann/Boehnke 2004; Boehnke/Rupf/Fuß 2001; für einen Überblick über die politische Sozialisation in der Adoleszenz in den 1990er Jahren siehe Reinders 2003).

- Vertrauen als demokratische Erfahrung -

Almond und Verba machten mit ihrem Verständnis von politischer Sozialisation bereits deutlich, dass bestimmte Erfahrungen, Werte und Einstellungen über die Generationen weiter gegeben werden. Nach Hartmann müssen wir davon ausgehen, „dass wir das Vermögen, anderen auf anspruchsvolle Weise zu vertrauen, in symbolisch strukturierten Erfahrungszusammenhängen erwerben, in denen insbesondere unser Status als Mitglied eines sozialen Gemeinwesens verhandelt wird“ (Hartmann 2002: 93). In seinem Aufsatz „Vertrauen als demokratische Erfahrung“ (2002) wählt Hartmann bewusst den Begriff der *Erfahrung*, „da er von Anfang an offen ist für eine Reihe von Aspekten, die von den stärker kognitivistisch orientierten Bestimmungen der Vertrauens übersehen werden“. Hartmann richtet sich gegen einen reduzierten Vertrauensbegriff und eröffnet einen Horizont, der es erlaubt, die konkrete Lebenswelt sozialer Gruppen und gesellschaftliche Anerkennungs- und Klassifikationsprozesse mitzubetrachten. Die Verknüpfung von Erfahrung und Wirklichkeitsdefinition einerseits und von Erfahrung und politischer Haltung andererseits stellt das folgende Zitat heraus:

„Wer Erfahrungen macht, gewinnt mehr als eine Einsicht oder eine Erkenntnis, der gewinnt das, was man als praktischen Zugang zur Wirklichkeit des bereits Gewussten oder des durch die Erfahrung neu Gewussten nennen kann. Erfahrungen verbürgen insofern Realität; da sie allerdings punktuell auftreten, können sie sich erst in handlungswirksame Dispositionen verwandeln, wenn sie im Subjekt in Form habitueller Wahrnehmungs- und Handlungsmuster verstetigt werden können. [...] Damit soll nur gesagt sein, dass das, was der Erfahrung zugänglich wird, als relevant oder verbindlich empfunden wird; nur deswegen entsteht die Bereitschaft, der Wille oder die Notwendigkeit, das Erschlossene in Form einer Haltung oder Disposition zu verstetigen“ (Hartmann 2002: 93).

Der Anschaulichkeit halber verwendet Hartman ein extremes Beispiel von Erfahrung, das die Relevanz der Erfahrung als Analysekategorie politischen Vertrauens radikal unterstreicht: „Carl Améry sagt von der Folter: „Mit dem ersten Schlag der Polizeifaust ... gegen den es keine Wehr

geben kann und den keine helfende Hand parieren wird, endigt ein Teil unseres Lebens und ist niemals wieder zu erwecken.“ Erfahrung strukturiert soziale Wirklichkeit und im übertragenen Sinne auch die Wahrnehmung politischer Wirklichkeit. Diese Erfahrung ist nach Hartmann auch an die gesellschaftliche Wertschätzung und die Anerkennungsproblematik zurückgebunden. Danach spielt es sehr wohl eine Rolle, ob Gesellschaftsmitglieder das „dauerhafte Gefühl erhalten, einen wertvollen Beitrag zum Insgesamt der sozialen Kooperationsprozesse zu leisten“ oder nicht (Hartmann 2002: 93f.).

Für den Kontext dieser Arbeit kann man sich vorstellen, dass Bewohner benachteiligter Stadtteile andere Erfahrungen machen, anders gesellschaftlich wert geschätzt werden und folglich anders über die Politik urteilen als Bewohnerinnen und Bewohner privilegierter Quartiere. Neben dem politischen Vertrauen ist die Responsivitätswahrnehmung, also die Überzeugung, dass sich Politiker in ihren Entscheidungen an dem Willen der Wähler und Bürger orientieren, ein geeignetes Messinstrument, um die von Hartman beschriebenen demokratischen Erfahrungen zu erfassen.

- Fairness und soziale Gerechtigkeit als institutionelle Voraussetzung politischen Vertrauens -

Vom Begriff der *Erfahrung* lässt sich die Brücke zu einer neueren Debatte schlagen, die sich mit den institutionellen Entstehungsbedingungen von Vertrauen beschäftigt, in der normative Forderungen an Institutionen in den Vordergrund gestellt werden und politisches Misstrauen eher auf Fehlleistungen von Institutionen zurückgeführt wird als auf die Politikverdrossenheit der Bürger. Danach wird behauptet, dass das Institutionenvertrauen von der *erfahrbaren* Umsetzung von Gerechtigkeit und Fairness der Institutionen abhängt (Züchner 2002: 163).

Dieser Auffassung zu folge, kann institutionelles Vertrauen „erst dann entstehen, wenn Institutionen sowohl formalen Ansprüchen der Gerechtigkeit genügen (insbesondere nicht willkürlich verfahren und nicht korrupt sind) wie auch soziale Gerechtigkeitsforderungen umsetzen“ (Züchner 2002: 157). Begründet wird der Anspruch mit der Auffassung moderner Gesellschaften als komplexe Kooperationsverhältnisse. Züchner argumentiert: „In dem Maße, in dem die moderne Gesellschaft als ein funktionsteilig organisiertes Unternehmen sozialer Zusammenarbeit erscheint, dessen institutionelle Verfassung die Teilhabe seiner Mitglieder an den sozialen Gütern und Lasten bestimmt, ist es nur folgerichtig, die Standards distributiver

Gerechtigkeit auf die soziale Ordnung der ganzen Gesellschaft zur Anwendung zu bringen“ (Koller 1994a: 145, zitiert nach Züchner 2002: 158).

Auch in den Überlegungen Offes (1996: 74f., 2001) bildet Gerechtigkeit eine wesentliche Voraussetzung für die Erzeugung von institutionellem Vertrauen: Fairness, Unparteilichkeit und Neutralität sind zentrale Voraussetzungen, damit die Bürger politischen Institutionen überhaupt Vertrauen entgegen bringen können. Zusätzlich schreibt Offe den Institutionen eine vertrauensstiftende Funktion durch deren Bestreben zu, ungerechte Unterschiede zu kompensieren und auf diese Weise Umverteilungen vorzunehmen. Institutionen erscheinen nach dieser Auffassung erst dann als demokratisch und verdienen erst dann Vertrauen, wenn sie über die formalen demokratischen Kriterien hinaus soziale Gerechtigkeit und Fairness anstreben und umsetzen¹².

- Städtischer Sozialraum und politisches Vertrauen -

Während sich aus stadtsoziologischer Sicht bei der Untersuchung des politischen Vertrauens sofort die Frage nach dem Einfluss der städtischen Sozialstruktur aufdrängt, ist der Politikwissenschaft das Bemühen um sozialräumliche Faktoren bisher eher fremd geblieben und wurde erst mit der zunehmenden Wahlenthaltung in vornehmlich benachteiligten Stadträumen zum Thema.

Der theoretische Beitrag von Eidmann (1999) zum politischen Vertrauen widmet sich dem Zusammenhang von wiederholter Nichtwahl und politischem Misstrauen in der Kommunalpolitik. Nach seiner Auffassung soll politisches Vertrauen „auf der Grundlage eines erweiterten theoretischen Ansatzes des rationalen Verhaltens weder nur als Ergebnis eines Sozialisationsprozesses noch ausschließlich als Resultat rationaler Entscheidungsprozesse zwischen verschiedenen Parteialternativen verstanden werden, sondern als ein von soziologischen und ökonomischen Rahmenbedingungen (z.B. soziales Milieu, Wertstandards, Subkultur, Grenznutzung von Ressourcen wie Geld etc.) begrenzter und gesteuerter Prozess des Wahrnehmens, Einschätzens von politischen Vertrauenssituationen“ (ders. 1999: 93). Dabei

¹² Das Pendant dieser Argumentation bilden die Konzepte Solidarität und soziales Vertrauen, die in den entsprechenden Kapiteln ausführlicher behandelt werden.

bildet der „Sozialraum“ nach Eidmann „den Rahmen (Frame) der Bewertungen und Vertrauensmöglichkeiten“ (ders. 1999: 95).

Eingebettet in eine, um kulturelle Elemente erweiterte Rational-Choice-Theorie nach Lindenberg und Esser, entwickelt sich politisches Misstrauen „von einem kalkulierten „Ausprobieren“ (Evaluation) verschiedener Parteialternativen über die Summe der „enttäuschten Versuche“ zu einer konsistenten Misstrauensroutine („Habits“) [...]. Dabei bewertet der Akteur die Lösungsfähigkeit des politischen Treuhänders (Partei) im Kontext seines Problems, der subjektiv empfundenen Benachteiligung gegenüber anderen (Relative Deprivation). Dieser Vorgang wiederum ist eingebettet in die Interpretationen des milieuspezifischen Sozialraums des Akteurs (Stadtteil, Viertel)“ (ders. 1999: 95).

Diese Argumentation erweist sich in einem Punkt als hilfreich: der Sozialraum, genauer gesagt, der Stadtteil wird als eigenständige Einflussgröße politischen Vertrauens angenommen. Dieser stellt den Kontext („Rahmen“) aller Interpretations- und Evaluationsmöglichkeiten dar, der von Milieu zu Milieu variiert und zu unterschiedlichen Wahrnehmungen und politischen Evaluationen führt. Letztlich überwiegt jedoch in dem Vorschlag Eidmanns der Rational-Choice-Ansatz. Der Stadtbürger erscheint als kulturell gerahmter (geframter) „homo oeconomicus“ und das politische System als ein, dem Bürger scheinbar gleichwertiger einzelner Akteur (Treuhänder).

Zusammenfassend können in der theoretischen Diskussion um politisches Vertrauen verschiedene Kontextfaktoren ausgemacht werden: die politische Sozialisation, die Erfahrung mit Demokratie, die Wahrnehmung von Fairness und sozialer Gerechtigkeit als institutionelle Voraussetzungen und die städtische Sozialstruktur. Alle genannten Kontextfaktoren sind für die Untersuchung des politischen Vertrauens (und der Responsivitätswahrnehmung) in sozial unterschiedlichen Stadtteilen relevant. Es ist vorstellbar, dass der Stadtteil selbst eine Instanz politischer Sozialisation vor dem Hintergrund der dort gemachten Erfahrungen und der Wahrnehmungen institutioneller Prozesse ist. Der Stadtteil kann als Rahmen (frame) bereits vorhandener und habitueller Einstellungen und Orientierungen gedacht werden.

4.3 Bisherige empirische Befunde zum lokalen Institutionenvertrauen

Speziell für das politische Vertrauen auf der lokalen Ebene liegen nur wenige Studien vor. Ein geradezu düsteres Szenario zeichnet die Forschergruppe um Eike Hennig (1999: 17-81, vgl. auch Völker 1999: 91-121 und Homburg 1999: 143-189). So seien starke Vertrauensverluste

gegenüber der Kommunalpolitik „entlang städtisch-sozialer Segregationslinien und entlang der politischen Fragmentierung zwischen Partizipation und Apathie“ zu beobachten (Hennig 1999: 56). Am stärksten betroffen sind „alte Arbeiterquartiere“, so genannte SPD-Hochburgen, in denen die Unzufriedenheit mit der SPD zum Bruch mit politischen Parteien und zum steigenden Anteil von Nichtwählern führe, den Hennig als Indikator eines zunehmenden politischen Misstrauens interpretiert (Hennig 1999: 57). Daraus folge nicht nur die Gefahr einer „schrumpfenden parlamentarisch-demokratischen Legitimation“ sondern die Befürchtung, „dass die Repräsentation“ auf Grund politischer Apathie „von der Gesamtstadt abgezogen und an einzelne Stadtteile sowie in die Region bzw. an Individuen, Gruppen, Milieus delegiert wird“ (1999: 34). Die niedrige Wahlbeteiligung in benachteiligten Stadtgebieten stellt nach Hennig daher politisches Misstrauen gegenüber der lokalen Politik dar. Misstrauen stellen auch Anhut und Heitmeyer (2000: 495) in ihrer Wohnbevölkerungsbefragung in der Stadt Duisburg fest. Bei den Bürgern habe sich der Eindruck verfestigt, mit ihren Problemen von der Politik alleine gelassen zu werden.

Zu einem anderen Ergebnis kommen Aleman u.a. (2004: 81-84), die in vier benachteiligten Stadtgebieten (Düsseldorf – Oberbilk/Flingern-Süd; Duisburg – Marxloh; Dortmund – Scharnhorst – Ost; Ahlen – Süd/Ost) die politische Kultur im Rahmen des dort ansässigen Landesprogrammes „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ untersuchten. Erfragt wurde bei insgesamt 2322 wahlberechtigten Bürgern und Bürgerinnen unter anderem das Vertrauen in staatliche und nichtstaatliche Institutionen auf nationaler und lokaler Ebene (Bürgermeister, Stadtverwaltung, Katholische Kirche, Evangelische Kirche, Justiz, Bundesregierung, Gewerkschaften, Polizei, Arbeitgeberverbände). Die Ergebnisse widersprechen den amerikanischen Erfahrungen über innerstädtische Problemgebiete und der Interpretation Hennigs (1999): In allen vier Gebieten erreichen die staatlichen Institutionen (unabhängig davon, ob auf lokaler oder nationaler Ebene) hohe Vertrauenswerte: über 50% der Befragten bringen dem Bürgermeister, der Stadtverwaltung der Justiz, der Bundesregierung sehr großes, großes und mittleres Vertrauen entgegen, sogar 79-86% Vertrauen fällt auf die Polizei. Die nichtstaatlichen Organisationen werden etwas kritischer eingeschätzt. Im Vergleich mit den staatlichen Institutionen wird eher schon mal der Wert 50% unterschritten. Mit diesem bemerkenswerten Befund, dem jedoch jede Relation fehlt, muss nach Aleman u.a. die These von der Abschottung innerstädtischer Problemgebiete von der Politik in Frage gestellt werden:

„Auch wenn das Ausmaß an Politikverdrossenheit etwas größer sein mag als in privilegierten Stadtteilen, von einer Ablehnung der lokalen und politischen Institutionen kann man nicht sprechen. Die geringe Wahlbeteiligung in den untersuchten Stadtvierteln kann mithin nicht als Zeichen der Herausbildung einer eigenständigen Subkultur politischer Entfremdung und Distanzierung gewertet werden“ (Aleman u.a. 2004: 84).

Die Studie von Olaf Schnur (2003) zum lokalen Sozialkapital in vier benachteiligten Stadtgebieten Berlins (Beusselkiez, Stephankiez, Lehrter Kiez, Westfälisches Viertel in Berlin Moabit), kommt zu dem ähnlichen Ergebnis, dass das Vertrauen in Behörden, Politiker und Polizei „überraschend hoch ist“. In drei der vier untersuchten Gebieten vertrauen über 50% der Befragten behördlichen Anlaufstellen. Gerade in diesen benachteiligten Quartieren „hätte man ein größeres Frustrationspotenzial gerade gegenüber Behörden vermuten können“ (Schnur 2003: 232).

Im Rahmen einer Studie über die Stadt Stuttgart (Gabriel/Brettscheider/Vetter 1997) untersuchte Angelika Vetter das politische Institutionenvertrauen auf lokaler und nationaler Ebene und kam zu dem Schluss, dass sich kaum Unterschiede im Ausmaß des Vertrauens zwischen beiden Ebenen der Politik zeigen (ders. 1997: 33). In der zwischen August und Oktober 1994 durchgeführten Bevölkerungsumfrage (N=800) überwiegt auf der kommunalen Ebene das Vertrauen, an dessen Spitze der Oberbürgermeister steht, gefolgt vom Gemeinderat und der Stadtverwaltung. Das geringste Vertrauen wird den Kommunalpolitikern und den Stuttgarter Parteien entgegengebracht. Hinsichtlich der nationalen politischen Institutionen erreichen das Bundesverfassungsgericht und die Polizei hohe Vertrauenswerte, mit großem Abstand folgen der Bundestag und schließlich die Parteien und Politiker, denen nur geringes Vertrauen ausgesprochen wird (Vetter 1997: 31ff.).

4.4 Empirische Ergebnisse

Die Abbildung 4.1 zeigt im Überblick die Häufigkeiten zum politischen Institutionenvertrauen (zur Operationalisierung vgl. Tabelle A 1; zur den Häufigkeiten vgl. Tabelle A6 im Anhang).

Abbildung 4.1: Politisches Institutionenvertrauen der Stadtbewohner nach Stadtteilen

Auf den ersten Blick fällt auf, dass sich die Eingangshypothese deutlicher Unterschiede zwischen privilegierten und benachteiligten Stadtteilen nicht zu bewahrheiten scheint. Betrachtet man den Stadtteil Leipzig Gohlis mit den höchsten Vertrauenswerten über alle Institutionen hinweg, reiht sich darunter an zweiter Stelle nicht ein anderes privilegiertes Quartier, wie zu erwarten wäre, sondern der benachteiligte Stadtteil Leipzig Osten. Gleiches gilt für den benachteiligten Stadtteil Berlin Wedding mit den niedrigsten Vertrauenswerten gegenüber allen Institutionen. In nächster Nähe befindet sich in den Vertrauenspunkten nicht etwa ein anderer benachteiligter Stadtteil, sondern der privilegierte Stadtteil Berlin Zehlendorf. Damit deuten die Häufigkeiten in erster Linie nicht auf Unterschiede zwischen den kontrastierten Quartieren, sondern auf Unterschiede zwischen den Städten hin. Die Bewohner der Stadt Leipzig vertrauen den kommunalen Institutionen am stärksten, die Bewohner der Stadt Berlin zeigen das geringste Vertrauen. Weitergehende Analysen dazu folgen später.

Die Abbildung 4.1 gibt auch Auskunft über das Vertrauen zu den einzelnen Institutionen. Danach genießt die Institution des Oberbürgermeisters das höchste Vertrauen. In Leipzig

werden dem Bürgermeister bis zu 93,7% Vertrauen ausgesprochen. Es folgen die Institutionen des Gemeinderats/Stadtrat bzw. Abgeordnetenhaus und der Stadtverwaltung. Das geringste Vertrauen wird den Stadtparteien und den Kommunalpolitikern entgegengebracht, was die Ergebnisse anderer Studien zum politischen Vertrauen – jedoch vor allem für die nationalstaatliche Ebene – bestätigt (Gabriel 1999; Vetter 1997; Krüger; 1995; Walz 1996). Offensichtlich wird, wie Gabriel (1999) sagt, den Institutionen eher misstraut, die im tagespolitischen Geschäft und damit in kontroverse Meinungsverschiedenheiten involviert sind.

Der Bezirksbeirat bzw. die Bezirksvertretung oder Bezirksverordnetenversammlung schneidet im Vertrauen unterschiedlich ab. Etwa ein Drittel der Befragten antwortete nicht auf die Frage nach dem Vertrauen zu den Bezirksvertretern. Das kann einerseits bedeuten, dass ein Teil der Bürger mit dieser Institution nichts oder nur wenig anfangen kann und sie möglicherweise gar nicht kennt. Andererseits liegen je nach Stadt unterschiedliche Bewertungen vor. Für die Bewohner von Leipzig gehört die Bezirksvertretung zu den Institutionen mit dem geringsten Vertrauen, die Bewohner von Berlin vertrauen der Bezirksverordnetenversammlung hingegen ebenso sehr wie dem Parlament.

Um genauer zu bestimmen, wie sich das politische Institutionenvertrauen über die acht Quartiere verteilt und welche unabhängigen Variablen das Vertrauen beeinflussen, wurde eine Datenreduktion mittels einer exploratorischen Faktorenanalyse gerechnet. Alle Variablen laden auf einen Faktor, der die Grundlage für die folgenden Analysen bildet (vgl. Tabelle A3 im Anhang).

Die lineare Regression in Tabelle 4.1 untersucht den Einfluss der einzelnen Quartiere auf das politische Institutionenvertrauen.

Tabelle 4.1: Lineare Regression mit dem Faktor *politisches Institutionenvertrauen* als abhängige Variable

Kovariate	Regressionskoeffizient	Rangplätze im Vergleich zur Referenzkategorie
<i>benachteiligte Quartiere</i>		
(Wedding)		(8.)
Osten	0,89**	2.
Schönau	0,62**	4.
Chorweiler	0,35**	6.
<i>privilegierte Quartiere</i>		
Zehlendorf	0,27**	7.
Gohlis	1,11**	1.
Oststadt	0,64**	3.
Hahnwald/Marienburg	0,55**	5.
Konstante = Wedding	-0,49**	
N	1664	
Adj. R ²	0,11	

5% Signifikanzniveau*, 1% Signifikanzniveau**, ns – statistisch nicht signifikant, Referenzkategorie: Wedding.

In der linken Spalte stehen die Quartiere als unabhängige Variablen. Als Referenzkategorie wurde das Gebiet Wedding ausgewählt, welches gleichzeitig die Konstante der Regression bildet. In der zweiten Spalte sind die Koeffizienten verzeichnet, die auch als Werte einer Rangfolge interpretiert werden können bei der der erste Rang das höchste Vertrauen darstellt und der letzte Rang das geringste Vertrauen. Das Modell (Adj. R²) klärt eine Varianz von 11% auf.

Es wurden folgende Ergebnisse im Vergleich zum Quartier Wedding als Referenzkategorie beobachtet: Der privilegierte Leipziger Stadtteil Gohlis und der benachteiligte Leipziger Stadtteil Osten vertrauen den kommunalpolitischen Institutionen am häufigsten und belegen den 1. und 2. Rang. Den 3. und 4. Rang belegen der privilegierte Stadtteil Mannheim Oststadt und der benachteiligte Stadtteil Mannheim Schönau. Misstrauischer äußern sich die Bewohner Kölns. Der privilegierte Kölner Stadtteil Hahnwald/Marienburg belegt den 5. Rang, der benachteiligte Kölner Stadtteil Chorweiler den 6. Rang. Die letzten beiden Ränge am untersten Rand des Vertrauens nehmen die Berliner Stadtteile Zehlendorf (privilegiert) und Wedding (benachteiligt) ein. Damit wird zweierlei deutlich: Es ergibt sich eine eindeutige Rangfolge der

Städte. Das höchste Vertrauen zeigen die Befragten in Leipzig, an zweiter Stelle die Befragten in Mannheim. An dritter Stelle stehen die Befragten in Köln. Die Befragten in Berlin zeigen das geringste Vertrauen (siehe dazu auch Abbildung 4.2).

Zweitens weisen die Ergebnisse aber auch Unterschiede zwischen den privilegierten und den benachteiligten Quartieren auf. Privilegierte Quartiere vertrauen den kommunalpolitischen Institutionen eher als benachteiligte Quartiere.

Abbildung 4.2: Politisches Institutionsvertrauen der Stadtbewohner nach Städten

Der Einfluss soziodemographischer Variablen sowie die Hypothese, dass Befragte privilegierter Quartiere höheres Institutionenvertrauen aufweisen als Befragten benachteiligter Quartiere wurde eingehender mit einer linearen Regression untersucht. Die Ergebnisse der sukzessiven linearen Regression sind in Tabelle 4.2 dargestellt. Sie zeigt die signifikanten Einflüsse verschiedener Variablen auf das politische Institutionenvertrauen. Im ersten Modell wurden die soziodemographischen Variablen, das kulturelle Kapital, das ökonomische Kapital und der berufliche Status, der Familienstatus sowie die Wohndauer integriert. Es ergaben sich folgende Ergebnisse:

Tabelle 4.2: Lineare Regressionsmodelle mit dem Faktor politisches Institutionenvertrauen als abhängige Variable

Kovariate	Referenzkategorie	Modell 1	Modell 2	Standard. Regress. Koeff.
		Regressions- koeffizient	Regressions- koeffizient	
soziodemographische Variablen				
männlich	weiblich	ns	ns	
Alter		0,007**	0,007**	
kulturelles Kapital				
Mittlere Reife, POS 10.Klasse	Hauptschulabschluss	ns	ns	
Abitur, FHR	Hauptschulabschluss	0,28**	0,29**	
ökonomisches Kapital/ beruflicher Status				
Einkommen (in 100 €)		-0,00004*	ns	ns
erwerbstätig	nicht erwerbstätig	ns	ns	
Arbeiter	Angestellte	ns	-0,22*	
Beamte	Angestellte	ns	ns	
Selbständige	Angestellte	-0,25*	-0,31*	
Familienstatus				
ledig	verheiratet	ns	ns	
geschieden/verwitwet	verheiratet	ns	ns	
Quartiers- und Stadtbezogene Variablen				
Wohndauer		ns	ns	ns
privilegierte Quartiere	benachteiligte Quartier		ns	
Berlin	Leipzig		-0,88**	
Mannheim	Leipzig		-0,33**	
Köln	Leipzig		-0,64**	
Bindung an den Stadtteil			0,41**	
Konstante		-0,33**	-0,22**	-0,22**
N		1282	1276	1276
Adj. R ²		0,03	0,18	0,18

5% Signifikanzniveau*, 1% Signifikanzniveau**, ns – statistisch nicht signifikant.

Das kulturelle Kapital übt einen Einfluss auf das Institutionenvertrauen aus. Personen mit Abitur haben gegenüber Personen mit Hauptschulabschluss ein signifikant höheres Vertrauen. Auch das Alter erweist sich als Einflussgröße. Mit zunehmendem Alter steigt das politische Vertrauen. Überraschend ist der Einfluss des Einkommens und der Selbständigkeit gegenüber Angestellten.

Selbständige hegen weniger Vertrauen als Angestellte. Nach Gabriel (2002: 497) lässt sich eine mögliche Erklärung für die Skepsis von Selbstständigen gegenüber dem politischen System darin sehen, dass staatliche Institutionen als eine „ständige latente Bedrohung individueller Freiheitsrechte“ wahrgenommen werden.

Im zweiten Modell, in dem die Stadt- und Quartiersvariablen integriert sind, werden die Stadtunterschiede nochmals bestätigt. Berlin verfügt über das geringste Institutionenvertrauen. Etwas mehr Vertrauen bringen die Kölner und noch mehr die Mannheimer den kommunalpolitischen Institutionen entgegen. Die Bewohner und Bewohnerinnen in Leipzig weisen das höchste Vertrauen auf. Die leichten Unterschiede zwischen den privilegierten und marginalisierten Quartieren (wie sie sich in der Häufigkeitsdarstellung Abbildung 4.1 und der Regression Tabelle 4.1 zeigen) ist im erweiterten Modell der Regression nicht mehr signifikant. Vermutlich geht der Effekt auf andere unabhängige Variablen (bspw. auf das kulturelle Kapital oder die Bindung an die Stadt) über und wird durch eben diese gemessen.

Dennoch ist die Bedeutung des Stadtteils auch in diesem Modell nicht zu unterschätzen, da die Stadtteilbindung eine Rolle spielt: Personen, die gern in ihrem Stadtteil leben, vertrauen den kommunalpolitischen Institutionen eher als Personen, die ungern in ihrem Stadtteil leben. Die Wahrnehmung des eigenen Quartiers und die Zufriedenheit mit dem Quartier wirkt sich auch auf das politische Institutionenvertrauen aus.

4.5 Zusammenfassung der Ergebnisse

Wider Erwartend zeigen sich starke Stadtunterschiede im lokalen politischen Vertrauen und nur geringfügige Unterschiede zwischen den privilegierten und benachteiligten Quartieren¹³. Der soziale Hintergrund und die Zugehörigkeit zu einem privilegierten oder benachteiligten Quartier spielen eine geringere Rolle als angenommen wurde. Die Hypothese bestätigte sich nicht in der erwarteten Weise.

¹³ Die lineare Regression im Modell 2 der Tabelle 4.2 zeigte, dass der Unterschied zwischen privilegierten und benachteiligten Quartieren keinen signifikanten Einfluss auf das politische Vertrauen hat.

Bei den niedrigen Vertrauenswerten in Köln und Berlin müssen die politischen Skandale¹⁴ der letzten Jahre als Erklärung in Betracht gezogen werden, die offenbar von privilegierten wie benachteiligten Bewohnern und Bewohnerinnen gleichermaßen verurteilt werden. Das politische Institutionenvertrauen fällt entsprechend gering aus.

Für die hohen Vertrauenswerte in Leipzig kann die starke und positive Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit dem damaligen Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee als Erklärung herangezogen werden¹⁵.

Die starken Stadtunterschiede, die sich in keiner anderen Untersuchungsdimension in diesem Ausmaß wiederfinden, sprechen dafür, dass politische Einstellungen nicht allein aus soziodemographischen Merkmalen der befragten Personen erklärt werden können. Möglicherweise werden von den Befragten ein Grundgefühl und eine Stimmungslage zum Ausdruck gebracht, die mit der medienwirksamen Vermittlung von wirtschaftlichen Erfolgen (wie im Fall Leipzig) oder politischen Skandalen (wie im Fall Köln und Berlin) verknüpft sind.

Andererseits darf die Bedeutung des Stadtteils und die soziale Lage nicht unterschätzt werden. Auch hinsichtlich des politischen Vertrauens werden subjektive Erfahrungen generalisiert. Wenn der Stadtteil negativ erlebt und wahrgenommen wird und die Bewohner nicht gern in ihrem Stadtteil leben, vertrauen sie der Kommunalpolitik signifikant in geringerem Maße als Bewohner, die sich mit ihrem Stadtteil positiv identifizieren. Dass soziale Ressourcen auch eine

¹⁴ Für das geringe politische Vertrauen in Köln werden der sprichwörtliche ‚Kölner Klüngel‘ und die lokalen Parteispendenaffären von SPD und CDU als Erklärungen herangezogen, ohne einen Gesamtüberblick über den Verlauf des Geschehens oder der Verstrickungen diverser Personen insgesamt geben zu können. Vgl. hierzu grundsätzlich Rügemer 2002 (insbesondere S.: 11-29) sowie die außerordentlich lesenswerte Chronik der Kölner Parteispendenaffäre in Zusammenhang mit dem Bau der Müllverbrennungsanlage der beiden Lokal-Journalisten Berger/Spicker (2003). In Berlin dürften der ‚Bankenskandal‘ und die Spendenaffäre der CDU im Jahr 2001 für die geringen Vertrauenswerte verantwortlich sein. Spekulative Immobiliengeschäfte der 1994 als Aktiengesellschaft gegründeten ‚BankGesellschaft Berlin‘ (BGB), mit deren Gewinn die Haushaltslöcher der Stadt gestopft und Berlin zur Finanzmetropole ausgebaut werden sollten, hinterlassen nach Aufdeckung der realen Verluste und personeller Verstrickungen einen Schuldenberg von 20 bis 30 Mrd. Euro (vgl. dazu Jahn/Opalka 2004, Rose 2004, 2003).

¹⁵ Wolfgang Tiefensee war von 1998 bis 2005 Oberbürgermeister der Stadt Leipzig. Für die gelungene Neuansiedlung mehrerer Großunternehmen, darunter BMW und DHL sowie die Olympia-Bewerbung der Messestadt erhielt Tiefensee vielfach hohe Anerkennung, die sich in dem Vertrauen der Bewohner von Leipzig widerspiegelt (vgl. Heinker 2005).

Rolle spielen, zeigt vor allem der Einfluss der Bildungsvariablen auf das politische Vertrauen (in Tabelle 4.2). Personen mit einem Hauptschulabschluss stehen der Kommunalpolitik signifikant misstrauischer gegenüber als Personen mit Abitur. Denkbar wäre, dass Personen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen Politiker als ;die da oben‘ erleben und sich diese gefühlte Distanz zur Politik in den niedrigeren Vertrauenswerten widerspiegelt (vgl. Bourdieu 1987: 623).

5 Responsivitätswahrnehmung

5.1 Problemaufriss

In diesem Kapitel geht es um die Frage, in wie weit Bewohner und Bewohnerinnen ihren Stadtteil von der Kommunalpolitik als repräsentiert ansehen oder nicht. In der politischen Kultur- und Demokratieforschung wird diese Frage mit dem Begriff der Responsivitätswahrnehmung bzw. der Externalen Effizienz gefasst. Unter dem Begriff der Responsivität wird die weitgehende Übereinstimmung der politischen Entscheidungen mit den Wünschen und Interessen der Wähler verstanden (vgl. Pennock 1952, Eulau/Wahlke 1959, Pitkin 1967, Walter 1997a, Brettschneider 1997) und gehört, wie der amerikanische Politikwissenschaftler Dahl schreibt, zu den Kernmerkmalen einer Demokratie: "I assume that a key characteristic of a democracy is the continuing responsiveness of the government to the preferences of its citizen, considered as political equals" Dahl (1971:1). Geht es bei der Responsivität um „the government in accordance with the people's preferences“ (Lijphart 1984:1), fragt die Responsivitätswahrnehmung nach der Einschätzung der Bürger und Bürgerinnen, ob und inwieweit die Politik auf ihre Wünsche und Interessen eingeht.

Ähnlich wie das politische Vertrauen signalisiert eine positive Responsivitätswahrnehmung, also die Einschätzung, die Politik repräsentiere die Wünsche und Interessen der Bürger, eine Unterstützung des politischen Systems (Easton 1975). Die Responsivitätswahrnehmung steht dem politischen Vertrauen inhaltlich nah (Vetter 2002: 116), so dass auch hier der verstetigte Verlust von wahrgenommener Responsivität zu einer Gefährdung der politischen Stabilität führen kann, d.h. wenn selbst Regierungswechsel nach demokratischen Wahlen zu keiner positiveren Responsivitätswahrnehmung führen (Dalton 1996: 216ff., Lijphart 1984).

5.2 Theoretische Ansätze zur Responsivitätswahrnehmung

In dieser Arbeit werden das politische Institutionenvertrauen und die Responsivitätswahrnehmung theoretisch als die zwei Ausprägungen der politischen Unterstützung gefasst. Wird unter dem politischen Vertrauen eine *generelle bzw. diffuse* Unterstützungsleistung gegenüber den politischen Institutionen und Entscheidungsprozessen verstanden, wird die Responsivitätswahrnehmung als *spezifische* Unterstützungsleistung gegenüber der Kommunalpolitik gewertet. Insofern gelten die theoretischen Überlegungen zum

politischen Institutionenvertrauen auch für die Responsivitätswahrnehmung, die an dieser Stelle nicht noch einmal aufgegriffen werden (siehe Kapitel 4.2.).

Das Konzept der Responsivitätswahrnehmung bzw. der externalen Effektivität geht auf eine Untersuchung von Campbell, Gurin und Miller Anfang der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts zurück, die die Absicht verfolgten, die Ursachen für die Bereitschaft, sich an Wahlen zu beteiligen, aufzudecken (vgl. Vetter 2002: 116). Sie identifizierten die „political efficacy“ als eine psychologische Komponente, die die Wahlbeteiligung von Bürgern beeinflusst: „Sense of political efficacy may be defined as the feeling that individual political action does have, or can have, an impact upon the political process, i.e., that it is worthwhile to perform one’s civic duties. It is the feeling that political and social change is possible, and that the individual citizen can play a part in bringing about this change“ (Campbell/Gurin/Miller 1954: 187). Weitere Untersuchungen führten zur Differenzierung der „political efficacy“ (politische Effektivität) in zwei unterschiedliche Dimensionen: internal und external efficacy. Die „internal efficacy“ bezieht sich in der heutigen Forschung „auf die wahrgenommenen eigenen Fähigkeiten, politischen Einfluss ausüben zu können und stellt einen Aspekt der demokratischen Persönlichkeit dar“ (Vetter 2002: 116). Die external efficacy (externale Effektivität) steht „für den wahrgenommenen Grad an Responsivität von Seiten des politischen Systems, d.h. seine Offenheit für die Anliegen der Bürger“ (Vetter 2002: 116). Im Folgenden werden Responsivitätswahrnehmung und externale Effektivität daher synonym verwendet.

Im lokalpolitischen Kontext geht es um die Frage, inwieweit kommunalpolitische Entscheidungen auf die Akzeptanz der Bürger treffen bzw. in welchem Ausmaß die Bürgerinnen und Bürger ihre Interessen in der aktuellen Kommunalpolitik vertreten sehen. Da der Fokus der Arbeit auf unterschiedlichen Stadtteilen liegt, wird nach dem Grad der wahrgenommenen Responsivität für *stadtteilbezogene* Interessen gefragt.

5.3 Bisherige empirische Befunde zur lokalen Responsivitätswahrnehmung

Für die lokale Ebene liegen kaum Ergebnisse zur Responsivitätswahrnehmung vor. Für die Bundesrepublik zeigen sich Schwankungen mit der Tendenz zu einem eher schwach entwickelten Gefühl der Responsivität seit der Wiedervereinigung. So nahm Gabriel (1996: 266f.) in den alten Bundesländern in den Jahren 1991, 1995, 1996 ein geringes

Responsivitätsgefühl wahr. Maximal 30 Prozent der Befragten in den alten Bundesländern und maximal 27 Prozent in den neuen Ländern billigten den Politikern zu, sich um die Wünsche der Bevölkerung zu kümmern. Die Schwankungen werden in neueren Studien mit Wahlterminen in Verbindung gebracht. So ist eine größere Übereinstimmung zwischen Politikern, Parteien und Bürgern mit dem Näherrücken des Wahltermins festzustellen (Vetter 2000, Brettschneider 1996).

Arbeiten zur Kommunalpolitik beziehen sich im Wesentlichen auf die Responsivität der Kommunalpolitiker im Umgang mit politischen Themen und Bedürfnissen der Bevölkerung. Nach Brettschneider (1997: 273) stimmen die Präferenzen der Stuttgarter Ratsmitglieder mit Bevölkerungspräferenzen „außergewöhnlich stark überein“. Walter (2000) stellte bezüglich der Sportpolitik ebenfalls eine relativ hohe Übereinstimmung zwischen den Einstellungen der Bürger und den Kommunalpolitikern in Stuttgart fest. Geißel (2004a) hinterfragt in ihrer Studie die bisher implizite Annahme, dass eine positive Responsivitätswahrnehmung allein aus einer positiven Responsivität der Politik resultiere und überprüfte in ostdeutschen und westdeutschen Städten mit unterschiedlichen sozioökonomischen Lagen verschiedene Determinanten der Responsivitätswahrnehmung. Untersuchungsfelder waren in Sachsen- Anhalt Halle, Dessau, Saalekreis; in Nordrhein-Westfalen Köln, Jülich und Oberbergischer Kreis. Geißel kommt zu dem Ergebnis, dass die Responsivitätswahrnehmung kaum mit der Responsivität erklärt werden kann (Geißel 2004a: 1248). Stattdessen stehe die lokale Responsivitätswahrnehmung in signifikanter Beziehung zu soziodemographischen und Einstellungsmerkmalen. Wird die eigene wirtschaftliche Lage negativ eingeschätzt, fällt das Responsivitätsgefühl in ost- wie in westdeutschen Gebieten negativ aus. In den befragten ostdeutschen Gebieten hatte sogar nicht nur die Einschätzung der eigenen ökonomischen Situation, sondern auch die Wahrnehmung der ökonomischen Situation der Kommunen einen Einfluss auf die Responsivitätswahrnehmung. „Eine negative Einschätzung der Lage der Stadt bzw. des Kreises korrelierte mit niedrigem Responsivitätsgefühl und umgekehrt“ (Geißel 2004a: 1249). Diese Aussage konnte jedoch nicht für die westdeutschen Gebiete bestätigt werden. Zu ähnlichen Ergebnissen kam auch Krimmel (1999).

5.4 Empirische Ergebnisse

Abbildung 5.1 zeigt die Häufigkeitsverteilungen der lokalen politischen Responsivitätswahrnehmung im Überblick (zur Operationalisierung vgl. Tabelle A 1; zu den Häufigkeiten vgl. Tabelle A17 im Anhang):

Abbildung 5.1: Positive Responsivitätswahrnehmung nach Stadtteilen

Es wird deutlich, dass die Sicht auf die Responsivität unterschiedlich ist, je nach dem ob es sich um ein privilegiertes oder ein marginalisiertes Quartier handelt. Erwartungsgemäß liegen die privilegierten Stadtteile im oberen Prozentbereich des Responsivitätsgefühls, die benachteiligten Stadtteile im unteren Prozentsegment. Die Unterschiede zwischen den privilegierten und benachteiligten Quartieren liegen zwischen 16,5 und 43,7 Prozentpunkten. Es fällt auf, dass selbst in den marginalisierten Gebieten noch über die Hälfte der Befragten der Meinung ist, dass man sich um die wichtigsten Probleme im Stadtteil kümmere. Dennoch herrscht in den marginalisierten Gebieten für einen Großteil der befragten Bewohner die Auffassung vor, dass von den gewählten Politikern nicht genügend getan wird, um die Interessen des Stadtteils zu vertreten. Die Abbildung 5.1 gibt die Kluft zwischen den Stadtteilen deutlich wieder. Die Hypothese, dass marginalisierte und privilegierte Gebiete auseinanderdriften, scheint sich für die Wahrnehmung der Responsivität und Repräsentation zu bestätigen.

Betrachtet man die Häufigkeiten nach Städten, setzt sich ein Trend, der sich bereits im politischen Institutionenvertrauen zeigte, auch für die Responsivitätswahrnehmung durch. Die beiden Leipziger Stadtteile Gohlis und Osten nehmen die Kommunalpolitik responsiver wahr als die jeweils anderen privilegierten und benachteiligten Quartiere. Das ausgesprochen hohe politische Institutionenvertrauen in Leipzig korrespondiert mit einem vergleichsweise hohen Responsivitätsgefühl.

Im Hinblick auf das Merkmal Geschlecht ist die Frage nach der Berücksichtigung der Interessen von Frauen im Stadtteil aufschlussreich. Frauen sind deutlich weniger von der Interessensvertretung der Frauen im Stadtteil überzeugt als Männer. Die Abbildung 5.2 zeigt die unterschiedliche Wahrnehmung nach Geschlechtszugehörigkeit der Befragten.

Abbildung 5.2: Responsivitätswahrnehmung: Fraueninteressen im Stadtteil werden berücksichtigt

Männer sehen die Repräsentation der Frauen im Stadtraum offensichtlich häufiger als bereits realisiert an als Frauen. Es fällt auf, dass Frauen in benachteiligten Stadtquartieren im geringeren Ausmaß ihre Interessen berücksichtigt sehen als Frauen in privilegierten Stadtquartieren, was eine doppelte Benachteiligung der Frauen in benachteiligten Gebieten andeutet. Die These von Elisabeth Wilson (1991), dass die Stadtplanung und -politik Frauen aus dem städtischen Raum ausschließt, scheint in den Augen der Bewohnerinnen ihre Brisanz noch nicht verloren zu haben. Diese Ergebnisse könnten darüber hinaus auch als ein Hinweis auf eine spezifische Wahrnehmung und Praxis von Frauen in Großstadtquartieren gelesen werden.

Für weiterführende, multivariate Analysen konnte aus den vier Variablen mittels einer explorativen Faktorenanalyse ein Faktor gebildet werden (vgl. dazu Tabelle A4 im Anhang), der für folgende lineare Regressionen herangezogen wurde. Zunächst wurde der Einfluss der einzelnen Quartiere auf die Responsivitätswahrnehmung überprüft (siehe Tabelle 5.1). Die unabhängigen Variablen sind in der ersten Spalte dargestellt. Das Quartier Wedding wurde als Referenzkategorie ausgewählt, wobei die Regressionskoeffizienten als Rangplätze interpretiert werden. Der erste Rangplatz steht für eine positive Wahrnehmung der Responsivität sowie für das Gefühl der Repräsentation des Stadtteils, der letzte Rang für eine negative Wahrnehmung der Responsivität und für das Gefühl, der Stadtteil werde nicht genügend repräsentiert.

Tabelle 5.1: lineare Regression mit dem Faktor *Responsivitätswahrnehmung* als abhängige Variable

Kovariate	Regressionskoeffizient	Rangplätze im Vergleich zur Referenzkategorie
<i>benachteiligte Quartiere</i>		
(Wedding)		(8.)
Osten		5.
Schönau	0,32**	6.
Chorweiler	0,30**	7.
<i>privilegierte Quartiere</i>		
Zehlendorf	1,00**	3.
Gohlis	1,20**	1.
Oststadt	1,10**	2.
Hahnwald/Marienburg	1,00**	3.
Konstante = Wedding	-0,62**	
N	1455	
Adj. R2	0,21	

5% Signifikanzniveau*, 1% Signifikanzniveau**, ns – statistisch nicht signifikant, Referenzkategorie: Wedding.

Die Ergebnisse in Tabelle 5.1 bestätigt die Hypothese einer unterschiedlichen Wahrnehmung nach privilegierten und benachteiligten Quartieren. Für die *privilegierten* Quartiere ergibt sich folgende Rangfolge: Im Vergleich zum Quartier Wedding belegt Leipzig Gohlis den 1. Platz, Mannheim Oststadt den 2. Platz. Der dritte Platz wird zweimal belegt: von Köln Marienburg/Hahnwald und Berlin Zehlendorf. Die *benachteiligten* Quartiere belegen die letzten vier Rangplätze: Leipzig Osten den 4. Platz, Mannheim Schönau den 5. Platz, Köln Chorweiler den 7. Platz und Berlin Wedding den 8. Platz.

Mit diesem Regressionsmodell (Tabelle 5.1) kann eine Varianz von 21% aufgeklärt werden. Das deutet darauf hin, dass die Responsivitätswahrnehmung zu 21% auf die Quartierszugehörigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner zurückgeführt werden kann oder anderes gesagt, die Wahrscheinlichkeit, dass Bewohnerinnen und Bewohner benachteiligter Quartiere ihr Quartier nicht genügend politisch repräsentiert sehen, ist relativ hoch. Dies unterstützt die Ergebnisse von Geißel (2004a), die ebenfalls einen signifikanten Einfluss von sozioökonomischen Merkmalen von Regionen auf das Gefühl der Responsivität feststellte.

Um den Einfluss weiterer Variablen für die Responsivitätswahrnehmung zu prüfen, wurde eine zweite lineare Regression gerechnet. Dabei ergaben sich folgende Resultate:

Tabelle 5.2: Lineare Regressionsmodelle mit dem Faktor *Responsivitätswahrnehmung* als abhängige Variable

Kovariate	Referenzkategorie	Modell 1	Modell 2	Standard. Regress. Koeff.
		Regressions- koeffizient	Regressions- koeffizient	
<i>soziodemographische Variablen</i>				
männlich	weiblich	0,17**	0,14**	
Alter		0,01**	0,04*	
<i>kulturelles Kapital</i>				
Mittlere Reife, POS 10.Klasse	Hauptschulabschluss	0,19*	ns	
Abitur, FHR	Hauptschulabschluss	0,42**	0,15*	
<i>ökonomisches Kapital/ beruflicher Status</i>				
Einkommen (in 100 €)		ns	ns	ns
Erwerbstätig	nicht erwerbstätig	ns	ns	
Arbeiter	Angestellte	ns	ns	
Beamte	Angestellte	0,25*	ns	
Selbständige	Angestellte	ns	ns	
<i>Familienstatus</i>				
ledig	verheiratet	ns	ns	
geschieden/verwitwet	verheiratet	ns	ns	
<i>Quartiers- und Stadtbezogene Variablen</i>				
Wohndauer		-0,2**	ns	ns
privilegierte Quartiere	benachteiligte Quartiere		0,62**	
Berlin	Leipzig		-0,32**	
Mannheim	Leipzig		-0,13*	
Köln	Leipzig		-0,14*	
Bindung an den Stadtteil			0,41**	
Konstante		-0,39**	-0,60**	-0,60**
N		1158	1156	1156
Adj. R ²		0,08	0,27	0,27

5% Signifikanzniveau*, 1% Signifikanzniveau**, ns – statistisch nicht signifikant.

Das erste Modell integriert soziodemographische Merkmale, das kulturelle Kapital, das ökonomische Kapital, den beruflichen sowie den Familienstatus der befragten Personen. Danach sind Männer responsiver gegenüber der Kommunalpolitik eingestellt als Frauen, ältere Personen responsiver als jüngere Personen. Weiter ergeben sich Unterschiede hinsichtlich des kulturellen Kapitals. Sowohl Personen mit mittlerer Reife als auch Personen mit Abitur sehen

die Interessen des Stadtteils eher gewahrt als Personen mit Hauptschulabschluss. Beamte nehmen die politische Repräsentation des Stadtteils positiver wahr als Angestellte. Eine lange Wohndauer führt zu einer kritischen Einstellung gegenüber der lokalen Politik und der Vertretung des Stadtteils.

Im zweiten Modell wurden Variablen aufgenommen, die Unterschiede zwischen den Städten und den privilegierten und benachteiligten Quartieren offen legen. Es zeigt sich ein gravierender Unterschied zwischen den Bewohnern privilegierter und benachteiligter Stadtteile. Personen aus privilegierten Stadtteilen sowie Personen die gern in ihrem Stadtteil wohnen, bewerten die Vertretung der Stadtteilinteressen positiver als Personen aus benachteiligten Stadtteilen und Personen, die ungern in ihrem Quartier wohnen. Die Städte unterscheiden sich ebenfalls, wenn auch nicht in dem Ausmaß wie hinsichtlich des politischen Vertrauens. Die größten Differenzen zeigen sich im Vergleich zu Leipzig zwischen Berlin mit der geringsten Responsivitätseinschätzung und Leipzig mit der positivsten Responsivitätswahrnehmung. Dazwischen liegen die Städte Köln und Mannheim. Zusätzlich spielt auch die Wahrnehmung des Stadtteils und Positionierung der Bewohner im eigenen Umfeld eine Rolle. Wer gern im Stadtteil lebt, nimmt die Repräsentation des Stadtteils durch die Kommunalpolitik sichtbar positiver wahr. Wer weniger oder ungern im Stadtteil lebt, fühlt sich weniger repräsentiert.

5.5 Zusammenfassung

Die Hypothese einer unterschiedlichen Einschätzung der Responsivität nach privilegierten und benachteiligten Quartieren bestätigt sich. Die Beurteilung der Effizienz der lokalen Politik bleibt aus der Bewohnerperspektive vornehmlich an die materiellen und immateriellen Ressourcen wie dem Schulabschluss der Bürgerinnen und Bürger sowie an die relative und subjektiv empfundene Deprivation gebunden. Befragte Bewohner benachteiligter Quartiere sind deutlich seltener als Bewohner privilegierter Quartiere der Auffassung, dass ihr Stadtteil von der lokalen Politik genügend politisch repräsentiert wird. In den Aussagen zur ungenügenden politischen Repräsentation des eigenen Stadtteils drücken die Bewohner benachteiligter Quartiere auch ihre subjektiv empfundene soziale Benachteiligung aus. Es scheint, als wenn die Fragen geradezu eine soziale Positionierung der Befragten im Sinne Bourdieus mit dem Ergebnis provozieren, dass das eigene benachteiligte Quartier zum Rahmen (frame) der Bewertung wird, einschließlich der erlebten Alltagserfahrungen und Anerkennungskonflikte. Folglich wird in den

Aussagen die relative Benachteiligung gegenüber anderen Stadtgebieten und anderen sozialen Positionen deutlich.

An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass lediglich die subjektive Wahrnehmung der politischen Responsivität gemessen wurde. Die Untersuchungsfragen erlauben jedoch keine Aussagen über das objektive Bemühen der Kommunalpolitik, die Stadtteile zu repräsentieren (vgl. dazu Häußermann/Läpple/Siebel 2008, Häußermann/Läzer/Wurtzbacher 2008).

In keiner der Untersuchungsdimensionen treten die Unterschiede zwischen den privilegierten und benachteiligten Quartieren so stark hervor wie bei der Frage nach der Responsivität der Kommunalpolitik. Alle Gruppen, die gemeinhin als benachteiligt bezeichnet werden, sind vermehrt der Auffassung, dass ihr Stadtteil nicht genügend politisch repräsentiert wird. Je niedriger der Bildungsabschluss, desto geringer die wahrgenommene Responsivität. Frauen fühlen sich weniger repräsentiert als Männer, Bewohner benachteiligter Quartiere sowie Bewohner, die ungern oder sehr ungern in ihrem Quartier wohnen, haben das Gefühl, dass ihr Stadtteil nicht genügend politische Aufmerksamkeit bekommt. Die vorliegenden Ergebnisse bestätigen den Befund von Geißel (2004a), dass die lokale Responsivitätswahrnehmung in signifikanter Beziehung zu sozialen Einstellungsmerkmalen steht. Wer die eigene Lage negativ beurteilt, hat auch ein negatives Responsivitätsgefühl.

Einstellungen der Bürger als politische Akteure

6 Politische Involvierung (Politisches Interesse, Kenntnis der Lokalpolitiker, Bereitschaft zur politischen Partizipation)

6.1 Problemaufriss

Die Frage, inwieweit sich Bürger in die Politik einbringen und politisch aktiv werden, hängt von vielen Faktoren ab. In der politischen Einstellungs- und Kulturforschung haben sich als Untersuchungsdimensionen das politische Interesse, die politische Informiertheit, die grundsätzliche Bereitschaft zu politischer Partizipation und die politische Kompetenz etabliert. Die Einstellungen gegenüber diesen Themen werden als Indikatoren benutzt, um Aussagen über die Wahrscheinlichkeit politischer Partizipation zu treffen. Interesse, Kenntnis, Kompetenz und Bereitschaft zu politischer Partizipation gelten dabei als grundsätzliche Voraussetzungen politischer Beteiligung.

Ein Diskurs, der diesen eher kognitiven Voraussetzungen politischer Partizipation eine Verkürzung der Problematik unterstellt, geht auf Theoretiker der Sozialstrukturanalyse zurück (vgl. insbesondere Bourdieu 1985, 1987). Dieser vertritt die Ansicht, dass die Partizipation der Bürger in der Politik und an politischen Entscheidungsprozessen im Wesentlichen durch die Ressourcenausstattung der Bürger beeinflusst wird. Merkmale wie politisches Interesse, politische Kompetenz und überhaupt das Vorhandensein einer politischen Meinung sind danach an die sozialstrukturelle Position eines Individuums innerhalb der politischen Gemeinschaft geknüpft.

Für die benachteiligten Quartiere ist eher ein geringeres Interesse und eine geringere politische Informiertheit zu erwarten, da sich die sozioökonomische Ressourcenausstattung (Bildungsniveau, Einkommen, Schichtzugehörigkeit, sozialer Status) in anderen Studien als einflussreichster Erklärungsfaktor für die politische Involvierung herausgestellt (vgl. Bourdieu 1987, 2001; Neller 2002a: 490).

Im Folgenden werden die entsprechenden theoretischen Konzepte dargelegt, an die sich der Forschungsstand und die Operationalisierung anschließt. Im letzten Abschnitt werden die empirischen Ergebnisse vorgestellt.

6.2 Theoretische Ansätze zur politischen Involvierung

6.2.1 Politische Involvierung im Kontext einiger demokratiethoretischer Positionen

Die politische Involvierung berührt die demokratiethoretische Frage, in wieweit die Aktivität der Bürger in einem politischen System überhaupt erwünscht ist. Den Gründungsvätern der politischen Kulturforschung Almond und Verba schwebte als Idealbild ein ausgewogenes Verhältnis von Aktivität und Passivität vor. Sie sahen den idealen demokratischen Bürger einerseits als aktiv und rational:

„The democratic citizen is expected to be active in politics and to be involved. Furthermore, he is supposed to be rational in his approach to politics, guided by reason, not by emotion. He is supposed to be well informed and to make decisions – for instance, his decision on how to vote – on the basis of careful calculation as to the interests and the principals he would like to see furthered” (1989: 29).

Andererseits dürfe der Bürger seine Orientierungen als „subjects“ und „parochials“ nicht aufgeben (1989: 30). Loyalität und emotionale Bindung gegenüber dem politischen System sind erwünscht. Das Beibehalten eher traditioneller Orientierungen in Verbindung mit partizipativen Orientierungen führen nach Almond und Verba zu einer ausbalancierten politischen Kultur, „in which political activity, involvement, and rationality exists but are balanced by passivity, traditionality, and commitment to parochial values“ (1989: 30). Almond und Verba sehen die politische Involvierung der Bürger als wichtigen Bestandteil der Performance demokratischer, ziviler Kultur an, in der der Bürger in erster Linie zu rationalen Entscheidungen angehalten ist. Doch auch eine gewisse Passivität und Loyalität spielen eine Rolle. Eine ähnliche Grundhaltung zum Verständnis von politischer Involvierung findet sich in neueren Demokratiethorien, wie sie bspw. Dalton (1996) vorlegte.

Einen Gegenpol zur Forderung nach politischer Involvierung der Bürger stellt Schumpeters (1950) elitistische Demokratiethorie dar. Er bezeichnet den Bürger als einen „political fool“,

der kein oder kaum ein politisches Interesse habe, Politik für unwichtig halte und dessen politisches Wissen gering sei. Die politische Macht und das politische Wissen bündeln sich nach Schumpeter in den Händen der politischen Elite.

Eine weitere Position vertritt Barber (1994) in seinem Buch „Starke Demokratie“, in dem er eine partizipatorische Demokratietheorie entwickelt. Danach soll die demokratische Erziehung die Bürgerschaft wiederbeleben und so die unmittelbare *Selbstregierung der Bürger* ermöglichen. Barber äußert sich skeptisch gegenüber einer ausschließlich repräsentativen Demokratie, in der die Repräsentation von Interessen nur noch von Berufspolitikern wahrgenommen wird. Starke Demokratie sei die Politik von Amateuren. Als Kennzeichen dieser Demokratieform sieht Barber eine nicht kollektivistische „Form von Gemeinschaft“, eine nicht konformistische „Form des öffentlichen Argumentierens“ sowie das Vorhandensein „bürgerlicher Institutionen, die mit einer modernen Gesellschaft vereinbar sind“ (Barber 1994: 146).

Die drei Positionen verdeutlichen, dass das gewünschte Ausmaß der Partizipation der Bürger sehr unterschiedlich ausfällt und vom jeweiligen demokratietheoretischen Standpunkt abhängt. Stehen Almond und Verba (1989) für einen ausgewogenen Ansatz, nach dem sowohl eine aktive als auch eine passive Partizipation erwünscht sind, sieht das Konzept Schumpeters (1950) den Bürger nicht bzw. nur zu den Wahlen als partizipatives Mitglied der politischen Gemeinschaft vor. Barber (1994) fordert hingegen ein hohes Maß an Partizipation.

6.2.2 Soziale Ressourcen als Voraussetzung für politische Involvierung (Pierre Bourdieu)

Für Pierre Bourdieu ist Politik bzw. das politische Feld ein autonomer Mikrokosmos innerhalb des sozialen Makrokosmos mit eigenen Gesetzen, die außerhalb des Feldes keine Gültigkeit besitzen. So müsse jemand, der in die Politik eintritt und im politischen Feld agiert eine Verwandlung, eine Konversion durchmachen, um zum Eingeweihten des Feldes zu werden und sich von Nichteingeweihten zu unterscheiden. Für Bourdieu entsteht die Grenze zwischen Laien und Professionellen entlang der *sozialen Bedingungen* des Zugangs zu Politik. Dies könne man empirisch gut an der Wahlbeteiligung und an der Bereitschaft, Fragen zur politischen Meinung zu beantworten, sehen (Bourdieu 2001: 43; vgl. 1987: 620-726). Man wisse, „dass bei dem derzeitigen Stand der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern Frauen weniger als Männer

bereit sind, auf Fragen der Politik zu antworten. Ebenso sind wenig gebildete Personen sehr viel weniger dazu bereit als gebildete Personen“ (2001: 43). Es sind demnach „soziale Bedingungen“, die über die Involvierung der Bürger entscheiden. Eine Bedingung ist bspw. genügend freie Zeit. Politisches Kapital werde in erster Linie von Personen akkumuliert, die mit einem ökonomischen Überschuss ausgestattet sind, der es ihnen erlaubt, ihre produktiven Aktivitäten ruhenzulassen und als Wortführer aufzutreten. Bildung ist ein weiterer Faktor neben der freien Zeit (2001: 43f.). Der Schließungsmechanismus des politischen Feldes verläuft demzufolge entlang einer politischen Kompetenz, die in einer politischen Gemeinschaft ungleich verteilt ist. Bourdieu sieht die politische Kompetenz zunächst nur bei den Politikern selbst: „Nur Politiker besitzen die Kompetenz, über Politik zu sprechen“ (Bourdieu 2001: 45). Laien dagegen, die sich in die Politik einmischen, müssten sich den Vorwurf der Inkompetenz gefallen lassen. Als *kompetenter Laie* angesehen zu werden sei hauptsächlich an soziale Bedingungen geknüpft (2001: 47). In der Nähe der politischer Kompetenz rückt demnach nur der- bzw. diejenige, der/die über genügend freie Zeit und Bildung verfügt.

Den Zugang zum politischen Feld und die Praxis der politischen Meinungsumfrage hat Bourdieu ausführlich in seinem Buch „Die feinen Unterschiede“ analysiert (1987: 620-726). Zwei Merkmale definieren nach Bourdieu die Meinungsumfrage: Der Fragebogen auf der einen Seite spiegelt das „Universum des politisch Denkbaren“ wieder und formuliert eine „legitime Problemstellung“, z.B. „Wenn nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen?“. Auf der anderen Seite finden sich soziale Akteure mit unterschiedlichen Positionen innerhalb der Klassenverhältnisse, die durch den Fragebogen mit dem „Universum des politisch Denkbaren“ konfrontiert werden. Für Bourdieu sind die Akteure „mit einem mehr oder minder großen Vermögen, eine politische Antwort nicht nur als solche zu erkennen, sondern auch adäquat auf sie einzugehen“ ausgestattet. Um eine politische Meinung adäquat zu äußern, wird jedoch „ein Vermögen“ benötigt, „das aufs engste mit einem mehr oder weniger lebhaften Gefühl verbunden ist, kompetent im vollen Wortsinn zu sein: gewissermaßen rechtsfähig sich mit politischen Angelegenheiten zu beschäftigen, seine eigene Meinung über sie abzugeben und, wenn möglich sogar, ihren Verlauf mitzugestalten“ (1987: 623).

Dieser Definition zufolge lasse sich als Gegenteil von politischer Kompetenz nicht sprichwörtlich Inkompetenz ableiten, sondern „Ohnmacht“ (z.B. „Das ist nicht meine Sache“) und „subjektive Ausgrenzung“ (z.B. „Das interessiert mich nicht“) (1987: 624). Bourdieu weist

darauf hin, dass das subjektive Gefühl kompetent auf eine politische Frage antworten zu können auch bedeutet, sich selbst als dazu legitimiert wahrzunehmen. Hinter politischem „Interesse“ verberge sich, wie es Bourdieu ausdrückt, „Statuskompetenz“, hinter „Desinteresse“ dagegen „Statusinkompetenz“ (1987: 632).

Die sozialen Bedingungen regulieren nach Bourdieu den Zugang zur Politik. Auf einer abstrakteren Ebene kommt er daher zu dem Schluss, dass die politische Meinung ursächlich mit dem Klassenhabitus zusammenhängt (1987: 686-690). Dieser Klassenhabitus fasst seinerseits die „Gesamtheit der Determinierungseffekte“ auf der Grundlage materieller Lebensbedingungen und der Gesamtstruktur des Kapitalbesitzes zusammen (Bourdieu 1987: 686ff., zum Kapitalbegriff vgl. Bourdieu 1992, zum Klassenbegriff vgl. Bourdieu 1985). Das bedeutet, dass es nach Bourdieu einen Zusammenhang zwischen der sozialstrukturellen Position eines Individuums, dem Gefühl, politisch kompetent zu sein und dem politischem Interesse bzw. politischen Engagement gibt. Personen mit wenig oder keiner Freizeit und geringem kulturellen Kapital halten sich seiner Hypothese zu folge für weniger kompetent und sind auf Grund dieses Ohnmachtsgefühls politisch eher desinteressiert.

Bourdieu drückt es so aus: „Man würde das „Interesse“ und „Desinteresse an Politik“ besser verstehen, wäre man nur in der Lage zu erkennen, dass die Neigung, ein politisches „Vermögen“ zu gebrauchen (zu wählen, „politisch zu argumentieren“ oder „Politik zu treiben“), sich bemisst an der Realisierung dieses Vermögens oder, wenn man will, dass Gleichgültigkeit nur ein anderer Ausdruck für Ohnmacht ist“ (Bourdieu 1987: 632).

Inwieweit Bourdieus Definition von Ohnmacht tatsächlich immer als Statusinkompetenz gelesen werden kann, ist kritisch zu hinterfragen. Bourdieu spitzt den Begriff der Ohnmacht nur auf einen Aspekt, nämlich den der sozialen Klassifikation und Position eines Individuum in der Gesellschaft zu. Es sind darüber hinaus auch andere Ursachen von Ohnmacht denkbar, die zu politischem Desinteresse führen. Zum Beispiel können auch Personen, die mit hohem kulturellen und ökonomischen Kapital ausgestattet sind, auf Grund von bestimmten Erfahrungen ein Gefühl der Ohnmacht ausbilden.

Einen anderen Punkt, den Bourdieu im Hinblick auf politische Meinungsumfragen stark macht, betrifft die Macht der Journalisten. Erst im Laufe der Genese des politischen Feldes seien Journalisten zu Akteuren des Mikrokosmoses Politik geworden, die vorher außerhalb des Feldes

als Zuschauer gestanden hätten, nun aber wesentlich das „Universum des politisch Denkbaren“ und Veränderungen im politischen Feld mitbestimmen würden (2001: 49). Die Bedeutung der Medien und der Journalisten für die Politik wurde mit dem Prozess des „Agenda Setting“ beschrieben (vgl. McCombs/Shaw 1972, Sarcinelli 1998, Bonfadelli 2000). Auch Bourdieu formuliert die Bedeutung der Journalisten drastisch: er sieht den Zugang zum öffentlichen Raum fast vollständig von Journalisten kontrolliert (2001: 61). Es sei daher zu berücksichtigen, dass politische Meinungen nicht nur auf den sozialen Status der Individuen, sondern immer auch auf die Journalisten zurückzuführen seien. Grundsätzlich stellt Bourdieu das Vorhandensein einer „persönlichen Meinung“ in Frage (1987: 622).

In eine ähnliche Richtung argumentierten Tichenor, Donohue und Olien (1980) in den 70er Jahren mit ihrer Wissenskluft-Hypothese. Danach komme es bei verstärkter Informationszufuhr durch die Medien zur unterschiedlichen Wissensaufnahme in sozialen Ober- und Unterschichten und produziere so eine wachsende Kluft zwischen den Schichten hinsichtlich politischer Kompetenz.

Man kann vermuten, dass die Hürde des Zugangs zum politischen Feld auf der lokalpolitischen Ebene noch am ehesten von den Bürgern und Bürgerinnen erfolgreich genommen werden kann. Hier ist, wie bereits Almond und Verba (1998: 121) vermerkten, der Abstand zu den Professionellen nicht so groß und in Deutschland, wo Kommunalpolitik überwiegend noch von ‚Feierabendpolitikern‘ gestaltet wird, ist die Entfernung zwischen Bürger und Stadtverordneter nicht so groß wie zu den professionellen Politikern der Landes- und Bundesebene.

6.3 Bisherige empirische Befunde zur politischen Involvierung

Für die politische Involvierung auf der Ebene der Stadt liegen kaum Untersuchungen vor. Großangelegte Studien wie der European Social Survey (van Deth 2004, Neller/van Deth 2006) und der Mikrozensus (Statistisches Bundesamt 2004) belegen, dass das Interesse am politischen Geschehen in der Bundesrepublik langfristig gewachsen ist und damit deutlich höher liegt als noch vor knapp drei Jahrzehnten (Statistisches Bundesamt 2004: 640). Auch in Ostdeutschland hat sich das politische Interesse „fast mühelos an das westdeutsche Niveau angeglichen“ (Neller/van Deth 2006: 32). Deutschland gehört im europäischen Vergleich zu den Ländern mit

einem relativ hohen politischen Interesse. Etwa 60% der Bürgerinnen und Bürger interessieren sich in der Bundesrepublik für Politik (Neller/van Deth 2006: 32).

Hinsichtlich der Bereitschaft zur politischen Partizipation ist im Zeitraum von 1980 bis 2002 in der Bundesrepublik ein kontinuierlicher Anstieg der Formen nicht institutionalisierter Beteiligung wie Unterschriftensammlungen, Demonstrationen, Protest und Boykotts zu beobachten. Sie haben darüber hinaus, ihren Ruf, unkonventionell zu sein, verloren und sind für alle zu einem normalen Mittel der Artikulation geworden (Statistisches Bundesamt 2004: 241f.).

Eine insgesamt geringere politische Partizipation und Involvierung sehen Neller und van Deth (2006) eher bei Frauen als bei Männern, bei Personen, die eher jünger sind, eine vergleichsweise geringe Bildung haben, sich politisch weniger kompetent fühlen, ein geringes Vertrauen und ein schwach ausgeprägtes Gefühl der Responsivität haben. Sie gehören zu den „für moderne Gesellschaften charakteristischen Apathischen“ (Neller/van Deth 2006: 38).

6.4 Empirische Ergebnisse

6.4.1 Politisches Interesse

Einen ersten Überblick über die Häufigkeiten des Interesses der Bewohnerinnen und Bewohner gegenüber der Stadtpolitik und der Stadtteilpolitik bietet die folgende Abbildung 6.1 (zur Operationalisierung vgl. Tabelle A1; zu den Häufigkeiten vgl. Tabelle A8 im Anhang).

Abbildung 6.1: Politisches Interesse für Stadtteilpolitik und Stadtpolitik nach Stadtteilen in Prozent

Auffällig ist die Diskrepanz zwischen dem Interesse an der Stadtpolitik und der *Stadtteil*politik. Alle Befragten interessieren sich deutlich mehr für Stadtpolitik als für *Stadtteil*politik. Das bedeutet, dass der Gesamtstadt eine durchaus größere Bedeutung für politische Entscheidungsprozesse beigemessen wird als dem Stadtteil. Das politische *Stadtteil*interesse unterscheidet sich eher geringfügig, jedoch statistisch signifikant zwischen den Stadtteilen. Unabhängig davon, ob es sich um einen privilegierten oder benachteiligten Stadtteil handelt, bringen zwischen fast 40% und 50% der Befragten Interesse gegenüber der *Stadtteil*politik auf. Größere Schwankungen treten dagegen beim Interesse für Stadtpolitik auf, das sich insgesamt – übereinstimmend mit den Untersuchungen auf der nationaler Ebene (vgl. van Deth/Neller 2006) – auf hohem Niveau bewegt. Der größte Unterschied liegt mit 33 Prozentdifferenzpunkten zwischen dem privilegierten Stadtteil Zehlendorf (Berlin) und dem benachteiligten Stadtteil Chorweiler (Köln). Diese Einschätzung der Stadtteile und der Gesamtstadt und ihre Bedeutung in den Augen der Bewohner wurden bereits im Zusammenhang mit dem politischen Vertrauen deutlich. Dort fielen die Vertrauensunterschiede gegenüber den *Stadtteil*gremien (wie bspw. dem Bezirksbeirat) ebenfalls sehr viel geringer aus als gegenüber den gesamtstädtischen Gremien (z.B. dem Gemeinderat).

Für das politische Stadtinteresse zeigen sich folglich Unterschiede zwischen den privilegierten und benachteiligten Quartieren. Zwei Stadtteile haben hier wider Erwarten niedriges bzw. hohes Interesse: Der privilegierte Mannheimer Stadtteil Oststadt zeigt ein deutlich geringeres Interesse an der Stadtpolitik als die anderen privilegierten Stadtteile; der benachteiligte Berliner Stadtteil Wedding hingegen hat ein so hohes politisches Interesse, das sogar das Interesse von zwei privilegierten Stadtteilen übersteigt. In sechs Stadtteilen bestätigt sich jedoch die Hypothese: Die Bewohner in den privilegierten Stadtteilen Zehlendorf, Gohlis und Hahnwald/Marienburg interessieren sich mehr für Stadtpolitik als Bewohner der benachteiligten Stadtteile Chorweiler, Schönau und Osten.

Weiterhin wurde festgestellt, dass Frauen in fünf Stadtteilen ein geringfügig höheres *Stadtteil*politikinteresse als Männer zeigen, während sich Männer in vier Quartieren etwas häufiger für Stadtpolitik als Frauen interessieren. Die ursprüngliche Vermutung, dass Frauen eher eine Bindung an den Stadtteil aufweisen als Männer und folglich auch eher an der *Stadtteil*politik interessiert sind als Männer (vgl. Geißel 2004b), lässt sich statistisch nicht belegen. Die Unterschiede sind nicht signifikant.

Der Einfluss soziodemographischer Merkmale sowie des kulturellen und ökonomischen Kapitals, des beruflichen- und familiären Status sowie der Wohndauer auf das politische Interesse wurde im ersten Modell der folgenden linearen Regression untersucht (siehe Tabelle 6.1), der Einfluss der Quartiers- und Stadtbezogenen Variablen im zweiten Modell. Dabei wurde das Interesse gegenüber der Stadtpolitik und das Interesse gegenüber der Stadtteilpolitik zusammengefasst, in dem die Werte addiert und danach durch zwei dividiert wurden, mit anderen Worten, der Mittelwert des politischen Interesses für jede befragte Person berechnet wurde.

In der Tabelle 6.1 sind in der ersten Spalte die unabhängigen Variablen, in der zweiten Spalte die Referenzkategorien dargestellt. Die jeweiligen Regressionskoeffizienten der Variablen sind in den Spalten drei, vier und fünf abgetragen. Die Berechnung brachte folgende Ergebnisse:

- Tabelle auf der nächsten Seite -

Tabelle 6.1: Lineare Regressionsmodelle mit der Variable *politisches Interesse* als abhängige Variable

Kovariate	Referenzkategorie	Modell 1	Modell 2	
		Regressions- koeffizient	Regressions- koeffizient	Standard. Regress. Koeff.
soziodemographische Variablen				
männlich	weiblich	ns	ns	
Alter		0,01**	0,01**	
kulturelles Kapital				
Mittlere Reife, POS 10.Klasse	Hauptschulabschluss	0,31**	0,25**	
Abitur, FHR	Hauptschulabschluss	0,35**	0,28**	
ökonomisches Kapital/ beruflicher Status				
Einkommen (in 100 €)		ns	ns	ns
erwerbstätig	nicht erwerbstätig	ns	ns	
Arbeiter	Angestellte	ns	ns	
Beamte	Angestellte	ns	ns	
Selbständige	Angestellte	ns	ns	
Familienstatus				
ledig	verheiratet	-0,10*	-0,14**	
geschieden/verwitwet	verheiratet	ns	ns	
Quartiers- und Stadtbezogene Variablen				
Wohndauer		0,02**	0,02**	0,10**
privilegierte Quartiere	benachteiligte Quartiere		ns	
Berlin	Leipzig		ns	
Mannheim	Leipzig		-0,24**	
Köln	Leipzig		-0,31**	
Bindung an den Stadtteil			0,13**	
Konstante		1,70**	1,79**	1,79**
N		2454	2442	2442
Adj. R²		0,09	0,12	0,12

5% Signifikanzniveau*, 1% Signifikanzniveau**, ns – statistisch nicht signifikant.

Als Einflussfaktoren auf das politische Interesse erweisen sich im ersten Modell das Alter, die Bildung, die Wohndauer sowie teilweise der Familien- und Berufsstatus. Je älter die befragten Personen sind und je höher der erreichte Bildungsabschluss, desto häufiger interessieren sich die Befragten für kommunalpolitische Angelegenheiten. Personen mit Realschulabschluss (mittlere

Reife) und Personen mit Abitur zeigen häufiger Interesse als Personen mit Hauptschulabschluss. Dies stützt die These von Bourdieu (1987), nach der das politische Interesse mit dem Bildungskapital der Person in Zusammenhang steht.

Das politische Interesse ist darüber hinaus bei solchen befragten Bewohnern und Bewohnerinnen häufiger zu finden, die schon länger im Stadtteil leben. Gleichzeitig sind Personen, die schon länger im Stadtteil wohnen, häufiger der Meinung, dass ihr Stadtteil nicht genügend politisch repräsentiert wird (vgl. Kapitel 5).

Selbständige sind im Vergleich zu Angestellten interessierter an Stadtpolitik, was mit den unmittelbaren Auswirkungen der Stadtpolitik auf die unternehmerische Tätigkeit der Selbständigen erklärt werden kann. Bezogen auf den Familienstatus sind ledige Personen weniger interessiert als verheiratete Personen. Auch hier kann die unmittelbare Betroffenheit der Familien von lokalpolitischen Entscheidungen eine Rolle spielen.

Im zweiten Modell bestätigt sich die Hypothese unterschiedlicher Interessensniveaus nach dem Wohnsitz nicht. Es gibt es keinen signifikanten Unterschied zwischen privilegierten und benachteiligten Stadtteilen. Dafür zeigen sich interessante Stadtunterschiede: Die befragten Bewohner und Bewohnerinnen von Leipzig zeigen nicht nur das höchste politische Institutionenvertrauen (vgl. Kapitel 4.4), sondern sie zeigen auch das höchste politische Interesse von allen vier Städten. Die Leipziger Bewohner interessieren sich deutlich häufiger für Kommunalpolitik als die Bewohner und Bewohnerinnen in Köln und Mannheim.

Dieses Ergebnis ist insofern erstaunlich, als die Befragten in Leipzig das geringste soziale Kapital aufweisen – wie später noch zu sehen sein wird (vgl. Kapitel 7.4.). Offensichtlich macht es für die Befragten in Leipzig einen Unterschied, ob man sich für Politik interessiert oder ob man anderen Mitmenschen vertraut und sich in der Zivilgesellschaft engagiert. Dieses Ergebnis ist der Diagnose von Almond und Verba (1989) für Deutschland in den 50er Jahren ähnlich. Sie stellten ein hohes Vertrauen, ein hohes Interesse aber ein geringes politisches und soziales Engagement fest. Diese Tendenz ist in Ansätzen in Leipzig zu beobachten.

Auch wenn sich keine signifikanten Unterschiede zwischen privilegierten und benachteiligten Stadtteilen zeigen, spielt das Quartier dennoch eine Rolle. So interessieren sich Personen, die gern ihrem Stadtteil leben und eine Bindung zu ihrem Stadtteil haben, häufiger für

kommunalpolitische Belange als Personen, die ihren Stadtteil ablehnen und ungern bzw. unfreiwillig dort wohnen.

6.4.2 Kenntnis der Lokalpolitiker

Die Abbildung 6.2 zeigt die Häufigkeitsverteilung der Kenntnis der Lokalpolitiker, d.h. ob den Befragten mindestens ein, zwei oder drei Repräsentanten der Stadt (z.B. ein Vertreter des Bezirksbeirats, des Stadtparlaments oder ein Kommunalpolitiker, an den sie sich persönlich wenden würden) bekannt sind (Operationalisierung dazu vgl. Tabelle A 1; zu den Häufigkeiten vgl. Tabelle A9 im Anhang).

Abbildung 6.2: Kenntnis der politischen Vertretern der Kommunalpolitik nach Stadtteilen

In sieben Stadtteilen kennt die Mehrheit der befragten Bewohner und Bewohnerinnen *mindestens einen Repräsentanten der Kommunalpolitik*. Theoretisch wurde ein großer Unterschied der Informiertheit zwischen den privilegierten und den benachteiligten Quartieren angenommen, der sich empirisch bei der Kenntnis von mindestens einem politischen Akteur nicht in diesem Ausmaß bestätigen lässt. Die Befragten der privilegierten Stadtteile Zehlendorf, Marienburg/Hahnwald und Gohlis können häufiger einen politischen Vertreter nennen als die anderen benachteiligten Quartiere, doch der privilegierte Mannheimer Stadtteil Oststadt schneidet in der Informiertheit (wie auch im politischen Interesse) schlechter als zwei benachteiligte Stadtteile ab. Allein für den benachteiligten Kölner Stadtteil Chorweiler trifft das

erwartete Informationsdefizit zu. Nur 35,5% der Befragten in Chorweiler (gegenüber 84,1% in Marienburg/Hahnwald) kennen einen Vertreter der Kommunalpolitik.

Der Trend, der sich im politischen Interesse zeigte, setzt sich auch in der Informiertheit über Kommunalpolitiker fort. Bringt man die *Kenntnis eines lokalen Vertreters* in eine Rangfolge nach Quartieren, kennen die privilegierten Stadtteile Berlin Zehlendorf (82,5%, Rang 1), Marienburg/Hahnwald (79,3%, Rang 2), Leipzig Gohlis (73,5% Rang 3) am häufigsten einen politischen Vertreter der Stadt, gefolgt von den benachteiligten Quartieren Berlin Wedding (66,3%, Rang 4) und Mannheim Schönau (64,2% Rang 5). Die befragten Bewohner und Bewohnerinnen des privilegierten Stadtteils Mannheim Oststadt belegen den 6. Rang mit 61,5% und liegen in der Kenntnis eines politischen Akteurs hinter dem benachteiligten Stadtteil der gleichen Stadt. In dem benachteiligten Quartier Leipzig Osten kennt die Mehrheit (55,8%, Rang 7) einen Vertreter, in Köln Chorweiler nur noch 36,3% (Rang 8). Die Unterschiede sind statistisch signifikant.

Betrachtet man die Kenntnisse (Abbildung 6.2) für den Fall, *dass die Befragten mindestens zwei politische Vertreter der Stadtpolitik kennen*, verschärfen sich die Unterschiede. Die Kenntnis halbiert sich in den meisten Stadtteilen. Den größten Einschnitt zeigen die Bewohner und Bewohnerinnen von Leipzig im privilegierten Quartier Gohlis von 73,5% auf 17,3% und im benachteiligten Quartier Leipzig Osten von knapp 56% auf 11,5%.

Die kleinste Differenz von der Kenntnis eines Repräsentanten zu zwei Repräsentanten zeigt erstaunlicherweise der benachteiligte Stadtteil Schönau. Dort kennen 39% der Befragten mindestens zwei politische Vertreter. Insgesamt verfügen die privilegierten Stadtteile Köln Marienburg/Hahnwald und Berlin Zehlendorf sowie der benachteiligte Stadtteile Mannheim Schönau über solide Kenntnisse von mindestens zwei politischen Vertretern.

Die *Kenntnis von drei politischen Akteuren* (ebenfalls Abbildung 6.2) besitzt nur eine kleine Minderheit der Befragten. Positiv setzen sich erneut der benachteiligte Stadtteil Mannheim Schönau (17,1%) und der privilegierte Stadtteil Hahnwald/Marienburg (19,6%) ab.

Die folgende Abbildung 6.3 gibt Aufschluss über die *Struktur der Informiertheit* (die Häufigkeiten dazu vgl. Tabelle A9 im Anhang). Die Stadtteilebene spielt für die Befragten offensichtlich nicht nur hinsichtlich des politischen Vertrauens und des politischen Interesses

eine geringere Rolle als die Gesamtstadt, sondern auch hinsichtlich der Kenntnis von lokalen Akteuren.

Abbildung 6.3: Struktur der Kenntnis der politischen Vertreter nach Stadtteilen

Bezirksverordnete, Bezirksbeiräte oder Bezirksvertreter sind in vier Stadtteilen nur im geringen Maße bekannt. Eine Ausnahme bildet erneut der benachteiligte Stadtteil Mannheim Schönau: dort kennt fast jeder zweite Befragte einen Bezirksvertreter bzw. Bezirksbeirat, was insgesamt für ein responsives Verhältnis zwischen Stadtteilbürgern und Stadtteilpolitikern spricht. Diese Aussage kann allenfalls noch für den privilegierten Stadtteil Köln Marienburg/Hahnwald getroffen werden, in dem 42,6% der Befragten angeben, einen Bezirksvertreter dem Namen nach zu kennen sowie für den Stadtteil Berlin Zehlendorf mit 33% Kenntnis eines Bezirksvertreters unter den Befragten.

Am häufigsten sind die *Vertreter der Gesamtstadt* unter den Befragten bekannt. Eine starke Orientierung zur Gesamtstadt im Gegensatz zum Quartier zeigen die Bewohner und Bewohnerinnen von Leipzig. Sie kennen mehrheitlich einen Vertreter. Wahrscheinlich ist damit der Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee gemeint, der zwischen 1998 und 2005, also auch zum Zeitpunkt der Umfrage das Amt inne hatte und zur politischen Identifikationsfigur für die Bewohner von Leipzig geworden war. Die Sympathie für den Oberbürgermeister schlug sich auch in hohen Vertrauenswerten nieder (vgl. dazu Kapitel 4.4.) Auch in Berlin ist ein Vertreter der Gesamtstadt mehrheitlich bekannt. Erstaunlich ist erneut das Ergebnis des benachteiligten

Stadtteils Mannheim Schönau. Die Befragten kennen eher einen Vertreter ihres Stadtteils als einen der Gesamtstadt Mannheims, was auf eine starke Stadtteilorientierung hindeutet. Ebenfalls für eine starke Stadtteilorientierung spricht das Ergebnis, dass in Schönau 35,8% der Befragten angeben, einen Kommunalpolitiker oder eine einflussreiche Person zu kennen, die sie bei einem Problem ansprechen könnten. Dieser persönliche Zugang zu politischen Akteuren ist nur noch in den privilegierten Quartieren Marienburg/Hahnwald (34,3%) und in Mannheim Oststadt (24,2%), wo man ein informelles Netzwerk aus Personen in Entscheidungspositionen am ehesten erwarten würde, relativ stark ausgeprägt.

Die Hypothese, dass die Bewohner privilegierter Quartiere einen deutlich leichteren persönlichen Zugang zu politischen Vertretern haben als Bewohner benachteiligter Quartiere, kann mit diesen Daten nicht gestützt werden. In Berlin liegt die Differenz zwischen privilegierten und benachteiligten Quartieren bei 5 Prozentpunkten, in Leipzig nur bei 4 Prozentpunkten. Einen deutlichen Unterschied gibt es in Köln mit 23 Prozentpunkten Differenz. In Mannheim dreht sich das Verhältnis sogar um: dort liegt der benachteiligte Stadtteil mit 12 Prozentpunkten in seiner Kenntnis von Politikern, die man bei Problemen ansprechen kann, vor dem privilegierten Quartier.

Um zu untersuchen, in wieweit soziodemographische Variablen, das kulturelle und ökonomische Kapital, der berufliche und familiäre Status sowie Stadt- und Stadtteil-Variablen einen Einfluss auf die *Kenntnis von Lokalpolitikern* haben, wurde eine logistische Regression mit der abhängigen Variable „Kenntnis von mindestens einem lokalpolitischen Vertreter“ gerechnet, deren Ergebnisse in der Tabelle 6.2 dargestellt sind. Es wurde bewusst die niedrigschwellige Kenntnis von nur einem Kommunalpolitiker oder –vertreter ausgewählt, um aufzuzeigen, welche Gruppen diese niedrigschwellige Partizipationsmöglichkeit und Involvierung nutzen bzw. nicht nutzen.

In der ersten Spalte der Tabelle 6.2 sind die unabhängigen Variablen, in der zweiten Spalte die Referenzkategorien eingetragen. Bei der logistischen Regression, werden im Unterschied zur linearen Regression nicht Wahrscheinlichkeiten, sondern Wahrscheinlichkeitsverhältnisse, also Chancen geschätzt. Folglich werden die Ergebnisse in den Spalten drei und vier als Odd-Ratio, sprich als Chancenverhältnis dargestellt (vgl. Kohler/Kreuter 2006: 265-317). Das Pseudo R^2 ist in Analogie zum Adjusted R^2 der linearen Regression eine Abschätzung der erklärten Varianz. Die Untersuchung brachte folgendes Ergebnis:

Tabelle 6.2: Logistische Regressionsmodelle mit der Dummyvariablen *Kenntnis der Kommunalpolitiker* (wenn mindestens ein politischer Vertreter gekannt wird) als abhängige Variable

Kovariate	Referenzkategorie	Modell 1 Odd-Ratio	Modell 2 Odd-Ratio
<i>soziodemographische Variablen</i>			
männlich	weiblich	1,46**	1,48**
Alter		1,02**	1,02**
<i>kulturelles Kapital</i>			
Mittlere Reife, POS 10.Klasse	Hauptschulabschluss	1,74**	1,46*
Abitur, FHR	Hauptschulabschluss	2,44**	2,02**
<i>ökonomisches Kapital/ beruflicher Status</i>			
Einkommen (in 100 €)		1,00**	1,00*
Erwerbstätig	nicht erwerbstätig	ns	ns
Arbeiter	Angestellte	0,51**	0,56**
Beamte	Angestellte	1,82*	ns
Selbständige	Angestellte	ns	ns
<i>Familienstatus</i>			
ledig	verheiratet	ns	ns
geschieden/verwitwet	verheiratet	0,72*	0,65**
Wohndauer		1,05**	1,06**
<i>Quartiers- und Stadtbezogene Variablen</i>			
privilegierte Quartiere	benachteiligte Quartiere		1,46**
Köln	Leipzig		0,45**
Mannheim	Leipzig		ns
Berlin	Leipzig		1,29*
Bindung an den Stadtteil			ns
N		2480	2468
Pseudo R ²		0,08	0,11

5% Signifikanzniveau*, 1% Signifikanzniveau**, ns – statistisch nicht signifikant.

Die Chance, *einen* politischen Vertreter zu kennen steigt für folgende Gruppen an: für Männer (gegenüber Frauen), um das 1,5-fache, für Personen mit einem Realschulabschluss (gegenüber Personen mit Hauptschulabschluss, für Personen mit Abitur (gegenüber Personen mit Hauptschulabschluss) um das 2,5-fache sowie für Beamte und Selbstständige (gegenüber Angestellten). Steigt das Einkommen einer befragten Person um 100 Euro über den Mittelwert an, steigt die auch die Chance für die Kenntnis eines Kommunalpolitikers. Für das Alter und die

Wohndauer lässt sich sagen, dass mit jedem Lebens- bzw. Wohnjahr über dem Mittelwert die Chance, einen Politiker zu kennen ebenfalls ansteigt. Geringere Kenntnisse eines kommunalpolitischen Vertreters zeigen sich eher bei Arbeitern (als bei Angestellten) sowie eher bei geschiedenen und verwitweten Personen (als bei verheirateten Personen).

Im zweiten Modell zeigen sich sowohl Stadt- als auch Stadtteilunterschiede. Bewohner privilegierter Quartiere haben eine höhere Chance, informiert zu sein als Bewohner benachteiligter Quartiere. Wählt man, wie im Modell 2, Leipzig als Referenzstadt, zeigt sich, dass die Stadt Köln eine niedrigere Kenntnis der Vertreter der Stadt aufweist als Leipzig. Berlin hingegen ist mit einer höheren Kenntnis ausgestattet als die Stadt Leipzig und Köln. Zwischen Leipzig und Mannheim gibt es keine signifikanten Unterschiede. Eine klärende Interpretation für diese Stadtunterschiede kann leider nicht gegeben werden. Möglicherweise schlagen hier die Unterschiede zwischen den Stadtteilen durch, d.h. die sehr niedrigen Werte in Köln Chorweiler und die relativ hohen Werte in Köln Hahnwald/Marienburg unterliegen in der Summe den relativ hohen Werten in Leipzig Osten und Gohlis, die wiederum nur von der Summe der Werte in beiden Berliner Stadtteilen übertroffen wird.

6.4.3 Bereitschaft zu politischer Partizipation

Die Verteilung der Häufigkeiten der Bereitschaft zu politischer Partizipation (wenn mindestens 3 von 4 Items eher oder voll zugestimmt bzw. mit „ja“ geantwortet wurde) finden sich in der Abbildung 6.4 (zur Operationalisierung vgl. Tabelle A1; zu den Häufigkeiten vgl. Tabelle A8 im Anhang).

Abbildung 6.4: Bereitschaft zu politischem Engagement nach Stadtteilen

Wie Abbildung 6.4 zeigt, ist die Bereitschaft zu politischem Engagement generell sehr hoch. Die Unterschiede zwischen den privilegierten und benachteiligten Quartieren sind zwar statistisch signifikant, jedoch insgesamt eher gering. Ihre Bereitschaft drücken zwischen 75,9% und 86,5% der befragten Bewohner und Bewohnerinnen aus, wobei die privilegierten Quartiere eine geringfügig höhere Bereitschaft zeigen. Die überwiegende Mehrheit der befragten Bürgerinnen und Bürger befürwortet, dass der Bürger die Dinge selbst in die Hand nehmen muss und dass die Bürger an den wichtigsten Entscheidungen der Stadt unbedingt direkt beteiligt werden sollten. Ein Konsens besteht auch darüber, dass man sich mit anderen Bewohnern zu einer Initiative zusammenschließen sollte, um ein im Quartier aufgetretenes Problem gemeinsam zu lösen. An einem Bürgerbegehren würde sich schließlich ebenfalls eine Mehrheit beteiligen.

Die positiven und partizipationsorientierten Einstellungen gegenüber dem politischen Engagement erklären sich zum Teil daraus, dass die Fragen im Konjunktiv gestellt wurden und so nicht auf das konkrete Verhalten, sondern auf potentiell, zukünftiges Verhalten abzielen. Die Wahrscheinlichkeit, die Fragen mit einem „ja“ beantworten zu können, ist relativ hoch. Aus der Perspektive der Testkonstruktion lässt sich festhalten, dass die Items „leicht“ waren, also die Itemschwierigkeit gering war, da sie von der Mehrheit der Befragten „gelöst“ wurden (vgl. Bühner 2004: 67f.) Zum anderen gibt es in der Politikwissenschaft seit den 70er Jahre den Befund, dass unkonventionelle und direkte Beteiligungsformen von der Bevölkerung immer häufiger befürwortet werden (vgl. Statistisches Bundesamt 2004: 241f.). Auffällig an den Ergebnissen ist, dass diese partizipativen Einstellungen sich über verschiedene Bildungsmilieus hinweg Bahn brechen.

Für welche sozialen Gruppen, trotz der geringen Unterschiede in den Quartieren, dennoch eine höhere Chance der Bereitschaft zur politischen Partizipation besteht, wurde mittels einer logistischen Regression errechnet. Diese bot sich an, da zwei Items eine dichotome Ausprägung aufwiesen. Die zwei anderen Items, die auf einer 4er Skala gemessen wurden, mussten ebenfalls dichotomisiert werden. Alle vier Items wurden zu der Dummyvariablen „Bereitschaft zur politischen Partizipation“ zusammengefasst und in der folgenden logistischen Regression als abhängige Variable eingesetzt. Die Ergebnisse werden in der Tabelle 6.3. als Odd-Ratios, also Chancenverhältnisse präsentiert. Das Pseudo R^2 gibt die Aufklärung der Varianz an. Es kam zu folgenden Ergebnissen:

Tabelle 6.3: Logistische Regressionsmodelle mit der Dummyvariable *Bereitschaft zur politischen Partizipation* als abhängige Variable

Kovariate	Referenzkategorie	Modell 1 Odd-Ratio	Modell 2 Odd-Ratio
<i>soziodemographische Variablen</i>			
männlich	weiblich	0,72**	0,72**
Alter		0,98**	0,99**
<i>kulturelles Kapital</i>			
Mittlere Reife, POS 10.Klasse	Hauptschulabschluss	ns	ns
Abitur, FHR	Hauptschulabschluss	ns	ns
<i>ökonomisches Kapital/ beruflicher Status</i>			
Einkommen (in 100 €)		ns	ns
Erwerbstätig	Nichterwerbstätig	1,33*	1,33*
Arbeiter	Angestellte	0,60*	0,62*
Beamte	Angestellte	ns	ns
Selbständige	Angestellte	ns	ns
<i>Familienstatus</i>			
ledig	verheiratet	ns	ns
geschieden/verwitwet	verheiratet	ns	ns
<i>Quartiers- und Stadtbezogene Variablen</i>			
Wohndauer		1,03**	1,04**
privilegierte Quartiere	benachteiligte Quartiere		ns
Leipzig	Köln		ns
Mannheim	Köln		ns
Berlin	Köln		ns
Bindung an den Stadtteil			1,40*
N		2374	2366
Pseudo R ²		0,02	0,02

5% Signifikanzniveau*, 1% Signifikanzniveau**, ns – statistisch nicht signifikant.

Zum ersten Mal in der bisherigen Auswertung spielt der Bildungsgrad in der lokalen politischen Kultur *keine* Rolle. Der Schulabschluss hat keinen signifikanten Einfluss auf die Partizipationsbereitschaft. Des Weiteren erstaunt die höhere Wahrscheinlichkeit der Frauen (gegenüber den Männern) sich für die politische Partizipation bereit zu erklären. Von den soziodemographischen Variablen im Modell 1 sind ebenfalls das Alter, der Erwerbstätigkeit, der berufliche Status und die Wohndauer signifikant. Die Chance für die Bereitschaft zur politischen Partizipation steigt für Erwerbstätige (gegenüber nicht Erwerbstätigen) um das 1,3-fache und

geringfügig für Personen mit einer längeren Wohndauer im Quartier. Für Arbeiter (gegenüber Angestellten) sowie für ältere Personen sinkt die Chance der Bereitschaft zu politischen Partizipation.

Im zweiten Modell gibt es keine signifikanten Unterschiede zwischen den privilegierten und den benachteiligten Quartieren und keine signifikanten Unterschiede zwischen den Städten. Lediglich für die befragten Bürgerinnen und Bürger, die gerne in ihrem Stadtteil leben, steigt die Chance zur politischen Partizipation (gegenüber Personen, die ungern in ihrem Stadtgebiet leben) um das 1,4-fache. Das Modell klärt 2% der Varianz auf.

6.5 Zusammenfassung

Die ursprüngliche Hypothese lautete, dass die Bewohnerinnen und Bewohner privilegierter Quartiere signifikant häufiger politisch involviert sind als Bewohnerinnen und Bewohner benachteiligter Quartiere. Diese These konnte in den Regressionsanalysen statistisch nur für eine Untersuchungsdimension, die Kenntnis mindestens eines politischen Vertreters der Stadt, bestätigt werden. Bewohnerinnen und Bewohner privilegierter Quartiere sind besser informiert als andere Bewohnerinnen und Bewohner. Im politischen Interesse sowie in der Bereitschaft, sich politisch zu engagieren gibt es keine signifikanten Unterschiede zwischen den privilegierten und benachteiligten Quartieren.

Die Bindung an den Stadtteil wirkt für das Interesse an Stadtpolitik und die Bereitschaft, sich politisch zu engagieren, motivierend. Personen, die gern in ihrem Stadtteil leben, interessieren sich häufiger für Stadt- und Stadtteilpolitik und sind eher bereit, sich zu engagieren als Personen, die ihren Stadtteil ablehnen und nicht gern dort wohnen.

Die zweite zentrale Hypothese nahm Unterschiede zwischen den Städten an, die sich im Fall des politischen Interesses und der Kenntnis von mindestens einem Kommunalpolitiker statistisch stützen lässt, jedoch unter Vorbehalt betrachtet werden muss. Köln schneidet gegenüber den anderen Städten insgesamt schlechter in der politischen Involvierung ab. Betrachtet man die Tabelle 6.4, wird jedoch deutlich, dass in keiner anderen Stadt die politische Involvierung so auseinander klafft wie in Köln. Während der privilegierte Kölner Stadtteil Hahnwald/Marienburg in allen drei Untersuchungsdimensionen auf Platz zwei landet und damit über eine hohe politische Involvierung verfügt, platzieren sich die Bürgerinnen und Bürger im

benachteiligten Kölner Stadtteil Chorweiler fast immer auf den letzten Platz und verfügen über das geringste politische Interesse, die geringste Kenntnis und beinahe die geringste Bereitschaft, sich politisch zu engagieren. Die Stadtunterschiede beruhen auf den gemittelten Werten der privilegierten und benachteiligten Quartiere, die aufgrund der sehr geringen politischen Involvierung im benachteiligten Stadtteil Chorweiler die Stadt Köln im Vergleich zu anderen Städten an das äußere Ende katapultiert.

Hebt man die politische Involvierung auf die Ebene des groben Rasters der lokalen politischen Kultur und betrachtet die politische Involvierung als einen Indikator der Einstellung der Bürger und Bürgerinnen gegenüber sich selbst als politische Akteure, gehören die privilegierten Gebiete Berlin Zehlendorf, Köln Marienburg/Hahnwald, Leipzig Gohlis sowie der benachteiligte Stadtteil Berlin Wedding zu den selbstbewussten Stadtteilen, die gegenüber der Gesamtstadt Position als politische Akteure beziehen. Sie zeigen sich an der Stadtpolitik interessiert, sehr viele Bürgerinnen und Bürger im Quartier kennen mindestens einen Kommunalpolitiker und sie sind auch sonst zur politischen Partizipation bereit.

Tabelle 6.4: Rangplätze für die lokale politische Involvierung nach Stadtteilen

Quartiere	Politisches Interesse Rangplätze	Kenntnis lokaler Akteure Rangplätze	Bereitschaft für politische Partizipation Rangplätze
<i>benachteiligte Quartiere</i>			
Wedding	4.	4.	3.
Osten	5.	7.	8.
Schönau	7.	5.	5.
Chorweiler	8.	8.	7.
<i>privilegierte Quartiere</i>			
Zehlendorf	1.	1.	6.
Gohlis	3.	3.	1.
Oststadt	6.	6.	3.
Marienburg/Hahnwald	2.	2.	2.

Über ein eher geringes politisches Selbstvertrauen als politische Akteure verfügen die Bewohnerinnen und Bewohner des privilegierten Stadtteils Mannheim Oststadt und die benachteiligten Stadtteile Mannheim Schönau, Leipzig Osten und am Ende der benachteiligte Stadtteil Köln Chorweiler.

Nach dem Einfluss der unabhängigen Variablen auf die politische Involvierung gefragt, erweist sich für das politische Interesse und die Kenntnis eines lokalen Politikers allen voran das kulturelle Kapital in Form von Bildungsabschlüssen als signifikant. Personen mit Realschulabschluss und Personen mit Abitur sind signifikant politisch interessierter und besser informiert als Personen mit Hauptschulabschluss. Ebenfalls in beiden Dimensionen wirken ein höheres Alter (als der Durchschnitt) und eine längere Wohndauer positiv auf das Interesse und die Informiertheit. Nach dem Geschlecht geschaut, zeigen sich Männer eher politisch informiert, die Frauen jedoch eher dazu bereit, sich politisch zu engagieren. Im politischen Interesse gibt es keine signifikanten Unterschiede zwischen Mann und Frau. Das ist in sofern bemerkenswert, da Studien für das politische Interesse (vgl. Neller/van Deth 2006, Brauer 2006) ein häufigeres Interesse bei Männern als bei Frauen feststellen.

Die Bereitschaft zur lokalen politischen Partizipation erweist sich gegenüber dem Interesse und der Informiertheit als eine Dimension, die unabhängig vom Bildungsabschluss, von einer überwiegenden Mehrheit der Bürger getragen wird. Die Mehrheit ist der Auffassung, dass man die Politik selbst in die Hand nehmen und sich engagieren sollte. Partizipation wird von den Stadtbürgern gut geheißen, dies heißt allerdings nicht zwingend, dass sich die Bürgerinnen und Bürger auch tatsächlich politisch engagieren.

Was bedeuten die Ergebnisse für die marginalisierten Quartiere? Für Köln Chorweiler wurde mit Abstand die geringste politische Involvierung beobachtet. Das könnte ein Hinweis auf eine Distanz der Bewohner zur kommunalen Politik sein. Möglicherweise ist für die Bewohner (bereits) der Faden zur Politik abgerissen. Es besteht weder ein ausgeprägtes Interesse an der Kommunalpolitik noch sind die politischen Vertreter bekannt. Auch die Bereitschaft zur Partizipation fällt vergleichsweise gering aus. Der Stadtteil Berlin Wedding zeigt dagegen ein relativ hohes Interesse an der Stadtpolitik, kennt relativ häufig Vertreter der Politik und sind bereit, sich politisch zu engagieren. Berlin Wedding stellt sich von den benachteiligten Quartieren als der Ort mit dem größten Potential zur politischen Involvierung und Partizipation heraus. Die Stadtteile Mannheim Schönau und Leipzig Osten lassen sich zwischen den Stadtteilen Köln Chorweiler und Berlin Wedding einordnen.

Einstellungen gegenüber der lokalen politischen Gemeinschaft

7 Soziales Kapital (Soziales Vertrauen, Bürgerschaftliches Engagement, Mitgliedschaften in intermediären Organisationen)

7.1 Problemaufriss

Kaum ein anderer sozialwissenschaftlicher Begriff ist in den letzten Jahren so oft diskutiert und vom politischen Diskurs dankbar übernommen worden, wie der des Sozialkapitals. Trotz sehr unterschiedlicher Theorietraditionen mit unterschiedlichen Konzeptionen und politischen Forderungen (vgl. Haug 1997; Braun 2002), dominiert dabei die Leseart, die der amerikanische Politologe Robert Putnam in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts vorschlug. Er versteht unter Sozialkapital dreierlei: soziales Vertrauen, soziale Normen und zivilgesellschaftliches Engagement (vgl. Putnam 1993: 167). Das Vorhandensein dieser Faktoren in einer Gesellschaft verspricht nach Putnam positive, kollektive Effekte in Form von höherer Wirtschaftlichkeit in Administration und Politik und einen größeren gesellschaftlichen Zusammenhalt (als bei Nichtvorhandensein). Als kollektive Ressource schien Sozialkapital daher vielen der verheißungsvolle ‚neue Kitt‘ einer individualisierten Gesellschaft, eines fragmentierten Staates und deliberalisierter Märkte zu sein. Auch Offe (2001: 241) vermutete einen Zusammenhang zwischen dem wachsenden Interesse am Phänomen Sozialkapital und einer verbreiteten, wenn auch eher impliziten Diagnose von Grundproblemen der politischen Steuerung und sozialen Koordination. Fallen die Bewertungen des Konzeptes unterschiedlich aus, herrscht doch Konsens darüber, dass mit diesem Konzept sowohl derzeitige gesellschaftliche ‚Leerstellen‘ thematisiert werden als auch eine relativ kostengünstige Alternative sozialer Koordination vorgeschlagen wird, die in Richtung von vermehrtem bürgerschaftlichen Engagement und größerem sozialen Vertrauen weist.

Die lokale Ebene scheint für die Entstehung und das Vorhandensein von zivilgesellschaftlichem Engagement und sozialem Vertrauen ein prädestinierter Ort zu sein. Die für das Sozialkapital

nach Putnam so wichtigen Freiwilligenassoziationen wie: Lesegesellschaften, Bildungsvereine, gemeinnützige Vereine entstanden im ausgehenden 18. Jahrhundert (Flevert 2002: 53) in Deutschland. Als ein städtisches Phänomen trugen sie zur Traditionsbildung der kommunalen Selbstverwaltung auf Grundlage des Ehrenamtes (Wollmann 1998: 37-67) sowie zur Vielfalt an städtischen sozialen und politischen Partizipationsmöglichkeiten bei (Wollmann 2002). Makoökonomische Wandlungsprozesse und neue Formen politischer und sozialer Steuerung auf nationaler und internationaler Ebene beschwören für die Städte das befürchtete Szenario einer zunehmenden Spaltung herauf in immer ärmere und chancenlosere Gebiete auf der einen Seite und immer reichere und ihren status quo verteidigende Gebiet auf der anderen Seite. Das Vorhandensein von Sozialkapital in Form von sozialem Vertrauen, sozialen Normen und bürgerschaftlichen Engagement in privilegierten als auch in benachteiligten Quartieren würde Grund zum Aufatmen geben, während ein auffällig ungleiches Vorhandensein von Sozialkapital zur politischen Forderung nach Interventionen führen müsste, da nach den Annahmen von Putnam für bestimmte Teile der Stadt nicht nur der gesellschaftliche Zusammenhalt, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Spiel stünden.

Im Folgenden sollen die wichtigsten Konzepte des Sozialkapitals erläutert und gegenübergestellt werden. Nach der Diskussion der Brauchbarkeit des Sozialkapitalansatzes für die Analyse lokaler politischer Kultur und der bisherigen empirischen Befunde werden die empirischen Ergebnisse präsentiert.

7.2 Theoretische Ansätze zum sozialen Kapital

7.2.1 Sozialkapital als Voraussetzung von „collective action“ (James S. Coleman und Robert Putnam)

Sozialkapital ist nach Coleman zunächst eine individuelle in den sozialen Beziehungen angelagerte Ressource, die akkumuliert wird und auf die Durchsetzung von Interessen und Kontrolle zielt (Coleman 1990: 305). Konkret beinhaltet dieser Mechanismus, dass eine Person A in Vorleistung gegenüber einer Person B mit der Erwartung tritt (d.h. ihr in einer prekären Situation bspw. Geld oder ein Auto leiht), dass die Person B den Vertrauensvorschuss als moralische Verpflichtung wahrnimmt und sich in der Zukunft reziprok verhält (d.h. das Geld zurückzahlt bzw. in einer ähnlichen Situation mit äquivalenten Mitteln hilft). Wird das Vertrauen enttäuscht, werden die Kosten der sozialen Beziehungen für Person A zu hoch und sie wird nach

rationalem Entscheidungskalkül die Kooperation mit Person B einstellen. Wird das Vertrauen bestätigt (und zahlt Person B bspw. das Geld an A zurück), akkumulieren beide Personen weiteres Vertrauen, fördern ihre Kooperationsbereitschaft und bauen damit ihre Ressourcen zur Erreichung bestimmter Interessen aus. Inwiefern sich Person A auf einen Vertrauenskredit gegenüber B einlässt, ist nach Coleman von unterschiedlichen Faktoren abhängig: u.a. von der Vertrauenswürdigkeit der sozialen Umgebung, den zur Verfügung stehenden Informationen, den erwarteten Normen und den wirksamen Sanktionen und den Herrschaftsbeziehungen (wenn bspw. bestimmte Kontrollrechte übertragen werden). Auf der Makroebene aggregiert Sozialkapital dann zu einem kollektiven Gut, wenn viele Personen Vertrauenskredite gewähren und das Vertrauen in die Reziprozität der Handlungen berechtigt ist. Coleman geht es mit dem Konzept des Sozialkapitals um die Erklärung eines für ihn sehr unwahrscheinlichen Phänomens: nämlich die Bereitstellung von kollektiven Gütern, die nach dem individuellen Kosten-Nutzen-Prinzip der einzelnen Akteure nicht zu Stande kommen dürften. Nur auf Grund der entstandenen moralischen Verpflichtungen, durch das reziproke Vertrauen der Akteure untereinander und die damit verbundene Möglichkeit, Kooperationen und Loyalitäten zu sichern, halten die Akteure davon ab, sich als „Trittbrettfahrer“ zu verhalten.

Auch Robert Putnam geht es um die Entstehung von kollektiven Gütern, allerdings auf einer höher aggregierten Makroebene als bei Coleman. Den Ausgangspunkt seiner Konzeption des Sozialkapitals als ein kollektives Gut bildet die verwaltungswissenschaftliche Studie „Making Democracy Work“ (Putnam 1993), in der die Umsetzung, der in Italien in den 70er Jahren durchgeführten Verwaltungsreformen in süd- und norditalienischen Städten, untersucht wurde. Im Ergebnis zeigte sich die norditalienische Region als die erfolgreichere von beiden. Putnam fand dort eine effizientere und effektivere Verwaltung vor als im Süden. Bei der Erklärung der Unterschiede griff Putnam nicht auf Ansätze zurück, die die aufgefundene Nord-Süd-Trennung mit einem unterschiedlichen Modernisierungsgrad begründete, sondern stellte die „zivilen Tugenden“ (civic virtues) in den Vordergrund. Diese zivilen Tugenden, die zusammengefasst das kollektive Gut Sozialkapital einer Region ausmachen, beinhalten soziales Vertrauen, reziproke Normen und Mitgliedschaften in Freiwilligenassoziationen (Putnam 1993: 167-168, 1995: 664f.). Für die norditalienischen Städte konnte Putnam ein höheres Maß an Sozialkapital und ziviler Tugend nachweisen und sah darin den erklärenden Faktor für die höhere Effizienz und Effektivität der Verwaltung. Sozialkapital wurde definiert als „...features of social

organization, such as trust, norms, and networks, that can improve the efficiency of society by facilitating coordinated actions“ (Putnam 1993: 167).

Die Definitionen der beiden Komponenten des Sozialkapitals (soziales Vertrauen und reziproke Normen) von Putnam entstanden in enger Anlehnung an Coleman. Für die letztgenannte Komponente (Mitgliedschaften in Freiwilligenassoziationen) machte Putnam Anleihen bei dem Demokratieforscher Toqueville, der vor über 150 Jahren einen Reisebericht über die Demokratie in Nordamerika verfasste. Darin beschrieb er die Dichte und Vielfalt bürgerschaftlichen Engagements in lokalen Assoziationen, die sich neben mitgliederspezifischen Tätigkeiten auch um die, für Toqueville so wichtigen, Fragen des Gemeinwohls kümmerten und die Freiwilligenassoziationen als das Herzstück der amerikanischen Demokratie erscheinen ließen. Putnam betrachtet Freiwilligenassoziationen im Anschluss an Toqueville als Grundpfeiler und Schule der Demokratie, da man in ihnen das Einmaleins demokratischen Handelns erlerne. Andererseits würden sich in Assoziationen Normen der Reziprozität und des sozialen Vertrauens herausbilden, die sich als generalisierte Reziprozität und generalisiertes Vertrauen über alle gesellschaftlichen Bereiche erstreckten. Diese Argumentation findet sich nicht nur bei Putnam wieder, sondern zuvor bei Almond und Verba, die in den 50er Jahren die Bedingungen stabiler Demokratien jenseits der ökonomischen Faktoren untersuchten. Für sie bildeten das soziale Vertrauen und die Beteiligung an bürgerschaftlichen Aktivitäten die Voraussetzungen für die „civic culture“, die die Autoren insbesondere in der amerikanischen und britischen Gesellschaft verwirklicht sahen, da dort soziales Vertrauen und Freiwilligenengagement mit politischer Partizipation und generellem politischen Vertrauen hoch korrelierten (Almond/Verba 1989[1963]: 208-265). Theoretisch stützen sich Almond und Verba ebenfalls auf Toqueville (vgl. Almond/Verba 1989[1963]: 216f.). Die Annahme, dass Freiwilligenassoziationen per se einen positiven Effekt auf die Wirtschaftlichkeit von Administration und die Stabilität von Demokratie ausüben, hat in der Politikwissenschaft nach wie vor Bestand.

Braun (2002) kritisierte den implizierten Automatismus sozialer und politischer Integration durch Vereine. Zum einen würde angenommen werden, dass Individuen, die Mitglied in Vereinen sind, immer auch in die jeweilige „Wahl-Gemeinschaft“ integriert seien und zum anderen, dass ein höherer Anteil an Gesellschaftsmitgliedern, die in einem Verein sind, gleichzeitig auf eine höhere soziale und politische Integration der Gesellschaft schließen lasse. Nach Braun (2002) ist diese Transferannahme eine empirisch zu klärende Frage. Für Putnam

jedoch bilden die Mitgliedschaften und Aktivitäten in freiwilligen Assoziationen eine Säule des Sozialkapitals und damit eine Erklärung für effektivere Verwaltungsleistungen. Die kürzeste Zusammenfassung seines Buches "Making Democracy work" lautet daher: „Good government in Italy is a by-product of singing groups and soccer clubs, not prayer“ (Putnam 1993: 176).

In dem vielzitierten Aufsatz „Bowling alone“ von 1995 überträgt Putnam sein Konzept des Sozialkapitals auf Amerika und versucht mit Hilfe von Zeitreihenvergleichen insbesondere zu Vereinsmitgliedschaften, bürgerschaftlichem Engagement und sozialen Vertrauen nachzuweisen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt der USA seit den 60er Jahren erodiere. Auch hier steht Sozialkapital für ein kollektives Gut, jedoch nicht mehr im Sinne einer positiven Beeinflussung von Verwaltungshandeln, sondern im Sinne der Unterstützung von sozialer Kohäsion und Demokratie. Toquevilles Argumentation bildet auch hier den Dreh- und Angelpunkt, allerdings in umgekehrter Weise: Wenn die Beteiligung in zivilen Assoziation schwinden, nehmen die zivilen Tugenden ab und gefährden ernsthaft die Demokratie. Die Hauptursache sieht Putnam in der Nachkriegsgeneration, die durch die Expansion des Fernsehens zu einer „uncivic generation“ degeneriert sei. Infolge der individualisierten Freizeitaktivitäten werde kein gegenseitiges Vertrauen mehr aufgebaut.

Die damit einhergehende Aussparung von Problemen der sozialen Ungleichheit und die Ausblendung gesellschaftlicher Umstrukturierungsprozesse auf Weisung politischer Eliten in dem Putnamschen Begriff des Sozialkapitals bezeichnet Braun als „fundamentales Wirklichkeitsdefizit.“ (Braun 2002a: 10). So wurden nach Braun für „the strange disappearance of civic America“ in erster Linie die „non-elite classes“ verantwortlich gemacht, und von ihnen auch mehr oder weniger explizit gefordert, durch Solidarität, Partizipation und Engagement in der assoziativen Lebenswelt den Verfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu kompensieren.

7.2.2 Sozialkapital als Kernelement sozialer Ungleichheit (Pierre Bourdieu)

Aus einer anderen Perspektive konzipiert Bourdieu Sozialkapital. Ihm geht es um die Mechanismen der Erzeugung und Erhaltung gesellschaftlicher Strukturen und Macht durch das Handeln von Individuen in der alltäglichen Praxis. Ausgehend von der Annahme, dass auch „scheinbar unverkäufliche Dinge ihren Preis“ haben (Bourdieu 1992: 52), führt Bourdieu zur

Analyse der Mechanismen den Kapitalbegriff in unterschiedlichen Erscheinungsformen ein. Neben dem ökonomischen Kapital (Geld, Eigentum etc.) und dem kulturellen Kapital (Diplome, Zeugnisse, kognitive Kompetenzen etc.) unterscheidet er das soziale Kapital. Dieses umfasst all jene Ressourcen, die aus einem Netz dauerhafter Beziehungen, gegenseitigen Kennens und Anerkennens resultieren; „oder anders ausgedrückt, es handelt sich dabei um Ressourcen, die auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruhen“ (Bourdieu 1992: 63). Wichtig ist, dass die „Existenz eines Beziehungsnetzes“ weder eine „natürliche noch eine soziale ‚Gegebenheit‘“ ist, die einmal institutionalisiert für immer fort besteht (ebd.: 65). Sie ist vielmehr das Produkt einer fortlaufenden ständigen „Beziehungsarbeit“ in Form von „ständigen Austauschprozessen“ (ebd.: 67) bei der „gegenseitiges Kennen und Anerkennen zugleich Voraussetzung und Ergebnis des Austausches“ ist (ebd.: 66). Anders als bei Putnam, der allein aus einer individuellen Mitgliedschaft in freiwilligen Assoziationen (kollektives) Sozialkapital der Gesellschaft ableitet, ist soziales Kapital bei Bourdieu für jedes Individuum an seine Gruppenzugehörigkeit und damit an seinen sozialen Status gebunden: „Mit der gegenseitigen Anerkennung und der damit impliziten Anerkennung der Gruppenzugehörigkeit wird die Gruppe selbst reproduziert; gleichzeitig werden ihre Grenzen bestätigt“. Institutionen spielen dabei eine wichtige Rolle. Sie „liefern Anlässe (Ralleys, Kreuzfahrten, Jagden, Bälle, Empfänge usw.), Orte (vornehme Wohngegenden, exklusive Schulen, Clubs usw.) oder Praktiken (vornehme Sportarten, Gesellschaftsspiele, kulturelle Zeremonien usw.). Auf scheinbar zufällige Weise ermöglichen sie so das Zusammentreffen von Individuen, die im Hinblick auf alle für das Leben und Überleben einer Gruppe wichtigen Gesichtspunkte so homogen wie möglich sind“ (Bourdieu 1992: 66f.). Eine Akkumulation von sozialem Kapital ist für das Individuum nur innerhalb einer homogenen Gruppe erfolgreich und nützlich, setzt die Akzeptanz der Gruppenzugehörigkeit einschließlich ihrer Codes voraus und macht das Gruppenmitglied „so zu einem Wächter über die Gruppengrenzen“ (Bourdieu 1992: 66). Soziales Kapital nach Bourdieu bewirkt daher nicht wie bei Putnam soziale Integration einer Gesellschaft, sondern führt zu unterschiedlichen Chancen der Individuen an begehrten, aber knappen Gruppenzugehörigkeiten teilzunehmen. Integrierend wirkt soziales Kapital nach Bourdieu nur insofern als Gruppen klare Grenzen nach außen ziehen, die für andere unüberwindbar sind. Soziales Kapital trägt so auch immer zum Erhalt oder zur Stärkung sozialer Ungleichheit bei (vgl. Braun 2002a: 9, 2001).

7.2.3 Sozialkapital als soziale Kontrolle in Nachbarschaften (Jane Jacobs)

Für die Analyse des lokalen sozialen Kapitals ist ein weiterer Ansatz für die Stadtforschung relevant. Jane Jacobs untersuchte in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts verschiedene Funktionen von Nachbarschaftsvierteln und städtische Infrastruktur in Form von Bürgersteigen und Parkanlagen. Ihrer These nach kann sich auf Bürgersteigen in Vorstadtwohngebieten ebenso wenig öffentliches Leben entwickeln wie in reinen Büro- und Geschäftsstraßen. Öffentlichkeitsferne, isolierte Räume (z.B. Parkanlagen am Rande von Trabantenstädten) bieten Platz für Gewalt, die in belebten, funktional gemischten Stadtquartieren nicht auftreten können. So sei trotz der Anonymität der Großstadt die „soziale Kontrolle“ zwischen den Nachbarn wichtig, um Kriminalität zu verhindern. Diese beruhe nach Jacobs „auf dem Vertrauen in die potentielle gegenseitige Hilfeleistungen zwischen nur flüchtigen Bekannten, deren einzige Gemeinsamkeit ist, dass sie schon längere Zeit in derselben Gegend wohnen“ (Haug 1997: 5). Soziale Kontrolle lasse sich nur dann Aufrecht erhalten, wenn der Wandel der Sozialstruktur, d.h. der Zuzug von neuen Bewohnern in einen Stadtteil allmählich vonstatten gehe: „Selbstverständlich kann eine leistungsfähige Nachbarschaft Neuankömmlinge absorbieren, und zwar sowohl diejenigen, die aus freiem Entschluss kommen, als auch die, die sich der Not gehorchend in ihr niederlassen. Sie kann auch eine vernünftige Anzahl von Zugvögeln mit unter ihrem Schutz nehmen. Aber ein derartiger Zuwachs oder Wechsel muss allmählich vor sich gehen. Wenn die Selbstverwaltung funktionieren soll, müssen bei aller ziellosen Fluktuation der Bevölkerung kontinuierlich Menschen vorhanden sein, die das nachbarschaftliche Gewebe spinnen und festigen. Solche Gewebe sind das unersetzliche soziale Kapital einer Großstadt. Wenn dieses Kapital aus irgendeinem Grunde verloren geht, dann versiegen auch die Einkünfte daraus; sie kehren nicht eher wieder, ehe sich nicht neues Kapital ebenso langsam und beiläufig angesammelt hat“ (Jacobs 1993: 89). Als Einflussfaktoren auf das soziale Kapital nennt Jacobs die Stadtplanung. Demnach können eine entsprechende Straßenführung und Architektur sowie eine Funktionsmischung für das Gemeinschaftsgefühl und die Entstehung von Beziehungsnetzen positive Anreize setzen.

7.2.4 Zusammenfassung

Aus stadtsoziologischer Perspektive lassen sich die theoretischen Ansätze durchaus integrieren. Die Stadt ist idealtypisch sowohl im Sinne von Bourdieu als „sozialer Raum“ mit einer ungleichen Verteilung von kollektiven Ressourcen und gesellschaftlichen Positionen zu verstehen, in der soziales Kapital stratifikatorische Unterschiede erzeugt und reproduziert. Unter dieser Perspektive stellt sich die Frage, wie groß die Unterschiede zwischen privilegierten und benachteiligten Quartieren tatsächlich sind? Die Stadt lässt sich auch als kleinere Inseln des Zusammenlebens beschreiben, in denen nach Jacobs und Coleman über die Zeit hinweg eine reziproke Verpflichtung auf einen Minimalkonsens des Zusammenlebens und soziales Vertrauen entstehen kann. Fragen zu dieser These wären: Haben benachteiligte Quartiere überhaupt soziales Vertrauen? Wie groß ist das Ausmaß an sozialem Kapital in benachteiligten Quartieren gegenüber privilegierten? Mit Putnam könnte man bei dem Vorhandensein von Sozialkapital in privilegierten wie in benachteiligten Stadtteilen einen positiven Effekt auf den Zusammenhalt der Gesamtstadt und die Stadtgemeinschaft erwarten.

7.3 Bisherige empirische Befunde zum lokalen sozialen Kapital

Auf der lokalen Ebene wurden bislang folgende empirische Untersuchungen zum sozialen Kapital durchgeführt: Kunz und Gabriel (2000) griffen Putnams These auf, dass Freiwilligenorganisationen eine wichtige Rolle für die soziale Integration und die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft und Politik spielen. Sie untersuchten für die Kommunalpolitik die Frage, inwieweit das Vorhandensein von Sozialkapital einen Einfluss auf die politische Partizipation der Bürger nimmt. Dabei wurde ein enger Zusammenhang zwischen der Betätigung in Freiwilligenorganisationen, dem interpersonalen Vertrauen und dem Gefühl subjektiver politischer Kompetenz angenommen. Auf der Grundlage einer Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung von 1997, in der Bürger in Ost- und Westdeutschland offen nach ihren Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden gefragt wurden, kamen Kunz und Gabriel zu folgendem Ergebnis: Mitglieder in Freiwilligenorganisationen sind politisch wesentlich aktiver als Nichtmitglieder. Die aktive Mitarbeit in den Organisationen ist mit einer deutlich stärkeren politischen Aktivität verbunden als die einfache Mitgliedschaft. Und je größer die Zahl der Organisationen ist, denen ein Bürger angehört, desto aktiver ist er. Zusammengefasst: „Generell

lässt sich also festhalten, dass die politische Partizipation mit der Einbindung in den intermediären Sektor steigt“ (Kunz/Gabriel 2000: 63).

Diese Ergebnisse korrespondieren mit empirischen Anhaltspunkten, die Braun (2004: 66) auf der Grundlage einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung im Jahr 2001 lieferte. So sind Vereinsmitglieder gegenüber politischen Angelegenheiten aufgeschlossener und weisen ein höheres Vertrauen auf als Bevölkerungsmitglieder, die keinem Verein angehören. Zeichnen sich Vereinsmitglieder dadurch aus, dass sie gegenüber Nichtmitgliedern weniger individualistisch, weniger ablehnend gegenüber Ausländern bzw. Fremden eingestellt sind und eine größere Sensibilität für soziale Ungleichheit und gesellschaftspolitische Lagen sowie ein größeres politisches Interesse haben, steigt der Grad des Engagements, das Vertrauen und das Interesse an gesellschaftspolitischen Themen nochmals, wenn diese Vereinsmitglieder aktiv mitarbeiten. Weiter konnte die theoretische Annahme empirisch gestützt werden, dass Mitglieder außenorientierter Vereine hilfsbereiter und weniger misstrauisch gegenüber Mitmenschen und der Politik sind als die Mitglieder in binnenorientierten Vereinen, die ihrerseits durch ausgeprägtere gesellige, aber auch chauvinistische und fremdenfeindliche Orientierungen gekennzeichnet sind (Braun 2004: 66). Beide Studien stellen auf ihre Art und Weise die Bedeutung der Aktivität in Vereinen heraus. Multivariate Regressionsanalysen ergaben: „Als einflussreichster Bestimmungsfaktor politische Beteiligung erweist sich die Aktivität in Freiwilligenorganisationen, die bloße Mitgliedschaft ist für das Partizipationsniveau weitgehend bedeutungslos.“ (Kunz/Gabriel 2000: 68). Andere einflussreiche unabhängige Variablen waren die Wertorientierung, die politische Kompetenz, das politische Interesse, die soziale Schicht sowie die Bildung (ebd.: 69).

Nach Geißel (2001) existieren in Deutschland bislang keine systematischen qualitativ orientierten Studien zum Zusammenhang zwischen städtischer Beteiligung und sozialem Kapital. Sie referiert in ihrem Artikel zwei Fallstudien aus den USA, die die Einführung eines School-Boards bestehend aus Eltern, Bürgerinnen, und Schulbediensteten und die Entwicklung eines bürgernahen Polizeiprogramms (Illinois, Chicago) untersuchten. Sozialkapital definiert Geißel in Bezugnahme auf Putnam als soziales Vertrauen, reziproke Normen und Engagement in Freiwilligenassoziationen. Die wissenschaftlich begleiteten Projekte wurden in Stadtteilen mit unterschiedlichen sozialen und ethnischen Voraussetzungen durchgeführt. Ohne auf Jacobs (1993) Bezug zu nehmen, sieht Geißel soziales Kapital wie sie als einen „zentralen Indikator für

erfolgreiche Selbstorganisation und die Lösung lokaler Probleme“ (Geißel 2001). Lokale Beteiligungsmöglichkeiten konnten auch in Gegenden mit niedrigem sozioökonomischen Kapital erfolgreich umgesetzt werden, sofern das soziale Kapital hoch war. Fehlte soziales Kapital, standen aber ausreichend finanzielle Mittel und (politische) Unterstützung zur Verfügung, war eine erfolgreiche Umsetzung ebenfalls eher wahrscheinlicher. In den Gebieten ohne soziales Kapital und ohne ökonomisches Kapital konnten Mitbestimmungsrechte nur unter Schwierigkeiten erfolgreich wahrgenommen werden.“ (Geißel 2001: 281f.) Aus den vorgestellten Ergebnissen leitet Geißel (2001) einige Implikationen für das Putnamsche Konzept des sozialen Kapitals ab: „Die fehlende Kontextbezogenheit zu kritisieren. Das soziale Kapital einer lokalen Einheit kann beispielsweise kaum jenseits des sozioökonomischen Kontextes betrachtet werden. So setzte in dem Chicagoer Beispiel der reiche Bezirk die Reformen am erfolgreichsten um. In Minneapolis korrelierte das Ausmaß an sozialem Kapital eindeutig mit Bildung und Einkommen. Doch nicht nur sozioökonomische Situation sondern auch andere Gelegenheitsstrukturen spielen eine Rolle bei der Entstehung von sozialem Kapital. Vereine, Verbände u.a. können leichter aufgebaut werden, wenn beispielsweise die politischen Rahmenbedingungen den Aufbau fördern“ (Geißel 2001: 281f.).

Eine detaillierte Analyse des lokalen sozialen Kapitals legte Olaf Schnur (2003) für vier Stadträume (Beusselkiez, Stephankiez, Lehrter Kiez und Westfälisches Viertel) in Berlin vor. Schnur (2003: 260) kommt darin zu dem Schluss, dass das Ausmaß des Sozialkapitals in den vier Untersuchungsgebiete unterschiedlich ausfällt. Er führt die Unterschiede u.a. auf die langjährigen Erfahrungen im Wohnquartier und zivilgesellschaftlichen Traditionen zurück (ebd.: 261). Für den Beusselkiez, der in den Medien häufig als „Ghetto“ und „sozialer Brennpunkt“ beschrieben wird und durch eine hohe Mieterfluktuation gekennzeichnet ist, zeigt sich, „dass die sozialen Netze gefährdeter, die Nachbarschaften anfälliger, der Zusammenhalt und das Vertrauen in die Mitmenschen und damit die gemeinsame Sorge um den Kiez geringer sind“ (ebd.). Empirisch bestätigen sich für dieses Wohngebiet die Überlegungen von Jane Jacobs (1963).

Alemann u.a. (2004) haben in ihrer Analyse der politischen Kultur in vier „Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“ in Nordrhein-Westfalen auch das soziale Kapital entlang der Anzahl der Freunde, der Nachbarschaftsbeziehungen und der Mitgliedschaften untersucht. Die Forscher kommen zu dem Schluss, dass die Bewohner „sich nicht durch besonders schlechte

nachbarschaftliche Verhältnisse aus[zeichnen]“ (Alemann u.a. 2004: 76). Nach der Darstellung der bisherigen Forschungsergebnisse folgt die Präsentation der Ergebnisse der Telefonumfrage.

7.4 Empirische Ergebnisse

7.4.1 Soziales Vertrauen

Die folgende Abbildung 7.1 gibt einen ersten Überblick über die Häufigkeiten der vier Items: zum sozialen Vertrauen zu Nachbarn, zum Vertrauen zu Stadtteilbewohnern, zum Vertrauen zu Menschen in der Stadt und zum Vertrauen zu Ausländern (zur Operationalisierung vgl. Tabelle A 1; zu den Häufigkeiten vgl. Tabelle A10 im Anhang).

Abbildung 7.1: Soziales Vertrauen nach Stadtteilen

Für jeden Stadtteil ergibt sich ein spezifisches, individuelles Profil. Die vermuteten, gravierenden Unterschiede zwischen privilegierten und benachteiligten Quartieren kommen nur bei einer Dimension zum Tragen: bei der *Einschätzung des Vertrauens zu den Bewohnern des eigenen Stadtteils*. Das ansonsten überraschenderweise recht hohe soziale Vertrauen in den benachteiligten Quartieren im Vergleich zu den privilegierten Quartieren schlägt hier in Misstrauen gegenüber die Bewohner des eigenen Stadtteils um. Die Mehrheit der Bewohner aller benachteiligten Quartiere nimmt eine distanzierte Haltung gegenüber den eigenen Stadtteilbewohnern ein. Im Folgenden werden zwei mögliche Erklärungen für das ausgeprägte Misstrauen vorgeschlagen.

1) Eine Interpretation wäre vor dem Hintergrund der Dichte und Heterogenität der Großstädte denkbar, die bereits Georg Simmel zu Beginn des 20. Jahrhunderts beschäftigten. Den Prototypen des modernen Großstädtlers beschrieb Simmel in dem vielbeachteten Aufsatz von 1903 „Die Großstadt und das Geistesleben“. Zu seinen typischen Kennzeichen des Großstädtlers gehört eine „Blasiertheit“, die sich in „Unpersönlichkeit“, „Abstumpfung gegen die Unterschiede der Dinge“ und „Gleichgültigkeit“ gegenüber räumlich Nächste und Nachbarn ausdrückt und sich als „Folge jener rasch wechselnden und in ihren Gegensätzen eng zusammengedrängten Nervenreize“ entwickelt. „Diese Reserviertheit mit dem Oberton versteckter Aversion“ (Simmel 1995: 123) gewährte in der Interpretation von Simmel – getragen von den neuen Arbeits- und Lebensmöglichkeiten der industriellen Großstädte – dem Individuum ein Maß an persönlicher Freiheit und löste es aus dem engen Zusammenschluss familiärer und traditioneller Beziehungen.

2) Das geringere soziale Vertrauen gegenüber den eigenen Stadtteilbewohnern in den benachteiligten Quartieren könnte auch mit der Stigmatisierung der Quartiere und der subjektiv empfundenen Deprivation in Verbindung gebracht werden. Hinter der misstrauischen Haltung ließe sich der Versuch der Bewohner vermuten, sich von der eigenen Lage und deren negativen Bewertung zu distanzieren und zu befreien, nach dem Motto: „Die anderen sind noch schlimmer“. Das Misstrauen würde – wie bei dem positiven Vertrauen auch – mit der eigenen Lebenssituation zusammenhängen. Unsicherheit, Deprivation und möglicherweise das Gefühl, ungerecht behandelt worden zu sein, führten in diesem Sinne zu Misstrauen (vgl. dazu Kapitel 2.3.3.).

Die Beziehung zu den *Nachbarn* ist in den benachteiligten Quartieren hingegen mehrheitlich von Vertrauen geprägt, auch wenn nicht so hohe Vertrauenswerte wie in den privilegierten Stadtteilen erreicht werden. Offensichtlich bilden die Nachbarschaften für die Mehrheit der Bewohner so etwas wie sichere Bastionen des sozialen Umgangs und Orte des Vertrauens. Eine mögliche Erklärung wäre, dass Nachbarschaften – gemäß der Kontakthypothese – direkten Kontakt zu Mitmenschen fremder Kulturen und Lebensstile herstellen und erlauben, Alltagspraktiken (z.B. wann die Nachtruhe beginnt, wie der Müll zu entsorgen und das Treppenhaus sauber zuhalten ist) mit Bewohnern anderer Kulturen und Lebensstile verbal auszuhandeln. Durch den Kontakt entstünde eine größere Toleranz gegenüber fremden Alltagspraktiken. Es wäre aber auch denkbar, dass Nachbarschaften im Gegensatz zum

gesamten Stadtteil generell homogener ausfallen und positives Vertrauen in die unmittelbare Umgebung ermöglichen.

Auf einem ähnlich hohen Niveau wie das Vertrauen zu Nachbarn befindet sich das *Vertrauen zu Menschen der eigenen Stadt*. Die Stadt als solche bietet für den Großteil der Bewohner der privilegierten und der benachteiligten Stadtteile eine positive und daher gemeinsame Identifikation.

Vertrauen zu *Ausländern* haben zwischen 63,5% und 71,2% der Bewohner und Bewohnerinnen in sechs Stadtteilen. Indessen vertrauen nur 40,2% der Bewohner und Bewohnerinnen im Leipziger Osten und 52,7% in Berlin Wedding Ausländern. Neben den bereits vorgebrachten Gründen für soziales Misstrauen, könnte auch der soziodemographische Wandel der Quartiere in den letzten 10 Jahren eine Rolle spielen. So stieg der Ausländeranteil in Leipzig Osten von 1,4% im Jahr 1992 auf 14,1% im Jahr 2003 und in Berlin Wedding von 3,5% im Jahr 1992 auf 35,8% im Jahr 2002 (vgl. Häußermann/Läzer/Wurtzbacher 2008). Das Misstrauen könnte aus der Perspektive der ‚Alteingesessenen‘ Ausdruck eines subjektiven Gefühls der Überfremdung sein.

Um beurteilen zu können, welchen Einfluss die einzelnen Quartiere auf die Variable *soziales Vertrauen* haben und ob sich eine Rangfolge im sozialen Vertrauen ergibt, wurde zur Datenreduktion mittels einer Faktorenanalyse ein Faktor aus den vier Items des sozialen Vertrauens generiert (vgl. dazu Tabelle A5 im Anhang) und eine lineare Regression mit den acht Untersuchungsquartieren als unabhängige Variablen gerechnet. Das Quartier Wedding wurde als Referenzkategorie herangezogen. Die Ergebnisse sind daher stets im Vergleich zum Quartier Wedding zu interpretieren. Die Regressionskoeffizienten werden in der folgenden Tabelle 7.1 als Rangplätze dargestellt, wobei der erste Rang im Vergleich zu Wedding ein hohes soziales Vertrauen angibt, der letzte Rang ein relativ geringes soziales Vertrauen. Folgende Ergebnisse wurden beobachtet:

Tabelle 7.1: Lineares Regressionsmodell mit dem Faktor *soziales Vertrauen* als abhängige Variable

Kovariate	Regressionskoeffizient	Rangplätze im Vergleich zur Referenzkategorie
<i>benachteiligte Quartiere</i>		
(Wedding)		8.
Osten	(0.03) ns	(7.)
Schönau	0.31**	5.
Chorweiler	0.27**	6.
<i>privilegierte Quartiere</i>		
Zehlendorf	0,68**	2.
Gohlis	0,61**	4.
Oststadt	0,66**	3.
Hahnwald/Marienburg	0,82**	1.
Konstante = Wedding	-0,37**	
N	2441	
Adj. R ²	0,12	

5% Signifikanzniveau*, 1% Signifikanzniveau**, ns – statistisch nicht signifikant, Referenzkategorie: Wedding.

Das höchste soziale Vertrauen besitzen die Bewohner und Bewohnerinnen des privilegierten Stadtteils Hahnwald/Marienburg (Köln). An zweiter Stelle im Vertrauen folgt der Berliner Stadtteil Zehlendorf, an dritter Stelle der Mannheimer Stadtteil Oststadt. Den vierten Platz des sozialen Vertrauens belegt der Leipziger Stadtteil Gohlis. Die grundlegende Annahme, dass das soziale Vertrauen in den privilegierten Quartieren höher als in den benachteiligten ist, wird durch das Regressionsmodell in Tabelle 7.1 gestützt. Die benachteiligten Quartiere belegen die vier letzten Plätze. Der Stadtteil Schönau ist unter den benachteiligten Quartieren mit dem höchsten sozialen Vertrauen ausgestattet ist und nimmt den fünften Platz ein. Den sechsten Platz belegt Chorweiler. Der Wert für den Leipziger Stadtteil Osten ist zwar nicht statistisch signifikant, liegt jedoch vor Wedding auf Platz sieben. Das geringste soziale Vertrauen unter den acht Quartieren weisen die Bewohner und Bewohnerinnen des Berliner Stadtteils Wedding auf.

Mit diesem Regressionsmodell (Tabelle 7.1) kann bereits eine Varianz von 12% aufgeklärt werden, was einen relativ starken Einfluss des Wohnsitzes in einem privilegierten bzw. in einem benachteiligten Quartier andeutet.

In einem zweiten Regressionsmodell (Tabelle 7.2) werden weitere Variablen sukzessiv intergriert und deren Einfluss auf das soziale Vertrauen untersucht. Das erste Modell umfasst dabei soziodemographische Variablen, das kulturelle und ökonomische Kapital, den beruflichen und familiären Status sowie die Wohndauer. Das zweite Modell wird mit Variablen zum Quartiers- und Stadtbezug erweitert. In der ersten Spalte der Tabelle 7.2 finden sich die unabhängigen Variablen, in der zweiten Spalte die Referenzkategorien. Die letzten Spalten sind den Regressionskoeffizienten vorbehalten. Es wurden folgende Resultate beobachtet:

Tabelle 7.2: Lineare Regressionsmodelle mit dem Faktor *soziales Vertrauen* als abhängige Variable

Kovariate	Referenzkategorie	Modell 1	Modell 2	Standard. Regress. Koeff.
		Regressions- koeffizient	Regressions- koeffizient	
soziodemographische Variablen				
männlich	weiblich	ns	ns	
Alter		0,12**	0,08**	
kulturelles Kapital				
Mittlere Reife, POS 10.Klasse	Hauptschulabschluss	ns	ns	
Abitur, FHR	Hauptschulabschluss	0,31**	0,18**	
ökonomisches Kapital/ beruflicher Status				
Einkommen (in 100 €)		0,00004**	ns	ns
erwerbstätig	nicht erwerbstätig	ns	ns	
Arbeiter	Angestellte	-0,18*	ns	
Beamte	Angestellte	ns	ns	
Selbständige	Angestellte	ns	ns	
Familienstatus				
ledig	verheiratet	ns	ns	
geschieden/verwitwet	verheiratet	-0,5**	-0,1*	
Quartiers- und Stadtbezogene Variablen				
Wohndauer		ns	ns	ns
privilegierte Quartiere	benachteiligte Quartiere		0,27**	
Berlin	Leipzig		ns	
Mannheim	Leipzig		0,11*	
Köln	Leipzig		0,22**	
Bindung an den Stadtteil			0,57**	
Konstante		-0,73**	-1,14**	-1,14**
N		1894	1888	1888
Adj. R ²		0,08	0,22	0,22

5% Signifikanzniveau*, 1% Signifikanzniveau**, ns – statistisch nicht signifikant.

Im ersten Modell zeigten folgende Variablen einen Einfluss: das Alter, die Bildung, der berufliche und familiäre Status und in geringfügiger Weise das Einkommen beeinflussen das soziale Vertrauen. Ein höheres Vertrauen ist für Personen mit Abitur gegenüber Personen mit Hauptschulabschluss festzustellen sowie für ältere Bewohnerinnen und Bewohner gegenüber jüngeren. Weniger soziales Vertrauen zeigen Arbeiter (gegenüber Angestellten) und geschiedene bzw. verwitwete Personen gegenüber verheirateten. Im Modell 2 ist das Einkommen nicht mehr signifikant. Möglicherweise geht der Effekt auf die quartiers- und stadtbezogenen Variablen über. So haben Bewohner aus privilegierten Quartieren ein höheres soziales Vertrauen als Bewohner benachteiligter Quartiere. Auch die Bindung an den Stadtteil übt einen Einfluss aus: Für Personen, die gern in ihrem Stadtteil leben, steigt das soziale Vertrauen gegenüber den Personen, die nicht gern in ihrem Stadtteil leben. Städteunterschiede sind ebenfalls zu beobachten. Ein signifikanter Einfluss ist für die Stadt Köln und die Stadt Mannheim gegenüber der Stadt Leipzig zu erkennen. Bewohner aus Köln und Mannheim haben ein höheres soziales Vertrauen als Bewohner der Stadt Leipzig.

Das Regressionsmodell klärte eine Varianz von 22% auf. Eine zusammenfassende Interpretation erfolgt am Ende des Kapitels.

7.4.2 Mitgliedschaften

Die Mitgliedschaften wurden mit der Frage erhoben, ob die interviewten Personen Mitglied der folgenden acht Organisationen sind oder nicht: bildungsorientierter Verein, Sportverein, karitative Organisation, Umweltorganisation, Kirche, Gewerkschaft, Berufsverband und Partei (zur Operationalisierung vgl. Tabelle A 1, zu den Häufigkeiten vgl. Tabellen A12 und A13 im Anhang). Einen ersten Eindruck der deskriptiven Daten vermittelt die folgende Abbildung:

Abbildung 7.2: Mitgliedschaften der Bewohner und Bewohnerinnen nach Stadtteilen

Betrachtet man die Mitgliedschaften, zeigen sich Unterschiede sowohl zwischen den Stadtteilen als auch zwischen den Organisationen. Die Kirchen bzw. religiöse Vereinigungen gehören zu den Institutionen, die in dieser Stichprobe die meisten Mitglieder zählen. Die ostdeutschen Stadtteile Gohlis und Osten in Leipzig bilden hierbei eine Ausnahme, deren nicht so stark ausgeprägte Kirchenmitgliedschaften sich historisch mit der ideologischen Ausrichtung der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik erklären lassen. Die Parteien sind den Kirchen gegenüber die Institutionen mit den geringsten Mitgliederzahlen. Dazwischen gruppieren sich die anderen Institutionen. Etwas überdurchschnittlichen Zuspruch genießen die Sportvereine. Sie haben in allen Quartieren mehr Mitglieder als bildungsorientierte, karitative und umweltnahe Vereine und Organisationen.

Für alle erfragten Mitgliedschaften gilt: die Bewohner privilegierter Stadtteile sind häufiger Mitglied als Bewohner benachteiligter Stadtteile. Dieses Verhältnis dreht sich nur bei der Frage nach einer Mitgliedschaft in der Gewerkschaft um. Bewohner benachteiligter Stadtteile sind häufiger Gewerkschaftsmitglied als Bewohner privilegierter Stadtteile.

Um das Ausmaß des Engagements der Quartiere nach Mitgliedschaften besser einschätzen zu können, werden in Abbildung 7.3 die Mitgliedschaften nach folgendem Schema betrachtet: *mindestens eine von acht Mitgliedschaften*, *mindestens zwei von acht Mitgliedschaften* und *mindestens drei von acht Mitgliedschaften* (zu den Häufigkeiten vgl. Tabelle A11 im Anhang).

Abbildung 7.3: Mitgliedschaften nach Stadtteilen

Betrachtet man die Häufigkeiten für *mindestens eine von acht Mitgliedschaften* sind die Unterschiede zwischen den privilegierten und benachteiligten Stadtteilen nicht so auffällig. In allen untersuchten Quartieren hat über die Hälfte der Bewohner mindestens eine Mitgliedschaft. Das heißt, auch in den benachteiligten Quartieren ist, gemessen an den Mitgliedschaften, mindestens jeder Zweite in irgendeiner Weise in einer Organisation institutionell eingebunden. In sechs Quartieren haben sogar Dreiviertel der Befragten mindestens eine Mitgliedschaft.

Steigert man die Anzahl der Mitgliedschaften pro Person auf *zwei bzw. drei Mitgliedschaften*, zeichnet sich mit zunehmender Anzahl ein deutlicherer Unterschied zwischen den privilegierten und benachteiligten Quartieren ab. Bewohner privilegierter Quartiere haben häufiger Mehrfachmitgliedschaften als Bewohner benachteiligter Quartiere. Ausnahmen sind der benachteiligte Stadtteil Mannheim Schönau und der privilegierte Stadtteil Leipzig Gohlis. Nicht nur das soziale Vertrauen ist in Schönau größer als in den anderen benachteiligten Stadtteilen, sondern die Bewohner in Schönau sind auch häufiger Mitglied mehrerer Organisationen als andere Bewohner in benachteiligten Stadtteilen. Für Leipzig Gohlis gilt das Gegenteil. Die Mitgliedschaften liegen weit unter dem Durchschnitt der anderen privilegierten Quartiere. Die geringen Kirchenmitgliedschaften in Ostdeutschland können dabei eine Rolle spielen.

Um auch für die Mitgliedschaften genauer zu bestimmen, welche Variablen einen Einfluss ausüben, wird für die Dummyvariable „Mitgliedschaften, wenn mindestens zwei Mitgliedschaften vorliegen“ eine logistische Regression gerechnet. Zunächst werden

soziodemographische Variablen, das kulturelle und ökonomische Kapital, der berufliche und der familiäre Status sowie die Wohndauer integriert. Im zweiten Modell wird der Einfluss der Quartiers- und Stadtbezogenen Variablen untersucht. Die Ergebnisse sind in Tabelle 7.3 als Chancenverhältnisse, Odd Ratios dargestellt. Das Pseudo R^2 gibt die erklärte Varianz an. Es konnten folgende Resultate erzielt werden:

Tabelle 7.3: Logistische Regression mit der Dummyvariable *Mitgliedschaften* (wenn mindestens zwei von acht Mitgliedschaften vorliegen) als abhängige Variable

Kovariate	Referenzkategorie	Modell 1 Odd-Ratio	Modell 2 Odd-Ratio
<i>soziodemographische Variablen</i>			
männlich	weiblich	ns	ns
Alter		1,01**	1,01**
<i>kulturelles Kapital</i>			
Mittlere Reife, POS 10.Klasse	Hauptschulabschluss	ns	ns
Abitur, FHR	Hauptschulabschluss	1,78**	1,91**
<i>ökonomisches Kapital/ beruflicher Status</i>			
Einkommen (in 100 €)		1,00**	1,00**
Erwerbstätig	Nichterwerbstätig	1,51**	1,50**
Arbeiter	Angestellte	ns	ns
Beamte	Angestellte	ns	ns
Selbständige	Angestellte	ns	ns
<i>Familienstatus</i>			
ledig	verheiratet	ns	ns
geschieden/verwitwet	verheiratet	0,74*	ns
<i>Quartiers- und Stadtbezogene Variablen</i>			
Wohndauer		ns	ns
privilegierte Quartiere	benachteiligte Quartiere		1,33**
Berlin	Leipzig		2,21**
Mannheim	Leipzig		3,24**
Köln	Leipzig		2,04**
Bindung an den Stadtteil			ns
N		2480	2468
Pseudo R^2		0,06	0,09

5% Signifikanzniveau*, 1% Signifikanzniveau**, ns – statistisch nicht signifikant.

Das kulturelle Kapital stellt sich als eine Einflussgröße für die Mitgliedschaften heraus. Personen mit Abitur haben eine höhere Chance für mehrere Mitgliedschaften als Personen mit einem Hauptschulabschluss. Auch das Einkommen und die Erwerbstätigkeit spielen eine Rolle. Der Anteil der Erwerbstätigen und der Anteil der Befragten, die über ein höheres Einkommen verfügen *und* zweifach Mitglied in einer Organisation sind, ist größer als der Anteil der Befragten, die nicht erwerbstätig sind und ein unterdurchschnittliches Einkommen haben und zweifach Mitglied sind. Hinsichtlich des Familienstatus zeigen geschiedene bzw. verwitwete Personen eine höhere Chance Mitglied in einer intermediären Organisation zu sein, als verheiratete Personen.

Das erweiterte Modell 2 stellt deutliche Unterschiede zwischen den Städten und zwischen den kontrastierten Quartieren heraus. Leipzig stellt sich als die Stadt mit den geringsten Mitgliedschaften heraus. Dieser Effekt kann teilweise durch die fehlenden Mitgliedschaften in der Kirche oder einer religiösen Gemeinschaft in Leipzig erklärt werden. Deutlich wird aber auch der Einfluss des Wohnsitzes. Bewohner privilegierter Quartiere haben eine höhere Wahrscheinlichkeit für mehrfach-Mitgliedschaften als Bewohner benachteiligter Stadtteile.

Mit dem logistischen Regressionsmodell wurde eine Varianz von 9% aufgeklärt.

7.4.3 Bürgerschaftliches Engagement

Das aktive bürgerschaftliche Engagement bildet die dritte Komponente des sozialen Kapitals. Die folgende Abbildung 7.4 gibt einen Überblick über die Verteilung des Engagements nach Stadtteilen (zur Operationalisierung vgl. Tabelle A 1; zu den Häufigkeiten vgl. Tabelle A13 im Anhang).

Abbildung 7.4: Bürgerschaftliches Engagement (Ehrenamt/ aktive Mitgliedschaft) nach Stadtteilen

Es zeigt sich, dass sich Bewohner privilegierter Quartiere signifikant häufiger bürgerschaftlich engagieren als Bewohner und Bewohnerinnen benachteiligter Quartiere. Für die benachteiligten Stadtteile fallen die beobachteten Häufigkeiten des Engagements zwischen 18% und 29% ähnlich wie in der Studie von Alemann u.a. (2004) aus. Aber auch in den privilegierten Quartieren engagieren sich nicht mehr als 37% der Befragten ehrenamtlich (in Berlin Zehlendorf). Für den Mannheimer benachteiligten Stadtteil Schönau und den Leipziger privilegierten Stadtteil Gohlis setzt sich der bisher beobachtete Trend fort. Schönau liegt mit seiner aktiven Mitgliedschaft und seinem Engagement über dem Durchschnitt der benachteiligten Quartiere, Leipzig Gohlis als privilegiertes Gebiet dagegen unterhalb des Durchschnitts der privilegierten Stadtteile.

Um den Einfluss der soziodemographischen Variablen, des kulturellen und ökonomischen Kapitals, des familiären und beruflichen Status sowie der Quartiers- und Stadtbezogenen Variablen vorherzusagen, wurde eine logistische Regression mit der Dummyvariablen „bürgerschaftliches Engagement“ gerechnet. Die Ergebnisse stellt die folgende Tabelle 7.4 dar:

Tabelle 7.4: Logistische Regressionsmodelle mit der Dummyvariable *bürgerschaftliches Engagement* als abhängige Variable

Kovariate	Referenzkategorie	Modell 1 Odd-Ratio	Modell 2 Odd-Ratio
<i>soziodemographische Variablen</i>			
männlich	weiblich	ns	ns
Alter		ns	ns
<i>kulturelles Kapital</i>			
Mittlere Reife, POS 10.Klasse	Hauptschulabschluss	ns	ns
Abitur, FHR	Hauptschulabschluss	2,05**	2,00**
<i>ökonomisches Kapital/ beruflicher Status</i>			
Einkommen (in 100 €)		ns	ns
erwerbstätig	nicht erwerbstätig	ns	ns
Arbeiter	Angestellte	ns	ns
Beamte	Angestellte	1,66*	1,57*
Selbständige	Angestellte	1,44*	1,43*
<i>Familienstatus</i>			
ledig	verheiratet	ns	ns
geschieden/verwitwet	verheiratet	ns	ns
<i>Quartiers- und Stadtbezogene Variablen</i>			
Wohndauer		ns	ns
privilegierte Quartiere	benachteiligte Quartiere		ns
Berlin	Leipzig		ns
Mannheim	Leipzig		1,59**
Köln	Leipzig		ns
Bindung an den Stadtteil			ns
N		2478	2466
Pseudo R ²		0,03	0,04

5% Signifikanzniveau*, 1% Signifikanzniveau**, ns – statistisch nicht signifikant.

Bei der Untersuchung der Einflussfaktoren des bürgerschaftlichen Engagements stellten sich folgende Merkmale als statistisch signifikant heraus: das kulturelle Kapitel und der berufliche Status. Die Wahrscheinlichkeit sich bürgerschaftlich zu beteiligen, steigt für Personen mit Abitur gegenüber Personen mit einem Hauptschulabschluss um das 2-fache. Eine erhöhte Wahrscheinlichkeit zum bürgerschaftlichen Engagement zeigen weiterhin Beamte und Selbständige gegenüber Angestellten. Ein Städteunterschied ist im zweiten Modell zwischen Mannheim und Leipzig statistisch belegt: Mannheim verfügt über ein höheres Engagement als

Leipzig. Die Aufklärung der Varianz liegt in dem präsentierten Modell lediglich bei 4%, was auf die geringe Varianz im Antwortverhalten der Befragten zurückgeführt werden kann.

7.5 Zusammenfassung

Das soziale Kapital wurde in drei Dimensionen operationalisiert: soziales Vertrauen, Mitgliedschaften und bürgerschaftliches Engagement. Tabelle 7.5 fasst die Ergebnisse für die einzelnen Quartiere in einer Rangfolge zusammen. Der erste Platz in der Rangfolge steht für die höchsten Vertrauenswerte, die meisten Mitgliedschaften und das größte bürgerschaftliche Engagement, der letzte Platz für relativ geringe Vertrauenswerte, wenige oder keine Mitgliedschaften und geringes bürgerschaftliches Engagement.

Tabelle 7.5: Rangplätze für das Soziales Kapital nach Stadtteilen

Quartiere	Soziales Vertrauen (Faktor) Rangplätze	Mitgliedschaften (mindestens 2 von 8) Rangplätze	Bürgerschaftliches Engagement Rangplätze
<i>benachteiligte Quartiere</i>			
Wedding	6.	5.	8.
Osten	7.	8.	7.
Schönau	4.	4.	5.
Chorweiler	8.	6.	6.
<i>privilegierte Quartiere</i>			
Zehlendorf	1.	2.	2.
Gohlis	5.	7.	4.
Oststadt	2.	3.	3.
Hahnwald/Marienburg	3.	1.	1.

Die privilegierten Quartiere Köln Marienburg/Hahnwald, Berlin Zehlendorf und Mannheim Oststadt belegen die ersten Ränge und gehören zu den Stadtteilen mit einem hohen sozialen Kapital. Sie zeichnen sich durch ein hohes soziales Vertrauen, durch überdurchschnittlich häufige Mehrfachmitgliedschaften und ein wesentlich höheres bürgerschaftliches Engagement aus. Den Bürgerinnen und Bürgern in diesen Gebieten ist damit auch die Möglichkeit an die Hand gegeben, sich bei Bedarf zu organisieren und gegen unliebsame Vorhaben der Stadt zu intervenieren. Dies gilt insbesondere für Köln Marienburg/Hahnwald und Berlin Zehlendorf, die den sozialstatistischen Kennziffern zufolge die geringsten sozialen Belastungen aufweisen.

Diese homogenen und privilegierten Quartiere sind potentiell selbstbewusste politische Akteure, weil sie interessiert die Stadtpolitik verfolgen, über kommunale Vertreter informiert und zur politischen Partizipation bereit sind. Sie verfügen daneben über eine stabile Vertrauensbasis der Bewohner untereinander im Quartier sowie über ein breites Netzwerk aus Mehrfachmitgliedschaften und bürgerschaftlichem Engagement.

Die angenommenen Unterschiede zwischen privilegierten und benachteiligten Quartieren konnten für das soziale Vertrauen und die Mitgliedschaften statistisch gestützt werden. Die benachteiligten Quartiere Berlin Wedding, Köln Chorweiler und Leipzig Osten verfügen über weniger soziales Kapital, weniger Mitgliedschaften und sind seltener bürgerschaftlich engagiert als die privilegierten Quartiere. Die Bewohner des benachteiligten Stadtteils Mannheim Schönau liegen in einer Gesamtauswertung des sozialen Kapitals vor dem privilegierten Quartier Leipzig Gohlis. Wie lässt sich dieser Befund erklären? Im Fall Leipzig Gohlis liegt es an dem insgesamt schwächeren Sozialkapital in Leipzig. Der benachteiligte Stadtteil Leipzig Osten besitzt das geringste soziale Kapital von den acht Untersuchungsgebieten. Auch andere Studien verweisen auf einen Ost-West-Unterschied hinsichtlich des sozialen Kapital, den auch die vorliegenden Daten nahe legen (vgl. Gensicke 2006, Offe/Fuchs 2001). Das relativ hohe soziale Kapital im benachteiligten Quartier Mannheim Schönau kann teils auf die aktive Unterstützung und Aufmerksamkeit des Stadtteils seitens der Stadt seit Anfang der 90er Jahre zurückgeführt werden, mit der die zivilgesellschaftlichen Akteure gestärkt wurden. Es liegt aber sicher auch an der über Jahrzehnte gewachsenen Vereinsstruktur, die in keinem anderen Untersuchungsgebiet in diesem Maß ausgeprägt ist wie in Mannheim Schönau (vgl. Häußermann/Läzer/Wurtzbacher 2008).

Die Frage, welche Personen häufiger und chancenreicher über soziales Kapital verfügen, beantworten die Regressionen: Wer über das Abitur verfügt, hat ein höheres soziales Vertrauen, ist häufiger Mehrfachmitglied und häufiger bürgerschaftlich engagiert. Das Alter und das Einkommen sind ebenfalls entscheidende Einflussgrößen: für ältere Personen und für Personen mit überdurchschnittlichem Einkommen ist ein höheres soziales Vertrauen und eine häufigere Mehrfachmitgliedschaft statistisch nachgewiesen. Die Erwerbstätigkeit wirkt sich hinsichtlich der Mehrfachmitgliedschaft positiv aus, negativ dagegen der Familienstatus ‚geschieden‘ gegenüber verheirateten Personen. Insgesamt betrachtet korrespondieren die unabhängigen Variablen mit dem privilegierten bzw. benachteiligten Wohnorten.

8 Solidaritätsbereitschaft

8.1 Problemaufriss

Eingebettet in den Kontext von Einstellungen, die sich auf die politische Gemeinschaft richten, stellt die *Solidaritätsbereitschaft* eine aktive Unterstützungsbereitschaft fremder Risiken nach dem Solidarprinzip dar oder wie es Richard Rorty ausdrückt, handelt es sich um „die Fähigkeit, auch Menschen, die himmelweit verschieden zu uns sind, doch zu „uns“ zu zählen“ (Rorty 1992: 310). Die Solidaritätsbereitschaft zielt meist auf eine finanzielle Umverteilung kollektiver Güter zugunsten ärmerer und benachteiligter sozialer Gruppen und grenzt sich von der kollektiven Bereitschaft, eigene Risiken nach dem Individualprinzip zu versichern ab (vgl. Ulrich 2005) ab. Die Frage nach dem Ausmaß und den Strukturen von Solidarität in einer Gesellschaft ist seit Émile Durkheim (1977[1893]) immer wieder diskutiert worden. Kaufmann (2002:19) sieht den Grund der Überlegungen zur Solidarität damals wie heute in einem umfassenden, gesellschaftlichen Wandlungsprozess, der Sozialwissenschaftlern wie Politikern die *soziale Frage* aufzwingt. Beschrieb Durkheim die Arbeitsteilung als das moderne Phänomen der Industrialisierung und Verstädterung im ausgehenden 19. Jahrhundert, das zu neuen sozio-moralischen Arrangements führte und die auf Tradition, Sitten und Sanktionen beruhende „mechanische Solidarität“ durch die „organische Solidarität“, eine differenziertere Form des gesellschaftlichen Zusammenhalts, ablöste, bildet heute „ein verbreitetes Unbehagen über mutmaßliche Auswirkungen von zumeist unter dem Begriff der Globalisierung zusammengefassten Phänomenen“ den Kontext der aktuellen Diskussion über Solidarität (Kaufmann 2002, siehe auch Münkler/Bluhm 2001, Münkler/Fischer 2002, 2002a ; Heitmeyer 1997, 1998, 2000, Berger 2005).

Eine weitestgehende Entgrenzung und technische Beschleunigung des Wirtschaftsverkehrs und das Zusammenwachsen bisher getrennter Finanzmärkte zu einem tendenziell weltweiten, ausschließlich geldvermittelten Regelungszusammenhangs (Kaufmann 2002) sowie die generelle Finanzierungsproblematik der Sozialversicherungssysteme in Europa schlägt sich auf der Ebene der Städte nieder und generiert die Frage, in wie weit deutsche Städte und lokale politische Entscheidungsträger überhaupt auf einen solidarischen Grundkonsens innerhalb der politischen Gemeinschaft und zwischen den Bürgerinnen und Bürgern bauen können oder nicht. Lässt sich auf eine solidarische Stadtgemeinschaft vertrauen oder zeichnen sich

Entsolidarisierungstendenzen unter den Stadtbürgern ab? Ist eine Politik der sozialen Umverteilung zugunsten benachteiligter Bewohner und Stadtgebiete nach wie vor gerechtfertigt oder fordern die Bürgerinnen und Bürger eine neoliberale Politik, die sich vom Solidarprinzip verabschiedet?

Um diese Fragen zu beantworten, werden im Folgenden ausgewählte Ansätze der Solidarität diskutiert, bisherige Befunde zur Solidaritätsbereitschaft vorgestellt und am Ende des Kapitels die empirischen Ergebnisse zur Solidaritätsbereitschaft vorgestellt.

8.2 Ansätze und Diagnosen zur Solidarität und Solidaritätsbereitschaft

Jede zivile und demokratische Gesellschaft ist auf Solidarität zwischen Individuen und Gruppen angewiesen. Sie ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass die Menschen als Gleiche anerkannt werden und sich zugleich für die Anerkennung anderer aussprechen oder einsetzen (vgl. Offe 2001). Diese wechselseitige Anerkennung ist die Grundlage für die Verhinderung feindseliger Einstellungen, von Ausgrenzungsforderungen gegenüber Schwachen und von gewaltförmigem Verhalten gegenüber Fremden (Heitmeyer 2008). Zugleich ist Solidarität ein knappes und flüchtiges Gut. Solidarisierung ist demnach eine basale Voraussetzung für den Zusammenhalt einer Gesellschaft, die wiederum eine Bedingung für ein gewaltarmes Zusammenleben von Individuen sowie von sozial, kulturell und ethnisch differenten Gruppen darstellt (Hondrich/Koch-Arzberger 1992). Entsolidarisierungen stellen demgegenüber ein zentrales Problem dar. 1982 wurde der Begriff der „Ellenbogengesellschaft“ zum Wort des Jahres gewählt. Er steht für eine Gesellschaft, in der Egoismus, Konkurrenz, Rücksichtslosigkeit und Eigennutz vorherrschen und bezeichnet den Prozess der Auflösung von solidarischen Verhältnissen oder Strukturen bzw. die sinkende Bereitschaft, sich solidarisch zu verhalten. Polanyi, Bauman und Beck beschrieben u.a. die Prozesse, die diesem umgangssprachlichen Ausdruck der „Ellenbogengesellschaft“ zugrunde liegen.

Karl Polanyi (1978) bezeichnete die zunehmende Marktorientierung, zu der es im Zuge der Industrialisierung kam, als eine Verselbständigung der Wirtschaft. Das traditionelle feudale und ständische System musste sich demnach in kürzester Zeit an die Folgen der Industrialisierung anpassen. Darin erkannte Polanyi den Wandel zu einer Marktgesellschaft, in der das individuelle Streben nach Gewinn und einer Maximierung des Eigennutzens dominierten. Ein damit

einhergehender immer ausufernder Materialismus in einer Marktgesellschaft läuft nach Polanyi dem Wesen der Gesellschaft entgegen, und bildet eine existenzielle Bedrohung. Die Folge ist die Transformation der natürlichen und menschlichen Substanz der Gesellschaft in Waren, deren Folge Entsolidarisierungsprozesse sind.

Zu den schärfsten Kritikern des Individualisierungsprozess als Wegbereiter der Entsolidarisierung gehören Zygmunt Bauman und Ulrich Beck. Für Bauman ist „die andere Seite der Individualisierung die Korrosion und langsame Auflösung des Staatsbürgertums“. Individuen sind demzufolge „zunehmend selbstüchtig, zynisch und langfristigen Lebensprojekten gegenüber gleichgültig“ (2001: 49, vgl. 1997, 1998). Ähnlich argumentiert Beck, der in der individualisierten Gesellschaft der Gegenwart soziale Beziehungen hohen Risiken ausgesetzt und in dem Phänomen der wachsenden Individualisierung geradezu einen „Gegenentwurf zur Solidarität“ sieht (Beck 1986, Beck/Beck-Gernheim 1994). Auch der Konsens, dass Solidarität einer der zentralen wohlfahrtstaatlichen Leitbegriffe ist, droht aufzuweichen (vgl. Kaufmann 2002, Ullrich 2005, Esping-Andersens 1990).

Steffen Mau (2002) bemüht sich um die Klärung der Begriffe von Gerechtigkeit und Solidarität, die beide durch das gemeinsame Interesse an den Fragen der sozialen Ordnung und des sozialen Zusammenhalts verbunden sind. „Ein Unterscheidungskriterium ist, dass Gerechtigkeit in einem engen Verständnis einen großen Grad an Verbindlichkeit annehmen kann, ja sogar ein Kriterium dafür bietet, was in einer Gesellschaft als Recht anerkannt wird und was nicht. Die Idee der Gerechtigkeit geht deshalb oft mit Rechtsansprüchen einher und spricht jedem Menschen unhintergehbare Rechte gegen andere und gegen das Kollektiv zu. Im Verhältnis dazu streicht der Solidaritätsbegriff die positiven Verpflichtungen von Individuen heraus, die aus ihren Zugehörigkeiten zu Kollektiven erwachsen. Solidarität gehört daher eher in den Katalog der Tugenden, die zwar appellativ eingefordert, aber kaum erzwungen werden können. Demgemäß ist Solidarität auch verschiedentlich als voluntaristischer Akt charakterisiert worden, dem die Entscheidung des Einzelnen zugrunde liegt, sich solidarisch zu verhalten – oder eben nicht“ (Mau 2002: 134). In diesem Sinne ist Solidarität eine auf Intention zurückgehende Handlung, die eine soziale Bindung begründet oder Ausdruck dieser ist (Hondrich/Koch-Arzberger 1992). Die Definition von Solidarität nach Kaufmann umfasst daher: ein Gefühl der Gemeinsamkeit, eine gemeinsame Situationsdefinition bzw. gemeinsame Interessen, geringe Transaktionskosten,

kurze Handlungsketten sowie eine gefühlsmäßige Verbundenheit und/oder eine normative Verpflichtung (Kaufmann 1984: 167ff.).

8.3 Bisherige empirische Befunde zur Solidaritätsbereitschaft

Vester (2002: 461) stellte in repräsentativen Befragungen fest, dass das sozialstaatliche Modell der Bundesrepublik immer noch zu 80% von der Bevölkerung gutheißen wird und dass die Solidaritätsmodelle gegenüber anderen sozialen Ordnungskonzepten mit 49% überwiegen. Vier Jahre später reflektiert Vester (2006: 287) die Folgen der Regierung unter Gerhard Schröder und stellt seitens der Politik einen Wandel in der Konzeption von Solidarität fest. So sei das sozialdemokratische Grundmotiv von Solidarität auf gleicher Augenhöhe, wie es in den sozialen Sicherungssystemen auf der Basis der Gegenseitigkeit vertreten wird, von Schröder umgedeutet worden (vgl. Giddens 1998). Solidarität verstehe er nur noch „asymmetrisch“, als Solidarität der Gesunden mit den Kranken und der Starken mit den Schwachen; denn das ‚Wer muss Wem zahlen‘ in der Rhetorik Schröders stelle vor allem die Belastung der vermeintlich gerade Starken und Wohlhabenden dar und nicht den gegenseitigen Risikoausgleich unter Gleichen (2006: 287f.).

Ullrich (2005, 2004) kommt in seinen Untersuchungen zu dem Schluss, dass das Solidarprinzip in Deutschland und insbesondere das Solidarprinzip der gesetzlichen Krankenversicherung positiv bewertet wird und auch die Solidaritätsbereitschaft gegenüber Arbeitslosen relativ hoch ausfällt (Ullrich 2005: 198). Demgegenüber zeigen neueste Umfragen, dass gerade Langzeitarbeitslose massiv von sozialer Abwertung betroffen sind. Fast 50 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass die meisten Langzeitarbeitslosen nicht wirklich daran interessiert sind, einen Job zu finden. Empörend finden es insgesamt 61 Prozent, wenn Langzeitarbeitslose auf Kosten der Allgemeinheit ein bequemes Leben machen (Heitmeyer/Mansel 2008: 30).

Mit Blick auf den Wandel der Solidaritätsformen hebt Zoll (2000: 153ff.) die Existenz von „Selbsthilfegruppen“ hervor und sieht in ihnen das Wiedererfinden eines alten Solidaritätsprinzips der gegenseitigen Hilfe (siehe auch Hondrich/Koch-Arzberger 1992: 50ff.) Komter (2005: 64f.) bewertet die Solidaritätsbereitschaft eher positiv und stellt Selbsthilfegruppen und Tauschringe in den Kontext neuer Formen lokaler Solidaritätsbereitschaft. Für die Niederlande stellt er eine gleichbleibende informelle Fürsorge

fest, für die „abstrakte Solidarität in Form von Spenden für karitative Einrichtungen und humanitäre Organisationen“ beobachtet er sogar einen Zuwachs (Komter 2005: 69).

Dieter Rucht (2003) untersuchte in seinem Gutachten „Bürgerschaftliches Engagement in sozialen Bewegungen“ u.a. das Protestverhalten „als Ausdruck von Solidarisierung und Entsolidarisierung“. Als Solidarproteste im weiten Sinne gelten Proteste, die sich für Menschenrechte, für Ausländer/ethnische Minderheiten, für gesellschaftliche Randgruppen, gegen Todesstrafe, gegen Folter, gegen Rassismus und totalitäre Regime usw. einsetzen. Er kommt zu dem Schluss, dass in der groben, wenngleich nicht durchgängigen Tendenz der Anteil derer, die sich an Solidarprotesten beteiligen, steigt (Rucht 2003: 71).

In der Analyse von Anhut (2000) über die politische Deutungskultur und die politische Soziokultur in drei nordrhein-westfälischen Städten zeigte sich im Hinblick auf mögliche ethnisch-kulturelle Konflikte eine auffällige Diskrepanz zwischen der Homogenität integrativer Deutungen bei den Medien und der politischen Elite und der Heterogenität der Deutungen in gleichen Politikfeldern auf der Ebene der politischen ‚Soziokultur‘ (vgl. dazu Rohe 1990). Sowohl bei der Ethnisierung sozialer Probleme als auch bei der Toleranz gegenüber kulturellen Alltagspraktiken und ökonomischen Aktivitäten von Minderheiten ergaben sich deutliche Unterschiede zwischen den Städten. Auch innerhalb der Städte gibt es Unterschiede. Während in den Städten Wuppertal und Münster die Antworten auf die Frage, ob angesichts der Finanznot mehr Vergünstigungen für Einkommensschwache eingeführt werden sollen, zwischen „besseren“ und „schlechteren“ Wohnquartieren nicht differieren, zeigt sich bei den Duisburger Befragten eine erhebliche Abweichung: Während in den benachteiligten Stadtteilen bis zu zwei Drittel solche Umverteilungsmaßnahmen befürworten, sind es bei den Bewohnern des privilegierten Quartiers noch nicht einmal ein Drittel. Dies wird von Anhut als Hinweis auf „Entsolidarisierungstendenzen innerhalb der Duisburger Stadtgesellschaft“ (2000: 493) gewertet.

Es zeigen sich somit einerseits Tendenzen der Solidaritätsbereitschaft, die vor allem im Zusammenhang mit neuen Formen der Solidarität stehen. Andererseits weisen empirische Befunde auf eine schwindende Solidarität gegenüber schwächeren Gruppen hin, wie bspw. gegenüber Langzeitarbeitslosen und benachteiligten Wohngebieten.

8.4 Empirische Ergebnisse

Die Frage nach der Solidaritätsbereitschaft wurde in drei Items operationalisiert, die sich in erster Linie an die Bewohner der privilegierten Gebiete richten. Auch den Bewohnern der benachteiligten Gebiete wurden die Items vorgelegt, um herauszubekommen, welche Erwartungen bzgl. der Solidarität vorherrschen. Die Items lauten: 1. *„Stellen Sie sich vor, Sie könnten bei der momentanen Finanznot über die knappen Gelder ihrer Stadt entscheiden. Wie sollten die knappen Gelder verteilt werden? Das Geld sollte auf alle Viertel gleich verteilt werden oder die schlechter gestellten Viertel sollten mehr Geld bekommen.“*; 2. *„Wie Sie vielleicht gehört haben, steht Geld zur Einrichtung von Ganztagschulen zur Verfügung. Wo im Stadtgebiet sollte man diese Ganztagschulen einrichten? Dort, wo die schlechtesten Schulleistungen zu beobachten sind oder dort, wo man die Besten unterstützen kann?“*; 3. *„Angenommen der Stadt-/Gemeinderat/das Abgeordnetenhaus erwägt, einen Solidaritätszuschlag für ihre Stadt einzuführen, um die Lebensbedingungen in schlechter gestellten Vierteln zu verbessern. Dieser Zuschlag würde weniger als ein Prozent Ihres Einkommens ausmachen. Würden Sie für oder gegen den Vorschlag einer Stadtabgabe stimmen?“* Die folgende Abbildung 8.1 stellt die Häufigkeitsverteilung der Solidaritätsbereitschaft in den acht Untersuchungsquartieren dar (vgl. dazu auch Tabelle A14 im Anhang).

Abbildung 8.1: Solidaritätsbereitschaft nach Stadtteilen

Die These einer Entsolidarisierung kann empirisch nicht bestätigt werden. Im Gegenteil, in den privilegierten Quartieren sprechen sich zwischen 75% und 80% der Befragten dafür aus, dass benachteiligte Quartiere trotz der Finanznot mehr Gelder bekommen sollten. Hinsichtlich der Chancengleichheit sagen zwischen 75% und 89% der Befragten in privilegierten Quartieren ihre Unterstützung für Bildungsbenachteiligte durch Ganztagschulen zu. Selbst einem lokalen Solidaritätszuschlag, der weniger als ein Prozent des Nettoauskommens ausmachen würde, stimmt die Mehrheit der befragten Bürgerinnen und Bürger in den privilegierten Quartieren zu. Diese hohe Solidaritätsbereitschaft auf Seiten der privilegierten Bewohner trifft auf eine ebenso hohe Erwartung auf Solidarität auf Seiten der benachteiligten Bewohnerinnen und Bewohner.

Eine lokale Sozialpolitik, die Umverteilungen öffentlicher Gelder zur Förderung benachteiligter Stadtgebiete und Bildungsbenachteiligter befürwortet, stößt somit auf einen breiten Konsens in allen privilegierten Stadtteilen und allen Städten ohne nennenswerte Unterschiede.

Eine genauere Analyse der Einflussfaktoren der Solidaritätsbereitschaft erlaubt die logistische Regression, deren Ergebnisse in Tabelle 8.1 dargestellt sind. Die Variablen zur Solidaritätsbereitschaft wurden zu diesem Zweck zu einer Variablen zusammengefasst, in der mindestens zwei der drei Items zugestimmt wurde. Folgende Resultate brachte die Berechnung:

Tabelle 8.1: Logistische Regressionsmodelle mit der *Solidaritätsbereitschaft* als abhängige Variable

Kovariate	Referenzkategorie	Modell 1 Odd-Ratio	Modell 2 Odd-Ratio
<i>soziodemographische Variablen</i>			
männlich	weiblich	ns	ns
Alter		ns	ns
<i>kulturelles Kapital</i>			
Mittlere Reife, POS 10.Klasse	Hauptschulabschluss	ns	ns
Abitur, FHR	Hauptschulabschluss	1,55**	1,45*
<i>ökonomisches Kapital/ beruflicher Status</i>			
Einkommen (in 100 €)		ns	ns
erwerbstätig	nicht erwerbstätig	0,72*	0,73*
Arbeiter	Angestellte	ns	ns
Beamte	Angestellte	ns	ns
Selbständige	Angestellte	ns	ns
<i>Familienstatus</i>			
ledig	verheiratet	1,38*	ns
geschieden/verwitwet	verheiratet	ns	ns
<i>Quartiers- und Stadtbezogene Variablen</i>			
Wohndauer		ns	ns
privilegierte Quartiere	benachteiligte Quartiere		ns
Berlin	Leipzig		ns
Mannheim	Leipzig		ns
Köln	Leipzig		ns
Bindung an den Stadtteil			ns
N		2480	2468
Pseudo R ²		0,01	0,02

5% Signifikanzniveau*, 1% Signifikanzniveau**, ns – statistisch nicht signifikant.

In dem ersten Modell sind der Bildungsabschluss, die Erwerbstätigkeit und der Familienstand signifikant. Personen mit Abitur sind solidarischer eingestellt als Personen mit einem Hauptschulabschluss. Gleiches gilt für Ledige (gegenüber Verheirateten). Der Anteil der solidarisch orientierten Personen ist unter den Ledigen größer als unter den Verheirateten. Die Chance solidarisch eingestellt zu sein, ist für Nichterwerbstätig etwas höher als für Erwerbstätige.

Die Frage, ob der Stadtteil bzw. das Wohnquartier einen Einfluss auf die Solidaritätsbereitschaft hat, kann mittels der Regression verneint werden. Es gibt weder einen signifikanten Unterschied zwischen den privilegierten und den benachteiligten Quartieren, noch gibt es einen Unterschied zwischen Personen, die gern in ihrem Stadtteil leben und Personen, die ungern im Stadtteil leben. Auch zwischen den Städten zeigen sich keine signifikanten Unterschiede. Insgesamt weist das Modell 2 nur ein sehr kleines Pseudo R^2 von 0,02 nach, was auf die allgemein geringe Varianz in der Solidaritätsbereitschaft zurückgeführt werden kann.

8.5 Zusammenfassung

Die Hypothese einer abnehmenden Solidaritätsbereitschaft in den privilegierten Quartieren konnte mit den Befragungsdaten nicht gestützt werden. Die befürchtete neoliberale Orientierung der Bewohnerinnen und Bewohner in privilegierten Quartieren, die eine Entsolidarisierung mit der Gesamtstadt nach sich ziehen könnte, bildet sich in Aussagen der Umfrage nicht ab. Über alle Untersuchungsgebiete hinweg ist die Solidaritätsbereitschaft bzw. die Erwartung an eine solidarische Haltung hoch. Dieses Ergebnis ordnet sich in die Befunde von Vester (2002: 461) und Ullrich (2004, 2005) ein, die zu dem Schluss kommen, dass Solidaritätsmodelle gegenüber anderen sozialen Ordnungskonzepten nach wie vor von einer Mehrheit mitgetragen werden. Lokale Entscheidungsträger und Kommunalpolitiker könnten demzufolge auf eine solidarische Basis in deutschen Städten bauen und diese für eine solidarisch ausgleichende Sozialpolitik unter gleichen Stadtbürgern nutzbar machen.

9 Fazit: Stadtdemokratie – ein moralisches Gebot zur Solidarität

Die vorliegende Arbeit ist eine quantitative Untersuchung der politischen Einstellungen in deutschen Großstädten. Anlass der Untersuchung ist der Befund, dass es in den Städten zunehmend ‚ausgegrenzte‘, d.h. sozial marginalisierte Quartiere gibt. In der Untersuchung wird danach gefragt, inwieweit sich die sozialräumliche Polarisierung auch in einer Auflösung gemeinsamer Problemdefinitionen und Politikvorstellungen von Stadtbewohnern niederschlägt. Dies wird in einem kontrastierenden Vergleich von benachteiligten und privilegierten Gebieten in vier Städten Berlin, Köln, Mannheim und Leipzig realisiert. Die Untersuchungsfrage richtet sich darauf, inwieweit die soziale und politische Integration auf stadtgesellschaftlicher Ebene gefährdet ist.

Mit Rückgriff auf die empirische politische Kulturforschung in der Tradition von Almond und Verba (1989) werden Einstellungen als Bereitschaft aufgefasst, auf ein Objekt, eine Person oder eine Sache stets in gleicher Weise zu reagieren, und die sich aus kognitiven, affektiven, evaluativen und konativen Komponenten zusammensetzen. Um den Bereich der politischen Einstellungen gegen andere Bereiche abzugrenzen, beziehen sich diese auf politische Einstellungsobjekte, die unter zu Hilfenahme der Arbeiten von Almond/Verba (1989) und Easton (1965a, 1965b) hergeleitet wurden (vgl. Kapitel 2.2.2.). Drei Ebenen, auf die sich politische Einstellungen beziehen, werden unterschieden.

Auf der ersten Ebene wird die *vertikale* Beziehung zwischen Stadtbürgern und „lokalpolitischen Institutionen und Herrschaftsträgern“ abgebildet, auf der zweiten Ebene der *Aktionsradius* der „Bürger als politische Akteure“ und auf der dritten Ebene die *horizontale* Beziehung zwischen den Bürgern der Stadt, d.h. die Beziehung der Bürger zur „politischen Gemeinschaft“. Auf diesen drei Untersuchungsebenen verteilen sich insgesamt fünf Untersuchungskonzepte mit spezifischen Einstellungsobjekten.

Auf der *vertikalen* Untersuchungsebene sind das politische Institutionenvertrauen und die Responsivitätswahrnehmung angesiedelt. Das *politische Institutionenvertrauen* erlaubt Aussagen über das Ausmaß an Vertrauen, welches die Bürger verschiedenen kommunalpolitischen Institutionen (Oberbürgermeister, Stadtparlament, Stadtparteien,

Kommunalpolitikern, Bezirksbeirat) entgegen bringen. Die *Responsivitätswahrnehmung* misst die Wahrnehmung der Bürger, in wie weit das eigene Wohnquartier durch die lokalpolitischen Akteure ausreichend politisch repräsentiert wird und die politischen Vertreter der Stadt sich den Wünschen der Bürger gegenüber responsiv verhalten.

Auf der Ebene, die den *Aktionsradius* der „Bürger als politische Akteure“ beschreibt, wird das Konzept der *politischen Involvierung* angewendet, welches Aussagen über das politische Interesse, die Kenntnis von lokalpolitischen Akteuren und die Bereitschaft der Bürger, sich politisch zu engagieren, erlaubt.

Auf der horizontalen Ebene der *politischen Gemeinschaft* kommen die Konzepte des sozialen Kapitals und der Solidaritätsbereitschaft zur Anwendung. Das *soziale Kapital* bezieht sich auf das soziale Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger untereinander, die Mitgliedschaften in intermediären Organisationen sowie das bürgerschaftliche, aktive Engagement. Die *Solidaritätsbereitschaft* fragt nach der Bereitschaft in den privilegierten Stadtteilen, sich mit dem anderen Teil der Stadt solidarisch zu verhalten.

Getragen wird die Untersuchung von der Überzeugung, dass jedes politische System in ein bestimmtes Geflecht von Einstellungen eingebettet ist und politische Strukturen zur eigenen Aufrechterhaltung *kongruenter Einstellungen* bedürfen (vgl. Almond 1956: 396). Diese Überzeugung beinhaltet vom Standpunkt einer demokratietheoretischen Perspektive die Annahme, dass eklatante Unterschiede in den Einstellungen zwischen den privilegierten und benachteiligten Quartieren ein Anzeichen für fehlende politische Repräsentation in Teilen der Stadt darstellen und eine Schieflage der städtischen Demokratie anzeigen. Eine mögliche Folge wäre, um mit Heitmeyer (2008) zu sprechen, eine „Krise der Demokratie“. Die Auswirkungen von politischen Einstellungen auf politisch demokratisch verfasste Stadtgesellschaften werden auf der Basis der Ergebnisse in diesem Kapitel noch zu diskutieren sein.

In wie weit Kommunen im Zuge des sozioökonomischen Wandlungsprozesses und des Umbaus des Sozialstaats nach wie vor Sozialisationsagenturen demokratischer Einstellungen darstellen, wurde im Kapitel 2.1.3. diskutiert. Es zeigt sich, dass Städten und Gemeinden im Zuge supranational orientierter Politik einerseits ein größeres Gewicht bei der Bindung der Bürger an die Demokratie zugesprochen wird (vgl. Vetter 2002a, 2002c) und Städte als Arenen der bürgerschaftlichen Selbstorganisation gelten. Andererseits zeigen gerade Städte als

„Hoffnungsträger“ der Demokratie soziale Spaltungen, die die politische Beteiligung und Integration von Bürgern benachteiligter Stadtteile und das Ausfüllen von aktiven politischen Bürgerrechten aufgrund sozialer Exklusion in Frage stellen. Die Idee der Kommunen als Sozialisationsagenturen scheint damit zwei parallelen Entwicklungen zu unterliegen: Zum einen gelten Städte und Gemeinden nach langer Tradition als Sozialisationsagenturen demokratischer Einstellungen. Zum anderen scheinen sich Städte bzw. Teile der Städte aufgrund der Exklusion im Bereich der Erwerbsarbeit und zunehmender Ungleichheiten auch zu Sozialisationsagenturen von politischer Machtlosigkeit, „Politikverdrossenheit“ bis hin zu „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“, Gewalt und Entsolidarisierung zu entwickeln, die den demokratischen Einstellungen und einer demokratischen Stadtkultur zuwiderlaufen.

Die Frage nach den theoretischen Verknüpfungen von sozialer Ungleichheit, residentieller Segregation und politischen Einstellungen wurde in Kapitel 2.3. erörtert. Es wird unter Bezugnahme auf die Arbeiten von Pierre Bourdieu dargestellt, wie politische Einstellungen und Sozialstruktur zusammengedacht werden können. Danach beziehen sich politische Einstellungen auf permanent umkämpfte „Teilungs- und Klassifikationsprinzipien“. Anders als im Modell von Almond/Verba (1989), in dem politische Strukturen als stabil vorgestellt werden, verweist Bourdieu auf die Dynamik und den Aushandlungsprozess politischer Werte und Strukturen. Verschiebt sich die Vorherrschaft bestimmter politischer Klassifikationsprinzipien und autoritativer Werte, ändern sich potentiell auch die politischen Einstellungen, da bestimmten Gruppen durch neue Klassifikationen auch neue Inklusions- und Exklusionschancen in der Bewältigung des Alltags festgelegt werden.

Ein zweiter Punkt lässt sich aus dem Bourdieuschen Begriff des politischen Feldes ableiten. Das politische Feld als Mikrokosmos, in dem um die „legitime Durchsetzung der Sicht- und Teilungsprinzipien der sozialen Welt“ (Bourdieu 2001: 54f.) „gekämpft“ wird, ist sozialstrukturell geprägt. Alle Teilhabenden der politischen Gemeinschaft im politischen Feld, sowohl auf der Seite der professionellen Politiker als auch auf der Seite der Laien, sind in einem bestimmten Ausmaß mit ökonomischem, sozialem, kulturellem und symbolischem Kapital ausgestattet, das die Wahrnehmung und Erfahrung maßgeblich mitprägt. Das Bourdieusche Habituskonzept erlaubt es, den Habitus als Generierungsmechanismus politischer Einstellungen zu begreifen. Der Habitus als inkorporierte Disposition bestimmter Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata, der sich aus vergangenen individuellen und kollektiven Erfahrungen und

der Zusammensetzung der Ressourcen (kulturelles, ökonomisches, soziales und symbolisches Kapital) speist, bringt sowohl die spezifischen, sozialstrukturell bedingten und in der Politik legitimierte Klassifikationen und Werte als auch die politischen Einstellungen hervor. Politische Einstellungen sind im Sinne Bourdieus habituell geprägte und geäußerte Einstellungen gegenüber umkämpften politischen Klassifikations- und Teilungsprinzipien unter den Mitgliedern einer hierarchisch strukturierten und daher sozialstrukturell geprägten politischen Gemeinschaft. Im Zuge des sozioökonomischen Wandels und des Übergangs vom ‚sorgenden‘ zum ‚gewährleistenden‘ Wohlfahrtsstaat (Vogel 2006) ist in dieser Untersuchung ein Wandel der politischen Einstellungen insbesondere bei Bewohnern benachteiligter Quartieren zu erwarten, die mit multiplen Problemlagen konfrontiert sind¹⁶.

- Zusammenfassung der empirischen Ergebnisse -

Zur ersten Forschungsfrage: Wie verteilen sich lokale politische Einstellungen an den sozialen Polen der Städte? Ist ein Divergieren der politischen Einstellungen in den privilegierten und benachteiligten Großstadtquartieren zu beobachten?

Insgesamt betrachtet kommt die vorliegende Arbeit zu dem Ergebnis, dass die lokalen politischen Einstellungen divergieren je nach dem, ob es sich um ein privilegiertes oder benachteiligtes Quartier handelt. Als problematisch stellt sich allerdings die Bestimmung dessen dar, was als ein gravierender Unterschied zwischen den privilegierten und benachteiligten Quartieren zu bewerten ist und was nicht. Zahlen können im Licht verschiedener Theorien und Normen unterschiedlich interpretiert werden. Für die folgende Zusammenfassung der Ergebnisse werden zunächst statistische Kriterien zu Rate gezogen.

Überprüft man die dargestellten Häufigkeiten auf ihren statistisch signifikanten Unterschied zwischen den kontrastierenden Untersuchungsgebieten, ergeben sich für folgende Dimensionen Unterschiede: Befragte in benachteiligten Quartieren zeigen ein geringeres *politisches Vertrauen*, ein geringes *Responsivitätsgefühl*, ein geringeres *politisches Interesse*, eine geringere

¹⁶ Würde die Untersuchung der lokalen politischen Einstellungen das ganze Spektrum der städtischen Sozialstruktur abbilden, müsste auch für die Mittelschichten ein Wandel der Einstellungen angenommen werden. Wie u.a. Vester (2006) und Vogel (2006) zusammenfassen, sind auch Mitglieder der Mittelschicht vom sozioökonomischen Wandel und einem ‚prekären Wohlstand‘ (Hübinger 1996) betroffen und machen diese häufiger Erfahrungen der Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt.

Kenntnis der lokalen Akteure, ein geringes *soziales Vertrauen*, weniger *Mitgliedschaften in intermediären Organisationen* und ein geringeres *bürgerschaftliches Engagement* als Befragte in privilegierten Quartieren.

Ein robusteres statistisches Kriterium stellen die Regressionsanalysen dar (vgl. zusammenfassend Tabelle 9.1). Hier zeigen sich in vier Untersuchungsdimensionen – bei gleichzeitiger Kontrolle der soziodemographischen und anderer unabhängiger Variablen – signifikante Unterschiede zwischen Bewohnerinnen und Bewohnern aus privilegierten und benachteiligten Quartieren. Die Dimensionen sind: *Responsivitätswahrnehmung*, *Kenntnis der lokalpolitischen Akteure*, *soziales Vertrauen* und *Mitgliedschaften in intermediären Organisationen*. Für diese vier Untersuchungsdimensionen stützen die Ergebnisse die Hypothese, dass die politischen Einstellungen in benachteiligten Quartieren deutlich negativer ausfallen als in privilegierten Quartieren. Zur Überprüfung der Güte des signifikanten Unterschieds kann das korrigierte R^2 , d.h. der Anteil der aufgeklärten Varianz herangezogen werden. Ein vergleichsweise hoher Anteil an Varianz konnte der Unterschied zwischen den Gebieten bei der Variable der *Responsivitätswahrnehmung* ($R^2=0.21$, vgl. Tabelle 5.1) und bei der Variable des *sozialen Vertrauens* ($R^2=0.12$, vgl. Tabelle 7.1) erklären. Für diese beiden Dimensionen und insbesondere für die Responsivitätswahrnehmung fällt der Unterschied stark aus. In den Regressionsmodellen zur *Kenntnis lokalpolitischer Akteure* betrug die aufgeklärte Varianz lediglich $R^2=0.03$ (vgl. Tabelle 6.2) und bei den Modellen zu den *Mitgliedschaften* $R^2=0.03$ (vgl. Tabelle 7.3). Der Unterschied sollte für die beiden zuletzt genannten Variablen daher nicht überbewertet werden.

Um einen genaueren Einblick in die Qualität der Unterschiede der Einstellungsdimensionen *Responsivitätswahrnehmung* und *soziales Kapital* zu erhalten, wurde zusätzlich zu den in den Kapiteln 4 bis 8 dargestellten Regressionen ein T-Test für unabhängige Stichproben gerechnet und die Effektgröße Eta bestimmt. Die Ergebnisse sind in der Tabelle A17 im Anhang ausführlich dokumentiert. Nach Bortz (2005:143) können Werte zwischen $\text{Eta} = 0.20$ und 0.30 als geringer Effekt und Werte zwischen $\text{Eta} = 0.30$ und 0.50 als mittlerer Effekt interpretiert werden.

Für beide Dimensionen wurden mittlere Effekte festgestellt¹⁷. Besonders hervorzuheben sind zwei Items, die die größten Effekte, d.h. die größten Unterschiede aufweisen: „Der Stadtteil wird im Vergleich zu anderen Stadtteilen von der Stadtverwaltung vernachlässigt“ (Eta = 0.465) und „Ich habe Vertrauen zu den Bewohnern des eigenen Stadtteils“ (Eta = 0.428). Das heißt, dass Bewohner benachteiligter Quartiere im Vergleich zu den Bewohnern privilegierter Gebiete ihr Gebiet von der Kommunalpolitik massig vernachlässigt sehen und sich in ihrem Wohngebiet deutlich weniger wohlfühlen und sich gegenüber den Bewohnern des eigenen Wohnquartiers abgrenzen.

Als Gegengewicht zu den Unterschieden zwischen den Quartieren stellt sich die hohe *Solidaritätsbereitschaft* seitens der privilegierten Quartiere heraus. Die Mehrheit (58,5%) der dort befragten Bewohnerinnen und Bewohner stimmen einem Solidaritätszuschlag zu, der weniger als ein Prozent des Einkommens ausmachen würde, um die Lebensbedingungen in schlechter gestellten Vierteln zu verbessern und sie stimmen mit großer Mehrheit einer Umverteilung der knappen Gelder zugunsten benachteiligter Quartiere zu (78,6%, vgl. Tabelle A14). Das bedeutet, dass die privilegierten Bürger der untersuchten Städte durchaus solidarisch eingestellt sind. Verknüpft man diesen Befund mit der hohen Identifikation aller Bürger mit ihrer Stadt, scheinen die Grundvoraussetzungen für eine *solidarische Stadtgemeinschaft* seitens der Bürger erfüllt zu sein. In den privilegierten Quartieren sagen 74,5% der Befragten aus, den Menschen in ihrer Stadt zu vertrauen, in den benachteiligten Quartieren sind es 72,8% (vgl. Tabelle A10). Ein Gefühl der positiven Bindung an die Stadt äußerten in den privilegierten Gebieten 95% der Befragten, in den benachteiligten Quartieren 89,3% (vgl. Tabelle A15 im Anhang).

Beachtet man lediglich die Häufigkeiten und vernachlässigt die signifikanten, aber geringen Unterschiede, lässt sich zudem feststellen, dass die überwiegende Mehrheit der Befragten in

¹⁷ Die Effektstärken des T-Tests für die Dimension *Responsivitätswahrnehmung*: „Die Interessen des Stadtteils werden ausreichend durch die Kommunalpolitiker und das Stadtparlament vertreten“ (Eta = 0.348); „Der Stadtteil wird im Vergleich zu anderen Stadtteilen von der Stadtverwaltung vernachlässigt“ (Eta = 0.465); „Um die wichtigsten Probleme des Stadtteils kümmert sich niemand“ (Eta = 0.326), „Die Interessen der Frauen im Stadtteil werden ausreichend berücksichtigt“ (Eta = 0.200). Effektstärken des T-Tests für die Dimension *soziales Vertrauen*: „Vertrauen in die Nachbarn“ (Eta = 0.198); „Vertrauen zu den Bewohnern des eigenen Stadtteils“ (Eta = 0.428); „Vertrauen zu den Menschen der eigenen Stadt“ (Eta = 0.040); „Vertrauen zu Ausländern“ (Eta = 0.178).

benachteiligten Quartieren *den Nachbarn vertraut* (73,4%, vgl. Tabelle A10) und ihre *Bereitschaft zur politischen Partizipation* erklärt (78,2%, vgl. Tabelle A8).

Zur zweiten Forschungsfrage: Wie stark sind die lokalen politischen Einstellungen durch die städtische Sozialstruktur und Segregation beeinflusst, d.h. lassen sich Prädiktoren (Variablen der Sozialstruktur und Segregation) identifizieren, die politische Einstellungen vorhersagen?

Die Tabelle 9.1 zeigt in vereinfachter Darstellung den positiven (+) und negativen (-) Einfluss signifikanter Variablen in den Regressionsmodellen auf politische Einstellungen (vgl. dazu die ausführlichen Tabellen 4.2, 5.2, 6.1, 6.2, 6.3, 7.2, 7.3, 7.4, 8.1).

- Tabelle auf der nächsten Seite -

Tabelle 9.1: Zusammenfassung der linearen und logistischen Regressionen nach positiven und negativen Einflüssen der Kovariaten auf die Dimensionen der politischen Einstellungen

Kovariate	Referenzkategorie	Politische Involvierung					Soziales Kapital			
		Polit. Vertrauen	Responsivitäts- wahrnehmung	Polit. Interesse	Kenntnis der Lokalpolitiker	Bereitschaft zur polit. Partizipation	Soziales Vertrauen	Mitgliedschaften	Bürgerschaftliches Engagement	Solidaritätsbereitschaft
		LIR	LIR	LIR	LOR	LOR	LIR	LOR	LOR	LOR
Soziodemographische Variablen										
männlich	weiblich		+		+	-				
Alter		+	+	+	+	-	+	+		
Kulturelles Kapital										
Mittlere Reife	Hauptschule			+	+					
Abitur, FHR	Hauptschule	+	+	+	+		+	+	+	+
ökonomisches Kapital/ beruflicher Status										
Einkommen					+			+		
erwerbstätig	nicht erwerb.					+		+		-
Arbeiter	Angestellte	-			-	-				
Beamte	Angestellte								+	
Selbständige	Angestellte	-							+	
Familienstatus										
ledig	verheiratet			-						
gesch./verwit.	verheiratet				-		-	-		
Quartiers- und Stadtbezogene Variablen										
Wohndauer				+	+	+				
privileg. Qu.	benacht. Qu.		+		+		+	+		
Berlin	Leipzig	-	-		+			+		
Mannheim	Leipzig	-	-	-			+	+	+	
Köln	Leipzig	-	-	-	-		+	+		
Stadtteilbind.		+	+	+		+	+			

(+) = positiver Einfluss der Kovariaten auf die Zielvariable (z.B. Personen mit Abitur haben höheres politisches Vertrauen als Personen mit Hauptschulabschluss); (-) = negativer Einfluss der Kovariaten auf die Zielvariable (z.B. Arbeiter haben ein geringeres politisches Vertrauen als Angestellte); LIR = Lineare Regression; LOR = Logistische Regression

Legt man die Ergebnisse der linearen und logistischen Regressionen für die einzelnen Untersuchungsdimensionen zugrunde, sticht das kulturelle Kapital als die häufigste Einflussvariable hervor. In acht der neuen Untersuchungsdimensionen zeigte sich ein

signifikanter Einfluss der Schulabschlüsse auf die jeweiligen Dimensionen. Grundsätzlich gilt: je höher der Schulabschluss, desto positiver fallen die lokalen politischen Einstellungen aus. Personen mit Abitur zeichnen sich durch ein höheres politisches Vertrauen, ein positiveres Responsivitätsgefühl, ein größeres politisches Interesse, häufigere Mitgliedschaften, ein größeres bürgerschaftliches Engagement und eine höhere Solidaritätsbereitschaft als Personen mit einem Hauptschulabschluss aus. Diejenigen Befragten, die über ein hohes kulturelles Kapital, konkret über das Abitur verfügen, bilden eine soziale Gruppe, die die lokale Politik unterstützt, sich als Bürger in das lokale politische Geschehen einbringt, mit vergleichsweise hohem sozialen Kapital ausgestattet und solidarisch orientiert ist. Bildungsbenachteiligte, die über einen Hauptschulabschluss verfügen, stellen spiegelbildlich eine soziale Gruppe dar, die sich durch eine größere Distanz zur lokalen Politik und geringeres Engagement in ihren Einstellungen auszeichnet.

Der Unterschied zwischen Personen mit einem Realschulabschluss (mittlere Reife) und Personen mit einem Hauptschulabschluss ist nur für zwei Dimensionen signifikant: für das politische Interesse und für die Kenntnis der Vertreter der Stadt. Zusammenfassend heißt das, dass die Bildungsunterschiede sich in fast allen Dimensionen der politischen Einstellungen zeigen.

Von den soziodemographischen Variablen erweist sich desweiteren das Alter als signifikant. Ähnlich wie für die Bildungsvariable, lässt sich für das Alter sagen, dass ältere Befragte positivere politische Einstellungen besitzen als jüngere Befragte. Nur hinsichtlich der Bereitschaft zu politischer Partizipation dreht sich der Trend um: jüngere Personen sind hier eher bereit, politisch unkonventionelle Partizipationsmöglichkeiten zu nutzen als ältere Personen.

Das Geschlecht stellte sich bei drei Dimensionen als signifikant heraus. Frauen fühlen ihren Stadtteil, in dem sie leben, weniger repräsentiert als Männer. Frauen kennen seltener politische Vertreter als Männer. Sie zeigen jedoch eher die Bereitschaft sich politisch zu engagieren als Männer.

Ein besonderer Einfluss auf die politischen Einstellungen wurde für Personen mit überdurchschnittlichem ökonomischen Kapital erwartet. Zur Überprüfung dieser Annahmen wurden das Einkommen, die Erwerbstätigkeit (gegenüber nicht Erwerbstätigkeit) und der

berufliche Status aufgenommen. Den erwarteten Einfluss zeigte die Variable Einkommen in zwei Dimensionen: Personen mit überdurchschnittlichem Einkommen kennen eher politische Vertreter der Stadt und sind häufiger Mitglied in einer intermediären Organisationen als Personen mit (unter)durchschnittlichem Einkommen. Ähnliches gilt für die Erwerbstätigen. Sie sind eher bereit, sich politisch zu engagieren und sie sind ebenfalls häufiger Mitglied in einer Organisation als nicht Erwerbstätige. Das ökonomische Kapital spielt folglich nur in einigen Dimensionen wie der politischen Involvierung und dem sozialen Kapital signifikant eine Rolle, nicht hingegen bei den Einstellungen gegenüber lokalpolitischen Herrschaftsträgern und Institutionen.

Betrachtet man den beruflichen Status, zeigen Arbeiter gegenüber Angestellten andere politische Einstellungen als Angestellte. Arbeiter sind gegenüber den Institutionen der Kommunalpolitik eher skeptisch eingestellt, kennen weniger häufig kommunale Vertreter und sind seltener bereit, sich politisch zu partizipieren. Die Daten widersprechen zusammenfassend nicht der theoretischen Annahme. Einkommensstarke und erwerbstätige Personen zeigen eine größere Nähe zur lokalen Politik als Einkommensschwächere und Arbeiter (gegenüber Angestellten.)

Für den Familienstatus scheint es Unterschiede zwischen ledigen, geschiedenen, verwitweten Personen auf der einen Seite und verheirateten Personen auf der anderen Seite zu geben. Geschiedene und verwitwete Personen zeigen die Tendenz, sich weniger lokalpolitisch zu involvieren und verfügen über ein geringeres soziales Kapital als verheiratete Personen.

Überblickt man alle bisher dargestellten Variablen, lässt sich ein stabiles Einstellungsmuster über sämtliche Dimensionen hinweg am deutlichsten für das kulturelle Kapital, den Schulabschluss identifizieren. Für Personen mit einem Hauptschulabschluss bestätigt sich die Hypothese, dass eine soziale Spaltung der Stadt, in diesem Fall eine Spaltung entlang der Bildungsabschlüsse auch eine politische Spaltung der politischen Einstellungen nach sich ziehen kann.

Die Frage, inwieweit die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Quartier politische Einstellungen vorhersagt, schließt an den stadtsoziologischen Diskurs zu den „Quartierseffekten“ an (vgl. Buck 2001, Kronauer/Vogel 2004). Die vorliegende Untersuchung erlaubt aus methodischen Gründen zwar keine Aussagen über „Quartierseffekte“, doch beinhaltet sie neben dem

systematischen Vergleich privilegierter und benachteiligter Quartiere weitere quartiersbezogene Variablen wie die Wohndauer und die Bindung an den Stadtteil, die ebenfalls in die Regressionsmodelle (vgl. Tabelle 9.1) aufgenommen wurden.

Der Wohnsitz in einem privilegierten oder benachteiligten Quartier übt, wie bereits dargelegt, auf die vier Dimensionen: *Responsivitätswahrnehmung*, *Kenntnis der Vertreter der Stadt*, *soziales Vertrauen* und *Mitgliedschaften* einen signifikanten Einfluss aus. Eine Wohndauer, die über dem Durchschnitt der Wohndauer der Befragten liegt, beeinflusst die politische Involvierung positiv. Mit steigender Wohndauer, steigt das Interesse für kommunalpolitische Themen und die Kenntnis der Vertreter sowie die Bereitschaft, lokal zu partizipieren, an.

Neben dem Wohnsitz stellte sich auch die Bindung der Befragten an den Stadtteil als eine häufig signifikante Variable heraus. Generell zeigte sich, dass Personen, die gern und sehr gern in ihrem Stadtteil leben, ein höheres Vertrauen, eine positivere Responsivitätswahrnehmung, ein höheres politisches Interesse, eine höhere Bereitschaft zur Partizipation und über ein größeres Vertrauen verfügen als Personen, die ungern oder sehr ungern in ihrem Stadtteil leben. Unfreiwillige Segregation, so die Schlussfolgerung, führt bei den Betroffenen offenbar zu einem Rückzug von den Belangen und Problemen der lokalen Öffentlichkeit. Das Quartier stellt sich somit in diesem Untersuchungsrahmen als eine signifikant einflussreiche Variable heraus und spielt für die lokalen politischen Einstellungen eine zentrale Rolle. Unter den genannten Einschränkungen weisen die Daten in Richtung eines „Quartierseffekts“, der in weiterführender Forschung noch näher zu klären wäre.

Zur dritten Forschungsfrage: Gibt es Unterschiede in den politischen Einstellungen zwischen den Untersuchungsstädten?

Ob und inwieweit die Untersuchungsstädte in ihren politischen Einstellungen signifikante Unterschiede aufweisen, wurde durch die Integration der Städte als unabhängige Variablen in die Regressionsmodelle analysiert (vgl. Tabelle 9.1). Einschränkend muss an dieser Stelle noch einmal gesagt werden, dass sich die vorliegende Studie nur auf die sozialräumlichen Pole der Städte konzentriert und die Aussagen durch die Gegenüberstellung dieser Extreme (und unter Vernachlässigung anderer sozialstruktureller Gebiete) verzerrt sein können.

Stadtunterschiede zeigten sich am deutlichsten im politischen Vertrauen. In den deskriptiven und multivariaten Auswertungen (vgl. Tabelle A6 sowie Abbildungen 4.1 und 4.2) dominieren

die Stadtunterschiede die Quartiersunterschiede. Sowohl die Bewohner privilegierter Quartiere als auch die Bewohner benachteiligter Quartiere zeigten in den Städten Köln und Berlin besonders niedrige Vertrauenswerte, die mit den vorangegangenen politischen Skandalen erklärt wurden (vgl. Kapitel 4.5, Fußnote 14).

Von den Untersuchungsstädten stellte sich Leipzig als eine Stadt heraus, in der einige Einstellungsobjekte bei den Befragten sehr positiv, andere hingegen sehr negativ besetzt sind. Leipzig zeigte das höchste politische Vertrauen aller untersuchten Städte. Dieses wurde u.a. durch die Integrationskraft des damals amtierenden Oberbürgermeisters erklärt (vgl. Kapitel 4.5.). Leipzig platzierte sich auch hinsichtlich des Responsivitätsgefühls als die Stadt mit der positivsten Überzeugung aller Städte, die Stadtteile würden genügend politisch repräsentiert. Anders verhält es sich bei der Betrachtung des sozialen Kapitals. Hier schneidet die Stadt Leipzig als die Stadt mit dem geringsten sozialen Kapital von allen Untersuchungsstädten ab. Das soziale Vertrauen als auch die Mitgliedschaften sind in Leipzig weniger präsent als in Berlin, Köln und Mannheim. Dies könnte als ein Hinweis auf unterschiedliche politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland gewertet werden (vgl. Niemayer/Beyme 1996)

- Diskussion der empirischen Ergebnisse -

Die Interpretation der statistischen Zahlen bleibt so lange vage und in gewissem Maße offen, bis man als Forscher Stellung bezieht und präzisiert, was man unter sozialer und politischer Integration versteht, welche Erwartungen man mit dem Begriff der Integration verbindet und welcher moralischen Grundfigur man sich verpflichtet fühlt.

In der vorliegenden Arbeit wurde an mehreren Stellen auf den Grundsatz der Gleichheit und der Anerkennung der Bürger als moralisch gleichwertige Interaktionspartner (vgl. Marshall 1992, Honneth 1993) sowie auf die Verpflichtung zu Fairness und Gerechtigkeit (vgl. Offe 1996, 2003b, Züchner 2002) als konstitutive Voraussetzungen von Demokratie hingewiesen. Im Grundsatz tritt die Arbeit dafür ein, der allgegenwärtigen „Leistungssemantik“ (vgl. Neckel/Dröge 2002) eine *Semantik der Solidarität* entgegenzusetzen. D.h. dass unter einer gelingenden sozialen wie politischen Integration die Wahrung der Menschenwürde, die Wahrung der Gleichheit eines jeden Bürgers als moralisch gleichwertig anerkannter Interaktionspartner und die Freiheit und Möglichkeit zur sozialen und politischen Partizipation verstanden wird. Wenn Demokratie die politische Involvierung und Partizipation eines jeden

Bürgers beansprucht, ist sie an die soziale Inklusion der Bürger gebunden, die sich in einer marktorientierten, kapitalistisch verfassten Gesellschaften nur mittels der Bereitschaft zur Solidarität durchsetzen lässt. Solidarität wird dabei als „Fähigkeit“ gedacht, „auch Menschen, die himmelweit verschieden zu uns sind, doch zu „uns“ zu zählen“ (Rorty 1992: 310). Wie auch immer man die solidarische Idee begrifflich fasst, ob als „Gemeinsinn“, „Gemeinschaft“, „Solidarität“, „soziales Kapital“ im Sinne Putnams oder als „kommunitaristisches Prinzip“ – um nur einige sozialphilosophische Konzepte zu nennen –, ist sie m.E. der einzig denkbare Ausgleich zum Prinzip des Marktes sowie zur Rationalisierung und Ökonomisierung der postfordistischen und posttayloristischen Gesellschaft (vgl. Voswinkel 2002).

In diesem Sinne ist es als positives Ergebnis der Untersuchung zu bewerten, dass die Mehrheit der privilegierten Bewohner sich solidarisch mit dem benachteiligten Wohngebieten der Stadt erklärt und bereit ist, diese zu unterstützen.

Anders als in den meisten Untersuchungsdesigns zu (lokalen) politischen Einstellungen (vgl. Gabriel/Brettschneider/Vetter 1997, Vetter 2002, Almond/Verba 1989, Klingemann/Fuchs 1995, Gabriel/Zmerli 2006, Gabriel 1999, Niemeyer/von Beyme 1996), welche die Orte der Exklusion aussparen, zwingt das Design der Datenerhebung in sozial kontrastierenden Großstadtquartieren zur Auseinandersetzung mit der sozialen Frage. Bleiben bei bisherigen Untersuchungen sozialstrukturelle Einflüsse auf politische Einstellungen häufig zusammenhangslos im Raum stehen und öffnen gegenüber benachteiligten Gruppen so einer Interpretation nach dem Motto des „blaming the victim“ Tür und Tor, ist ein zentrales Ergebnis der vorliegenden – und die Orte der Exklusion explizit berücksichtigenden – Untersuchung, dass politische Einstellungen immer auch vor dem Hintergrund der aktuellen Verknüpfung von politischer Klassifikationen, Staatsbürgerrechten und sozialen Rahmenbedingungen reflektiert werden müssen. Bereits die sozialstatistische Beschreibung der Quartiere und die soziodemographische Stichprobenbeschreibung verdeutlichten die Segregation und soziale Ungleichheit in den vier Städten. Die Ergebnisse bestätigen den immer wieder vorgebrachten und von Bourdieu (1987) theoretisch ausgearbeiteten Befund, dass Spaltungslinien, oder, um mit Lipset/Rokkan (1967) zu sprechen, „cleaveages“ in politischen Einstellungen entlang sozialstruktureller Merkmale verlaufen. Vor allem der Bildungsabschluss und die Zugehörigkeit zu einem privilegierten oder benachteiligten Quartier stellten sich in dieser Untersuchung als die häufigsten signifikanten Prädiktoren der lokalen politischen Einstellungen heraus.

M.E. reicht es nicht aus, dieses Ergebnis vor dem Hintergrund der Sozialstruktur zu interpretieren. Neu ist die Frage nach der Bewältigung des sozioökonomischen Wandels und des Umbaus des Wohlfahrtsstaates. Ein Anliegen der vorliegenden Arbeit ist es, den politischen Rückzug und sich radikalisierte politische Einstellungen als Reaktion auf Erfahrungen der sich verändernden politischen Klassifikationen im Zuge der Wandlungsprozesse zu verstehen. Es wurde gezeigt, dass Politik im Sinne Bourdieus soziale Gruppen im gesellschaftlichen Raum positioniert und die Bürger auf diese Positionierung ihrerseits reagieren. Politische Einstellungen sollten folglich als dynamischer Prozess gedacht werden, da sie in den dynamischen Aushandlungsprozess um politische Klassifikationen eingebettet sind und vom inkorporierten Habitus, d.h. letztlich von der Identität des Menschen nicht zu trennen sind, die ihrerseits an die Klassifikation und die darin ausgedrückte gesellschaftliche Anerkennung zurückgebunden ist.

Die derzeitige Entwicklung ist durch den Wandel von einem ‚sorgenden‘ Wohlfahrtsstaats nach dem Solidarprinzip zu einem ‚gewährleistenden‘ Wohlfahrtsstaat nach dem Leistungsprinzip charakterisiert. Dieser Wandel trifft insbesondere die Bewohner benachteiligter Großstadtquartiere, da ein Teil dieser Bewohner den Wandel von einer Inklusion zu einer Exklusion leibhaftig durchlebt (vgl. Kronauer 2002). Geht man davon aus, dass demokratische Einstellungen auf demokratischen Erfahrungen beruhen (vgl. Hartmann 2002) und ein Teil der Bewohner die demokratischen Prinzipien der Fairness, der Gerechtigkeit und der *Gleichwertigkeit* der Bürger verletzt sehen, nimmt es nicht Wunder, dass Bürger auf diese Erfahrung mit einer Abwendung von der Politik oder einer Abwertung anderer sozialer Gruppen oder gar mit Radikalisierung und Gewalt reagieren.

Ich möchte daher vorschlagen, die niedrigeren Prozentwerte der Bewohner benachteiligten Quartiere in den politischen Einstellungen und die markanten Unterschiede in der Responsivitätswahrnehmung als Ausdruck von Benachteiligung zu lesen. Die Bewohner sagen mehrheitlich aus, dass sich niemand um das Wohnviertel kümmert, und dass das Quartier gegenüber anderen Vierteln von der Politik benachteiligt wird. Desweiteren weisen die Bewohner mit ihrer geringen Bindung an den benachteiligten Stadtteil und die Unzufriedenheit mit dem Viertel darauf hin, dass sie mehrheitlich unfreiwillig in den Quartieren leben, es sich also um eine „erzwungene residentielle Segregation“ handelt. Anders als Bewohner privilegierter Gebiete vertraut die Mehrheit der Bewohner benachteiligter Quartiere nicht (mehr) den

Bewohnern des eigenen Wohnviertels. Diese starke Distanzierung zur eigenen Umgebung und den Mitmenschen des eigenen Quartiers kann als ein Anzeichen für einen unfreiwilligen Verbleib im Quartier, als Unzufriedenheit mit der Lebenssituation und als Gefühl der Benachteiligung gelesen werden. Im Sinne einer solchen Interpretation lassen sich diese Befunde im Umkehrschluss auch als Wunsch nach Integration und Inklusion und sozialer Gerechtigkeit deuten, die – so könnte man weiter schlussfolgern – durchaus ihre Entsprechung in der relativ hohen Bereitschaft, sich politisch zu engagieren bei den Bewohnern benachteiligter Quartiere finden. Das geringe Responsivitätsgefühl in den benachteiligten Quartieren ist als ein Signal an die kommunale Politik zu bewerten, dass die Bürger ihre Anliegen und die Probleme ihres Wohnviertels nicht mehr hinreichend repräsentiert sehen. Die Untersuchung zeigte, dass sich die Bürger (auch die der privilegierten Gebiete) zu einem Modell der solidarischen Stadtgemeinschaft bekennen würden.

Die Ergebnisse in der Dimension der politischen Involvierung ergaben, dass bestimmte soziale Gruppen trotz ihrer formalen Teilhabe aus der politischen Integration herauszufallen drohen, weil sie scheinbar bereits die Zugangsvoraussetzungen zur Welt der Politik, wie das politische Interesse und die Kenntnis der politischen Vertreter, nicht bzw. kaum erfüllen. Diese Ergebnisse laufen in ihrer Summe auf die Einschätzung hinaus, dass von einem Teil der Bewohner in den benachteiligten Quartieren, der zusätzlich über geringes kulturelles und soziales Kapital verfügt, eine ‚innere Kündigung‘ an die Politik ausgesprochen wurde.

Erwächst daraus eine ‚Krise der politischen Repräsentation‘ oder gar eine ‚Krise der Demokratie‘? Vom beschriebenen Standpunkt aus deuten die Ergebnisse der Untersuchung auf eine ‚Krise der Repräsentation‘ für solche Bürger hin, die trotz ihrer formalen Teilhabe aus der Stadtgesellschaft aufgrund ungenügender Ressourcen und strukturell veränderter Zugangsmöglichkeiten in die Erwerbsarbeit herausfallen. Von einer ‚Krise der Demokratie‘ kann in dem Sinne gesprochen werden, dass die, von den Bewohnern marginalisierter Gebiete zum Ausdruck gebrachte Benachteiligung auf eine gesellschaftliche und politische Entwicklung weist, in der sozial benachteiligte Bürger sich nicht mehr als ‚Staatsbürger unter Gleichen‘ empfinden und sich Prozessen der Ausgrenzung, Stigmatisierung, Abwertung und Nicht-Anerkennung konfrontiert sehen. Diese Bürger vollziehen eine ‚innere Kündigung‘ an die Politik, die ihnen nicht (mehr) die gewünschte und von einer Demokratie geforderte ‚Gleichheit der Staatsbürger‘ und Integration garantiert.

Von einer ‚Krise der politischen Repräsentation‘ und einer ‚Krise der Demokratie‘ zu sprechen, birgt zudem die Hoffnung, dass sie die Stadtgesellschaft sensibilisieren und zur Solidarität motivieren kann. M.E. geben die Daten nicht Grund zum Aufatmen, sondern eher Grund zum Handeln. Es muss folglich darauf hingewiesen werden, dass basale moralische Grundsätze der demokratisch verfassten Gesellschaft, nämlich die, einen jeden Staatsbürger als gleichwertigen Bürger anzuerkennen, ins Wanken geraten und seitens der Politik einer „Ideologie der Ungleichwertigkeit“ Platz machen (vgl. Heitmeyer 2008). Ich teile die Einschätzung von Martin Kronauer, dass man den Begriff der Exklusion nicht aufgeben sollte, weil er vom Rand der Gesellschaft auf ihre Mitte verweist, soziale Ungleichheit anprangert und die Beseitigung der Ungleichheit einfordert (Kronauer 2006: 29). In diesem Sinne wird der Begriff der ‚Krise‘ verwendet, um darauf hinzuweisen, dass auch Stadtdemokratie sich ohne solidarische Grundhaltung bei den Entscheidungsträgern und Bürgern nicht verwirklichen lässt.

Wie an Hand der Überlegungen von Offe im Folgenden gezeigt wird, ist die benannte ‚Krise‘ nicht der Demokratie als solche anzulasten. Nach Offe (2003) sind Demokratien „institutionelle Formen politischen Lebens, die nicht mehr und vor allem nicht weniger enthalten als die Garantie befristeter, unter fairen Wettkampfbedingungen erlangter Herrschaftsbefugnisse repräsentativer Akteure; deren Handeln ist an Gewaltenteilung und Gesetz gebunden und weiterhin durch die Freiheitsrechte der Bürger begrenzt, wobei alle volljährigen Bürger auf der Grundlage gleicher Rechte kommunizierend und entscheidend am politischen Prozess teilnehmen können“ (Offe 2003: 231). Offe weist mit nüchternem Blick darauf hin, dass sich aus demokratischen Institutionen und Prozessen allein keine „endogene Motivation für demokratischen Verfassungspatriotismus“ ergibt. „So trifft es nicht zu, dass Demokratien zwangsläufig einen Beitrag zu Wachstum und wirtschaftlicher Effizienz leisten. Es trifft nicht zu, dass sie wichtige Maßstäbe sozialer Gerechtigkeit durchweg besser erfüllen als alle Nicht-Demokratien“ (Offe 2003: 231). Demokratien sind nach Offe (anders als theologisch fundierte Regimeformen) „Menschenwerk par excellence“ und „nicht gegen die Eventualität gefeit, durch menschliches Handeln revidiert oder annulliert zu werden“ (Offe 2003: 234).

Dennoch lässt sich nicht leugnen, dass der Grundsatz der Gleichheit, die Abschaffung von Ungerechtigkeit und die damit verknüpfte Solidarisierung den Beginn von Demokratien darstellen. Offe schreibt: „Wenn die demokratische Regierungsform ideologisch derart „farblos“ ist – welchen Grund könnten dann so viele Akteure in so vielen Ländern haben, diese Form ins

Leben zu rufen? Die Antwort ist so evident, dass die Frage selten gestellt wird: Die Einführung der Demokratie ist das Mittel, mit der Gesellschaften sich von ungerechten und bedrückenden Formen politischer Herrschaft befreien“ (Offe 2003: 230). So ist eine „der wichtigsten Beweislasten, die der demokratischen Politik aufgebürdet sind, die Fähigkeit, mit wirtschafts- und sozialpolitischen Mitteln eine als gerecht beschreibbare Ordnung von materiellen Lebenschancen auch noch unter Bedingungen der Globalisierung aufrechtzuhalten. Wenn die Politik an dieser Front entweder die Waffen streckt oder Gerechtigkeitsansprüche aufkündigt, dann entfallen die interessenrationalen Gründe dafür, demokratische Prozeduren als verbindlich anzuerkennen“ (Offe 2003b: 147).

In diesem Sinne lässt sich eine demokratische Stadtkultur nur dann verwirklichen und eine Integration gelingen, wenn die politischen Entscheidungsträger vom moralischen Grundsatz einer solidarischen Gemeinschaft nicht abweichen und Bürger ihren Mitbürgern mit Vertrauen (d.h. mit einer generalisierten und einigermaßen robusten Unterstellung von Wohlwollen und Urteilskompetenz) und ebenfalls einer solidarischen Haltung begegnen.

Literatur

- Almond, Gabriel A. (1990): The Study of Political Culture. In: Almond, Gabriel A.: A Discipline Divided. Schools and Sects in Political Science. Newbury Park: Sage, S. 138-169.
- Almond, Gabriel A./ Verba, Sidney (1989[1963]): The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Newbury Park, Sage Publications.
- Almond, Gabriel A./ Verba, Sidney (1989a[1980]): The Civic Culture Revisited, Newbury Park.
- Anhut, Reimund (2000): Lokale politische Deutungskultur. Zum Zusammenhang von politischer Problemdeutung, sozialem Unzufriedenheits- und Konfliktpotential in der städtischen Aufnahmegesellschaft, in: Heitmeyer, Wilhelm/ Anhut, Reimund (Hg.): Bedrohte Stadtgesellschaft, Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen, Weinheim, München, 449-496.
- Alemann, Ulrich von; Gehne, David H.; Moshövel, Frank; Reuband, Karl-Heinz; Strünk, Cristoph (2004): Politische Kultur in der Sozialen Stadt. Eine vergleichende Studie aus Nordrhein-Westfalen. *VÖ-Nummer SB 157*. Endbericht PROBIS (Projekt Beteiligung in Stadtteilen mit Problempotential), gefördert vom nordrhein-westfälischen Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport.
- Alemann, Ulrich von; Gehne, David H.; Strünk, Cristoph; Theus, Daniel (2002): Kooperative Demokratie im Kiez? Warum sich Menschen in Problemstadtteilen (nicht) an Politik beteiligen. Vier Fallstudien aus Nordrhein-Westfalen. Endbericht PROBIS (Projekt Beteiligung in Stadtteilen mit Problempotential), gefördert vom nordrhein-westfälischen Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport. Teilprojekt II zur organisierten politischen Beteiligung.
- Alisch, Monika; Dangschat, Jens S. (1998): Armut und soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit. Opladen: Leske und Budrich.
- Arzheimer, Kai (2002): Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Balch, George I. (1974): Multiple Indicators in Survey Research: The Concept "Sense of Political Efficacy", In: Political Methodology 1, S. 1-43.

- Barber, Bernhard (1983): *The Logic and Limits of Trust*. New Brunswick, New Jersey: Rutgers University Press.
- Barber, Benjamin (1994): *Starke Demokratie. Über die Teilnahme am Politischen*. Hamburg: Rotbuch.
- Bartholomäi, Reinhart C. (2004): Wohnungspolitik in Deutschland – eine begriffliche und historische Annäherung. Die Entwicklung des Politikfelds Wohnen. In: Egner, Björn/ Georgakis, Nikolaos/ Heinelt, Hubert/ Bartholomäi, Reinhart C.: *Wohnungspolitik in Deutschland. Positionen. Akteure. Instrumente*. Darmstadt.
- Bauman, Zygmunt (2001): *The individualized society*. Cambridge: Polity Press.
- Bauman, Zygmunt (1998): *Globalization. The human consequence*. Cambridge: Polity Press.
- Bauman, Zygmunt (1997): *Postmodernity and its discontents*. Cambridge: Polity Press.
- Beck, Ulrich; Beck-Gernsheim (Hg.) (1994): *Risikante Freiheiten – Individualisierung in modernen Gesellschaften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich (1993): Vom Verschwinden der Solidarität. Individualisierung in der Gesellschaft heißt Verschärfung sozialer Ungleichheit. In: Dettling, W. (Hg.): *Perspektiven für Deutschland*. München. S. 29-38.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Behr, Hartmut (2001): Die politische Theorie des Relationismus: Pierre Bourdieu; In: Brodacz, André; Schaal, Gary S. (Hg.): *Politische Theorien der Gegenwart II*. Opladen: Leske und Budrich; S. 377-403.
- Bellah, Robert N. (1987): *Gewohnheiten des Herzens. Individualismus und Gemeinsinn in der amerikanischen Gesellschaft*. Köln: Bund.
- Berger, Johannes (Hg.) (2005): *Zerreißt das soziale Band? Beiträge zu einer aktuellen gesellschaftspolitischen Debatte*. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.
- Berger, Peter; Spilcker, Axel (2003): *Der Skandal: Der Müll, die Stadt und die Spenden*. Köln: Du Mont.

- Berg-Schlosser, Dirk (1994): Politische Kulturforschung. In: Nohlen, Dieter (Hg.): Lexikon der Politik. Band 2. München: C.H. Beck. S. 345-352.
- Blossfeld, Hans-Peter/ Mills, Melinda/ Bernardi, Fabrizio (Hg.) (2006): Globalization, uncertainty and women's careers: An International Comparison. Edward Elgar Publication.
- Boehnke, Klaus; Rupf, Mandy; Fuß Daniel (2001): Jugend ohne Politik: Sozialisation oder Zeitgeist? In: Mansel, Jürgen; Schweins, Wolfgang; Ulbrich-Herrmann, Matthias (Hg.): Zukunftsperspektiven Jugendlicher. Weinheim und München: Juventa Verlag. S. 129-143.
- Bonfadelli, Heinz (2000): Medienwirkungsforschung II. Anwendungen in Politik, Wirtschaft und Kultur. Konstanz: UVK-Verlagsgesellschaft.
- Bortz, Jürgen (2005): Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler. Heidelberg: Springer Medizin Verlag.
- Bourdieu, Pierre (2001): Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Konstanz: UVK-Verlagsgesellschaft.
- Bourdieu, Pierre (1992): Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital. In: Bourdieu, Pierre: Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zu Politik und Kultur. Band 1. Hamburg: VSA-Verlag. S. 49-80.
- Bourdieu, Pierre (1991): Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum. In: Wentz, Martin (Hg.): Stadt-Räume. Frankfurt am Main/ New York: Campus-Verlag, S. 25-35.
- Bourdieu, Pierre (1987): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1987a): Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Bourdieu, Pierre (1985): Sozialer Raum und ‚Klassen‘. Leçon sur la leçon. Zwei Vorlesungen. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

- Bourdieu, Pierre (1976): Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyrischen Gesellschaft, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Brauer, Janette (2006): Das politische Interesse weiblicher Jugendlicher. Dissertationsschrift. Online-Publikation: http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2006/1090/pdf/brauer_diss.pdf [Download am 8.1.2007].
- Braun, Kathrin; Fuchs, Gesine; Lemke, Christine; Töns, Katrin (Hg.) (2000): Feministische Perspektiven der Politikwissenschaft. München, Wien: Oldenbourg Verlag.
- Braun, Sebastian (2004). Die Wiederentdeckung des Vereinswesens im Windschatten gesellschaftlicher Krisen. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 17 (1), 26-35.
- Braun, Sebastian; Hansen, Stefan (2004). Soziale und politische Integration durch Vereine? *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 17 (1), 62-69.
- Braun, Sebastian (2003). Freiwillige Vereinigungen als Produzenten von Sozialkapital? *Verbandsmanagement - Fachzeitschrift für Verbands- und Nonprofit-Management*, 29 (1), 28-37.
- Braun, Sebastian (2002a). Soziales Kapital, sozialer Zusammenhalt und soziale Ungleichheit. Integrationsdiskurse zwischen Hyperindividualismus und der Abdankung des Staates. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 29-30 (Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament"), 6-12.
- Braun, Sebastian (2001): Putnam und Bourdieu und das soziale Kapital in Deutschland. In: „Leviathan, Zeitschrift für Sozialwissenschaft“, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. *Heft 3/2001*, S. 337-354
- Brettschneider, Frank; van Deth, Jan W.; Roller, Edeltraud (Hg.) (2002): Das Ende der politisierten Sozialstruktur? Opladen: Leske + Budrich. (Veröffentlichungen des Arbeitskreises „Wahlen und politische Einstellungen der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) Band 8).

- Brettschneider, Frank (1997): Ratsmitglieder und Bürger: Einstellungskongruenz und ihre Folgen für politisches Vertrauen. In: Gabriel, W. Oscar; Brettschneider, Frank; Vetter, Angelika (Hg). (1997): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 249-276.
- Brettschneider, Frank (1995): Öffentliche Meinung und Politik. Eine empirische Studie zur Responsivität des deutschen Bundestages. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Brittan, Samuel (1977): The economic Consequences of democracy. London: Smith.
- Brittan, Samuel (1975): The Economic Contradictions of Democracy, in: The British Journal of Political Science, *Vol. 5/1975*, S.129-150.
- Buck, Nick; Gordon, Ian; Hall, Peter; Harloe, Michael; Kleinman; Mark (2002): Working Capital. Life and Labor in Contemporary London, New York: Routledge.
- Buck, Nick (2001): Identifying neighbourhood effects on social exclusion. In: Urban Studies. *Vol. 38*. S. 2251-2275.
- Bühner, Markus (2004): Einführung in die Test- und Fragebogenkonstruktion. München: Pearson Studium.
- Campbell, Angus; Gurin, Gerald; Miller, Warren E. (1954): The Voter Decides, Evanston, Ill.: White Plains, NY.
- Campbell, Angus; Philip E. Converse; Warren E. Miller; Donald E. Stokes (1967): The American Voter an Abridgement. London: John Wiley & Sons.
- Castell, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz: UVK Universitätsverlag.
- Cohen, Carl (1971): Democracy. New York.
- Cohen, J. (1988): Statistical Power Analysis for Behavioral Science. Hillsdale: Lawrence Erlbaum Associates.
- Coleman, James S. (1990): Foundations of Social Theory. Cambridge, MA - London: Belknap Press.

- Coleman, James S. (1988): Social Capital in the Creation of Human Capital. In: American Journal of Sociology. 94 (Supplement). S. 95-120.
- Crozier, Michel; Huntington, Samuel P.; Watnuki Joji (1975): The crisis of democracy: report on the governability of democracies to the Trilateral Commission. New York: Uni.Press.
- Dahl, Robert A. (1994): A Democratic Dilemma. System Effectiveness versus Citizen Participation. In: Political Science Quarterly 1, S. 23-34.
- Dahl, Robert A. (1989): Democracy and its Critics. New Haven, London.
- Dahl, Robert A., (1971): Polyarchy: Participation and Opposition. New Haven, London: Yale University.
- Dalton, Russel J. (1996): Citizens Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies, New York: Chatham House.
- Dangschat, Jens (1995): 'Stadt' als Ort und als Ursache von Armut und sozialer Ausgrenzung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 31-32/1995, S.50-62.
- Dubet, François; Lapeyronnie, Didier (1994): Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Durkheim, Émile (1977[1893]): De la division du travail social: Étude sur l'organisation des sociétés supérieures. Paris: Félix Alcan. 1893. Übersetzung: Über die Teilung der sozialen Arbeit. Dt. von Ludwig Schmidts. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1977. (Nachdruck d. 1. Aufl.)
- Easton, David (1965a): A Framework for Political Analysis. Englewood Cliffs.
- Easton, David (1965b): A Systems Analysis of Political Life, New York, John Wiley & Sons.
- Easton, David (1975): A Re-Assessment of the Concept of Political Support, in: British Journal of Political Science 5. S.435-457.

- Eidmann, Martin (1999): Politisches Vertrauen: Kulturelle und rationale Grundlagen eines Elementes der Politischen Kultur. In: Hennig, Eike; Homburg, Heiko; Lohde-Reiff, Robert (Hg.): Politische Kultur in städtischen Räumen – Parteien auf der Suche nach Wählern und Vertrauen. Eine Studie am Beispiel der Stadt Kassel. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 91-120.
- Eisenstadt, Shmuel N. (2005): Paradoxien der Demokratie. Die Politische Theorie auf der Suche nach dem Politischen. Frankfurt am Main: Verlag Humanities Online.
- Eisenstadt, Shmuel N. (2001): Vertrauen, kollektive Identität und Demokratie. In: Hartmann, Martin; Offe, Claus (Hg.): Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts. Frankfurt, New York: Campus Verlag. S. 333-263.
- Eith; Ulrich; Merz, Stefan (2002): Sozialstruktur und Akteursverhalten. Anmerkungen zum Cleavage-Modell im Rahmen einer Fallstudie zum kommunalen politischen Wettbewerb. In: Brettschneider, Frank; van Deth, Jan W.; Roller, Edeltraud (Hg.): Das Ende der politisierten Sozialstruktur? Opladen: Leske + Budrich. (Veröffentlichungen des Arbeitskreises „Wahlen und politische Einstellungen der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) Band 8). S. 159-186.
- Elkins, David; Simeon, Richard (1979): A cause in search of its effect, or what does political culture explain. In: *Comparative Politics II*, S. 127-146.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): The three worlds of welfare capitalism. London: Polity Press.
- Eulau, Heinz, Wahlke, John C., Buchanan, William, Ferguson LeRoy C., 1959: The Role of the Representative: Some Empirical Observations on the Theory of Edmund Burke. In: *American Political Science Review* 53, S. 742-756.
- Etzioni, Amitai (1995): Die Entdeckung des Gemeinwesens. Ansprüche, Verantwortlichkeiten und das Programm des Kommunitarismus. Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- Farwick, Andreas (2004): Segregierte Armut: Zum Einfluss städtischer Wohnquartiere auf die Dauer von Armutslagen. In: Häußermann, Hartmut; Kronauer, Martin; Siebel, Walter (Hg.): An den Rändern der Städte, Frankfurt am Main: Suhrkamp. S. 286-314.

- Farwick, Andreas (2001): Segregierte Armut in der Stadt. Ursachen und soziale Folgen der räumlichen Konzentration von Sozialhilfeempfängern. Opladen: Leske+Budrich.
- Firma Voxco (2002): PC Software for Computer Assisted Interviewing. Interviewer for Windows, Reference Manual, *Version 4.3*.
- Flevert, Ute (2002): Vertrauen in historischer Perspektive. In: Schmalz-Bruns, Rainer; Zintl, Reinhard (Hg.): Politisches Vertrauen. Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation. Baden Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. S. 39-60.
- Flick, Uwe (1998): Qualitative Forschung. Reinbek.
- Fraser, Nancy; Gordon, Linda (1994): Civil Citizenship against Social Citizenship? On the Ideology of Contract-Versus-Charity. In: Bart van Steenberg (Hg.): The Condition of Citizenship. London/Thousand Oaks/ New Dehli: Sage. S. 90-107.
- Frey, James H.; Kunz, Gerhard; Lüschen, Günther (1990): Telefonumfragen in der Sozialforschung. Methoden, Techniken, Befragungspraxis. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Friedrichs, Jürgen; Blasius, Jörg (2000): Leben in benachteiligten Wohngebieten, Opladen: Leske und Budrich.
- Fuchs, Dieter (2002): Die politische Theorie der Systemanalyse: David Easton. In: Brodocz, André; Schaal, Gary S. (Hrsg.): Politische Theorien der Gegenwart. Band 1. Opladen: Leske und Budrich. UTB. S. 345-370.
- Fuchs, Dieter (2002): Politikverdrossenheit. In: Greiffenhagen, Martin; Greiffenhagen, Sylvia (Hg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S. 338-343.
- Fuchs, Dieter; Guidorossi, Giovanni; Svensson Palle (1995): Support for the Democratic System. In: Klingemann, Hans-Dieter; Fuchs, Dieter (Hg.): Beliefs in Government Volume one. Citizens and the State. Oxford: University Press. S. 323-353.
- Fuchs, Dieter (1989): Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Fuchs, Marek (1995): Die computergestützte telefonische Befragung. In: Zeitschrift für Soziologie, *Heft 4*. S. 284-299.
- Gabler, Siegfried; Häder, Sabine (Hg.) (2002): Telefonstichproben. Methodische Innovationen und Anwendungen in Deutschland. Münster: Waxmann Verlag.
- Gabriel, Karl; Herlth, Alois; Strohmeier, Klaus Peter (1997): Solidarität unter den Bedingungen entfalteter Modernität. In: Gabriel, Karl; Herlth, Alois; Strohmeier, Klaus Peter (Hg.): Modernität und Solidarität. Konsequenzen gesellschaftlicher Modernisierung. Freiburg/Basel/Wien: Herder Verlag. S. 13-28.
- Gabriel, Oscar W.; Zmerli, Sonja (2006): Politisches Vertrauen: Deutschland in Europa. In: APuZ 30-31/2006. S. 8-15.
- Gabriel, Oscar W. (2002): Politisches Vertrauen. in: Greiffenhagen, Martin; Greiffenhagen, Sylvia (Hg.): Handwörterbuch zur Politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. 494-499.
- Gabriel, Oscar W./ Kunz, Volker/ Roßteutscher, Sigrid/ von Deth, Jan W. (2002): Sozialkapital und Demokratie, Zivilgesellschaftliche Ressourcen im Vergleich, Wien: WUV-Universitätsverlag.
- Gabriel, Oscar W. (2000): Democracy in big cities: the case of Germany. In: Gabriel, Oscar W.; Hoffmann-Martinot, Vincent; Savitch, Hank V. (Hg.): Urban Democracy. Opladen: Leske + Budrich. S. 187-260.
- Gabriel, W. Oscar (1999): Integration durch Institutionenvertrauen? Struktur und Entwicklung des Verhältnisses der Bevölkerung zum Parteienstaat und zum Rechtsstaat im vereinigten Deutschland. In: Friedrichs, Jürgen; Jagodzinski, Wolfgang (Hg.): Soziale Integration. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, *Sonderheft 39*. S. 199-238.
- Gabriel, Oscar W. (1999a): Bürger und Politik in Deutschland. In: Gabriel, Oscar W./ Holtmann, Everhard (Hg.): Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland. München: R. Oldenbourg. S. 379-497.

- Gabriel, W. Oscar; Brettschneider, Frank; Vetter, Angelika (Hg.). (1997): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gabriel, W. Oscar (1996): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen. In: Kaase, Max; Eisen, Andreas; Gabriel, Oscar W.; Niedermayer, Oskar; Wollmann, Hellmut (1996): Politisches System. Opladen: Leske + Budrich. S. 231-320.
- Gabriel, Oscar W. (1994): Politische Kultur aus der Sicht der empirischen Sozialforschung. In: Niedermayer, Oskar/ von Beyme, Klaus (Hg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland. Berlin: Akademie Verlag. S. 22-42.
- Gabriel, W. Oscar (1987): Wahrnehmung der Politik durch den Bürger als Herausforderung für die Politikvermittlung. In: Sarcinelli, Ulrich (Hg.): Politikvermittlung. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur. Bonn: Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Band 238. S. 46-70.
- Geiling, Heiko (2002): Integrations- und Ausgrenzungsprobleme in einer städtischen Großsiedlung – Zur Theorie und Methoden der Stadtteilanalyse. In: Riege, Marlo; Schubert, Herbert (Hg.): Sozialstrukturanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis. Opladen, Leske + Budrich, S. 207-225.
- Geiling, Heiko (2001): Die politische Soziologie der Stadt zwischen Globalisierung und Glokalisierung. In: Klein, Ansgar; Koopmans, Ruud; Geiling, Heiko (Hg.): Globalisierung, Partizipation, Protest. Opladen, Leske + Budrich, S. 233-255.
- Geiling, Heiko; Schwarzer, Thomas (1999): Abgrenzung und Zusammenhalt. Zur Analyse sozialer Milieus in Stadtteilen Hannovers. Hannover: agis.
- Geiling, Heiko (Hg.) (1997): Integration und Ausgrenzung. Hannoversche Forschung zum gesellschaftlichen Strukturwandel. Hannover: Offizin-Verlag.
- Geiling, Heiko; Hermann, Thomas (1991): Epochenwechsel – Anmerkungen zu politischen Mentalitäten und sozialen Strukturen in Hannover. In: Brand, Arno; Jüttner, Wolfgang; Weil, Stephan (Hg.): 1991: Das EXPO-Projekt. Weltausstellung und Stadtzukunft, Hannover, S. 188-197.

- Geißel, Brigitte (2004a): Responsivität und Responsivitätswahrnehmung – Thesen zu einem undurchsichtigen Verhältnis. In: Zeitschrift für Politikwissenschaften, 14. Jahrgang, *Heft* 4. S. 1235-1256.
- Geißel, Brigitte (2004b): Konflikte um Definitionen und Konzepte in der genderorientierten und Mainstream-Partizipationsforschung – Ein Literaturüberblick. Discussion Paper SP IV 2004-403. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).
- Geißel, Brigitte (2001): Zur Bedeutung von Sozialem Kapital bei städtischer Bürgerbeteiligung: US-amerikanische Fallbeispiele. In: Klein, Ansgar/ Koopmans, Ruud/ Geiling, Heiko (Hg.): Globalisierung, Partizipation, Protest. Opladen: Leske + Budrich, S. 275-292.
- Geißler, Rainer (1996): Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zum sozialstrukturellen Wandel im geteilten und vereinten Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Giddens, Anthony (1998): The Third Way. The Renewal of Social Democracy. Cambridge: Polity Press.
- Glatzer, Wolfgang/Ostner, Ilona (1999) (Hg.): Deutschland im Wandel. Sozialstrukturelle Analysen. Ein Sonderband der Zeitschrift Gegenwartskunde. Opladen: Leske + Budrich.
- Greiffenhagen, Martin; Greiffenhagen, Sylvia (Hg.) (2002): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Groeger, Frederick (2002): Quartiersöffentlichkeit, Bewohnerbeteiligung und lokale Politik im „Problemquartier“: Eine Fallstudie. In: Walther, Uwe-Jens (Hg.): Soziale Stadt – Zwischenbilanzen. Ein Programm auf dem Weg zur Sozialen Stadt? Opladen: Leske + Budrich. S. 165-180.
- Habermas, Jürgen (1973): Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Hamnett, C. (1994): Social Polarisation in Global Cities: Theory and Evidence, Urban Studies, 31, 401-424.

Hannemann, Christine (2000): Die Platte: Industrialisierter Wohnungsbau in der DDR. Berlin: Schelzky & Jeep.

Hartmann, Martin (2002): Demokratie als Erfahrung. In: Schmalz-Bruns, Rainer; Zintl, Reinhard (Hg.): Politisches Vertrauen. Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation. Baden Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. S. 77-99.

Hartmann, Martin; Offe, Claus (Hg.) (2001): Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts. Frankfurt, New York: Campus Verlag.

Hartmann, Martin (1999): Die deliberative Demokratie und das Problem des Vertrauens. Frankfurt am Main: unv. Ms.

Harvey, David (1985): Social Justice and the City. Oxford: Basil Blackwell.

Haug, Sonja (1997): Soziales Kapital. Ein kritischer Überblick über den aktuellen Forschungsstand. Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), Arbeitsbereich II. Online-Publikation: <http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications> (18.02.2002)

Haungs, Peter (Hg.) (1990): Politik ohne Vertrauen? Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Haus, Michael (2005): Zivilgesellschaft und soziales Kapital im städtischen Raum. In: ApuZ 3/2005. S. 25-31.

Häußermann, Hartmut; Läzer, Katrin Luise; Wurtzbacher, Jens (2008): Das dichte Netz der dünnen Fäden. Politische Integration und Repräsentation in der fragmentierten Stadt. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften (im Erscheinen).

Häußermann, Hartmut; Läßle, Dieter; Siebel, Walter (2008): Stadtpolitik. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Häußermann, Hartmut (2006): Warum der sozialräumliche Wandel der Städte eine eigenständige Ursache für Ausgrenzung ist. In: Bude, Heinz; Willisch, Andreas (Hg.): Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige. Hamburg: Hamburger Edition. S. 294-313.

Häußermann, Hartmut; Wurtzbacher, Jens (2004): Die Gemeinde als Ort politischer Integration. In: Heitmeyer, Wilhelm/ Imbusch, Peter (Hg.): Integrationspotentiale einer modernen Gesellschaft. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften. S. 429-451.

Häußermann, Hartmut; Kronauer, Martin; Siebel, Walter (Hg.) (2004): An den Rändern der Städte. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Häußermann, Hartmut (2003): Armut in der Großstadt. Die Stadtstruktur verstärkt soziale Ungleichheit. in: Informationen zur Raumentwicklung, *Heft 3/4*, S. 143-157.

Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (2002): Die Mühen der Differenzierung. In: Löw, Martina (Hg.): Differenzierungen des Städtischen. Opladen: Leske + Budrich. S. 29-68.

Häußermann, Hartmut (2001): Politische Repräsentation und Integration in der fragmentierten Stadt. Forschungsantrag an das BMBF.

Häußermann, Hartmut; Kapphan, Andreas (2000): Berlin: Von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990. Opladen: Leske + Budrich.

Häußermann, Hartmut (1998): Zuwanderung und die Zukunft der Stadt. Neue ethnisch-kulturelle Konflikte durch die Entstehung einer neuen sozialen 'underclass'? in: W. Heitmeyer; R. Dollase; O. Backes (Hg.), Die Krise der Städte. Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag. S. 145-175.

Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1987): Neue Urbanität, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Heinker, Helge-Heinz (2005): Wolfgang Tiefensee. Eine Biographie. Leipzig: Lehmann Verlag.

Heinz, Ulrike/ Kiehle, Wolfgang (2000): Wohnungspolitik. In: Andersen, Uwe/ Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 4., völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn.

Heitmeyer, Wilhelm (2008): Deutsche Zustände. Folge 6. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm (2008a): Die Ideologie der Ungleichwertigkeit. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 6. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. S. 36-44.

Heitmeyer, Wilhelm (2008b): Die Ökonomisierung des Soozialen. Folgen für „Überflüssige“ und „Nutzlose“. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 6. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. S. 55-72.

Heitmeyer, Wilhelm; Mansel, Jürgen (2008c): Gesellschaftliche Entwicklung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Unübersichtliche Perspektiven. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 6. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. S. 13-35.

Heitmeyer, Wilhelm (2006): Wo sich Angst breit macht. Deutschland 2006: In manchen Gegenden ballen sich gesellschaftliche Probleme – es herrschen Abstiegsängste, Orientierungslosigkeit und Feindseligkeiten. Ein Forschungsbericht. *Die Zeit. Nr. 21*, 14.12.2006, S. 21-22.

Heitmeyer, Wilhelm; Mansel, Jürgen (2003): Entleerung der Demokratie. Die unübersichtlichen Folgen sind weitreichend. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 2. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. S. 35-60.

Heitmeyer, Wilhelm; Anhut, Reimund (Hg.) (2000): Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim und München: Juventa Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm (1998): Versagt die Integrationsmaschine Stadt? Zum Problem der ethnisch-kulturellen Segregation und ihrer Konfliktfolgen. in: W. Heitmeyer, R. Dollase, O. Backes (Hg.), *Die Krise der Städte*. Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag. 443-467.

Heitmeyer, Wilhelm; Dollase, Rainer; Backes, Otto (Hg.) (1998): *Die Krise der Städte*. Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm (1997) (Hg.): *Was hält die Gesellschaft zusammen?* Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm (1988): Ökonomische soziale Alltagserfahrungen und rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. In: *Risiko und Jugend*. Münster: Votum. S. 219-232.

Hengsbach, Friedhelm und Möhring-Hesse, Matthias (Hg.) (1995): *Eure Armut kotzt uns an. Solidarität in der Krise*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.

- Hengsbach, Friedhelm (1997): Der Gesellschaftsvertrag der Nachkriegszeit ist aufgekündigt. Sozio-ökonomische Verteilungskonflikte als Ursache ethnischer Konflikte. in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Was hält die Gesellschaft zusammen? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft, Bd.2, Frankfurt am Main. S. 207-232.
- Hennig, Eike; Homburg, Heiko; Lohde-Reiff, Robert (Hg.) (1999): Politische Kultur in städtischen Räumen – Parteien auf der Suche nach Wählern und Vertrauen. Eine Studie am Beispiel der Stadt Kassel. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hennig, Eike (1999): Einleitung. Die Kohärenz von Raum, Struktur und Orientierung. In: Hennig, Eike; Homburg, Heiko; Lohde-Reiff, Robert (Hg.): Politische Kultur in städtischen Räumen – Parteien auf der Suche nach Wählern und Vertrauen. Eine Studie am Beispiel der Stadt Kassel. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 17-54.
- Hennig, Eike (1999a): Die Erosion des sozialdemokratischen Elektors und die Schwächung des Parteiensystems in Kassel. In: Hennig, Eike; Homburg, Heiko; Lohde-Reiff, Robert (Hg.): Politische Kultur in städtischen Räumen – Parteien auf der Suche nach Wählern und Vertrauen. Eine Studie am Beispiel der Stadt Kassel. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 55-80.
- Herrmann, Thomas (1994): Wahlverhalten und soziale Spaltung. Soziale Integration und Desintegration als Parameter kommunalen Wahlverhaltens am Beispiel zweier Stadtteile in Hannover. Vortrag auf der 17. Sitzung des Ausschusses Wahlforschung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker. Bremen, Ms.
- Hoffmann, Dagmar; Boehnke, Klaus (2004): Politische Sozialisation. In: Sommer, Gert; Fuchs, Albert (Hg.): Krieg und Frieden. Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie. Weinheim, Basel, Berlin: Beltz Verlag. S. 169-181.
- Hoffmann-Lange, Ursula (1997): Einstellungen zur Rolle der Bürger im politischen Prozess. In: Gabriel, Oscar W. (Hg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinten Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 211-234.

- Hondrich, Karl-Otto und Koch-Arzberger, Claudia (1992): Solidarität in der modernen Gesellschaft. Frankfurt/Main: Fischer.
- Honneth, Axel (Hg.) (2002): Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Honneth, Axel (1994): Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- Honneth, Axel (1993): Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Hopf, Wulf (2001): Die Verweigerung politischer Beteiligung in problembelasteten Stadtquartieren – Abstinenz oder Protest? In: K. Bruhns; W. Mack (Hg.), Aufwachsen und Lernen in der sozialen Stadt. Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebensräumen. Opladen: Leske + Budrich, 265-276.
- Hradil, Stefan (2001): Soziale Ungleichheit in Deutschland. Opladen: Leske + Budrich.
- Hradil, Stefan (1987): Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft: von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus. Opladen: Leske + Budrich.
- Hübinger, Werner (1996): Prekärer Wohlstand. Neue Befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit. Freiburg i.Br.: Lambertus-Verlag.
- Hüpping, Sandra; Reinecke, Jost (2007): Abwärtsdriftende Regionen. Die Bedeutung sozioökonomischer Entwicklungen für Orientierungslosigkeit und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 5. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. S. 77-101.
- Jacobs, Jane (1963[1961]): Tod und Leben großer amerikanischer Städte. Frankfurt/Main: Ullstein Verlag.
- Jacobs, Jörg (2004): Tücken der Demokratie. Antisystemeinstellungen und ihre Determinanten in sieben post-kommunistischen Transformationsländern. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Jahn, Olaf; Opalka, Susanne (2004): Tod im Milliardenpiel. Der Bankenskandal und das Ende eines Kronzeugen. Berlin: Transit Buchverlag.
- Jessop, Bob (1994): Post-Fordism and the State. In: Amin, Ash (Hg.): Post-Fordism. A Reader. Oxford/Cambridge USA: Blackwell. S. 251-279.
- Kaase, Max (2002): Politische Beteiligung. In: Greiffenhagen, Martin; Greiffenhagen, Sylvia (Hg.): Handwörterbuch zur Politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 349-355.
- Kaase, Max (1983): Sinn oder Unsinn des Konzeptes "Politische Kultur" für die vergleichende Politikwissenschaft, oder auch: der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln. In: Kaase, Max/ Klingemann, Hans-Dieter (Hg.): Wahlen und das politische System. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 144-173.
- Kaase, Max; Eisen, Andreas; Gabriel, Oscar W.; Niedermayer, Oskar; Wollmann, Hellmut (1996): Politisches System. Opladen: Leske + Budrich.
- Kapphan, Andreas (2002): Das arme Berlin. Sozialräumliche Polarisierung, Armutskonzentration und Ausgrenzung in den 1990er Jahren. Opladen: Leske + Budrich.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2002): Sozialpolitik zwischen Gemeinwohl und Solidarität. In: Münkler, Herfried; Fischer, Karsten (Hg.): Gemeinwohl und Gemeinsinn. Rhetoriken und Perspektiven sozio-moralischer Orientierung. Berlin: Akademie-Verlag. S. 19-54.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1984): Solidarität als Steuerungsform – Erklärungsansätze bei Adam Smith. In: Kaufmann, Franz-Xaver und Krüselberg, Hans-Günter (Hg.): Markt, Staat und Solidarität bei Adam Smith. Frankfurt am Main: Campus Verlag. S. 158-184.
- Keller, Carsten (2005): Leben im Plattenbau. Zur Dynamik sozialer Ausgrenzung. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Keller, Carsten (1999): Armut in der Stadt: Zur Segregation benachteiligter Gruppen in Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Klages, Helmut (1990): Vertrauen und Vertrauensverlust in westlichen Demokratien. In: Haungs, Peter (Hg.): Politik ohne Vertrauen? Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. S. 43-61.
- Klages, Helmut (2002): Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement im kommunalen Raum, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaft 41. *Heft 2*: 83-107.
- Klaus, Elisabeth; Lünenborg, Margareth (2004): Cultural Citizenship. Ein kommunikationswissenschaftliches Konzept zur Bestimmung kultureller Teilhabe in der Mediengesellschaft. In: M&K 52. *Jahrgang 2/2004*, S.193-213.
- Klein, Anna; Hüpping, Sandra (2008): Politische Machtlosigkeit als Katalysator der Ethnisierung von Verteilungskonflikten. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 6. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. S. 73-94.
- Kohler, Ulrich; Kreuter, Frauke (2006): Datenanalyse mit Stata. Allgemeine Konzepte der Datenanalyse und ihre praktische Anwendung. München, Wien: Oldenbourg Verlag.
- IKoller, Martin (2003): Die stillen Kosten der Einigung. In: IAB Kurzbericht. Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit. *Ausgabe Nr. 13/14.08.2003*.
- Komter, Aafke (2005): Zur Veränderung sozialer Bindungen in der Gegenwart. In: Berger, Johannes (Hg.): Zerreißt das soziale Band? Beiträge zu einer aktuellen gesellschaftspolitischen Debatte. Frankfurt am Main, New York: Campus-Verlag. S. 53-76.
- Kronauer, Martin (2006): „Exklusion“ als Kategorie einer kritischen Gesellschaftsanalyse. Vorschläge für eine anstehende Debatte. In: Bude, Heinz; Willisch, Andreas (Hg.): Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige. Hamburg: Hamburger Edition. S. 27-45.
- Kronauer, Martin; Vogel, Berthold (2004): Erfahrungen und Bewältigung von Ausgrenzung in der Großstadt: Was sind Quartierseffekte, was Lagereffekte? In: Häußermann, Hartmut; Kronauer, Martin; Siebel, Walter (Hg.): An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung. Frankfurt am Main: Suhrkamp. S. 235-257.

- Kronauer, Martin (2004a): Quartierseffekte. Einführung und Kommentar. In: Walther, Uwe-Jens; Mensch, Kirsten (Hg.): Armut und Ausgrenzung in der „Sozialen Stadt“. Konzepte und Rezepte auf dem Prüfstand. Darmstadt. S. 17-25.
- Kronauer, Martin (2002): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Frankfurt am Main: Campus.
- Kronauer, Martin (2002a): Die neue soziale Frage: Armut und Ausgrenzung in der Großstadt heute. In: Walther, Uwe-Jens (Hg.): Soziale Stadt – Zwischenbilanzen. Ein Programm auf dem Weg zur Sozialen Stadt? Opladen: Leske + Budrich. S. 45-56.
- Klingemann, Hans-Dieter; Fuchs, Dieter (Hg.) (1995): Beliefs in Government Volume one. Citizens and the State. Oxford: University Press.
- Krimmel, Iris (1999): Die Beurteilung von Politikern als ein Aspekt von „Politikverdrossenheit“. In: Plasser, Fritz; Gabriel, Oscar W.; Ulram, Peter (Hg.): Wahlen und politische Einstellungen in Deutschland und Österreich. Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag. S. 263-293.
- Krings-Heckmeier, Marie-Therese; Pfeiffer, Ulrich (1998): Überforderte Nachbarschaften: Soziale und ökonomische Erosion in Großstadtsiedlungen. In: Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V. (Hg.): Überforderte Nachbarschaften: Zwei sozialwissenschaftliche Studien über Wohnquartiere in den alten und neuen Bundesländern. GdW Schriften 48. Köln, Berlin. S. 19-162.
- Krüger, Wilfried (1995): Vertrauen in Institutionen. In: Hoffmann-Lange, Ursula (Hg.): Jugend und Demokratie in Deutschland. DJI-Jugendsurvey 1. Opladen: Leske und Budrich. S. 245-274.
- Kunz, Volker/ Gabriel, Oscar W. (2000): Soziale Integration und politische Partizipation. Das Konzept des Sozialkapitals – ein brauchbarer Ansatz zur Erklärung politischer Partizipation? In: Druwe, Ulrich/ Kühnel, Steffen/ Kunz, Volker (Hg.): Kontext, Akteur und strategische Interaktion. Untersuchungen zur Organisation politischen Handelns in modernen Gesellschaften. Opladen: Leske + Budrich, S. 47-75.

- Küpper, Beate; Zick, Andrea (2008): Soziale Dominanz, Anerkennung und Gewalt. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 6. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. S. 116-134.
- Läzer, Katrin Luise (mit Hartmut Häußermann und Jens Wurtzbacher) (2004): Vertrauen und solidarische Einstellungsmuster bei Stadtbewohnern. In: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung, 2, S. 32-63.
- Läzer, Katrin Luise u.a. (2004a): Einstellungen der BewohnerInnen Berlins zur derzeitigen Kommunal- und Landespolitik. ASTA der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin
- Liebig, Stefan; Lengfeld, Holger (Hg.) (2002): Interdisziplinäre Gerechtigkeitsforschung. Zur Verknüpfung empirischer und normativer Perspektiven. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- Liebig, Stefan; Lengfeld, Holger; Märker, Alfredo (2002): Politisches Engagement, Protest und die Bedeutung sozialer Gerechtigkeit. In: Liebig, Stefan; Lengfeld, Holger (Hg.): Interdisziplinäre Gerechtigkeitsforschung. Zur Verknüpfung empirischer und normativer Perspektiven. Frankfurt am Main: Campus-Verlag. S. 243-265.
- Lijphart, Arend, (1984): Democracies. Patterns of Majoritarian and Consensus Government in Twenty-One Countries. New Haven, London: Yale University Press.
- Lijphart, Arend (1980): The Structure of Inference, In: Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (Hg.): The Civic Culture Revisited. Boston/Toronto: S. 37-56.
- Lippl, Bodo (2001): Interviewer Introduction. Gesprächsführung im Telefoninterview, Handout zur Interviewerschulung. Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin. Unveröffentlichtes Manuskript
- Lipset, Seymour Martin (1959): Political man: The social bases of politics. New York: Doubleday.
- Lipset, Seymour M. und Rokkan, Stein (1967): Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: In: Lipset, Seymour M. und Rokkan, Stein (Hg). Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives. New York: The Free Press.

- Listhaug, Ola (1995): The Dynamics of Trust in Politicians. In: Klingemann, Hans-Dieter; Fuchs, Dieter (Hg.): Beliefs in Government Volume one. Citizens and the State. Oxford: University Press. S. 261-297.
- Listhaug, Ola; Wiberg, Matti (1996): Confidence in Political and Private Institutions. In: Klingemann, Hans-Dieter; Fuchs, Dieter (Hg.): Beliefs in Government Volume one. Citizens and the State. Oxford: University Press. S. 298-322.
- Luhmann, Niklas (1979): Trust and Power. Chichester: Wiley.
- Luhmann, Niklas (1983): Legitimation durch Verfahren. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Maier, Jürgen (2000): Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik Deutschland. Dimensionen - Determinanten - Konsequenzen. Opladen: Leske + Budrich.
- Marshall, Thomas H. (1992): Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaats. Frankfurt am Main/ New York: Campus-Verlag.
- Markovits, Andrei S.; Silverstein, Mark (1989): Macht und Verfahren. Die Geburt des politischen Skandals aus der Widersprüchlichkeit liberaler Demokratien. In: Ebbinghausen, Rolf; Neckel, Sighard (Hg.): Anatomie des politischen Skandals. Frankfurt am Main. S. 151-170.
- Mau, Steffen (2002): Solidarität und Gerechtigkeit. Zur Erkundung eines Verhältnisses. In: Liebig, Stefan; Lengfeld, Holger (Hg.): Interdisziplinäre Gerechtigkeitsforschung. Zur Verknüpfung empirischer und normativer Perspektiven. Frankfurt am Main: Campus-Verlag. S. 129-154.
- Mayer, Margit (2001): Soziales Kapital und Stadtentwicklungspolitik. Ein ambivalenter Diskurs. In: Haus, Margit (Hg.): Lokale Politik, soziales Kapital und Bürgergesellschaft. Opladen: Leske + Budrich.
- Mayring, Peter (1983): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim: Beltz PVU.
- McCombs, M.E.; Shaw, D.L. (1972): The agenda-setting function of mass media. In: Public Opinion Quarterly 36. S. 176-187.

- Mead, George Herbert (1998[1934]): Geist, Identität und Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Meyer, Birgit (1992): Die „unpolitische“ Frau. Politische Partizipation von Frauen oder: Haben Frauen ein anderes Verständnis von Politik? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25-26/92, S. 3-18.
- Mill, John Stuart (1971[1861]): Betrachtungen über die repräsentative Demokratie, Paderborn: Schöningh.
- Misztal, Barbara A. (1996): Trust in Modern Societies. The Search for the Bases of Social Order. Cambridge: Polity Press.
- Münkler, Herfried; Bluhm, Harald (Hg.) (2001): Gemeinwohl und Gemeinsinn. Historische Semantiken politischer Leitbegriffe (Forschungsberichte der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Gemeinwohl und Gemeinsinn, Bd. I), Berlin: Akademie Verlag.
- Münkler Herfried; Fischer, Karsten (Hg.) (2002): Gemeinwohl und Gemeinsinn. Rhetoriken und Perspektiven sozial-moralischer Orientierung (Forschungsberichte der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Gemeinwohl und Gemeinsinn, Bd. II), Berlin: Akademie Verlag.
- Münkler, Herfried; Fischer, Karsten (Hg.) (2002a): Gemeinwohl und Gemeinsinn im Recht. Konkretisierung und Realisierung öffentlicher Interessen. Forschungsberichte der interdisziplinären Arbeitsgruppe Gemeinwohl und Gemeinsinn, Bd. III, Akademie Verlag.
- Neckel; Sigward; Sutterlüty, Ferdinand (2004): Negative Klassifikationen. Konflikte um die symbolische Ordnung sozialer Ungleichheit. In: Heitmeyer, Wilhelm/ Imbusch, Peter (Hg.): Integrationspotentiale einer modernen Gesellschaft. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften. S. 409-428.
- Neckel, Sigward; Dröge, Kai (2002): Die Verdienste und ihr Preis: Leistung in der Marktgesellschaft. In: Honneth, Axel (Hg.): Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus. Frankfurt am Main: Campus Verlag. S.93-116.
- Neckel, Sigward (1997): Zwischen Robert E. Park und Pierre Bourdieu: Eine dritte „Chicago School? In: Soziale Welt 47, S. 71-84.

- Neller, Katja (2002a): Politisches Interesse. In: Greiffenhagen, Martin; Greiffenhagen, Sylvia (Hg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S. 489-493.
- Neller, Katja (2002b): Politische Informiertheit. In: Greiffenhagen, Martin; Greiffenhagen, Sylvia (Hg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S. 363-369.
- Neller, Katja; van Deth, Jan W. (2006): Politisches Engagement in Europa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte APuZ 30-31/2006. S. 30-38.
- Niedermayer, Oskar; von Beyme, Klaus (Hg.) (1996): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland. Berlin: Akademie Verlag.
- Niedermayer, Oskar/ Westle, Bettina (1995): A Typology of Orientations. In: Norris, Pippa (Hg.): Critical Citizen. Oxford: S. 78-99
- Nowak, Jürgen (2006): Leitkultur und Parallelgesellschaft. Argumente wider einen deutschen Mythos. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel Verlag.
- Offe, Claus (2003): Demokratie und Vertrauen. In: Herausforderungen der Demokratie. Zur Integrations- und Leistungsfähigkeit politischer Institutionen. Frankfurt am Main: Campus Verlag. S. 227-239.
- Offe, Claus (2003a): Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme. In: Herausforderungen der Demokratie. Zur Integrations- und Leistungsfähigkeit politischer Institutionen. Frankfurt am Main: Campus Verlag. S. 11-42.
- Offe, Claus (2003b): Bewährungsproben. Über einige Beweislasten bei der Verteidigung der liberalen Demokratie. In: derselbe: Herausforderungen der Demokratie. Zur Integrations- und Leistungsfähigkeit politischer Institutionen. Frankfurt am Main: Campus Verlag. S. 136-151.
- Offe, Claus (2001): Wie können wir unseren Mitbürgern vertrauen? In: Hartmann, Martin; Offe, Claus (Hg.): Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts. Frankfurt, New York: Campus Verlag. S. 243-294.

- Offe, Claus/ Fuchs, Susanne (2001): Schwund des Sozialkapitals? Der Fall Deutschland, in: Putnam, Robert D. (Hg.): Gesellschaft und Gemeinsinn, Sozialkapital im internationalen Vergleich, Güterloh: Verlag Bertelsmann Stiftung. S. 417-514.
- Offe, Claus (1998): Demokratie und Wohlfahrtsstaat. Eine europäische Regimeform unter dem Streß der europäischen Integration. In: Streeck, Wolfgang (Hg.): Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie. Frankfurt am Main: Campus Verlag. S. 99-136.
- Offe, Claus (1996): Modernity and the State. Cambridge: Polity Press.
- Pappi, Franz Urban (1985): Die konfessionell-religiöse Spannungslinie in der deutschen Wählerschaft: Entstehung, Stabilität, Wandel. In: Oberndörfer, D.; Rattinger, H.; Schmitt, K. (Hg.): Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertewandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Becker & Humblot. S. 263-290
- Pateman, Carol (1980): The Civic Culture: A Philosophic Critique. In: Gabriel A./Verba, Sidney (Hg.): The Civic Culture Revisited. Boston/Toronto. S.57-102.
- Park, Robert E. (1925): The Urban Community as a Spatial Pattern and a Moral Order. In: Publication of the American Sociological Association. *Vol. 20.*, S. 1-14.
- Park, Robert E. (1925a): The City: Suggestions for the Investigation of Human Behavior in the Urban Environment. The City. Hrsg. Robert E. Park, and Ernest W. Burgess. The University of Chicago Press. S. 1-46.
- Park, Robert E. (1952): Human Ecology. Human Communities. Glencoe. The Free Press. S. 145-58.
- Park, Robert E.; Ernest W. Burgess (1925) (Hg.): The City. Chicago: The University of Chicago Press.
- Parry, Geraint (1976): Trust, Distrust and Consensus, in: British Journal of Political Science 6, 129-142.
- Pennock, Roland J. (1952): Responsiveness, Responsibility and Majority Rule. In: American Political Science Review 66, S. 790-807.

- Pitkin, Hanna F., (1967): The Concept of Representation. Berkeley: University of California Press.
- Polanyi, Karl (1978): The Great Transformation. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Putnam, Robert (2000): Bowling Alone. The collapse and revival of American community. New York: Simon & Schuster.
- Putnam, Robert (1995): Bowling Alone: America's Declining Social Capital. In: Journal of Democracy, 6:1. S. 65-78.
- Putnam, Robert (1993): Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy. Princeton: University Press.
- Ribhegge, Wilhelm (2002): Stadt und Nation in Deutschland vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Die Entstehung der Zivilgesellschaft aus der Tradition der Städte, Münster, New York, München, Berlin: Waxmann.
- Reinders, Heinz (2003): Politische Sozialisation in der Adoleszenz. Eine Re-Interpretation quantitativer Längsschnittuntersuchungen in Deutschland. In: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie, 35 (2). S. 98-110.
- Reuband, Karl-Heinz; Blasius, Jörg (1996): Face-to-face-, telefonische und postalische Befragungen: Ausschöpfungsquoten und Antwortmuster in einer Großstadt-Studie. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 48, S. 296-318.
- Riege, Marlo; Schubert, Herbert (Hg.) (2002): Sozialstrukturanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis. Opladen, Leske + Budrich.
- Rippl, Susanne; Baier, Dirk (2005): Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Eine vergleichende Analyse. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 57. S. 644-666.
- Rohe, Karl (1994): Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzeptes. In: Niedermayer, Oskar; Beyme, Klaus (Hg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Berlin: Akademie-Verlag, S. 1-22.

- Rohe, Karl (1987): Politische Kultur und kulturelle Aspekte von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kultur-Forschung, in: Berg-Schlosser, Dirk/ Schissler, Jakob (Hg.): Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung. Opladen: Westdeutscher Verlag. Politische Vierteljahresschrift: *Sonderheft*; 18. S. 39-48.
- Rose, Mathew D. (2004): Warten auf die Sintflut. Über Cliquenwirtschaft, Selbstbedienung und die wuchernden Schulden der Öffentlichen Hand unter besonderer Berücksichtigung unserer Hauptstadt. Berlin: Transit Buchverlag.
- Rose, Mathew D. (2003): Eine ehrenwerte Gesellschaft. Die Bankgesellschaft Berlin. Berlin: Transit Buchverlag.
- Roth, Roland (1998): Lokale Demokratie "von unten". Bürgerinitiativen, städtischer Protest, Bürgerbewegungen und neue soziale Bewegungen in der Kommunalpolitik, in: Wollmann, Helmut/ Roth, Roland (Hg.): Kommunalpolitik, Politisches Handeln in den Gemeinden, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung. S. 2-23.
- Roth, Dieter (1998a): Empirische Wahlforschung. Opladen: Leske+Budrich.
- Rucht, Dieter (2003): Bürgerschaftliches Engagement in sozialen Bewegungen. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement in Parteien und Bewegungen. Opladen: Leske + Budrich. S. 17-156.
- Rügener, Werner (2002): Colonia Corrupta: Globalisierung, Privatisierung und Korruption im Schatten des Kölner Klüngels. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Sarcinelli, Ulrich (1998): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Sassen, Saskia (1991): The global city: New York, London and Tokyo, Princeton NJ: Princeton University Press.

- Schacht, Konrad (1987): Politische Kultur, sozialer Wandel und Wahlverhalten im Dienstleistungszentrum Frankfurt, in: Berg-Schlosser, Dirk / Schissler, Jakob (Hg.): Politische Kultur in Deutschland, Bilanz und Perspektiven der Forschung, Opladen: Westdeutscher Verlag. 275-281.
- Schäfers, Bernhard/Zapf, Wolfgang (Hg.) (2000): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Opladen: Leske + Budrich.
- Scharpf, Fritz W. (1997): Games real actors play. Actor-centered Institutionalism in policy research. Boulder Col.: Westview Press.
- Schmalz-Bruns, Rainer (2002): Vertrauen in Vertrauen? Ein konzeptueller Aufriß des Verhältnisses von Politik und Vertrauen, in: Schmalz-Bruns, Rainer/ Zintl, Reinhard (Hg.): Politisches Vertrauen, Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft: S. 9-38.
- Schmalz-Bruns, Rainer; Zintl, Reinhard (Hg.) (2002): Politisches Vertrauen. Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation. Baden Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Schnur, Olaf (2003): Lokales Sozialkapital für die „soziale Stadt“. Politische Geographien sozialer Quartiersentwicklung am Beispiel Berlin-Moabit. Opladen: Leske + Budrich.
- Schumpeter, Joseph A., (1950 [1942]): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Bern: Francke Verlag.
- Schwingel, Markus (1998): Pierre Bourdieu. Zur Einführung. Hamburg: Julius Verlag.
- Seitz, Werner (1997): Die politische Kultur und ihre Beziehungen zum Abstimmungsverhalten. Eine Begriffsgeschichte und Methodenkritik. Zürich: Realutopia.
- Simmel, Georg (1992[1903]): Der Raum und die räumlichen Ordnungen der Gesellschaft. In: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Gesamtausgabe Band II. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. S. 687-790.
- Simmel, Georg (1995[1903]): Die Großstadt und das Geistesleben. In.: Aufsätze und Abhandlungen 1901-1908. Band 1. Gesamtausgabe Band VII. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. S. 116-131.

- Simmel, Georg (2001[1900]): Die Philosophie des Geldes. Köln: Parkland Verlag.
- Sonthheimer, Kurt (1990): Deutschlands politische Kultur. München, Zürich: Piper.
- Speth, Rudolf; Klein, Ansgar; Braun, Sebastian (2004). Zwischen Meier und Verein – Modernisierungspotentiale im Ehrenamt. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*. 17 (1). S. 2-8.
- Speth, Rudolf (1997): Pierre Bourdieu – Ökonomisierung des Symbolischen. In: Göhler, Gerhard u.a. (Hg.): Institutionen – Macht - Repräsentation. Wofür politische Institutionen stehen und wie sie wirken. Baden-Baden: Nomos-Verlag. S. 321-348.
- Spickermann, Holger (2002): Konstruktion sozialer Räume durch Netzwerke. In: Riege, Marlo; Schubert, Herbert (Hg.): Sozialstrukturanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis. Opladen, Leske + Budrich, S. 295-309.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (2004): Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik. (Bonn): Bundeszentrale für politische Bildung.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (2003): Bevölkerung Deutschlands bis 2050 - Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Pressestelle Wiesbaden. Download als PDF-Datei unter:
http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2003/Bevoelkerung_2050.pdf (29.09.06)
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (2006): Datenreport 2006. In Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA). Bundeszentrale für politische Bildung. Download als PDF-Datei unter:
http://www.destatis.de/datenreport/d_datend.htm (29.09.06)
- Streek-Fischer, Annette (1996): „Geil auf Gewalt“. Psychoanalytische Bemerkungen zu Adoleszenz und Rechtsextremismus. In: Bohleber, Werner (Hg.): Adoleszenz und Identität. Stuttgart: Verlag Internationale Psychoanalyse. S. 182-207.
- Strobl, Rainer; Würtz, Stefanie; Klemm, Jana (2003): Demokratische Stadtgesellschaften als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Weinheim/München: Juventa.

- Sztompka, Piotr (1995): Die fehlende Ressource in der postkommunistischen Gesellschaft. In: Nedelmann, Brigitta (Hg.): Politische Institutionen im Wandel. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 254-279.
- Tichenor, Phillip James, George A. Donohue, Clarice N. Olien (1980): Community conflict and the press. Beverly Hills: Sage Publication.
- Tocqueville, Alexis de (1985[1835]): Über die Demokratie in Amerika. Dietzingen: Reclam.
- Ullrich, Carsten G. (2005): Solidarität und Solidaritätsbereitschaft im Wohlfahrtsstaat. Theoretische Anmerkungen und einige empirische Befunde. In: Berger, Johannes (Hg.): Zerreißt das soziale Band? Beiträge zu einer aktuellen gesellschaftspolitischen Debatte. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag. S. 173-200.
- Ullrich, Carsten G. (2004): Sozialpolitische Gerechtigkeitsprinzipien, empirische Gerechtigkeitsüberzeugungen und die Akzeptanz sozialer Sicherungssysteme. In: Liebig, Stefan; Lengfeld, Holger; Mau, Steffen (Hg.): Verteilungsprobleme und Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften. Frankfurt am Main: Campus-Verlag. S.69-96.
- Ulrich, Ralf E. (2001): Die zukünftige Bevölkerungsstruktur Deutschlands nach Staatsangehörigkeit, Geburtsort und ethnischer Herkunft: Modellrechnung bis 2050. erstellt im Auftrag der Unabhängigen Kommission: „Zuwanderung“. Berlin/Windoeck. Download als PDF-Datei:
http://www.bmi.bund.de/cln_012/nn_122688/Internet/Content/Common/Anlagen/Themen/Zuwanderung/DatenundFakten/Eridion__pdf,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Eridion_pdf
- van Deth, Jan W. (2004): Politisches Interesse. In: van Deth, (Hg.): Deutschland und Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2003 – 2004. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 275-292.
- van Deth, Jan W. (2000): Das Leben, nicht die Politik ist wichtig. In: Niedermayer, Oskar; Westle, Bettina (Hg.): Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S. 115-135.

- Vester, Michael (2006): Der Kampf um soziale Gerechtigkeit. Zumutungen und Bewältigungsstrategien in der Krise des deutschen Sozialmodells. In: Bude, Heinz; Willisch, Andreas (Hg.): Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige. Hamburg: Hamburger Edition. S. 243-293.
- Vester, Michael (2002): Schieflagen sozialer Gerechtigkeit. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 8/2002, S. 450-463.
- Vester, Michael (2001): Von der Integration zur sozialen Destabilisierung. Die Krise des Sozialmodells der Bundesrepublik zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Mansel, Jürgen; Schweins, Wolfgang; Ulbrich-Herrmann Matthias (Hg.): Zukunftsperspektiven Jugendlicher. Wirtschaftliche und soziale Entwicklungen als Herausforderung und Bedrohung der Lebensplanung. Weinheim, München: Juventa Verlag. S. 19-56.
- Vester, Michael; von Oertzen, Peter; Geiling, Heiko; Hermann, Thomas; Müller, Dagmar (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Wandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Vetter, Angelika (2002): Lokale Politik als Ressource der Demokratie in Europa? Lokale Autonomie, lokale Strukturen und Einstellungen der Bürger zur lokalen Politik. Opladen: Leske + Budrich.
- Vetter, Angelika (2002a): Externe politische Effektivität. In: Greiffenhagen, Martin; Greiffenhagen, Sylvia (Hg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S. 114-120.
- Vetter, Angelika (2002b): Politische Kompetenz. In: Greiffenhagen, Martin; Greiffenhagen, Sylvia (Hg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S. 379-382.
- Vetter, Angelika (2002c): Lokale Politik und die Sozialisation demokratischer Einstellungen in Europa. In: Politische Vierteljahresschrift, 43 Jg., Heft 4, S. 606-623.

- Vetter, Angelika (2000): Frischer Wind in einer alten Beziehung? Political Efficacy und die Bundestagswahl 1998. In: Gabriel, Oscar W.; Rattinger, Hans; Falter, Jürgen W. (Hg.): Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich. Opladen: Leske + Budrich. S. 79-110.
- Vetter, Angelika (1997): Einstellungen zur lokalen und zur nationalen Politik. In: Gabriel, Oscar W.; Brettschneider, Frank; Vetter, Angelika (Hg.): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 17-42.
- Vetter, Angelika (1997a): Political Efficacy – Reliabilität und Validität. Alte und neue Messmodelle im Vergleich. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- Vogel, Berthold (2006): Soziale Verwundbarkeit und prekärer Wohlstand. Für ein verändertes Vokabular sozialer Ungleichheit. In: Bude, Heinz; Willisch, Andreas (Hg.): Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige. Hamburg: Hamburger Edition. S. 342-355.
- von Beyme, Klaus (2004): Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- von Freyberg, Thomas von (1996): Der gesplante Fortschritt. Zur städtischen Modernisierung am Beispiel Frankfurt/Main. Frankfurt/Main: Campus.
- Voswinkel, Stephan (2002): Bewunderung ohne Würdigung. Paradoxien der Anerkennung doppelt subjektiver Arbeit. In: Honneth, Axel (Hg.): Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus. Frankfurt am Main: Campus Verlag. S. 65-92.
- Walz, Dieter (1996): Vertrauen in Institutionen in Deutschland zwischen 1991 und 1995, in: ZUMA-Nachrichten 38, Jg. 20, 5, 70-87.
- Walter, Melanie (2000): The Responsiveness of Local Councillors to Citizen Preferences in Stuttgart: The Case of Sport Policies. In: Citizen Responsive Government 8, S. 149-165.
- Walter, Melanie (1997a): Politische Responsivität - Messungsprobleme am Beispiel kommunaler Sportpolitik. Leverkusen: Deutscher Universitätsverlag.

- Walter, Melanie (1997b): Stuttgarter Ratsmitglieder: Sozialprofil, politische Einstellungen und kommunale Aufgaben. In: Gabriel, Oscar W., Brettschneider, Frank, Vetter Angelika (Hrsg.): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 229-247.
- Weber, Max (1995): Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. In: ders.: Schriften zur Soziologie. Stuttgart: Philipp Reclam jun. S. 315-351.
- Weber, Max (1972): Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen: J.C.B. Mohr (5.Auflage)
- Wehling, Hans-Georg (1987): Die Bedeutung regionaler Politischer Kultur-Forschung unter besonderer Berücksichtigung Württembergs, in: Berg-Schlosser, Dirk / Schissler, Jakob (Hg.): Politische Kultur in Deutschland, Bilanz und Perspektiven der Forschung, Opladen: Westdeutscher Verlag. 259-266.
- Wenzel, Harald (2002): Vertrauen und die Integration moderner Gesellschaften. In: Schmalz-Bruns, Rainer; Zintl, Reinhard (Hg.): Politisches Vertrauen. Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation. Baden Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. S. 61-77.
- Westle, Bettina (2002): Politische Kultur. In: Lauth, Hans-Joachim (Hg.): Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S. 319-341.
- Westle, Bettina, (1999): Kollektive Identität im vereinten Deutschland. Nation und Demokratie in der Wahrnehmung der Deutschen. Opladen: Leske+Budrich.
- Westle, Bettina (1989a): Politische Legitimität. Theorien, Konzepte, empirische Befunde. Baden-Baden: Nomos.
- Westle, Bettina (1989b): Einstellungen zu den politischen Parteien und der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, in: Wildenmann, R. (Hg.), Volksparteien. Ratlose Riesen? Baden-Baden. 223-239.
- Wilson, Elizabeth (1991): The Sphinx in the City: Urban Life, the Control of Disorder and Women. Berkeley: UCP Press.
- Wollmann, Hellmut (2002): Die Bürgergemeinde - ihr Doppelcharakter als politische Kommune und (zivil-) gesellschaftliche Gemeinde. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften 41. Heft 2: 23-43.

- Young, Iris Marion (2000): Das politische Gemeinwesen und die Gruppendifferenz. Eine Kritik am Ideal des universalen Staatsbürgerstatus. In: Braun, Kathrin; Fuchs, Gesine; Lemke, Christine; Töns, Katrin (Hg.) (2000): Feministische Perspektiven der Politikwissenschaft. München, Wien: Oldenbourg Verlag, S. 84-117.
- Zoll, Ralf (1999) (Hg.): Vom Obrigkeitsstaat zur entgrenzten Politik. Politische Einstellungen und politisches Verhalten in der Bundesrepublik seit den sechziger Jahren. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Zorbaugh, Harvey W. (1969) [1929]. The Gold Coast and the Slum. Chicago: Chicago University Press.
- Züchner, Markus Daniel (2002): Soziale Gerechtigkeit, Solidarität und politisches Vertrauen: In: Rainer Schmalz-Bruns, Reinhard Zintl (Hrsg.): Politisches Vertrauen. Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation. Baden Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Anhang

Tabelle A 1: Übersicht der abhängigen und unabhängigen Variablen mit Itemformulierung, Variablenausprägung und Skalenniveau

Variablenname	Itemformulierung	Variablenausprägung	Skalenniveau
Politisches Institutionenvertrauen			
Zufriedenheit mit der Kommunalpolitik	<i>Sind Sie im Großen und Ganzen mit der Kommunalpolitik in Berlin/Mannheim/Köln/Leipzig sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?</i>	1 = sehr unzufrieden, ..., 4 = sehr zufrieden	Intervallskala
Vertrauen zum Oberbürgermeister	<i>Wenn Sie an die Zukunft von Berlin/Mannheim/Köln/Leipzig denken, haben Sie zu folgenden Einrichtungen großes Vertrauen, eher Vertrauen, eher kein Vertrauen oder gar kein Vertrauen? Wie groß ist Ihr Vertrauen in den Oberbürgermeister?</i>	1= großes Vertrauen, ..., 4= kein Vertrauen	Intervallskala
Vertrauen zu Kommunalpolitikern	<i>Wie groß ist Ihr Vertrauen zu den Kommunalpolitikern?</i>	1= kein Vertrauen, ..., 4= großes Vertrauen	Intervallskala
Vertrauen zum Stadtparlament	<i>Wie groß ist Ihr Vertrauen zum Gemeinderat/Stadtrat/Abgeordnetenhaus?</i>	1= kein Vertrauen, ..., 4= großes Vertrauen	Intervallskala
Vertrauen zur Stadtverwaltung	<i>Wie groß ist Ihr Vertrauen zur Stadtverwaltung?</i>	1= kein Vertrauen, ..., 4= großes Vertrauen	Intervallskala
Vertrauen zu Stadtparteien	<i>Wie groß ist Ihr Vertrauen zur den Stadtparteien?</i>	1= kein Vertrauen, ..., 4= großes Vertrauen	Intervallskala
Vertrauen zu Stadtteilvertretung	<i>Wie groß ist Ihr Vertrauen zum Bezirksbeirat/ zur Bezirksvertretung/ zur Bezirksversordnetenversammlung?</i>	1= kein Vertrauen, ..., 4= großes Vertrauen	Intervallskala
Responsivitätswahrnehmung			
Politiker repräsentieren Stadtteil	<i>Wenn Sie nun an Wedding/ Zehlendorf/ Osten/ Gohlis/ Schöнау/ Oststadt/ Chorweiler/ Hahnwald im Allgemeinen denken, würden Sie sagen, dass folgende Aussagen voll zutreffen, eher zutreffen, eher nicht zutreffen oder gar nicht zutreffen? Die Interessen von Wedding/... werden ausreichend durch Kommunalpolitiker und durch den Stadt-/Gemeinderat/ Abgeordnetenhaus vertreten.;</i>	1 = trifft gar nicht zu, ..., 4 = trifft voll zu.	Intervallskala
Fraueninteressen werden berücksichtigt	<i>Die Interessen der Frauen werden im Stadtteil ausreichend berücksichtigt.</i>	1 = trifft gar nicht zu, ..., 4 = trifft voll zu.	Intervallskala
Stadtteil wird eher nicht vernachlässigt	<i>Wedding/... wird im Vergleich zu anderen Stadtteilen von der Stadtverwaltung eher vernachlässigt.</i>	1 = trifft gar nicht zu, ..., 4 = trifft voll zu.	Intervallskala
Um Stadtteil wird sich gekümmert	<i>Um die wichtigsten Probleme des Stadtteils kümmert sich niemand.</i>	1 = trifft gar nicht zu, ..., 4 = trifft voll zu.	Intervallskala

Politische Involvierung

Politisches Interesse

Interesse für Stadtpolitik	<i>Wie sehr interessieren Sie sich für die Stadtpolitik von Berlin/Leipzig/Mannheim/Köln? Interessieren Sie sich sehr, eher, eher nicht oder gar nicht</i>	1= interessiere mich gar nicht, ..., 4= interessiere mich sehr	Intervallskala
Interesse für Stadtteilpolitik	<i>2. Wie sehr interessieren Sie sich für die Politik in Ihrem Stadtteil? Interessieren Sie sich sehr, eher, eher nicht oder gar nicht? “ Zur politischen Informiertheit:</i>	1= interessiere mich gar nicht, ..., 4= interessiere mich sehr	Intervallskala

Kenntnis lokalpolitischer Akteure

Kenntnis eines Bezirksvertreters	<i>Kennen Sie ein oder mehrere Mitglieder des Bezirksbeirates/der Bezirksvertretung für Ihren Stadtteil dem Namen nach? Ja, kenne einen, kenne mehrere, nein, kenne keinen.</i>	0=kenne keinen, 1= kenne einen, 2= kenne mehrere	Nominalskala
Kenntnis eines Kommunalpolitikers	<i>Kennen Sie ein oder mehrere Mitglieder des Abgeordnetenhauses/des Gemeinderates/des Stadtrates für Berlin/Leipzig/Köln/Mannheim dem Namen nach? Ja, kenne einen, kenne mehrere, nein, kenne keinen.</i>	0=kenne keinen, 1= kenne einen, 2= kenne mehrere	Nominalskala
Persönliche Kenntnis eines Kommunalpolitikers	<i>Mal angenommen, es gibt irgendein Problem in ihrem Stadtteil. Kennen Sie einen Kommunalpolitiker oder eine andere einflussreiche Person persönlich, an die Sie sich wenden könnten? Ja, kenne einen Kommunalpolitiker oder eine einflussreiche Person persönlich, nein, kenne keinen.</i>	0=kenne keinen, 1= kenne einen, 2= kenne mehrere	Nominalskala

Bereitschaft zu politischer Partizipation

Man muss die Dinge selbst in die Hand nehmen	<i>Würden Sie folgenden Aussagen voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen? Wenn man heute als Bürger etwas erreichen will, muss man die Dinge selbst in die Hand nehmen.</i>	1= stimme voll zu, ..., 2= stimme gar nicht zu	Ordinalskala
Direkte Beteiligung	<i>An den wichtigsten Entscheidungen der Stadt sollten die Bürger unbedingt direkt beteiligt werden.</i>	1= stimme voll zu, ..., 2= stimme gar nicht zu	Ordinalskala
Beteiligung an Bewohnerinitiative	<i>Würden Sie sich mit anderen Bewohnern zu einer Initiative zusammenschließen, um das Problem gemeinsam zu lösen? Ja oder nein?</i>	1=ja, 2= nein	Nominalskala
Beteiligung an Bürgerbegehren	<i>Würden Sie sich an einem Bürgerbegehren beteiligen? Ja oder nein?</i>	1=ja, 2= nein	Nominalskala

Soziales Kapital

Soziales Vertrauen

Vertrauen zu Stadtteilbewohnern	<i>Es gibt Menschen, zu denen man mehr oder weniger Vertrauen haben kann. Bitte sagen Sie mir im Folgenden, ob Sie großes Vertrauen, eher Vertrauen, eher kein Vertrauen oder gar kein Vertrauen haben. Wie ist es mit den Bewohnern im Stadtteil?</i>	1= kein Vertrauen, ..., 4= großes Vertrauen	Intervallskala
Vertrauen zu Nachbarn	<i>Wie ist es mit den Nachbarn?</i>	1= kein Vertrauen, ..., 4= großes Vertrauen	Intervallskala
Vertrauen zu Menschen der Stadt	<i>Und wie ist es mit den Menschen in der Stadt?</i>	1= kein Vertrauen, ..., 4= großes Vertrauen	Intervallskala
Vertrauen zu Ausländern	<i>Und wie ist es mit den Ausländern?</i>	1= kein Vertrauen, ..., 4= großes Vertrauen	Intervallskala

Mitgliedschaften

Mitglied in der Kirche/einer religiösen Vereinigung	<i>Darf ich Sie nun nach Ihren Mitgliedschaften fragen? Bitte antworten Sie im Folgenden mit Ja oder Nein. Sind Sie Mitglied in einer Kirche oder einer religiösen Vereinigung?</i>	1= ja, 2= nein	Nominalskala
Mitglied einer Partei	<i>Sind Sie Mitglied einer Partei?</i>	1= ja, 2= nein	Nominalskala
Mitglied einer Umweltorganisation	<i>Sind Sie Mitglied einer Umweltorganisation?</i>	1= ja, 2= nein	Nominalskala
Mitglied einer karitativen Organisation	<i>Sind Sie Mitglied einer karitativen Organisation oder Einrichtung?</i>	1= ja, 2= nein	Nominalskala
Mitglied im Berufsverband	<i>Sind Sie Mitglied in einem Berufsverband?</i>	1= ja, 2= nein	Nominalskala
Mitglied der Gewerkschaft	<i>Sind Sie Mitglied einer Gewerkschaft?</i>	1= ja, 2= nein	Nominalskala
Mitglied in einem bildungsorientierten Verein	<i>Sind Sie Mitglied in einem kunst-, musik- oder bildungsorientierten Verein oder einer Organisation?</i>	1= ja, 2= nein	Nominalskala
Mitglied im Sportverein	<i>Sind Sie Mitglied in einem Sportverein?</i>	1= ja, 2= nein	Nominalskala

Bürgerschaftliches Engagement

Bürgerschaftliches Engagement	<i>Haben Sie irgendwo ein Ehrenamt oder arbeiten auf andere Weise aktiv mit? Ja oder nein?</i>	1= ja, 2= nein	Nominalskala
--------------------------------------	--	----------------	--------------

Solidaritätsbereitschaft

Benachteiligte Stadtteile sollen mehr Geld bekommen	<i>Stellen Sie sich vor, Sie könnten bei der momentanen Finanznot über die knappen Gelder der Stadt B/L/M/K entscheiden. Wie sollten die knappen Gelder verteilt werden? Das Geld sollte auf alle Viertel gleich verteilt werden oder die schlechter gestellten Viertel sollten mehr Geld bekommen.</i>	1= Gelder gleich verteilen, 2= schlechter gestellte Viertel erhalten mehr	Nominalskala
Ganztagsschulen für Benachteiligte	<i>Wie Sie vielleicht gehört haben, steht Geld zur Einrichtung von Ganztagsschulen zur Verfügung. Wo im Stadtgebiet sollte man diese Ganztagsschulen einrichten? Dort, wo die schlechtesten Schulleistungen zu beobachten sind oder dort, wo man die Besten unterstützen kann?</i>	1= Schulen für die Besten, 2= Schulen, wo die schlechtesten Leistungen sind	Nominalskala
Lokaler Solidaritätszuschlag	<i>Angenommen der Stadt-/Gemeinderat/das Abgeordnetenhaus erwägt, einen Solidaritätszuschlag für B/L/M/K einzuführen, um die Lebensbedingungen in schlechter gestellten Vierteln zu verbessern. Dieser Zuschlag würde weniger als ein Prozent Ihres Einkommens ausmachen. Würden Sie für [versus] oder gegen den Vorschlag einer Stadtabgabe stimmen?</i>	1= kein Solidaritätszuschlag, 2= Solidaritätszuschlag	Nominalskala

unabhängige Variablen

Soziodemographische Variablen

Alter	<i>Darf ich Sie jetzt noch kurz zu Ihrer Person befragen: In welchem Jahr sind Sie geboren?</i>	1=1, ...	Verhältnisskala, metrisch
Geschlecht (männlich vs. weiblich)	<i>Geschlecht [Int.: Ohne Frage notieren, nur falls unbedingt notwendig, nachfragen!]</i>	0= weiblich, 1= männlich	Nominalskala

Kulturelles Kapital

Schulabschluss	<i>Welchen höchsten allgemeinen Schulabschluss haben Sie? [Int.: Bitte den Schulabschluss nennen lassen und Zutreffendes anklicken!] Von der Schule abgegangen ohne Abschluss; Volks-/Hauptschulabschluss; Mittlere Reife/ Realschulabschluss/ Fachschulreife, Polytechnische Oberschule mit 8. Klasse-Abschluss; Polytechnische Oberschule mit 10. Klasse-Abschluss; Fachhochschulreife, Fachgebundene Hochschulreife, Fachoberschule; Abitur/allgemeine Hochschulreife/Erweiterte Oberschule (EOS), anderer Schulabschluss.</i>	1= kein Abschluss, 2= Hauptschule, 3= Realschule, 4= Abitur, 5= anderer Abschluss	Nominalskala
-----------------------	---	---	--------------

Ökonomisches Kapital/ beruflicher Status			
Erwerbstätigkeit	<i>Sind Sie zurzeit erwerbstätig? Ja oder nein?</i>	1= ja, 2= nein	Nominalskala
Berufliche Stellung	<i>Welche berufliche Stellung haben Sie? Sind Sie... Arbeiter/in Angestellte/r Beamte/r Selbständige/r oder etwas anderes?</i>	1= Arbeiter, 2= Angestellter, 3= Beamter, 4= Selbständiger, 5= Sonstiges	Nominalskala
Sonstiger Status	<i>Was machen Sie zurzeit? Sind Sie... Hausfrau/Hausmann? in Umschulung? Studentin/Student? Schüler/Schülerin? Arbeitslos? im Altersruhestand? Oder machen Sie etwas anderes?</i>	1= Hausfrau, 2= Student, 3= Schüler, 4= Rentner, 5= sonstiges	Nominalskala
Netto-Einkommen	<i>Darf ich Sie zum Schluss fragen, wie hoch das monatliches Netto-Einkommen Ihres Haushaltes ist? Ich meine damit die Summe, die nach Abzug der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge übrig bleibt. [Int.: Bei Nachfragen: Die Angaben werden absolut vertraulich und anonym behandelt.]“ Im Folgenden werde ich Ihnen verschiedene Einkommenskategorien nennen. Wären Sie bereit, mir zu sagen, welche Kategorie auf Sie zutrifft? [Int.: Bitte keine Sprechpause machen!] bis 500 Euro, 500 bis 1000 Euro, 1000 bis 2000 Euro, 2000 bis 3000 Euro, 3000 bis 4000 Euro, 4000 bis 5000 Euro, 5000 bis 6000 Euro, 6000 bis 7000 Euro, 7000 bis 8000 Euro, 8000 bis 9000 Euro, mehr als 9000 Euro [Int.: Bei Nachfragen: Die Angaben werden absolut vertraulich und anonym behandelt.]</i>		quasimetrisch
Familienstatus			
Familienstatus	<i>Welchen Familienstand haben Sie? Sind Sie verheiratet, ledig, geschieden, verwitwet, oder leben in einer eingetragenen Lebensgemeinschaft?</i>	1= verheiratet/Lebensgemeinschaft, 2= ledig, 3= geschieden, 4= verwitwet	Nominalskala
Quartiers- und Stadtbezogene Variablen			
Wohndauer	<i>Wie lange leben Sie schon in Ihrem Stadtteil? Ist das weniger als ein Jahr oder ein Jahr oder sind das mehrere Jahre? Wie viele Jahre sind das?</i>	1=1 Jahr , ...	Verhältnisskala, metrisch
Bindung an den Stadtteil	<i>Leben Sie in Ihrem Stadtteil sehr gern, gern, nicht so gern, oder ungern?</i>	1= lebe dort ungern, ...4= lebe dort sehr gern	Intervallskala
Bindung an die Stadt	<i>Wie gern leben Sie in Ihrer Stadt? Leben Sie sehr gern, gern, nicht so gern, oder ungern in Ihrer Stadt?</i>	1= lebe dort ungern, ...4= lebe dort sehr gern	Intervallskala
Zufriedenheit mit dem Stadtteil	<i>Wie zufrieden sind Sie ganz allgemein ihrem Stadtteil? Sind Sie ... sehr zufrieden? eher zufrieden? eher unzufrieden? oder sehr unzufrieden?</i>	1= sehr unzufrieden, ..., 4= sehr zufrieden	Intervallskala

Gründe für Unzufriedenheit

Mangel an Infrastruktur	<i>Warum sind Sie unzufrieden? Im Folgenden nenne ich Ihnen mögliche Gründe, die einen stören können. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie das stört oder nicht. Stört Sie der Mangel an Infrastruktur im Stadtteil?</i>	1= stört nicht, 2= stört	Nominalskala
Unangenehme Anwohner/ Nachbarn	<i>Stören Sie unangenehme Anwohner und Nachbarn?</i>	1= stört nicht, 2= stört	Nominalskala
Lärm	<i>Stört Sie Lärm?</i>	1= stört nicht, 2= stört	Nominalskala
Verschmutzung der Straßen	<i>Stört Sie die Verschmutzung der Straßen?</i>	1= stört nicht, 2= stört	Nominalskala
Kriminalität/ mangelnde Sicherheit	<i>Stören Sie Kriminalität und mangelnde Sicherheit?</i>	1= stört nicht, 2= stört	Nominalskala
Zu hoher Ausländeranteil	<i>Stört Sie ein zu hoher Ausländeranteil?</i>	1= stört nicht, 2= stört	Nominalskala

Tabelle A 2: Anzahl der ausgewerteten Interviews

Gesamt/Quartiere/Städte	Anzahl an Interviews
gesamt	3289
marginalisierte Quartiere	1643
privilegierte Quartiere	1646
Wedding	417
Zehlendorf	420
Osten	417
Gohlis	422
Schönau	404
Oststadt	404
Chorweiler	405
Hahnwald/Marienburg	400
Berlin	837
Leipzig	839
Mannheim	808
Köln	805

Tabelle A 3: Faktor Politisches Vertrauen

Variable	Faktorladung	Kommunalität
Zufriedenheit mit der Kommunalpolitik	0,62	0,62
Vertrauen zum Oberbürgermeister	0,66	0,56
Vertrauen zu Kommunalpolitikern	0,78	0,39
Vertrauen zum Stadtparlament	0,81	0,34
Vertrauen zur Stadtverwaltung	0,69	0,52
Vertrauen zu den Stadtparteien allgemein	0,73	0,46
Vertrauen zum Bezirksbeirat	0,62	0,62
Eigenwert	3,48	

Iterative Haupt-Faktormethode, oblique Rotationsmethode: promax

Tabelle A 4: Faktor Responsivitätswahrnehmung

Variable	Faktorladung	Kommunalität
Die Interessen meines Stadtteils werden ausreichend durch Kommunalpolitiker und Stadtrat/Gemeinderat vertreten	-0,73	0,46
Die Interessen der Frauen werden im Stadtteil ausreichend berücksichtigt	-0,49	0,76
Mein Stadtteil wird im Vergleich zu den anderen Stadtteilen von der Stadtverwaltung eher vernachlässigt	0,73	0,47
Um die wichtigsten Probleme kümmert sich niemand	0,68	0,54
Eigenwert	1,76	

Iterative Haupt-Faktormethode, oblique Rotationsmethode: promax

Tabelle A 5: Faktor Soziales Kapital

Variable	Faktorladung	Kommunalität
Vertrauen in die Nachbarn	0,42	0,82
Vertrauen in die Bewohner des eigenen Stadtteils	0,66	0,56
Vertrauen in die Menschen der eigenen Stadt	0,51	0,74
Vertrauen in Ausländer	0,65	0,57
Eigenwert	1,31	

Iterative Haupt-Faktormethode, oblique Rotationsmethode: promax

Tabelle A 6: Häufigkeitsverteilung des Vertrauens in die Institutionen der Kommunalpolitik¹⁸ (in %)

	Generelle Zufrie- denheit	Ober-bürger- meister	Politiker	Gemeinde- rat	Stadtver- waltung	Stadt- parteien	Bezirks- beirat
Gesamt	50,3	64,8	43,1	55,4	53,4	42,4	49,5
margin. Quartiere	49,0 ¹	63,1 ²	40,4	51,1	51,8 ²	42,3 ¹	46,4
Wedding	22,1	45,4	26,0	33,6	32,4	29,3	39,2
Osten	72,5	84,3	55,8	70,0	66,9	50,4	49,0
Schönau	52,4	58,9	44,1	54,7	54,4	46,5	49,6
Chorweiler	48,9	63,0	36,6	48,5	54,5	44,3	48,1
privileg. Quartiere	51,5 ¹	66,5 ²	45,8	59,5	55,0 ²	42,4 ¹	53,0
Zehlendorf	27,7	49,4	32,1	49,9	38,2	29,9	44,5
Gohlis	78,9	93,7	67,2	79,9	69,1	57,9	59,1
Oststadt	54,7	56,4	49,7	59,6	64,6	45,6	51,2
Hahnwald/Mar.	45,2	65,5	36,1	49,5	49,7	38,1	59,5
Berlin	25,0	47,4	29,1	42,0	35,4	29,6	41,9 ²
Leipzig	75,7	89,0	61,5	75,1	68,0	54,1	53,9 ²
Mannheim	53,6	57,7	46,8	57,1	59,4	46,1	50,3 ²
Köln	47,0	64,3	36,4	49,0	52,0	41,1	53,6 ²
N (100%)	3166	3144	2756	2765	2862	2806	2081

Alle Angaben statistisch signifikant auf dem Signifikanzniveau: Pearsons Chi² < 1% bis auf folgende Ausnahmen: ¹ = statistisch nicht signifikant: Pearsons Chi² > 5%; ² = statistisch signifikant: Pearsons Chi² < 5%.

¹⁸ Itemformulierungen: 1. „Sind Sie im Großen und Ganzen mit der Kommunalpolitik in B./L./M./K. sehr zufrieden, eher zufrieden, [versus] eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?“; 2. „Wenn Sie an die Zukunft von B./L./M./K. denken, haben Sie zu folgenden Personen oder Einrichtungen großes Vertrauen, eher Vertrauen, [versus] eher kein Vertrauen oder gar kein Vertrauen? Wie groß ist Ihr Vertrauen zum Oberbürgermeister?“; 3. „Zu Kommunalpolitikern“; 4. „Zum Gemeinderat/ Stadtrat/ Abgeordnetenhaus?“; 5. „Zur Stadtverwaltung?“; 6. „zu den Stadtparteien?“; 7. „Und zum Bezirksbeirat/ zur Bezirksvertretung/ zur Bezirksverordnetenversammlung?“.

Tabelle A 7: Häufigkeitsverteilung der Responsivitätswahrnehmung von Stadtteilinteressen¹⁹ (in %)

	Kommunalpolitiker vertreten Interessen des Stadtteils ausreichend	Interessen von Frauen werden ausreichend berücksichtigt	Stadtteil wird im Vergleich zu anderen Stadtteilen eher nicht vernachlässigt	um die wichtigsten Probleme des Stadtteils wird sich gekümmert
Gesamt	58,5	59,1	65,7	72,0
marginalisierte Quartiere	40,6	50,5	43,7	59,0
Wedding	26,7	43,2	40,9	53,2
Osten	51,5	49,0	54,5	68,5
Schönau	41,9	51,5	34,0	58,0
Chorweiler	42,6	57,8	44,9	56,1
privilegierte Quartiere	77,1	68,2	87,4	85,2
Zehlendorf	76,6	72,2	85,9	81,4
Gohlis	84,3	68,7	92,5	86,3
Oststadt	76,0	66,4	90,0	84,4
Hahnwald/Marienbourg	72,2	65,0	80,8	88,8
Berlin	51,6	58,0 ¹	63,6	67,4
Leipzig	67,5	58,4 ¹	73,4	77,2
Mannheim	58,0	58,6 ¹	62,3	70,7
Köln	57,6	61,2 ¹	63,0	72,7
N (100%)	2682	1978	2962	2884

Alle Angaben statistisch signifikant auf dem Signifikanzniveau: Pearsons Chi² < 1% bis auf folgende Ausnahme:

¹ = statistisch nicht signifikant: Pearsons Chi² > 5%

¹⁹ Itemformulierungen: 1. „Wenn Sie nun an Wedding/Zehlendorf/ Osten/Gohlis/Schönau/Oststadt/Chorweiler/ Hahnwald im Allgemeinen denken, würden Sie sagen, dass folgende Aussagen voll zutreffen, eher zutreffen, [versus] eher nicht zutreffen oder gar nicht zutreffen? Die Interessen von Wedding/... werden ausreichend durch Kommunalpolitiker und durch den Stadt-/ Gemeinderat/ Abgeordnetenhaus vertreten“; 2. „Die Interessen der Frauen werden im Stadtteil ausreichend berücksichtigt“; 3. „Wedding/... wird im Vergleich zu anderen Stadtteilen von der Stadtverwaltung eher vernachlässigt“; 4. „Um die wichtigsten Probleme des Stadtteils kümmert sich niemand.“

Tabelle A 8: Interesse für Stadtpolitik, Stadtteilpolitik und Bereitschaft zu politischer Partizipation²⁰ (in %)

	Interesse für Stadtpolitik	Interesse für Stadtteilpolitik	Bereitschaft zu politischer Partizipation
Gesamt	77,0	44,8	80,4
marginalisierte Quartiere	60,6	44,1 ²	78,2 ²
Wedding	73,0	45,9	80,6
Osten	66,2	44,8	75,9
Schönau	53,9	46,6	79,8
Chorweiler	48,6	38,9	76,5
privilegierte Quartiere	73,4	45,6 ²	82,6 ²
Zehlendorf	82,4	47,4	79,3
Gohlis	78,4	44,3	86,5
Oststadt	61,3	40,8	80,6
Hahnwald/Marienburg	70,8	49,7	84,1
Berlin	77,8	46,6 ¹	79,9 ¹
Leipzig	72,3	44,6 ¹	81,2 ¹
Mannheim	57,6	43,7 ¹	80,2 ¹
Köln	59,6	44,3 ¹	80,4 ¹
N (100%)	3247	3229	3077

Alle Angaben statistisch signifikant auf dem Signifikanzniveau: Pearsons $\chi^2 < 1\%$ bis auf folgende Ausnahmen: ¹ = statistisch nicht signifikant: Pearsons $\chi^2 > 5\%$; ² = statistisch signifikant: Pearsons $\chi^2 < 5\%$.

²⁰ Itemformulierungen: 1. „Wie sehr interessieren Sie sich für die Stadtpolitik von Berlin/Leipzig/Mannheim/Köln? Interessieren Sie sich sehr, eher, [versus] eher nicht oder gar nicht?“; 2. Wie sehr interessieren Sie sich für die Politik in Ihrem Stadtteil?“; 3. Zusammengefasste Variable, wenn mindestens drei der vier Items mit „ja“ beantwortet bzw., wenn eher oder voll zugestimmt wurde: „Würden Sie folgenden Aussagen voll zustimmen, eher zustimmen, [versus] eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen? Wenn man heute als Bürger etwas erreichen will, muss man die Dinge selbst in die Hand nehmen.“; „An den wichtigsten Entscheidungen der Stadt sollten die Bürger unbedingt direkt beteiligt werden.“; „Würden Sie sich mit anderen Bewohnern zu einer Initiative zusammenschließen, um das Problem gemeinsam zu lösen? Ja oder nein?“; „Würden Sie sich an einem Bürgerbegehren beteiligen? Ja oder nein?“

Tabelle A 9: Häufigkeitsverteilung der Kenntnis der lokalpolitischen Akteure²¹ (in %)

	Kenntnis eines Bezirks- vertreters	Kenntnis eines Vertreters der Gesamtstadt	Persönliche Kenntnis eines Vertreters	Kenntnis mindestens eines Vertreters	Kenntnis von mindestens zwei Vertretern	Kenntnis von drei Vertretern
Gesamt	24,9	53,9	19,3	65,0	25,1	8,8
margin. Quartiere	21,9	43,7	17,0	55,8	20,0	8,1 ¹
Wedding	21,8	59,4	11,6	66,3	19,3	8,0
Osten	7,9	51,2	8,9	55,8	11,5	2,3
Schönau	47,8	36,5	35,8	64,2	38,9	17,1
Chorweiler	10,4	48,1	11,4	36,3	10,3	5,1
privileg. Quartiere	27,0	64,0	21,8	74,3	30,2	9,6 ¹
Zehlendorf	33,0	74,6	16,6	82,6	36,1	7,9
Gohlis	10,2	70,7	13,1	74,0	17,4	3,4
Oststadt	22,8	48,1	24,2	62,0	26,6	8,0
Hahnwald/Mar.	42,6	62,0	34,3	79,3	41,1	19,6
Berlin	27,4	67,0	14,1	74,5	27,8	7,9
Leipzig	9,1	61,0	11,0	64,7	14,4	2,9
Mannheim	35,3	42,2	30,0	62,9	32,8	12,6
Köln	26,4	44,4	22,8	57,6	25,6	12,3
N (100%)	3251	3244	3251	3257	3257	3257

Alle Angaben statistisch signifikant auf dem Signifikanzniveau: Pearsons $\chi^2 < 1\%$ bis auf folgende Ausnahme:

¹ = statistisch signifikant: Pearsons $\chi^2 < 5\%$.

²¹ Itemformulierungen: 1. „Kennen Sie ein oder mehrere Mitglieder des Bezirksbeirates/der Bezirksvertretung für Ihren Stadtteil dem Namen nach? Ja, kenne einen, [versus] nein, kenne keinen.“, 2. „Kennen Sie ein oder mehrere Mitglieder des Abgeordnetenhauses/des Gemeinderates/des Stadtrates für Berlin/Leipzig/Köln/Mannheim dem Namen nach? Ja, kenne einen, [versus] nein, kenne keinen.“; 3. „Mal angenommen, es gibt irgendein Problem in ihrem Stadtteil. Kennen Sie einen Kommunalpolitiker oder eine andere einflussreiche Person persönlich, an die Sie sich wenden könnten? Ja, kenne einen Kommunalpolitiker oder eine einflussreiche Person persönlich, [versus] nein, kenne keinen.“ 4. zusammengefasste Variablen, wenn mindestens einer der Vertreter gekannt wird; 5. zusammengefasste Variable, wenn mindestens zwei Vertreter gekannt werden; 6. zusammengefasste Variable, wenn drei Vertreter gekannt werden.

Tabelle A 10: Soziales Vertrauen²² (in %)

	Vertrauen zu Nachbarn	Vertrauen zu Stadtteilbewohnern	Vertrauen zu Menschen in der Stadt	Vertrauen zu Ausländern
Gesamt	81,2	63,7	74,6	63,5
marginalisierte Quartiere	73,4	42,3	72,8	55,8
Wedding	75,4	35,7	64,9	52,7
Osten	72,8	41,0	85,4	40,1
Schönau	77,4	47,7	68,2	63,4
Chorweiler	67,9	44,6	72,1	67,3
privilegierte Quartiere	89,1	85,6	75,5	71,4
Zehlendorf	91,0	87,5	62,1	71,2
Gohlis	83,2	80,6	89,3	67,9
Oststadt	89,6	87,6	69,2	71,1
Hahnwald/Marienburg	92,6	86,8	80,7	75,9
Berlin	83,3 ¹	62,7 ¹	63,5	61,0
Leipzig	77,9 ¹	60,3 ¹	87,4	54,0
Mannheim	83,4 ¹	66,1 ¹	68,7	67,1
Köln	80,1 ¹	65,3 ¹	76,3	71,4
N (100%)	3112	2892	2908	2853

Alle Angaben statistisch signifikant auf dem Signifikanzniveau: Pearsons Chi² < 1% bis auf folgende Ausnahme:

¹ = statistisch signifikant: Pearsons Chi² < 5%.

²² Itemformulierung: 1. „Es gibt Menschen, zu denen man mehr oder weniger Vertrauen haben kann. Bitte sagen Sie mir im Folgenden, ob Sie großes Vertrauen, eher Vertrauen, [versus] eher kein Vertrauen oder gar kein Vertrauen haben. Wie ist es mit den Bewohnern im Stadtteil?“, 2. „Wie ist es mit den Nachbarn?“, 3. „Und wie ist es mit den Menschen in der Stadt?“, 4. „Und wie ist es mit den Ausländern?“

Tabelle A 11: Mitgliedschaften nach Einfach-, Zweifach-, und Mehrfachmitgliedschaften²³ (in %)

	mindestens 1 von 8 Mitgliedschaften	mindestens 2 von 8 Mitgliedschaften	mindestens 3 von 8 Mitgliedschaften
Gesamt	77,5	49,2	30,2
marginalisierte Quartiere	71,8	40,5	22,6
Wedding	69,4	41,9	23,4
Osten	58,3	26,1	11,6
Schönau	84,4	56,4	37,6
Chorweiler	75,5	37,8	18,2
privilegierte Quartiere	83,3	57,9	37,4
Zehlendorf	85,4	63,8	43,1
Gohlis	71,3	36,5	20,1
Oststadt	86,5	63,3	40,5
Hahnwald/Marienburg	90,3	68,9	46,6
Berlin	77,4	52,9	33,3
Leipzig	64,8	31,3	15,9
Mannheim	85,5	59,8	39,0
Köln	82,8	53,2	32,3
N (100%)	3257	3257	3257

Alle Angaben statistisch signifikant auf dem Signifikanzniveau: Pearsons $\chi^2 < 1\%$.

²³ Itemformulierung: 1. „Darf ich Sie nun nach Ihren Mitgliedschaften fragen? Bitte antworten Sie im Folgenden mit Ja oder Nein. Sind Sie Mitglied in einer Kirche oder einer religiösen Vereinigung?“; 2. „Sind Sie Mitglied einer Partei?“; 3. Sind Sie Mitglied einer Umweltorganisation?“; 4. „Sind Sie Mitglied einer karitativen Organisation oder Einrichtung?“; 5. „Sind Sie Mitglied in einem Berufsverband?“; 6. „Sind Sie Mitglied einer Gewerkschaft?“; 7. „Sind Sie Mitglied in einem kunst-, musik- oder bildungsorientierten Verein oder einer Organisation?“; 8. „Sind Sie Mitglied in einem Sportverein?“
Variablenbildung: Die dichotomen Variablen wurden wie folgt zusammengefasst: 1. wenn mindestens 1 der 8 Mitgliedschaften vorliegt, 2. wenn mindestens zwei der 8 Mitgliedschaften vorliegen und 3. wenn mindestens 3 von 8 Mitgliedschaften vorliegen.

Tabelle A 12: Mitgliedschaften (Kirche/religiöse Vereinigung, Sportverein, bildungsorientierter Verein, Umweltorganisation)²⁴ (in %)

	Mitglied in Kirche/religiöser Vereinigung	Mitglied im Sportverein	Mitglied im bildungsorientier-ten Verein	Mitglied in Umwelt- organisation
Gesamt	47,6	29,6	17,5	23,9
marginalisierte Quartiere	41,5	23,4	10,8	19,2
Wedding	36,1	18,7	11,5	23,3
Osten	19,8	20,2	11,3	13,8
Schönau	59,4	35,0	13,2	24,8
Chorweiler	51,4	20,0	7,3	14,8
privilegierte Quartiere	53,6	35,9	24,1	28,6
Zehlendorf	57,7	35,4	21,3	35,3
Gohlis	28,3	22,8	15,1	17,7
Oststadt	60,9	37,5	30,5	28,4
Hahnwald/Marienbourg	68,7	48,5	30,2	33,0
Berlin	46,9	27,1	16,4	29,4
Leipzig	24,8	21,5	13,2	15,7
Mannheim	60,1	36,2	21,8	26,6
Köln	59,9	34,1	18,6	23,8
N (100%)	3279	3281	3279	3281

Alle Angaben statistisch signifikant auf dem Signifikanzniveau: Pearsons $\chi^2 < 1\%$.

²⁴ Itemformulierungen: 1. „Darf ich Sie nun nach Ihren Mitgliedschaften fragen? Bitte antworten Sie im Folgenden mit Ja oder [versus] Nein. Sind Sie Mitglied in einer Kirche oder einer religiösen Vereinigung?“, 2. „Sind Sie Mitglied in einem Sportverein?“, 3. „Sind Sie Mitglied in einem kunst-, musik- oder bildungsorientierten Verein oder einer Organisation?“, 4. „Sind Sie Mitglied einer Umweltorganisation?“

Tabelle A 13: Mitgliedschaften (Berufsverband, Partei, Gewerkschaft, karitativer Verein) und bürgerschaftliches Engagement²⁵ (in %)

	Mitglied im Berufs-verband	Mitglied in einer Partei	Mitglied in einer Gewerkschaft	Mitglied in karitativen Verein	Bürger- schaftliches Engagement
Gesamt	22,4	6,4	17,1	18,7	28,0
marginalisierte Quartiere	15,1	5,0	21,6	15,0	22,9
Wedding	14,6	7,4	18,8	18,2	22,8
Osten	11,0	2,5	13,9	10,1	21,7
Schönau	19,7	6,6	33,6	21,0	29,1
Chorweiler	15,0	3,6	20,4	10,7	17,8
privilegierte Quartiere	29,7	7,7	12,6	22,4	33,2
Zehlendorf	36,5	8,5	16,3	26,0	36,6
Gohlis	22,2	3,3	14,2	13,2	26,0
Oststadt	26,5	8,4	12,5	22,4	36,1
Hahnwald/Marienb	33,7	10,7	7,2	28,1	34,3
Berlin	25,6	7,9	17,6	22,1	29,7
Leipzig	16,6	2,9	14,1	11,6	23,9
Mannheim	23,1	7,5	23,1	21,7	32,6
Köln	24,3	7,1	13,9	19,4	26,0
N (100%)	3275	3280	3279	3275	3279

Alle Angaben statistisch signifikant auf dem Signifikanzniveau: Pearsons $\chi^2 < 1\%$.

²⁵ Itemformulierungen: 1. „Darf ich Sie nun nach Ihren Mitgliedschaften fragen? Bitte antworten Sie im Folgenden mit Ja oder [versus] Nein. Sind Sie Mitglied in einem Berufsverband?“; 2. „Sind Sie Mitglied einer Partei?“; 3. „Sind Sie Mitglied einer Gewerkschaft?“; 4. „Sind Sie Mitglied einer karitativen Organisation oder Einrichtung?“; 5. „Haben Sie irgendwo ein Ehrenamt oder arbeiten auf andere Weise aktiv mit? Ja oder [versus] nein?“

Tabelle A 14: Häufigkeitsverteilung der Solidaritätsbereitschaft²⁶ (in %)

	schlechter gestellten Viertel sollten mehr Geld erhalten	Ganztagsschulen sollen bei schlechteren Schulleistungen unterstützt werden	Zustimmung zu Solidaritätszuschlag
Gesamt	76,8	80,6	60,50
marginalisierte Quartiere	75,0 ²	79,3 ¹	62,5 ¹
Wedding	77,4 ²	84,1	60,5
Osten	74,3 ²	78,8	66,5
Schönau	73,2 ²	81,1	61,4
Chorweiler	75,1 ²	73,1	61,6
privilegierte Quartiere	78,6 ²	82,0 ¹	58,5 ¹
Zehlendorf	82,2 ²	88,5	63,6
Gohlis	76,4 ²	83,0	62,9
Oststadt	75,5 ²	81,9	55,6
Hahnwald/Marienburg	80,3 ²	74,6	51,4
Berlin	79,8 ²	86,2	62,1
Leipzig	75,3 ²	80,9	64,7
Mannheim	74,4 ²	81,5	58,5
Köln	77,7 ²	73,8	56,5
N (100%)	3139	2817	3139

Alle Angaben statistisch signifikant auf dem Signifikanzniveau: Pearsons Chi² < 1% bis auf folgende Ausnahmen: ¹ = statistisch *nicht* signifikant: Pearsons Chi² > 5%; ² = statistisch signifikant: Pearsons Chi² < 5%.

²⁶ Itemformulierungen: 1. „Stellen Sie sich vor, Sie könnten bei der momentanen Finanznot über die knappen Gelder der Stadt B/L/M/K entscheiden. Wie sollten die knappen Gelder verteilt werden? Das Geld sollte auf alle Viertel gleich verteilt werden [versus] oder die schlechter gestellten Viertel sollten mehr Geld bekommen.“; 2. „Wie Sie vielleicht gehört haben, steht Geld zur Einrichtung von Ganztagschulen zur Verfügung. Wo im Stadtgebiet sollte man diese Ganztagschulen einrichten? Dort, wo die schlechtesten Schulleistungen zu beobachten sind [versus] oder dort, wo man die Besten unterstützen kann?“; 3. „Angenommen der Stadt-/Gemeinderat/das Abgeordnetenhaus erwägt, einen Solidaritätszuschlag für B/L/M/K einzuführen, um die Lebensbedingungen in schlechter gestellten Vierteln zu verbessern. Dieser Zuschlag würde weniger als ein Prozent Ihres Einkommens ausmachen. Würden Sie für [versus] oder gegen den Vorschlag einer Stadtabgabe stimmen?“

Tabelle A 15: Bindung zum Stadtteil, Bindung zur Stadt, Zufriedenheit mit dem Stadtteil²⁷ (in %)

	Bindung zum Stadtteil	Bindung zur Stadt	Zufriedenheit mit dem Stadtteil
Gesamt	79,1	92,1	77,3
marginalisierte Quartiere	62,0	89,3	60,7
Wedding	48,2	78,1	48,5
Osten	63,2	94,2	53,0
Schönau	74,5	92,4	69,5
Chorweiler	62,5	92,8	72,5
privilegierte Quartiere	96,2	95,0	94,1
Zehlendorf	97,5	91,7	94,2
Gohlis	95,8	96,5	96,4
Oststadt	97,1	93,3	94,3
Hahnwald/Marienburg	94,5	98,4	91,2
Berlin	73,0	85,0	71,5
Leipzig	79,5	95,4	74,5
Mannheim	85,8	92,9	81,8
Köln	78,4	95,6	81,8
N (100%)	3269	3275	3265

Alle Angaben statistisch signifikant auf dem Signifikanzniveau: Pearsons $\chi^2 < 1\%$.

²⁷ Itemformulierung: 1. „Leben Sie in Ihrem Stadtteil sehr gern, gern, [versus] nicht so gern, oder ungern?“; 2. „Wie gern leben Sie in Ihrer Stadt? Leben Sie sehr gern, gern, [versus] nicht so gern, oder ungern in Ihrer Stadt?“; 3. „Wie zufrieden sind Sie ganz allgemein ihrem Stadtteil? Sind Sie sehr zufrieden? eher zufrieden? [versus] eher unzufrieden? oder sehr unzufrieden?“

Tabelle A 16: Gründe für die Unzufriedenheit mit dem Stadtteil²⁸ (in %)

	Mangel an Infrastruktur	Unangenehme Anwohner und Nachbarn	Lärm- belästigung	Verschmu- tzung der Straßen	Krimina- lität und mangelnde Sicherheit	Zu hoher Ausländer- anteil
margin. Quartiere	37,2	68,3	44,4	80,4	77,4	56,8
Wedding	32,2	65,1	48,3	91,2	78,4	69,1
Osten	45,7	69,2	39,0	76,7	79,6	62,4
Schönau	39,0	71,1	44,7	66,8	75,8	43,3
Chorweiler	29,6	69,6	46,2	80,9	73,4	37,7
N (100%)	631	634	634	635	630	634

²⁸ Itemformulierung: 1. „Warum sind Sie unzufrieden? Im Folgenden nenne ich Ihnen mögliche Gründe, die einen stören können. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie das stört oder [versus] nicht. Stört Sie der Mangel an Infrastruktur im Stadtteil?“; 2. „Stören Sie unangenehme Anwohner und Nachbarn?“; 3. „Stört Sie Lärm?“; 4. „Stört Sie die Verschmutzung der Straßen?“; 5. „Stören Sie Kriminalität und mangelnde Sicherheit?“; 6. „Stört Sie ein zu hoher Ausländeranteil?“

**Tabelle A 17: Ergebnisse des T-Tests für unabhängige Stichproben für die Dimensionen
*Responsivitätswahrnehmung und Soziales Kapital***

	N	Mittelwert	Standard- abweichung	t-Wert [df]	Eta
Responsivitätswahrnehmung					
Kommunalpolitiker vertreten Interessen des Stadtteils ausreichend					
margin. Quartiere	1370	2,67	,844	19,225[2680]	,348
privileg. Quartiere	1312	2,67	,734		
Interessen von Frauen werden ausreichend berücksichtigt					
margin. Quartiere	1014	2,59	,863	9,083[1976]	,200
privileg. Quartiere	964	2,24	,809		
Stadtteil wird im Vergleich zu anderen Stadtteilen eher nicht vernachlässigt					
margin. Quartiere	1474	2,29	,953	-28,596[2960]	,465
privileg. Quartiere	1488	3,18	,737		
um die wichtigsten Probleme des Stadtteils wird sich gekümmert					
margin. Quartiere	1463	2,57	,930	-18,519[2882]	,326
privileg. Quartiere	1421	3,16	,757		
Soziales Kapital					
Vertrauen zu Nachbarn					
margin. Quartiere	1577	2,06	,857	11,329[3130]	,198
privileg. Quartiere	1555	1,74	,685		
Vertrauen zu Stadtteilbewohnern					
margin. Quartiere	1475	2,65	,739	25,473[2890]	,428
privileg. Quartiere	1417	2,03	,556		
Vertrauen zu Menschen in der Stadt					
margin. Quartiere	1481	2,21	,626	2,167[2906]	,040
privileg. Quartiere	1427	2,17	,565		
Vertrauen zu Ausländern					
margin. Quartiere	1468	2,52	,800	9,648[2851]	,178
privileg. Quartiere	1385	2,26	,644		

Alle Angaben sind statistisch signifikant. Zu den Itemformulierungen siehe Tabelle A7 und Tabelle A10.

Selbständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich diese Doktorarbeit selbständig und ohne fremde Hilfe verfasst, andere als die angegebenen Quellen nicht benutzt und die den benutzten Quellen wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht habe.

Katrin Luise Läzer

ISBN 978-3-86004-216-8